

**Andreas Mölzer**

(Hg.)



**CORONA**  
Anatomie einer Krise

Bildnachweis Titelbild: CDC/ Alissa Eckert, MS; Dan Higgins, MAM - This media comes from the Centers for Disease Control and Prevention's Public Health Image Library (PHIL), with identification number #23312.

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b>	7
von <i>Herbert Kickl</i>	

---

## DIE EPIDEMIE IN ÖSTERREICH

<b>Dimensionen einer Krise</b>	11
von <i>Andreas Mölzer</i>	
<b>Corona: Nach der Krise ist vor der Krise</b>	18
von <i>Marcus Franz</i>	
<b>Fülle von Fehlern begangen</b>	34
von <i>Andreas Unterberger</i>	
<b>Im Geist des Josephinismus</b>	42
von <i>Karl-Peter Schwarz</i>	
<b>Der Gesundheitsminister als Passagier</b>	49
von <i>Fritz Simhandl</i>	

---

## DOKUMENTATION

<b>„Bevölkerung in Angst und Schrecken versetzt“</b>	57
Rede von FPÖ-Klubobmann <i>Herbert Kickl</i> im Nationalrat	
<b>„Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung ausreichend“</b>	66
FPÖ-Gesundheitssprecher <i>Gerhard Kaniak</i> im Interview	
<b>„Österreicher zuerst“ als Motto für den Arbeitsmarkt</b>	73
FPÖ-Sozialsprecherin <i>Dagmar Belakowitsch</i> im Interview	
<b>Zitate der Regierungs-Politiker</b>	77
<b>Jetzt reicht's! Allianz gegen den Corona-Wahnsinn</b>	82
Die Online-Petition der FPÖ	

ISBN 978-3-950-4350-4-7

© 2020 Freiheitliches Bildungsinstitut  
Gesellschaft für Politik, Kultur und Meinungsfreiheit  
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien  
Tel.: + 43-1-512 35 35-0  
E-Mail: [bildungsinstitut@fpoe.at](mailto:bildungsinstitut@fpoe.at)  
Internet: [www.fbi-politikschule.at](http://www.fbi-politikschule.at)

Redaktionelle Bearbeitung:  
Edition K3-Gesellschaft für Sozialpolitische Studien,  
Verlags- und Beratungs-Ges.m.b.H.

## DIE GLOBALE PANDEMIE

---

<b>Von Seuchen und Globalisierung</b>	89
von <i>Andreas Mölzer</i>	
<b>Rivalen auf Konfrontationskurs</b>	97
von <i>Bernhard Tomaschitz</i>	
<b>„Zuerst haben die Chinesen alles verschwiegen“</b>	106
Ostasienspezialistin <i>Albrecht Rothacher</i> im Interview	
<b>Handlungsfähig waren die Nationalstaaten</b>	110
von <i>Bernd Kallina</i>	
<b>„Schönwetter-Demokratie und Coronakrise“</b>	113
AfD-Sicherheitspolitiker <i>Jens Kestner</i> im Interview	
<b>Menetekel „Los von Rom“</b>	117
von <i>Reinhard Olt</i>	
<b>Alles richtig gemacht?</b>	123
von <i>Dietmar Holzfeind</i>	
<b>„Gute“ Schweden, „böser“ Trump</b>	137
von <i>Bernhard Tomaschitz</i>	
<b>Verschwiegen und denunziert</b>	143
Kritische Stimmen werden vom Mainstream unterdrückt	
<b>Epidemien und Erinnerung</b>	154
von <i>Lothar Höbelt</i>	

## GRUNDRECHTE IN GEFAHR

---

<b>Freiheit in Zeiten der Pandemie</b>	161
von <i>Andreas Mölzer</i>	
<b>Die Corona-Not mit den Notverordnungen</b>	169
von <i>Wolfgang Jedlicka</i>	
<b>Die Sprachrohre der Regierung</b>	174
von <i>Bernhard Tomaschitz</i>	
<b>Kurzschluss der „vierten Macht im Staat“</b>	181
von <i>Christian Hafenecker</i>	

<b>Corona und das Schocklernen!</b>	184
Von <i>Otto Widetschek</i>	
<b>Das Reichstagsbrand-Syndrom</b>	187
von <i>Wilhelm Brauner</i>	

## WELTWIRTSCHAFTSKRISE DURCH VIRENBEFALL

---

<b>Corona: Folgt eine Wirtschafts-Pandemie?</b>	193
von <i>Gerhard Pichler</i>	
<b>Katastrophe für Österreich</b>	200
von <i>Walter Tributsch</i>	
<b>Intransparenz und Bürokratie</b>	207
von <i>Hubert Fuchs</i>	
<b>Bargeld bedeutet gedruckte Freiheit</b>	210
von <i>Arno Delegeta</i>	
<b>„Keine neue Eurokrise durch Covid-19“</b>	219
IV Chef-Ökonom, <i>Christian Helmenstein</i> im Interview	

---

## VON HERBERT KICKL

Nationalratsabgeordneter Herbert Kickl  
ist Klubobmann der FPÖ und  
Präsident des Freiheitlichen Bildungsinstituts



Bild: Facebook/FPÖ

Unzählige Schäden hat die Regierung durch ihre völlig überzogenen Maßnahmen während der Coronavirus-Krise angerichtet. Bewusst hat sie Österreich in den Corona-Wahnsinn getrieben. Schwarz-Grün hat vor allem drei Todsünden begangen: Erstens die eigenen Maßnahmen von Anfang an als alternativlos zu erklären und an diesem Dogma bis heute festzuhalten, zweitens den Unternehmern den Rechtsanspruch auf Schadenersatz wegzunehmen und drittens das zu zögerliche Hochfahren der Systeme, weil alles andere nicht in die ÖVP-Erzählung vom Erlöser Sebastian Kurz passt.

Beinahe zwei Millionen Menschen wurden aus dem Erwerbsleben gedrängt, etliche kleine und mittlere Betriebe stehen vor dem Ruin, Nicht-Corona-Patienten und chronisch Kranke wurden überhaupt nicht oder nur unzureichend behandelt. Unsicherheit, Unklarheit, Abhängigkeit, Milliardenschäden und Massenarbeitslosigkeit – das ist die vorläufige Bilanz des „Krisenmanagements“ von Sebastian Kurz und seiner Regierung. Und die Langzeitfolgen für unsere Heimat Österreich sowie die Österreicherinnen und Österreicher sind noch unabsehbar. Sie werden aber verheerend sein.

Im vorliegenden Buch sind diese eklatanten Versäumnisse und katastrophalen Fehleinschätzungen der österreichischen Bundes-

regierung ebenso kritisch dokumentiert und kommentiert wie die Horrorszenarien, mit denen ÖVP und Grüne die Österreicher verängstigen und am Gängelband halten wollten. Ich bedanke mich bei den Autoren für ihre hervorragende Arbeit, die sicher auch eine bedeutende Grundlage sein wird für einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss, der unumgänglich ist. Denn es muss alles lückenlos aufgeklärt werden!

## DIE EPIDEMIE IN ÖSTERREICH

---

## Dimensionen einer Krise

VON ANDREAS MÖLZER

---

Andreas Mölzer ist Herausgeber des Wochenmagazins *ZurZeit* und war von 2004 bis 2014 Mitglied des Europäischen Parlaments.



Bild: ZZ-Archiv

Just am letzten Tag des Jahres 2019 wurde die Weltgesundheitsorganisation über Fälle von Lungenentzündung mit unbekannter Ursache in der chinesischen Stadt Wuhan informiert. Eine Woche später identifizierten die chinesische Behörden ein neuartiges Coronavirus als Ursache dafür. Dieses erhielt die Bezeichnung Covid-19-Virus. Was zuerst auf China beschränkt zu sein schien, verbreitete sich rapide weltweit aus, weshalb der Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation WHO den Ausbruch offiziell zu einer Pandemie erklärte.

Indessen (Stand 5. Juni 2020) haben sich weltweit insgesamt 6,5 Millionen Menschen infiziert, wovon aktuell 3,3 Millionen das Virus in sich tragen. Nahezu 400.000 Tote – mit oder an Corona – beträgt die Opferzahl, und das Virus hat sich indessen in mehr als 185 Ländern des Planeten ausgebreitet.

### **Der Fluch der Globalisierung**

Der ursprüngliche Infektionsort war zweifellos der Großhandelsmarkt für Fische und Meeresfrüchte im chinesischen Wuhan. Von dort hat sich das Virus binnen weniger Wochen zuerst in die Nachbarländer und dann über die ganze Welt ausgebreitet. Dass der erste „Hotspot“ in Europa just in Oberitalien lag, ist ganz ohne

Zweifel auf die zehntausenden chinesischen Gastarbeiter in der lombardischen Textilindustrie zurückzuführen. Sie kamen nach dem chinesischen Neujahrsfest zu Tausenden von China zurück nach Oberitalien um ihre Arbeit aufzunehmen. Verschwörungstheorien, wonach das Virus einem Labor entsprungen sein könnte oder gar Folge der Forschung in Sachen biologischer Kampfstoff wäre, sind im Wesentlichen unerheblich. Der Herkunftsort Wuhan steht allerdings außer Zweifel.

Und außer Zweifel ist auch, dass die rasche Verbreitung des Virus eine Folge der Globalisierung ist. Einerseits sind es eben zehntausende Gastarbeiter aus Asien, die beispielsweise in Italien arbeiten, andererseits ist es die weltweite Reisetätigkeit, der Tourismus, der für eine globalisierte Verbreitung des Virus sorgte.

Eine weitere Kehrseite dieser Globalisierung ist es, dass Medikamente nicht mehr regional hergestellt werden können, ebenso wenig wie Schutzmasken und Schutzkleidung. Speziell in Europa hat es Wochen gedauert, bis man so simple Dinge wie Schutzkleidung und Schutzmasken, gar nicht zu sprechen von Beatmungsgeräten, in entsprechender Anzahl herstellen und zur Verfügung stellen konnte. Einerseits also sorgt die Globalisierung für eine rasche und grenzüberschreitende Verbreitung von Seuchen, andererseits behindert eben dieselbe Globalisierung im Notfall eine rasche regionale Versorgung mit Medikamenten, da die Grundstoffe derselben weitgehend in Ostasien produziert werden und nicht in Europa.

#### Anschwellende Seuchen-Ängste

Dass die aus Ostasien kommende Epidemie noch bis in den Februar des Jahres hinein als eine chinesische Sache abgetan wurde und innerhalb weniger Tagen und Wochen zu einer weltweiten Hysterie führte, lag an mehreren Faktoren. Das Fehlen jeglicher Behandlungsmöglichkeiten, entsprechender Medikamente und natürlich auch einer Impfung gegen Covid-19, die hohe Anstek-

kungsgefahr und die lange Inkubationszeit waren zweifellos der Grund für die offensichtliche Gefährlichkeit der Krankheit. Die Bilder, die zuerst aus China mit der Errichtung von gewaltigen Notkrankenhäusern und dann sehr rasch aus Italien und später auch aus den USA kamen, taten das Ihrige. Wenn in der Lombardei mit Lastwagen Kolonnen von Särgen abtransportiert wurden, wenn es in den USA von Baggern ausgehobene Massengräber gab, waren dies zweifellos Fernsehbilder, die die Menschen, nicht nur in Österreich, nicht nur in Europa, sondern weltweit schockierten. Dass es dafür handfeste Gründe gab und gibt, steht auf einem anderen Blatt.

Wenn man beispielsweise weiß, dass in Italien in den letzten zehn Jahren hunderte Krankenhäuser geschlossen wurden und dass die hygienischen Zustände solcherart sind, dass dort ein Vielfaches ein Krankenhaus-Keimen stirbt als beispielsweise in Österreich oder in Deutschland, erklärt dies schon einiges. Wenn man die Überalterung der italienischen Bevölkerung bedenkt, überdies die Familienverbände, wo jüngere Menschen in der „Pension Mama“ leben und sich damit generationenübergreifend infizieren, dazu den Nebel in der Poebene und die katastrophale Luftqualität, dann kann man sich schon vorstellen, dass der Boden für die neue Lungenerkrankung zwischen Turin, Mailand und Venedig ein überaus fruchtbarer war.

Vom US-amerikanischen Krankensystem will man in dem Zusammenhang gar nicht erst sprechen, ebenso wenig vom britischen, das noch dazu durch das anfängliche Zögern der Regierung Johnson allzu rasch überfordert wurde. In diesen Staaten gab es objektive Voraussetzungen für eine katastrophale Ausbreitung des Virus.

Und Österreich?

Ganz anders war es allerdings hierzulande. In Österreich hat es sich die Bundesregierung – dem Vernehmen nach aufgrund von

Anregungen aus Israel für Bundeskanzler Kurz – entschlossen, das gesamte Gesellschafts- und Wirtschaftssystem sehr rasch herunterzufahren. Um die Bevölkerung diesbezüglich mitzunehmen, entschloss man sich offenbar auf eine Strategie der Angstmache zu setzen. Der Kanzler sprach von möglichen drohenden 100.000 Toten, der Innenminister trat täglich als Zuchtmeister und Oberpolizist mit harschen Drohungen auf, der grünen Vizekanzler und sein Gesinnungsgenosse im Gesundheitsministerium assistierten.

Nun mag der frühe und ziemlich radikale „Lockdown“ in Österreich vernünftig und berechtigt gewesen sein und möglicherweise sogar maßgeblich dafür, dass sich die Seuche hierzulande niemals wirklich ausbreiten konnte. Das Gegenteil ist jedenfalls schlicht und einfach nicht zu beweisen. Insgesamt gab es jedenfalls rund 16.000 Infizierte und mehr als 600 Todesfälle mit oder an Corona. Heute, im Juni des Jahres, kann man sagen, dass die Epidemie in Österreich mehr oder minder ausgelaufen ist. Es gibt kaum mehr Hospitalisierte und ganz wenige, die einer Intensivbehandlung bedürfen. Aber immer wieder da und dort einige Infektionen, die zumeist leichte Krankheitsverläufe nach sich ziehen. In Österreich hat im Grunde die Epidemie also nicht stattgefunden. Ob sie – wie die Regierungspropaganda sagt – sehr wohl und sehr dramatisch stattgefunden hätte, wenn die restriktiven Maßnahmen nicht getroffen worden wären, ist die große Frage.

#### Die Folgeschäden einer Nicht-Epidemie

Das österreichische Gesundheitssystem stand also niemals, zu keiner Zeit, am Rande seiner Leistungsfähigkeit. Die Kapazität der Intensivbetten war niemals, auch nur zum Teil, ausgelastet, und kaum einer der Menschen zwischen Bodensee und Neusiedlersee kennt einen Coronatoten, wie es der Regierungschef so dramatisch vorhersagte. Alle Österreicher hingegen sind von den Folgen dieser nicht stattgefunden Epidemie berührt.

Diese Folgen betreffen unser soziales Gefüge, sie berührten unsere bürgerrechtliche Situation und sie habe vor allem eine in ihrer ganzen Dramatik noch gar nicht absehbare ökonomische Dimension.

Was das Soziale betrifft, so haben wir wahrscheinlich das Ärgste hinter uns. Es war und ist einfach merkwürdig, wenn man zu Menschen – auch zu nahestehenden Verwandten und geliebten Menschen – physische Distanz halten muss. Es ist traumatisierend, wenn man über Wochen und Monate kranke oder pflegebedürftige Verwandte nicht besuchen darf. Es ist für Kleinkinder vielleicht doch mit psychischen Folgeschäden verbunden, wenn sie über Monate nicht mit Gleichaltrigen spielen und ihre Großeltern nicht besuchen dürfen. Und dass wir als Europäer die für uns gewissermaßen anthropologisch vorgegebene Sitte des Händeschüttelns als Begrüßungs- und Ehrerbietungsritual nicht mehr handhaben dürfen, ist irgendwo so etwas wie ein kulturgeschichtlicher, aber auch ein psychologischer Bruch. Aber dies gehört wohl möglicherweise noch zu den harmlosen Folgen des hinter uns liegenden „Lockdowns“.

In rechtlicher Hinsicht war es schon bedrückend mitanzusehen zu müssen, wie rasch Bürgerrechte und Grundrechte in einem demokratischen Staat wie Österreich, aber insgesamt in Europa außer Kraft gesetzt werden können. Da gab es nicht nur Ausgangsbeschränkungen und entsprechende Reiseverbote, da wurden parlamentarische Ermächtigungsgesetze durchgepeitscht und die Bürger mittels ministerialer Erlasse an die Kandare genommen. Und die Behörden, ganz konkret auch die Polizei, ließen die Österreicher spüren, dass der Obrigkeitsstaat sehr schnell fröhliche Urständ' feiern kann. Und die angeblich auch so kritischen Medien wurden mit Millionen-Spritzen auf Linie gebracht, um dabei mitzuhelfen, die Bürger durch Angstmache, hysterische Berichterstattung und Regierungslobhudelei gefügig zu machen. Aber auch diese bürgerrechtliche Krise, die



wir im Zuge des Lockdowns beobachten mussten, scheint nun zu Ende zu gehen.

Keineswegs vorüber sind allerdings die ökonomischen Folgen des Lockdowns. Die wenigen Wochen, in denen die Regierung das Land heruntergefahren hat, haben den Österreichern eine Rekordarbeitslosigkeit, nahezu doppelt so viele als in den Tagen davor beschert. Mehr als eine Million Menschen sind in Kurzarbeit und mehrere zehntausende Firmenzusammenbrüche – insbesondere Klein- und Mittelbetriebe und Einzelunternehmen – werden folgen. Zwar hat der Bundeskanzler großspurig verkündet, man werde nunmehr Milliardenhilfen ausschütten – „Koste es was es wolle“ –, spürbar angekommen ist dabei in der Wirtschaft allerdings nur allzu wenig. Und woher diese ausgeschütteten Milliarden kommen sollen, beziehungsweise wie sie zurückgezahlt und refinanziert werden sollen, das hat uns überhaupt noch niemand mitgeteilt. Das Bruttoinlandsprodukt der Republik wird jedenfalls dramatisch sinken, die Staatsschulden dramatisch ansteigen, und was das für die Kaufkraft, für den Wohlstand der Bürger bedeutet, ist insgesamt noch nicht abzusehen.

Noch dramatischer ist die – wenn man bedenkt, dass das Ganze europaweit, ja weltweit über die Bühne gegangen ist – prognostizierte Weltwirtschaftskrise, deren Dimension an jene der Zwanziger- und Dreißigerjahre des vorigen Jahrhunderts erinnern dürfte. Wenn in Europa die Tourismuswirtschaft, insbesondere jene der Mittelmeerländer bis tief hinein in die Sommersaison vor einem Totalausfall steht, wenn in Österreich selbst der Konsum nur mühsam oder gar nicht anspringt, wenn sich der Arbeitsmarkt nicht erholt, die Überlebensfähigkeit der Kleinunternehmen keineswegs gesichert ist, dann wissen wir, was uns in den nächsten Monaten und Jahren blüht. Die Illusion, dass durch steigenden Konsum und damit steigendem Steueraufkommen die vielen, vielen Milliarden, die die Regierung nunmehr auszuschütten vorgibt, refinanziert werden können, dürfte sich da auch in Luft auflösen.

Dennoch, die Bevölkerung steht nach wie vor zum größeren Teil hinter der Regierung und ihren Maßnahmen, auch wenn die Zustimmungswerte für den Bundeskanzler und seine türkis-grüne Koalition sinken. Den Menschen hat man offenbar in gehörigem Maße Angst gemacht und ihnen solcherart suggeriert, dass die Epidemie von einer unglaublichen Gefährlichkeit gewesen wäre und dass deshalb die ruinösen sozialen, bürgerrechtlichen und ökonomischen Folgen unumgänglich waren und hinzunehmen seien. Kritische Stimmen, etwa in der Phase der Epidemie selbst, von medizinischer und virologischer Seite wurden als Scharlatanerie abgetan, warnende Stimmen in Bezug auf die Folgen der Regierungspolitik wurden als Verschwörungstheorien diffamiert und eine Darstellung der weit harmloseren Fakten als sie die Regierungspolitik uns glauben machen wollte, wurde und wird als Fake News an den Pranger gestellt.

Diese tendenzielle Zensur ist im Übrigen eine gewaltige Gefahr für unsere Demokratie und Meinungsfreiheit. Und doch dürfen wir erfreut feststellen, dass die Coronakrise, die nicht zuletzt eine Krise der Angst war, zumindest in Österreich vorbei zu sein scheint. Bald werden Masken und „Social Distancing“ – welches schreckliches Wort – der Vergangenheit angehören. Wir können wieder ins Kaffeehaus gehen, nach Grado oder Jesolo fahren, gemeinsam auf dem Parkbankerl sitzen und unsere Alten im Pflegeheim besuchen. Bis zur nächsten Epidemie, und die kommt bestimmt, und hoffentlich haben wir und unsere Regierenden dann etwas gelernt aus der Coronakrise.

# Corona: Nach der Krise ist vor der Krise

War der Lockdown wirklich sinnvoll?

VON MARCUS FRANZ

Dr. Marcus Franz ist Facharzt für Innere Medizin und war von 2013 bis 2017 Abgeordneter zum Nationalrat (Team Stronach/ÖVP/fraktionslos).



Bild: Parlamentsdirektion / PHOTO SIMONIS

Warum ist Corona gefährlich? Corona (SARSCov-2) an sich ist kein gefährliches Virus (wie etwa das Ebola-Virus), es kann uns aber trotzdem das Leben kosten. Das Geheimnis seiner Gefährlichkeit liegt in seiner hohen Infektiosität und andererseits in der individuellen Anfälligkeit mancher Menschen. Bei einem Ausbruch können in kurzer Zeit sehr viele Personen infiziert werden, aber nur ein kleiner Teil von ihnen wird wirklich krank bzw. gefährdet.

Wir wissen bisher, dass bei ca. 80–90 % der Infizierten ein symptomloser, milder oder nur gering krankmachender Verlauf eintritt. Die Symptomatik ist prinzipiell typisch: Halsweh, Krankheitsgefühl, trockener Husten, Fieber, Kopfweh, Gliederschmerzen – also ähnlich wie ein grippaler Infekt. Mitunter kann Covid auch einer Influenza (also der echten Grippe) ähneln. Bei ca. 10–20 % der Infizierten entsteht aber bereits zu Beginn eine mitunter schwere Lungenentzündung, die bei vielen Patienten sogar eine Intensivbehandlung notwendig macht. Bis zu 5 % der Infizierten erleiden einen so schweren Verlauf, dass auch eine künstliche Beatmung erforderlich ist.

Wo genau ist jetzt das Problem?

Wir haben bisher gesehen: Nur ein kleiner Teil der Infizierten wird schwerkrank. Viele Menschen merken die Infektion aber

gar nicht. Wo ist nun eigentlich das Problem? Ganz einfach: Eine wesentliche Crux von Corona/Covid ist das Phänomen der großen Zahl. Die hohe Infektiosität verursacht viele Infizierte und es kann daher auch bei (rein prozentual gesehen) wenigen Schwerkranken massive Versorgungsprobleme geben, weil die absolute Zahl der Kranken sehr groß werden kann.

Rechnen wir es durch: Wenn sich innerhalb weniger Wochen 100.000 Menschen anstecken und 20 % von ihnen dabei schwer erkranken, gilt es, in kurzer Zeit 20.000 Patienten stationär zu versorgen. 5 % der Infizierten brauchen eine Intensivstation. Das sind 5.000 Patienten innert ein paar Wochen. (Zur Erinnerung: In Österreich verfügen wir etwa über 2.500 Intensivbetten – das könnte im so genannten worst case, d. h. im schlimmsten Fall, also ziemlich eng werden).

Das Nadelöhr bzw. die Frage, um die sich jede Überlegung zur Patientenversorgung dreht, ist die Zahl der verfügbaren Intensivbetten. Dazu kommt, dass ja die „normalen“ schweren Krankheiten wegen Corona nicht aufhören und wir sämtliche anderen Kranken weiter in Spitälern und auf Intensivstationen behandeln müssen. Ein Engpass bis hin zum totalen Zusammenbruch des Gesundheitswesens scheint rechnerisch im Falle eines unkontrollierten Outbreaks nicht nur möglich, sondern sogar sehr wahrscheinlich. Zusammengefasst bedeutet das: Corona ist hochinfektiös, kann viele Menschen in kurzer Zeit befallen und ist trotz seiner grundsätzlichen Harmlosigkeit in der Lage, bei manchen Leuten eine tödliche Krankheit zu verursachen. Rein medizinisch betrachtet wissen wir nicht genau, warum so viele Corona-Infizierte gar nicht oder nur geringfügig erkranken, manche aber so schwer.

Wir wissen jedoch, dass es bestimmte Risikofaktoren gibt, die einen schweren Verlauf wahrscheinlicher machen. Diese Faktoren sind: höheres Alter und bestehende Vorerkrankungen wie Diabetes, Lungenemphysem oder Herzschwäche. Kinder und Jugendliche erkranken hingegen nur ganz selten.

Die Sterblichkeit (Letalitätsrate) bei Corona liegt derzeit in Österreich bei etwa 3% aller Infizierten (Stand 25. April 2020). In absoluten Zahlen heißt das: 15.000 Infizierte, 530 Todesfälle. Weil es aber vermutlich eine beachtliche Dunkelziffer gibt, wird diese prozentual berechnete Sterberate noch sinken: und zwar dann, wenn wir noch viel mehr Leute testen, da sich diese Ziffer ja nur auf die nachweislich Infizierten bezieht und sehr viele Menschen nur gering bis gar nicht erkranken. Anders gesagt: Je mehr „nur“ Infizierte und leicht Erkrankte wir finden, desto geringer wird im Verhältnis die Sterberate.

Werden wir immun?

Wir wissen noch nicht genau, in welchem Ausmaß wir nach der Infektion immun werden. Dazu gibt es erst wenige Daten. Aus den bis jetzt verfügbaren Informationen kann man ableiten, dass vermutlich 30–50 % derer, die eine Infektion überstanden haben, Antikörper entwickeln und wahrscheinlich 3–5 Jahre lang immun sein werden. Die seriösen Messungen und Studien der Antikörper-Spiegel haben aber erst begonnen. Es gibt allerdings bereits neue US-Daten, die besagen, dass schon jetzt, bevor noch die weltweite Infektion (=Pandemie) größere Ausmaße erreicht hat, ein Teil der Bevölkerung Antikörper besitzt. Das hat etliche Immunologen und Virologen zu der Annahme bewegt, dass es vielleicht bei gar nicht wenigen Menschen eine sogenannte präexistente Immunität (Hintergrundimmunität) gibt.

Das würde auch die Frage erklären, warum so viele Infizierte nur milde oder gar nicht spürbare Verläufe aufweisen und es würde auch erklären, warum Kinder nur ganz selten erkranken. (Kinder sind oft verschnupft, die klassischen Corona-Viren als „Ahnen“ von SarsCov-2 könnten als Schnupfen-Erreger bei Kindern Antikörperbildungen triggern, diese Antikörper wiederum könnten Covid verhindern.)

Wie kann man Corona medizinisch behandeln?

Die Antwort ist frustrierend einfach: Medizinisch gibt es derzeit leider noch nichts, das eindeutig und nachhaltig in Richtung heilender Therapie weist. Wir können im Akutfall nur symptomorientiert vorgehen. Es existiert bis dato keine nachweislich kausale, also heilende Therapie. Wir können den Schwerstkranken Sauerstoff, unterstützende Beatmung, invasive Beatmung, Fiebersenkung, Infusionstherapie und antibiotische Abschirmung gegen Zweit-Infekte anbieten. Natürlich gibt es auch eine Unzahl von Präparaten, die ex juvantibus (als versuchsweise Hilfsmittel) verabreicht werden und jede Menge Studien, die derzeit Therapien testen: Vom alten Malariamittel Chloroquin über verschiedenste antivirale Substanzen bis hin zu diversen, teils dubiosen Versuchen mit allerlei Medikationen, die irgendjemandem aus irgendwelchen Gründen als erfolgversprechend erscheinen.

Für die leicht Erkrankten gibt es gute Nachrichten: Normale Grippemittel helfen ganz gut. Und auch oder gerade wenn man nur leicht erkrankt oder symptomlos infiziert war, dürfte sich eine Immunität entwickeln (oder ohnehin schon vorher als sogenannte Hintergrundimmunität bestanden haben).

Gibt es bald eine Impfung?

Nein. Bis zur Entwicklung einer Impfung kann es noch ein oder zwei Jahre, vielleicht auch länger dauern, und niemand kann versprechen, ob und wie stark sie wirken wird. Impfungen können Welterfolge werden (wie etwa die Pockenimpfung) oder sie können nur so schlecht und recht funktionieren. Bei der Grippeimpfung z. B. ist es so, dass deren Effizienz bei nur ca. 60 % liegt. Ein Gutteil der Geimpften hat hier also nur einen geringen persönlichen Benefit. Allerdings schützt man durch die Impfung immer auch andere, weil es zu einer Unterbrechung der Infektionskette kommt, und man boostet sein eigenes Immunsystem.

Grundsätzlich trachtet man danach, mit Impfungen so viele Personen wie möglich zu erreichen, weil man dadurch eine sogenannte Herdenimmunität erzielen will. Diese ist je nach Infektiosität des Erregers zu berechnen. Beim Coronavirus liegt die theoretisch wirksame Herdenimmunität bei ca. 60–70 % der Bevölkerung.

Die Ansteckungsrate beträgt bei Corona ca. 2–3 Personen pro Infiziertem (dieser Faktor wird auch  $R_0$  genannt und gibt an, wie viele andere Personen im Schnitt durch einen Infizierten angesteckt werden). Zum Vergleich: Bei den Masern liegt  $R_0$  bei 16–18 (ein Infizierter kann bis zu 18 andere Personen anstecken) – daher muss bei den Masern die Anzahl der Immunen bzw. Immunisierten bei etwa 85 % liegen, sonst ist keine Herdenimmunität zu erreichen. Diese Relationen werden von Epidemiologen, Infektiologen und Impfspezialisten nach erprobten Formeln berechnet und sind im allgemeinen sehr brauchbar und nachvollziehbar, aber von Erreger zu Erreger naturgemäß oft völlig unterschiedlich.

*Natürliche Immunität vs. Impfung* – Freilich gibt es bei bzw. nach sehr vielen Virusinfektionen auch eine natürliche Immunität: Nach durchgemachter Infektion bildet das körpereigene Immunsystem sogenannte IgG-Antikörper. Trägt der betroffene Mensch genug solcher Antikörper in sich, ist er gegen eine neue Ansteckung gewappnet. Vermutlich ist eine solche natürliche Immunität günstiger als eine künstlich hergestellte. Wie oben beschrieben gibt es gegen Corona höchstwahrscheinlich eine solche natürliche Immunität – vielleicht in Form der Hintergrundimmunität sogar in einem größeren Ausmaß als bisher angenommen.

Interessant ist auch, dass eine früher stattgehabte Tuberkulose-Impfung (BCG-Impfung) möglicherweise eine erhöhte Resistenz gegen Covid bietet. Diesbezüglich laufen Studien, die Korrelation scheint jedenfalls gegeben.

Wie können wir Corona überhaupt bekämpfen?

Da es keine Impfung und keine heilende Therapie gibt, haben sich recht schnell die Spezialisten der Seuchenbekämpfung von den nationalen virologischen und infektiologischen Instituten bis hin zu internationalen Organisationen wie der WHO mit den altbekannten Verhütungs- und Vorbeugungsmaßnahmen zu Wort gemeldet und ihre Empfehlungen abgegeben:

Simple Verhaltensregeln, die jeder halbwegs vernünftige Mensch etwa zu Grippezeiten ohnehin einhält, wurden und werden nach wie vor und zu Recht als die wichtigsten Maßnahmen während einer Epidemie/Pandemie propagiert:

- Grundsätzlich genug räumlichen Abstand zu anderen Menschen halten (besonders zu Kranken), Minimum 1,5 Meter
- zur Begrüßung nicht die Hände schütteln
- oft die Hände waschen/desinfizieren
- Menschenansammlungen/Veranstaltungen meiden
- Den Risikogruppen (also vor allem Älteren) nicht zu nahe kommen
- Diese Risikogruppen schützen (z.B. vom Rest der Bevölkerung trennen)
- Sämtliche dieser Kontaktvermeidungen werden unter dem Begriff „Social Distancing“ zusammengefasst
- Infizierte bzw. Verdächtige in Quarantäne schicken.
- Die leicht Kranken unbedingt zu Hause, die schwer Kranken nur wenn es zu Hause gar nicht mehr geht, in Spitälern behandeln
- Masken tragen (eine von der Wissenschaft allerdings nur eingeschränkt als erwiesen nützliche Maßnahme bezeichnet)
- Möglichst viele Menschen auf die Infektion testen und die Infektionsketten erforschen
- Sogenannte Cluster und Hot Spots ausfindig machen und lokal/regional abriegeln

In bestimmten Ländern wie Taiwan, Hongkong oder Singapur haben diese „Measures“ hervorragend funktioniert.

Dort musste man sonst keine weiteren (politischen) Aktionen setzen und auch keinen Lockdown durchführen (siehe weiter unten).

Warum musste sich bei uns die Politik so massiv einschalten?

Da die Medizin leider noch keine gezielte und heilende Therapie anbieten kann und der ansonsten ständig als mündig bezeichnete Bürger im Zusammenhang mit Corona offenbar von der Politik als hilflos und gleichsam als Mündel betrachtet wird, muss ihm von staatlicher Seite geholfen werden. Ist doch auch ganz klar: Was das Individuum nicht kann, das kann nur der Staat.

Aus Sicht der Volksvertreter ist der Bürger nicht in der Lage, gemeinsam mit dem professionellen Gesundheitspersonal die oben genannten einfachen Maßnahmen zum Eigen- und Fremd-Schutz durchzuführen respektive diese einzuhalten. Daher beschlossen die stets auf der Suche nach Machterweiterung und Profilierung befindlichen Regierungspolitiker, sich der Coronathematik zu bemächtigen und über das Parlament neue Gesetze dazu zu schaffen.

Das winzige Eiweiß-Krümel namens SARSCov-2 wurde solcherart zum gefundenen Fressen für die Regierung. Österreich ist damit allerdings kein Einzelfall, überall auf der Welt wurde die politische Kost rasch vom Eiweiß dominiert.

Viele Regierungschefs ernannten sich implizit zu den leitenden Oberärzten ihrer Nation und umgaben sich mit entsprechenden Task Forces und Beraterstäben. Weil es sich bei Covid aber doch um eine Krankheit handelt, wurden in den meisten Ländern erfahrene Ärzte und Medizin-Spezialisten (wie z.B. Epidemiologen und Infektiologen) in die politischen Entscheidungen eingebunden bzw. beeinflussen diese sogar maßgeblich (Schweden).

Nur Österreich ist anders: Hier wurde die Ärzteschaft vom Bundeskanzler erstaunlicherweise nahezu völlig ausgeblendet. Man stellte seitens des Kanzleramts lieber ein Team von Mathemati-

kern zusammen, das horrible Infektionsszenarien berechnete und auch unter politischem Getöse publizierte.

Zusätzlich kreierte man noch einen Spezialtrupp aus nichtmedizinischen Beratern, die exklusiv den Kanzler berieten und noch immer beraten. Hier anzunehmen, dass es dabei vor allem um das bestmögliche Polit-Marketing für den Kanzler geht, wäre sicher eine Unterstellung. Grundsätzlich ist nach wie vor die Verhinderung jener von den genannten Mathematikern errechneten virtuellen zehntausenden Todesopfer das Ziel jeder Politik. Ohne die tiefgreifenden politischen Maßnahmen namens Lockdown samt zugehöriger grundrechtlich fragwürdiger Gesetze wären diese errechneten Opfer nämlich mit Sicherheit dem Corona-Virus zum Opfer gefallen. Oder vielleicht doch nicht?

Ist ein Lockdown wirklich sinnvoll?

Es könnte gut sein, dass der von der Mehrheit der Bevölkerung überraschend gut angenommene Lockdown überflüssig war, denn die effektive Reproduktionszahl (also die Zahl, die angibt, wie viele Leute real von einer infizierten Person angesteckt werden), sank VOR dem Lockdown schneller ab als NACH demselben. Warum das so ist, konnte bis jetzt niemand schlüssig erklären (von der erwähnten Mathematiker-Gruppe meldete sich offiziell bis dato überhaupt keiner mehr zu Wort).

Überdies ist es in der Epidemiologie generell eine kontroversiell diskutierte Frage, ob ein Lockdown grundsätzlich nützlich ist oder nicht. Man muss dazu einiges wissen: Ein Lockdown hat keine „heilende“ Wirkung, sondern es werden durch die restriktiven Maßnahmen die Infektionen ja nur aufgeschoben – und das genauso lange, wie der Lockdown aufrecht bleibt. Solange es keine Impfung oder heilende Medikamente gibt, dient ein Lockdown also nur dazu, um Zeit zu gewinnen.

Durch flächenwirksame Abriegelungen wie geografische Quarantänen, Grenzschließungen, Besuchsverbote, Ausgangssperren,

Geschäftsschließungen, Schulsperren etc. werden die normalen sozialen Kontakte massiv reduziert respektive völlig verhindert und damit auch die Infektionen gehemmt. Wenn ein allgemeiner Lockdown effizient sein soll, dann muss er möglichst schnell, am besten beim Ausbruch der Krankheit und landesweit einsetzen, es darf dann zu praktisch keinerlei menschlichen Begegnungen mehr kommen, außer die Betreffenden sind in professioneller Schutzkleidung unterwegs.

#### Flattening the curve

Diese Art von hartem Lockdown hat es bei uns nicht gegeben. In Österreich gab es eine Kompromisslösung (auch Mitigation genannt), die im Wesentlichen landesweite Betriebssperren und das Zusperrern von Schulen, Restaurants, Einzelhandelsgeschäften und teilweise Flug- und Reiseverbote etc. umfasste. Experten sind sich übrigens nicht einig, wie und ob Schulsperren dazu beitragen können, dass die Infektionsraten sinken. Die wissenschaftliche Datenlage spricht eher dafür, dass von Kindern und Schulen kaum eine Infektionsgefahr ausgeht.

Freilich sind vor allem durch die Hygienemaßnahmen und das soziale Distanzieren die Infektionszahlen in Österreich zurückgegangen und die in allen Medien täglich publizierten Kurven zeigen erfreuliche Verläufe. Der Maßnahmen-Mix hat offenbar gegriffen. Allerdings ist dieses im Fachjargon als „Flattening the curve“ bezeichnete rückläufige Phänomen der Infektionszahlen wie gesagt keine „Heilung“ oder eine Rettung der Bevölkerung, sondern es verschieben sich nur die Zahlen und man verschafft sich einen Zeitpolster.

Das Abflachen der Kurven zeigt, dass es pro Zeiteinheit zu weniger Infektionen, zu weniger Erkrankungen und zu weniger Todesfällen kommt. Allerdings wird die Kurve nicht nur flacher, sie wird auch im Verlauf viel länger. In größeren Zeiträumen betrachtet bleiben bei den Schwerkranken die Opferzahlen in etwa

dieselben, „man verschiebt die Toten in die Zukunft“ (Zitat Prof. Giesecke, schwedischer Epidemiologe).

Ein Lockdown ist also nicht nur eine Art von Fallzahl-Kosmetik (die freilich kurzfristig potenziellen Corona-Todesopfern Lebenszeit schenkt – und das ist DAS ethische Argument für den Lockdown), sondern er ist auch eine Art Wette auf die Zukunft. Sinnvoll kann ein Lockdown ja nur dann sein, wenn es in absehbarer Zeit ein Medikament oder eine Impfung gibt.

Da aber derzeit keines von beiden in Sicht ist, wird man (falls wir weiter der Philosophie des Lockdowns anhängen) immer wieder mit Lockdowns rechnen müssen, weil sich das Virus ja in den Phasen der Lockerung wieder mehr verbreiten kann. Eine solche aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen dringend notwendige Phase der Lockerung beginnt derzeit gerade: Demnächst dürfen gastronomische Betriebe öffnen, und die Schulen werden wieder aufgemacht. Mit der sogenannten „Zweiten Welle“ wird daher gerechnet. Umso wichtiger sind jetzt die persönlich durchführbaren Maßnahmen wie Abstand halten und Händehygiene, damit schützt man sich und andere. Der Maskenpflicht muss man ebenfalls Genüge tun, auch wenn sie lästig und ihr Nutzen nicht ganz geklärt ist. Wichtig ist jedenfalls: Wenn Maske, dann auch richtig tragen (Mund und Nase dicht bedecken).

#### Kollateralschäden

Die aktuell geplante Lockerung ist nicht nur aus wirtschaftlicher und sozialer, sondern auch aus medizinischer Sicht absolut zu begrüßen. Durch die landesweite Fokussierung auf Covid kam es definitiv zu einer Unterversorgung der „normalen“ Kranken. Wer keinen Corona-Verdacht hatte und trotzdem medizinische Hilfe brauchte, war bis vor einigen Tagen ein Stiefkind des Systems und er wird es noch eine Zeitlang bleiben.

Die Kardiologen beispielsweise vermuten, dass die Zahl der übergangenen Herzinfarkte in den letzten 4 Wochen dramatisch

gestiegen ist, weil die Zahl der akuten Interventionen in den Herzzentren mangels Patienten um etwa 40 % gesunken ist. Man nimmt an, dass viele Patienten aus Angst vor der Coronainfektion trotz Herzbeschwerden die medizinische Hilfe erst gar nicht suchten, andere wiederum als Irrläufer im System landeten und dann irgendwann Drop-outs wurden bzw. teilversorgt wieder nach Hause geschickt wurden. Das Schlimme daran: Ein Teil dieser Patienten wird unweigerlich chronische Herzschäden entwickeln.

Weiters wissen wir, dass aufgrund der sozialen Deprivation die Depressionen deutlich zugenommen haben. Inwieweit sich die Suizidrate durch die Covid-Maßnahmen verändert hat, muss noch geklärt werden.

Faktum ist weiters, dass zahllose bereits geplante OP-Termine auf unbestimmte Zeit verschoben wurden. Das betrifft vor allem Gelenkoperationen und sogenannte elektive Eingriffe aller Art (Augen-OPs, Gallen-OPs, Gebärmutter-OPs etc.). Vorsorge-Untersuchungen wurden seit Beginn des Ausnahmezustandes überhaupt nicht gemacht. Und wahrlich dramatisch ist, dass aufgrund der Covid-bedingten Ressourcenverschiebungen eine ganze Reihe von neu aufgetretenen Krebserkrankungen nicht sofort erkannt und behandelt wurden. Hier kam es zu nachweislichen Verzögerungen, die einigen Patienten nicht wieder gutzumachenden Schaden bringen werden.

Das alles sind böse Nebeneffekte eines Lockdowns, die es in Zukunft absolut zu vermeiden gilt. Sollte eine größere „Zweite Welle“ kommen, wird man die Art des Herunterfahrens besser organisieren müssen: Ein nationaler Lockdown ist nicht zielführend. Die Verantwortlichen müssen rascher und regional agieren, indem Infektions-Cluster und Hotspots frühzeitig erkannt und abgeriegelt werden (als Negativbeispiel kann man hier Ischgl zitieren. Dort wurde trotz nachgewiesener Fälle viel zu spät und falsch reagiert, die Quarantänen setzten zu spät ein und die Infektion wurde in andere Länder verschleppt). Man wird also in Zukunft

eine effiziente und schnell wirksame bzw. flexibel einsetzbare Teststrategie brauchen. Ebenso muss alles daran gesetzt werden, serologische Bestimmungen von Antikörpern großflächig durchführen zu können. Wir müssen wissen, wie viele Personen über eine vermutliche Immunität gegen SARSCov-2 verfügen. Das gilt besonders für das im Hochrisiko arbeitende Gesundheitspersonal.

Den Ausflug in die Analyse der zweifellos ebenfalls bösen ökonomischen Folgen des nationalen Lockdowns erspare ich mir, diese Untersuchung mögen Berufenere durchführen.

#### Herdenimmunität

Die Alternative zum Lockdown ist das Anstreben einer raschen Herdenimmunität. Wir erinnern uns: Herdenimmunität heißt, wir brauchen ca. 60–70 % der Bevölkerung, die gegen SARSCov-2 immun sind. Mit diesen Zahlen können die Infektionsketten erfolgreich unterbrochen werden. Diese an sich optimale Situation ist aber nur durch ein Impfprogramm oder mittels einer Durchseuchung der Bevölkerung zu erreichen. Das Impfprogramm scheidet mangels Impfstoff aus. Bleibt uns also nur die Durchseuchung.

Sollten wir nun das Virus frei durch die Population laufen lassen? Mit all den Risiken – wie hoffnungslose Überfüllung der Intensivstationen oder erzwungener Selektion von Patienten? Sollen wir Zustände, wie wir sie kürzlich in Norditalien gesehen haben, riskieren? Es ist keine Frage, das Anstreben einer Herdenimmunität „ohne Sicherheitsgurte“ ist weder politisch noch ethisch vertretbar. Der englische Premier Boris Johnson hatte vor einiger Zeit kurz den Plan, das riskante Spiel zu eröffnen, verwarf ihn aber schnell wieder, als er Berechnungen präsentiert bekam, dass in England dann innerhalb von Monaten mit bis zu 200.000 Toten zu rechnen sei.

Manche Epidemiologen sind allerdings unverändert der Ansicht, dass nur die Herdenimmunität wirklichen und realisti-

schen Schutz bietet, weil wir weder sicher sein können, bald über eine Impfung zu verfügen noch bald wirksame Medikamente zu haben. Die Verfechter der Herdenimmunität benützen bei ihren Überlegungen meist utilitaristische Ansätze: Die Argumentationen lauten, dass man im Rahmen einer Durchseuchung eine größere Anzahl an Opfern (auch Tote) in Kauf nehmen müsse, um nachher umso mehr Menschenleben retten zu können. Rein rechnerisch und kühl abwägend betrachtet erscheint der Denkansatz logisch – nur, wer sagt es den potenziellen Todeskandidaten?

Es hat sich aus naheliegenden Gründen nirgendwo auf der Welt die reine Lehre von der schnellstmöglichen Herstellung der Herdenimmunität durchgesetzt. Auch die Schweden, denen man nachsagt, sie würden nur auf die Herdenimmunität setzen, machen das definitiv nicht. In Schweden gibt es sehr wohl Bestrebungen, die Infektionen einzudämmen und die Zahlen gering zu halten. Der essenzielle Unterschied zu anderen Ländern ist, dass dort fast alle Maßnahmen (wie soziale Distanzierung etc.) auf Freiwilligkeit beruhen und die Regierung an die Selbstverantwortung der Bürger appelliert.

Was sollen wir in Zukunft tun?

Die relativ glimpflich verlaufene Überwindung der Ersten Welle heftet sich natürlich die Regierung auf die Fahnen. Allen voran gilt der Kanzler derzeit bei der Bevölkerung als der Krisenmanager Nr. 1. Sebastian Kurz ist in ganz Europa und sogar in den USA eine Art Corona-Star geworden. Aber schauen wir genauer hin: Nüchtern betrachtet erlebten wir bei der Ersten Welle zunächst eine „Politik der Panik“ (wir erinnern uns an die prognostizierten zehntausenden Toten, die der Kanzler quasi persönlich verhindern musste). Diese Art der Politik, die von entsprechendem Aktionismus gefolgt und geprägt war, sollte die Bürger offenbar gefügig machen, um rigorose Maßnahmen umzusetzen und gleichzeitig den Kanzler als strahlenden Helden zu installieren.

Dies wird in Zukunft kein zweites Mal funktionieren – außer es tritt der unwahrscheinliche Fall ein, dass die Zweite Welle katastrophale Zustände erzeugt und aus den Spitälern Bilder des Grauens durch die Medien gehen.

Was also soll Österreich tun? Aus jetziger Sicht ist die Strategie der Mitigation wohl die beste Methode. Mitigation bedeutet, dass wir einerseits die Infektionsraten durch die oben geschilderten und ganz allgemeinen Maßnahmen zum Selbst- und Fremdschutz gering halten wollen, gleichzeitig aber eine weitere und möglichst kontrollierte Ausbreitung des Virus in Kauf nehmen.

Sollte es zu neuerlichen Wellen im Sinne eines massiven Anstiegs der Ro kommen, müssen gezielte und regionale Lockdowns durchgeführt werden, die eine massive Ausbreitung von den jeweils aktiven Hot Spots verhindern. Ein neuerlicher nationaler Lockdown muss unbedingt vermieden werden, weil der Vorteil im Vergleich zum potenziellen sozialen, wirtschaftlichen und medizinischen Schaden zu gering ist. Wer soll in Zukunft verantwortlich sein?

Das eigentlich zuständige Gesundheitsministerium stellte zwar schon zu Beginn der Pandemie eine Task Force zusammen, in der immerhin der Oberste Sanitätsrat und einige namhafte Infektionsspezialisten vertreten waren und sind. Das Ministerium verzichtete aber wie der Kanzler fast gänzlich auf Ärzte, die echte Erfahrung mit echten Patienten haben.

Natürlich kann man sagen, man muss einer Pandemie mit anderen Mitteln begegnen, als dies die Ärzte im direkten Kontakt mit den Patienten tun, aber es war für viele Bürger verwunderlich, dass die Stimmen der Task Force erstens recht leise und zweitens kaum medizinisch geprägt waren.

Selbst der stets egomanisch agierende US-Präsident Donald Trump zog in der Hauptphase der Coronakrise den weltberühmten Immunologen Anthony Fauci als Berater hinzu und überließ



ihm sogar den Vortritt bei vielen öffentlichen Auftritten im Rahmen der Krisenbekämpfung.

Aber Österreich ist wie gesagt anders. Einer der wenigen, der viel Erfahrung und ärztliche Expertise vorweisen konnte, war der Grazer Epidemiologe Dr. Martin Sprenger. Der Mann verließ aber recht bald den Beraterstab und ward fortan ein Ketzer. Laut eigener Aussage ging Sprenger aus freien Stücken, allerdings gibt es im Magazin Addendum ein Interview mit ihm, in dem er den denkwürdigen Satz äußerte: „Wer nicht glaubt, der wird ausgestoßen.“

Da gerät man als fachkundiger Beobachter der Vorgänge schon ein wenig ins Grübeln und fragt sich, ob in Österreich die Krisenpolitik der Regierung in eine Art theologische Veranstaltung umgewandelt wurde. Die letzte offizielle Publikation der Task Force aus dem Gesundheitsministerium datiert übrigens vom 28. Februar 2020, sie ist also nicht mehr ganz so taufrisch. Weitere Aktionen der Corona Task Force sind dem Autor dieser Zeilen nicht bekannt, man findet auch auf der Website des Ministeriums nichts Neues.

Vermutlich liegt es daran, dass der Kanzler samt seinem kryptischen Beraterteam die gesamte Corona-Krisenkommunikation an sich gerissen hat und die eigentlich zuständigen Experten zu einer Art Ministranten degradiert wurden. Ob das langfristig eine wirksame gesundheitspolitische Strategie gegen eine Seuche ist, werden wir ja sehen. Wenn am Ballhausplatz in ein paar Jahren die erste Corona-Säule zum Andenken errichtet wird, dann hat sie funktioniert.

Anhang: Was ist ein Coronavirus eigentlich?

Viren sind im Gegensatz zu Bakterien definitionsgemäß keine Lebewesen. Sie bestehen aber aus demselben biologischen Material, das alle lebenden Zellen dieser Welt als Bausteine teilen. Das Corona-Virus ist ein sogenanntes RNA-Virus. (Man darf übrigens

auch der Virus sagen, das erlaubt uns der Duden). Coronaviren bestehen aus einer Hülle mit „Spikes“ (diese Spitzen gaben dem Urding den Namen, weil sie ein bisschen wie die Zacken einer Krone aussehen) und aus etwa jeweils ca. 30.000 sogenannten Nukleotiden.

Nukleotide wiederum sind komplexe Kombinationen aus den Grundbausteinen des Lebens: Jede RNA (Ribonukleinsäure) wird aus den Basen Adenin, Guanin, Cytosin und Uracil sowie aus Zuckern und Phosphaten gebildet. In Summe ist die Viren-RNA nichts anderes als ein Strang von Informationen und Codes, das ohne einen Wirt nichts, mit einem Wirt aber fast alles kann. Insofern könnte man den Viren einen gewissen Anthropomorphismus andichten, also eine Art Analogie zum Menschen.

Aber bleiben wir ernst: Die Coronaviren sind in der Lage, sich über spezielle Rezeptoren und Enzyme in die Wirtszellen einzuschleusen. Dort können sie dem Erbgut des Wirts befehlen, dass sie repliziert (also vermehrt) werden. Der Wirt muss diesem Befehl gehorchen, weil er aufgrund der genetischen Gegebenheiten nicht anders kann.

Ist das Coronavirus also einmal beim Wirten eingedrungen, gibt es kein Halten mehr. Das Virus wird dort ohne Unterlass repliziert und verursacht in der Folge entzündliche Reaktionen, die oft asymptomatisch, marginal und nur fallweise spürbar sind. Selten können auch schwere, komplikationsreiche und mitunter sogar tödlich verlaufende Ganzkörperentzündungen auftreten.

# Fülle von Fehlern begangen

## Corona: Die österreichische Krisenstrategie

VON ANDREAS UNTERBERGER

Dr. Andreas Unterberger war 14 Jahre lang Chefredakteur von „Presse“ bzw. „Wiener Zeitung“. Er schreibt unter [www.andreas-unterberger.at](http://www.andreas-unterberger.at) sein „nicht ganz unpolitisches Tagebuch“, das heute Österreichs meistgelesener Internet-Blog ist.



Bild: Unterberger.at

Auch wenn wir noch lange vieles über die Corona-Epidemie nicht wissen, ist es doch dringend am Platz, eine erste Zwischenbilanz über die Erfolge, Gefahren und Nachteile der österreichischen Krisenstrategie zu ziehen – schon auch, um daraus zu lernen.

1. Österreich hat so wie ganz Europa den Ausbruch einer unbekannteren Epidemie **viel zu spät** als ernsthafte Bedrohung registriert. Nachrichtendienste wie auch der diplomatische Apparat haben versagt. Wir haben viel zu lange der Weltgesundheitsorganisation WHO vertraut und nicht begriffen, wie stark diese von einem äthiopischen Kommunisten geleitete Organisation von China beeinflusst ist – und damit auch von dessen wochenlangen Unwahrheiten. Der Chef der WHO hat etwa noch am 15. Februar folgenden unglaublichen Satz gesagt: „Der größte Feind ist nicht das Virus, sondern das Stigma.“ Solche Sätze sagen politisch korrekte Menschen sonst immer in Hinblick auf Aids ...

2. Es rächt sich einmal mehr, dass wir – ebenfalls unter Druck Pekings – keinerlei Kontakt zu **Taiwan** haben, das schon der Sprache wegen viel besser Bescheid weiß als alle anderen, was im einwohnergrößten Land der Welt vor sich geht. Dabei ist Wissen über China von großer Bedeutung. Ist es doch immer noch eine brutale Diktatur voller Selbstinszenierung. Taiwan hat jedenfalls

schon im Dezember, zweieinhalb Monate vor Österreich, die ersten Anti-Corona-Maßnahmen gesetzt.

3. Österreich hingegen hat noch bis in den März Flugzeuge aus China ungehindert landen lassen und die **Passagiere auch nicht kontrolliert** – also noch lange, nachdem auch Peking selbst die Epidemie zugegeben und erschreckende Bilder aus Wuhan gezeigt hat.

4. Österreich hat bis März **keine wahrnehmbaren Vorbereitungen** gesetzt, wie etwa Einschränkung des Zugangs zu Spitälern, Beschaffung von Material wie Schutzkleidung und Masken, Einkauf der nötigen Chemikalien für Massenimpfungen oder konkrete Notfallpläne.

5. Ab Mitte März wurde dann die Richtung **plötzlich um 180 Grad gedreht**. In kurzen Stufen kam es durch ständig neue, oft widersprüchliche Verordnungen des Gesundheitsministers zum völligen Lockdown. Schulen, Veranstaltungen, Museen, Kirchen, Gasthäuser, fast alle Geschäfte wurden geschlossen. Das kam wie ein lähmender Schock über Österreich. Kein Oppositionspolitiker und nur wenige Journalisten haben das zu kritisieren gewagt.

6. Offensichtlich hat die Politik **erst auf Grund schockierender Bilder** aus Italien reagiert, wobei freilich bis heute nicht wirklich klar ist, warum es in Italien, Spanien oder Belgien so schlimm zugegangen ist. Es gibt Hinweise auf sehr spezifische Fehler in diesen drei Ländern, etwa auf den Zustand der Spitäler oder die Tatsache, dass die spanische Linksregierung noch am 8. März in 75 Städten zu feministischen Frauenmärschen aufgerufen hat.

7. Bundeskanzler Sebastian Kurz hat mit **drastischen Erklärungen** die auch in allen Medien ausgebrochene Panikstimmung unterstützt. So sagte er, dass bald jeder jemanden kennen werde, der an Corona gestorben ist; oder dass es in Österreich 100.000 Tote geben wird.

8. Später bekannt gewordene Protokolle zeigten, dass Kurz durchaus **absichtlich Alarmstimmung** ausgelöst hat. Eigentlich

müsste das zu einem politischen Vertrauensproblem führen. Nicht jedoch für Kurz. Sein Vorgehen wurde auch im Nachhinein für richtig gehalten. So zeigte noch am 7. Mai, also fast zwei Monate nachher, eine Umfrage, dass erstaunliche 58 Prozent der Meinung waren: „Auch wenn es übertrieben war“, sei die Warnung des Bundeskanzlers nötig gewesen. Lateinkenner erinnern sich an den Satz: *Mundus decipi vult, ergo decipiatur*. Die Welt will getäuscht werden, also sei sie getäuscht. Sogar drei Viertel der Bevölkerung haben auch im Nachhinein die – inzwischen wieder zum guten Teil gelockerten – Maßnahmen für richtig gehalten.

9. Es wäre trotz der großen Umfrageerfolge der Koalition falsch zu behaupten, die Regierung habe die Coronakrise absichtlich entfacht. Schließlich hat es die in fast allen Ländern gegeben. Aber ebenso falsch wäre es zu glauben, dass sich die Regierungsglieder über die **positiven Imagefolgen** für sie selbst nicht sehr bewusst geworden wären.

10. Es gab freilich auch in vielen anderen Ländern erhebliche Imagegewinne für die Regierungen: Von Boris Johnson bis Angela Merkel und Viktor Orbán. In Spanien hingegen erlitt die sozialistische Regierung einen dramatischen Vertrauensverlust. Sie hat nicht den Eindruck erwecken können, die Lage im Griff zu haben. Für die anderen Länder und eben auch Österreich aber gibt es eine ganz klare Erklärung, die man schon aus der Bibel kennt: In Stunden der Angst und Gefahr **drängen sich die Schafe um den Hirten**.

11. Selbst wenn eigentlich viel zu spät reagiert worden ist, so ist doch Tatsache, dass Österreich im europäischen Vergleich sehr gut dasteht. Sei es wegen einer besseren Hygienekultur. Sei es, weil Österreich ein gut ausgebautes Gesundheitssystem hat, wo jeder bei Bedarf ein Intensivbett bekommen hat. Sei es, weil hier trotz allem früher und energischer reagiert worden ist. Jedenfalls schauen alle Vergleichszahlen für Österreich im Vergleich zu Süd- und Westeuropa sehr günstig aus (so kritisierbar jede einzel-

ne Zahl auch ist). Noch günstiger sind allerdings die Zahlen der östlichen Nachbarn.

12. Seine Reaktion hat Österreich jedenfalls international Gutpunkte gebracht. Selbst Angela Merkel musste sagen: „Österreich war uns immer ein Stück voraus.“ Und laut der Agentur Bloomberg hat die amerikanische Regierung genau bei **drei „Musterstaaten“** Wege für den Umgang mit der Pandemie zum Abkupfern gesucht: bei Südkorea, Singapur und Österreich.

13. Dennoch ist eindeutig, dass **eine Fülle von Fehlern** begangen worden ist, nicht nur in der Hektik der ersten Tage. So zum Beispiel:

- Eine mir bekannte Juristin hatte nach einer Asienreise eindeutige Symptome, ihr ist aber vom Corona-Telefon des Gesundheitsministeriums ein Test verweigert worden. Sie war alles andere als ein Einzelfall.

- Selbst die Mitarbeiter des ersten bekannten Corona-Kranken mussten die Tests auf eigene Faust bei einem privaten Labor durchführen lassen.

- Durch die totale Orientierung auf Corona sind zwei Monate lang viele medizinischen Behandlungen unterblieben. Operationen und Untersuchungen wurden abgesagt, Menschen sind oft nicht zum Arzt gegangen, haben Spitäler als Quelle der Ansteckung gemieden. Gespenstische Folge: Sogar die Zahl der registrierten Herzinfarkte ist um 40 Prozent zurückgegangen. Der Lockdown hat mit Sicherheit zu vielen gesundheitlichen Problemen mit Langzeitwirkung geführt.

- Es wurden keine Obduktionen gemacht, sodass man nie wissen wird, wie viele nur mit dem Virus gestorben sind und wie viele wirklich an ihm gestorben sind.

- Der am meisten publizierte Fehler war der Fall Ischgl, wo Anfang März einige Tage zu spät auf Erkrankungen reagiert worden ist. Das hat eine vierstellige Zahl an Infektionen ausgelöst. Unklar ist jedoch, warum. Hat man vom Gesundheitsmini-

ster bis zum Bezirkshauptmann noch nicht begriffen, was die Krankheit bedeutet? Oder hat man aus Rücksicht auf die auslaufende Skisaison mit Verzögerung reagiert? Allerdings dürfte die Empörung der Opposition über Ischgl kontraproduktiv sein: Vor allem in Westösterreich sieht man jede negative Schlagzeile primär als Schaden für den Tourismus an.

- Der empörendste Fehler der ganzen Corona-Zeit ist erst im Mai, also nach der teilweisen Entspannung, passiert, wo man sich nicht mehr auf das Chaos eines plötzlichen Notstandes ausreden konnte. Er bestand darin, dass afrikanische Asylanten, die wegen einiger Infektionen in ein Corona-Zentrum der Gemeinde Wien verlegt und mit einem Quarantäne-Bescheid belegt worden sind, einfach den ganzen Tag arbeiten gegangen sind und dann in einem Paketzentrum der Post viele andere infiziert haben. Niemand in diesem Quarantäne-Zentrum hat sie am Weggehen gehindert. Es wurde keine Meldung an die Polizei gemacht. Der Quarantänebruch ist offenbar nicht einmal aufgefallen.

14. Nicht nur angesichts eines solchen provozierenden Verhaltens der Gemeinde Wien bröckelt die Stimmung inzwischen wieder etwas. So glauben nicht mehr alle, sondern „nur“ noch drei Viertel der Österreicher, dass die Regierung absolut richtig gehandelt hat. So haben am Höhepunkt noch 23 Prozent das Virus als sehr bedrohlich bezeichnet, sechs Wochen später waren es nur noch 6. So sehen jetzt statt 20 Prozent schon 31 Prozent die Gefahr durch das Virus als übertrieben dargestellt an.

15. Auch wenn man noch lange nicht alles weiß, muss man im Rückblick auf die Kernfrage tendenziell zum Schluss kommen: **Österreich hat überreagiert.** Man hat durch die totale Konzentration auf die Seuche so viel Schaden angerichtet, dass dieser noch ein Jahrzehnt lang schwere Nachwirkungen haben wird – gesundheitlich, sozial, psychologisch, ökonomisch. Es wird aber noch lange bis zu seriösen Gesamtanalysen aller Schäden dauern. Diese laufen ja oft auf vielen Umwegen: beispiels-

weise auf dem Weg beruflicher Existenzverlust – Depression – Selbstmord.

16. Freilich: Selbst wenn man aus heutiger Sicht die allzu scharfen Maßnahmen für falsch hält, so waren sie **dennoch alternativlos.** Aus zwei Gründen:

- Politisch: Hätte die Regierung weniger scharf reagiert, wäre sie weggefegt worden. Siehe etwa die schwere Krise der spanischen Regierung. Alle Medien haben wochenlang auf „Volle Kraft Panikmodus“ geschaltet. Sie taten das im Wissen, dass jede Emotion, ganz besonders Angst und Panik die Auflagen treibt. Die „Zeit im Bild“ des ORF ist plötzlich auf zwei Millionen Zuseher hochgeschnallt (inzwischen freilich wieder auf knapp mehr als eine Million zurück). Daher hat die Regierung bei Geheimgesprächen mit Chefredakteuren diese keineswegs von der Richtigkeit des Panikmodus erst überzeugen müssen. Allerdings haben die Medien in ihrer Paniklust nicht begriffen, dass sie damit ihre zweite, wichtigere Einnahmenquelle total zertrümmern: die Anzeigeneinnahmen. Das aber hat die Regierung in bedenklicher Großzügigkeit blitzschnell aus Steuergeldern kompensiert.

- Ökonomisch: Jenes Industrieland, das am wenigsten herunterreguliert hat, ist Schweden. Das Land verzeichnet bei leicht größerer Einwohnerzahl zwar sechs Mal so viele Corona-Todesopfer wie Österreich (aber deutlich weniger als etwa Belgien, Italien, Spanien, Frankreich, Großbritannien). Aber Schweden hat dennoch nichts davon. Es kommt wirtschaftlich nicht besser aus der Krise. Die jüngste Wirtschaftsprognose der EU prophezeit Schweden für 2020 wie 2021 sogar eine schlechtere BIP-Entwicklung als Österreich! Es zeigt sich: Kein modernes Industrieland kann sich wirtschaftlich abkoppeln. Dazu sind die Globalisierung und die gegenseitige Abhängigkeit schon viel zu weit fortgeschritten.

17. Man könnte also zu dem Schluss kommen, dass Sebastian Kurz alles richtig gemacht hat: Er hat brillant kommuniziert, die erwähnten Pannen werden ihm nachgesehen, Österreich steht in-

ternational exzellent da, es hat relativ früher reagiert und relativ niedrige Opferzahlen. Dennoch muss man ganz eindeutig sagen: Nein, Kurz verantwortet **trotz all dieser Erfolge zwei ganz schlimme Fehler**, die nicht bloß in kurzfristigen Pannen bestehen, wie einem kurzen Gedränge der Begeisterung im Kleinen Walsertal. Es geht vielmehr um zwei sich über Wochen hinwegziehende politische Linien des Bundeskanzlers und der Minister.

18. Der eine große Fehler war der **fahrlässige Umgang mit den Grundrechten und dem Rechtsstaat**. Die Politik scheint aus der Geschichte nichts gelernt zu haben. Die vielen „Nie wieder“-Beschwörungen riechen nach heißer Luft. Man hat die fundamentale Bedeutung des Rechtsstaats für Freiheit und Demokratie gerade in Krisenzeiten nicht begriffen. Siehe etwa:

- die unglaubliche Aussage in einem offiziellen Regierungstext, es würde „vorerst“ keine Kontrollen im privaten Bereich geben, ob man auch dort Abstand hält – diese Bemerkung enthüllt unbewusst ein ganz gefährliches Denken;
- die kontinuierliche Falschinformation, dass die Österreicher nur zum Füße-vertreten auf die Straße dürfen. Dabei steht eindeutig in der Verordnung des Gesundheitsministers, man dürfe auch ohne irgendeinen Grund hinaus;
- die fortschreitende Einschränkung der Meinungsfreiheit: Es wurden sogar Polizeischüler auf die Jagd nach sogenannten Fake News geschickt, als ob sie oder die Regierung im Besitz einer objektiven Wahrheit wären;
- Die massiv überdrehte Formulierung des Innenministers, wer den Abstand nicht hält, sei als „Lebensgefährder“ zu verfolgen;
- die Eliminierung eines vom „Kurier“ veröffentlichten Interviews mit dem Klestil-Arzt und Lungenspezialisten Graninger aus dem Internet;
- die Behauptung des Bundeskanzlers, da ginge es nur um „juristische Spitzfindigkeiten“;

- seine coole Aussage, dass die Maßnahmen eh auslaufen würden, bevor der VfGH darüber urteilt, dass also gleichsam die Einschränkungen der Grundrechte (Meinungsfreiheit, Gewerbfreiheit, Bewegungsfreiheit, Religionsfreiheit) egal wären;

- der verzweifelte, verständliche, aber rechtsstaatlich bedenkliche Versuch des Bildungsministers, die schikanösen Verordnungen des Gesundheitsministers zur Wiedereröffnung der Schulen mit dem Satz, es käme primär auf den gesunden Menschenverstand an, zu schubladisieren;

- der vom Gesundheitsminister bejahte Gedanke, dass man die repressiven Corona-Maßnahmen eigentlich auch auf die Bekämpfung der Klima-Erwärmung ausdehnen sollte, was auf Deutsch eine unbefristete Öko-Diktatur bedeuten würde;

- die, sagen wir es höflich, allzu enge und vor allem auch finanzielle Kooperation der Regierung mit den Medien, die von der vierten Gewalt zu gekauften Staatsmedien geworden sind.

19. Ebenso langfristiges Gift war der Satz **„Was immer es kostet“**, der zuerst vom Bundeskanzler und dann von allen Regierungsmitgliedern zu hören war. Dieser Satz wird uns noch zehn Jahre belasten. Wenn eine Regierung den Eindruck erweckt, dass Geld keine knappe Menge mehr sei, dass man nirgendwo sparen müsse, dass jede Forderung erfüllt werde, dann ist sie rettungslos verloren. Dieser Satz löst unerfüllbares Anspruchsdenken aus. Dieser Satz schafft Zombie-Firmen, die nur durch Steuergeld überleben können. Dieser Satz führt mit Sicherheit zu Steuererhöhungen (wenn auch erst nach der Wien-Wahl). Und dutzende Male hat er schon zu Forderungen geführt, die so beginnen: „Wir haben ja jetzt gesehen, dass genug Geld da ist, also ...“.

## Im Geist des Josephinismus Österreich und die Pandemie

### VON KARL-PETER SCHWARZ

Mag. Karl-Peter Schwarz, 1952 in Villach geboren, studierte Geschichte und Romanistik in Wien und Rom. Seit 1980 Journalist, u. a. für den ORF, „Die Welt“, „Die Woche“ und das „Wirtschaftsblatt“. Von 1996 bis 2000 war Schwarz stellvertretender Chefredakteur der Tageszeitung „Die Presse“, dann berichtet er bis zu seiner Pensionierung im November 2017 als Auslandskorrespondent für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ über die postkommunistischen Länder in Mittel- und Südosteuropa. Jetzt freier Journalist und Kolumnist für verschiedene Medien.



Bild: ZF-Archiv

Der Ausbruch der COV-19-Seuche war kein „schwarzer Schwan“. Er war kein Ereignis, mit dem man nicht gerechnet hätte und auf das man sich nicht hätte vorbereiten können. Virologen und Epidemiologen hatten eine Pandemie schon lange erwartet, sie hatten sogar vermutet, dass ihr Erreger ein Corona-Virus sein würde. Sie wussten nur nicht, wann es soweit sein würde.

Auch wer kein Experte war, aber sich ein bisschen mit der Geschichte der Seuchen beschäftigt hatte, war durchaus nicht überrascht. Der Mathematiker Nassim Nicholas Taleb, auf den das Bild vom „schwarzen Schwan“ zurückgeht, hatte die Verbreitung eines neuen Virus als Begleiterscheinung der Globalisierung vorausgesagt. Im Verlauf der letzten 100 Jahre gab es ja immer wieder virale Seuchen, denen Millionen Menschen zum Opfer fielen, darunter die Spanische Grippe 1918/20, die Asiatische Grippe 1957/58, die Hongkong Grippe 1968/70, die Russische Grippe 1977/78, die Vogelgrippe 2004, die Schweinegrippe 2009. Es mangelte nicht an Warnungen. Dem deut-

schen Bundestag lag zum Beispiel seit 2012 eine Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz vor, zu der das Robert Koch-Institut einen Abschnitt über eine „Pandemie durch Virus Modi-SARS“ beigesteuert hatte. Er liest sich in manchen Passagen wie das Drehbuch der Reality Show, die im Februar 2020 die Welt „überraschen“ sollte.

Doch Südkorea, Taiwan, Hongkong, Singapur, dann auch Vietnam, Malaysia und Indonesien, waren auf die drohende Gefahr vorbereitet, schließlich hatte Asien seit dem ersten Auftreten eines SARS-Coronavirus (2002) zwei weitere Seuchen dieser Art erlebt. Es gab Katastrophenpläne, in Gesundheitsämtern und Spitälern gab es für die Bekämpfung von Infektionskrankheiten ausgebildete Ärzte und Pfleger. Schutzkleidung und Gesichtsmasken waren vorhanden, auch die technischen Voraussetzungen für massenhafte Tests, die dann rasch und unbürokratisch, da und dort sogar über Drive-Ins durchgeführt werden konnten. Als der Krisenfall eintrat, schlossen die Regierungen sofort die Grenzen und verhängten die Quarantäne über die Infizierten und ihre Kontaktpersonen. Da der Schutz der Menschen in diesen Ländern höher bewertet wird als der Schutz der Daten, durfte GPS-gestütztes Contact Tracing eingesetzt werden, um die Infektionsketten rasch aufdecken und die Ansteckungsherde wirksam isolieren zu können. Diese Länder kannten zudem China aus eigener Erfahrung viel zu gut, um sich von den rotchinesischen Desinformanten täuschen zu lassen. Sie haben keine Zeit verloren, als Anfang Jänner die ersten Nachrichten aus Wuhan eintrafen. Peking hatte mehrere Wochen lang versucht, das hohe Ansteckungspotenzial des neuen Virus zu leugnen, und nicht nur die WHO, sondern auch die Trump-Administration, die EU und die Regierungen der europäischen Staaten haben sich davon irreführen lassen.

Es ist gar nicht so einfach, sich die eklatanten Versäumnisse der europäischen Regierungen zu erklären. Ein Grund ist vielleicht, dass die politische Klasse nur noch von einer Wahl zur nächsten

denkt; ein anderer, dass sie ein geradezu blindes Vertrauen in die Weisheit der supra- und multinationalen Institutionen hegt, die in der Krise allesamt spektakulär versagen sollten. Die europäischen Politiker konnten es sich gar nicht mehr vorstellen, dass in einer globalisierten Welt Kämpfe über die Lieferung von billigen Schutzmasken und Medikamenten ausbrechen könnten, die die Versorgung der Bevölkerung mit plötzlich lebenswichtig gewordenen Gütern gefährden würden. Nun erwies sich, wie kurzfristig und gefährlich es gewesen war, die Einsparungen im Spitalswesen allein den Gesundheitsökonomern zu überlassen, die Anzahl der Spitalsbetten zu reduzieren, auf Bevorratung zu verzichten und dem Niedergang des Systems der Versorgung durch Allgemeinmediziner tatenlos zuzuschauen. Nicht nur eine Seuche, sondern auch jede andere Art einer akuten kollektiven Bedrohung der Sicherheit der Bevölkerung lag längst jenseits des Wahrnehmungshorizonts.

In dem sehr lesenswerten Buch eines Klagenfurter Ärzteteams („Bereit für das nächste Mal: Wie wir unser Gesundheitssystem ändern müssen“) weist Dr. Rudolf Likar darauf hin, dass im indischen Hyderabad die meisten Antibiotika für den Weltmarkt produziert werden: „Angenommen, das Coronavirus greift dort um sich und legt die Produktionsstätten lahm. Das erzeugt in ein paar Monaten Engpässe bei allen Antibiotika weltweit. Und dann gibt es parallel zum Ausfall der Heilmittel neue multiresistente Keime, die sich rund um den Globus verteilen. Keime, gegen die sich das Coronavirus wie ein Aprilscherz ausnimmt.“

Dr. Joy Pamela Rendi-Wagner, SPÖ-Vorsitzende, ehemals Gesundheitsministerin und auch noch Expertin für Infektionskrankheiten, twitterte am 25. Jänner seelenruhig, es bestehe kein Grund zur Panik, Österreich sei gut vorbereitet. Der grüne Gesundheitsminister Rudolf Anschober erklärte am 29. Jänner, nicht das Coronavirus, sondern die Grippe sei „das prioritäre Thema“. („Der Standard“, 24. März 2020.). Die Österreicher waren be-

ruhigt. Am 7. Februar veröffentlichte das „Profil“ eine Umfrage, der zufolge 78 Prozent der Österreicher im Coronavirus „keine Bedrohung“ sahen. Als ich am 19. Februar in meiner regelmäßigen Glosse für „Die Presse“ („Quergeschrieben“) darauf aufmerksam machte, dass „weltweit mit den schlimmsten Folgen gerechnet werden“ müsse, brachte mir das den Vorwurf ein, Panik erzeugen zu wollen. Indes waren weltweit bereits 70.000 Erkrankte und fast 2.000 Todesfälle registriert worden. Am 22. Februar meldete Italien den ersten Corona-Toten, am 25. Februar wurden in Innsbruck die ersten beiden Infizierten entdeckt.

Wie bei der Migrationskrise machte die FPÖ als erste Partei auf den Ernst der Lage aufmerksam. Hofer und Kickl forderten unter anderem die Schließung der Grenzen zu Italien, die Quarantäne für illegale Migranten sowie ein Landeverbot für Flugzeuge aus China, die immer noch in Schwechat eintrafen. „Machen Sie endlich ihre Arbeit“, sagte Herbert Kickl am 27. Februar in der Sondersitzung des Nationalrates zur Regierung. Besonders in dieser Anfangsphase hat sich die FPÖ als Oppositionspartei bewährt. Sie blamierte sich später allerdings mit dem kostspieligen und ökonomisch fragwürdigen Vorschlag eines 1.000-Euro-Gutscheins für jeden Österreicher, der offenbar bezweckte, mit der populistischen Forderung der SPÖ und des ÖGB nach einer Anhebung des Mindestlohns gleichzuziehen. Zuletzt demonstrierte sie in Wien auch noch Seite an Seite mit Impfgegnern und anderen Alu-Hut-Trägern.

Aber zurück zur Corona-Chronologie. Am 10. März schloss die Bundesregierung endlich die Grenze zu Italien, das bereits eine Woche vorher das ganze Land zur „zona rossa“ (Sperrzone) erklärt hatte. Am 16. März trat in ganz Österreich mit dem Covid-19-Maßnahmengesetz der Lockdown in Kraft. Am selben Tag wurden in den USA vergleichbare Maßnahmen in Kraft gesetzt, eine Woche später auch in Deutschland. Eine WHO-Zwischenbilanz ergab am 16. April für Europa fast eine Million Infizierte und 84.000 Tote.

Der Schwerpunkt der Seuche war in wenigen Wochen von Asien nach Europa gewandert.

Im europäischen Vergleich schneidet Österreich noch recht gut ab. Um es in einem Vergleich zu sagen: Der Bundesregierung ist im dichten Nebel und bei nahezu totalem Ausfall der Instrumente eine Bruchlandung gelungen, bei der die beiden Tragflächen beschädigt wurden: die österreichische Volkswirtschaft und das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik. Man kann ihr zugute halten, dass es in den ersten Wochen von Ende Februar bis Mitte März keine wirkliche Alternative gab zu dem Rückgriff auf die uralten Methoden des Infektionsschutzes, wie sie bereits im Alten Testament verordnet (Buch Levitikus) und im Mittelalter in so gut wie allen Seuchen angewendet wurden: Kontaktsperre und Quarantäne.

Man wusste damals nicht, wie gefährlich das Virus wirklich war, wie viele daran sterben würden, wie es sich ausbreiten und wie lange eine Infektionswelle dauern würde. Extreme Unsicherheit aber erzeugt extreme Angst, und extreme Angst ermöglicht es, die Leute zur Einhaltung von Regeln zu bringen, die sie unter anderen Umständen nie und nimmer akzeptieren würden. Insofern war die Kommunikationsstrategie des Bundeskanzlers, die darin bestand, für den Fall der Missachtung der Regeln die allerschlimmsten Folgen anzudrohen, rational. Jetzt ist vieles immer noch unbekannt, es gibt weder Medikamente noch einen Impfstoff. Aber wir verfügen über erheblich mehr Informationen. Der österreichischen Bundesregierung kann man nicht vorwerfen, dass sie damals nichts wusste. Das Problem bestand darin, dass sie wenig dazugelernt und ihre Strategie nicht rasch genug dem wachsenden Wissensstand angepasst hat. Der Lockdown ließ sich aus der Panik der ersten Wochen begründen. Aber an ihm wurde auch noch festgehalten, als sich längst abzeichnete, dass er mehr Schaden anrichten als verhüten würde.

Sicherheit und Freiheit sind keine Gegensätze. Wenn die Menschen fürchten, dass ihre Sicherheit gefährdet ist, sind sie auch nicht bereit, zu konsumieren, zu investieren oder ihrem Beruf nachzuge-

hen. Sie sind allerdings nur dann bereit, gravierende Einschränkungen ihrer Freiheit zu akzeptieren, wenn sie ihnen wirklich gerechtfertigt erscheinen. Das war seit Anfang April immer weniger der Fall.

Zugleich aber artete die im Geist des Josephinismus („Alles für das Volk, nichts durch das Volk“) konzipierte Strategie der Bundesregierung aus in eine wilde Orgie absurder Vorschriften und polizeilicher Überwachung. Auf völlige unterschiedliche Gegebenheiten wurden die gleichen Regeln angewendet, auf den Bezirk Hermagor (null Infektionen) ebenso wie auf Ischgl und auf Wien. Dazu kamen absurde Maßnahmen wie das Betretungsverbot für die Bundesgärten. Vor den Osterfeiertagen wurden widersprüchliche und irreführende Anordnungen kommuniziert, der Innenminister rühmte sich der 30.000 Anzeigen im Zusammenhang mit den Corona-Anordnungen, der Bundeskanzler tat rechtsstaatliche Einwände mit dem Versprechen ab, dass man sich um die Verfassungskonformität der Anordnungen irgendwann schon noch kümmern werde. Der Irrsinn erreichte einen Höhepunkt, als die Cobra am 27. April auf Anordnung der Grazer Staatsanwaltschaft die Wohnungen von fünf „Staatsverweigerern“ stürmte. Es habe sich dabei, so zitierten Medien aus dem Ermittlungsakt, um „Coronavirus-Verschwörungstheoretiker und Gegner der Corona-Schutzmaßnahmen der Bundesregierung“ gehandelt.

Unter Lockdown versteht man die großflächige Verhängung von Ausgehverboten, die Beschränkung der Teilnehmerzahl bei Versammlungen sowie die Schließung von Geschäften, Gaststätten und anderen kommerziellen Betrieben. Im Gegensatz dazu hätte die Verhängung der Quarantäne über positiv Getestete und ihre Kontaktpersonen, die verstärkten Kontrollen der Grenzen und weitere erprobte Methoden der Seucheneindämmung, etwa die Verpflichtung, in geschlossenen Räumen Gesichts- und Nasenschutzmasken zu tragen, das gesellschaftliche Leben nicht abgewürgt, sondern es der großen Mehrheit der Bevölkerung ermöglicht, ihre Tätigkeit unter erheblich geringerer Ansteckungsgefahr fortsetzen zu können.



Der Sicherheitsexperte David Ben-Israel hat in einer am 16. April veröffentlichten vergleichende Studie nachgewiesen, dass die Zahl der Corona-Infektionen zunächst exponentiell anwächst, bis sie nach sechs Wochen ihren Höhepunkt erreicht und ab der achten Woche bis auf null zurückgeht. Alles in allem dauere so eine Welle 70 Tage, und zwar völlig unabhängig von den Maßnahmen, die von den Regierungen verfügt werden.

Weitere Studien besagen, dass die Zahl der Infektionen in verschiedenen Ländern, darunter auch in Österreich, bereits zurückging, bevor der Lockdown wirksam werden konnte. Mittlerweile weiß man auch, dass sich das Virus nicht quer durch die Bevölkerung, sondern über „Superspreader“ der Ischgl-Art in Clustern verteilt. Es ist rückblickend betrachtet geradezu ein Wunder, dass es im Umfeld des von Italienern traditionell gerne besuchten Villacher Faschingsumzugs, der am 23. Februar stattfinden durfte, zu keiner Clusterbildung kam. Der Karneval in Venedig war zu diesem Zeitpunkt bereits abgesagt worden.

Niemand kann zur Zeit schon sagen, ob es im Herbst zu einer zweiten Welle von Cov-19-Erkrankungen kommen wird, wie weit die Immunisierung bereits vorgangeschritten ist und wann es einen Impfstoff und wirkungsvolle Therapien geben wird. Die Nebel haben sich zwar etwas gelichtet, aber Vorsicht ist weiterhin geboten. Das Virus Cov-19 ist immer noch eine große Unbekannte. Im Zentrum aller Bemühungen muss die Aufklärung der Bevölkerung stehen, um sie zum Selbstschutz zu befähigen, und nicht zuletzt, um verlorenes Vertrauen wieder zu gewinnen. Wer weiß, wie hoch das Infektionsrisiko ist, hält von selber Abstand und muss nicht erst von der Polizei dazu gezwungen werden. Freie Bürger werden sich künftig ganz sicher nicht mit einem Leben „am Rande des demokratischen Modells“ abfinden, wie es eine Kanzlerberaterin gerne hätte.

## Der Gesundheitsminister als Passagier

Eine Bestandsaufnahme: Österreichs Gesundheitssystem und die Coronavirus-Seuche

VON FRITZ SIMHANDL

Dr. Fritz Simhandl ist Jurist und Fachreferent für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz im Freiheitlichen Parlamentsklub



Bild: ZZ-Archiv

Das österreichische Gesundheitssystem wurde in den letzten drei Monaten von der Coronavirus-Seuche mit voller Wucht erfasst. Mit Stand 24. Mai 2020, 9.30 Uhr früh, wurden 401.857 Testungen Österreich durchgeführt, 16.429 Personen wurden dabei positiv auf COVID-19 getestet, 15.063 Infizierte sind wieder genesen, 640 Personen werden von der Statistik als „an“ oder „mit“ COVID-19 verstorben ausgewiesen, 137 Infizierte galten zu diesem Zeitpunkt als „hospitalisiert“ und 29 von diesen mussten zu diesem Zeitpunkt in einer Intensivstation betreut werden.

Die medizinische Versorgung hat der aktuellen Herausforderung durch das COVID-19-Virus standgehalten, aber nicht weil, sondern obwohl es eine befriedigende Versorgungssituation in der österreichischen Gesundheitspolitik und damit eines Gesundheitswesens in unserem Land gibt. Die Anzahl an einsetzbarem medizinischen Personal, von den Ärzten bis zu den Pflegern, die zur Verfügung stehenden Krankenhauskapazitäten und die Anzahl an Intensivmedizinbetten haben der COVID-19-Welle standgehalten. Zu keinem Zeitpunkt bestand für die Coronavirus-Infizierten ein Versorgungsengpass. Und doch haben die letzten Wochen seit Anfang März 2020 gezeigt, dass das österreichische Gesundheitssystem eigentlich nur be-

dingt einer tatsächlichen Gesundheitskrise, wie sie durch die Coronavirus-Seuche aufgetreten ist, gewachsen ist. Der nach dem Bundesministerengesetz formal zuständige Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, Rudolf Anschober, ist seit Beginn der COVID-19-Krise mehr Passagier als Kapitän in Sachen Gesundheitspolitik und Epidemie-/Pandemiebekämpfung.

Abgesehen von den versorgungspolitischen und gesundheitsökonomischen Defiziten, die im gesamten Gesundheitssystem in COVID-19-Zeiten zu Tage getreten sind, stellt sich vor allem die Frage nach der Kompetenzverteilung zwischen den Gebietskörperschaften, der realen Machtkonkurrenz zwischen Politik- und Wirtschaftssektoren und der Normenqualität und Anwendung in einer akuten Krisensituation. Und in diesem Zusammenhang sind massivste Defizite aufgetreten, die auch nach der Bewältigung der akuten COVID-19-Krise kurz-, mittel- und langfristig nach einem großen unmittelbaren Reformbedarf verlangen.

Erst in den letzten Tagen und Wochen haben wir es angesichts der Beispiele „Asylwerberbetreuungszentrum Erdberg“, „Messezentrum Wien“ und der Postverteilzentren Hagenbrunn und Inzersdorf wieder einmal gesehen: Der kooperative Bundesstaat zwischen den einzelnen Gebietskörperschaften in Zeiten einer Gesundheitskrise ist oft mehr Theorie als gelebte Staatspraxis in Österreich. Und dieses Faktum potenziert sich noch, wenn unterschiedliche parteipolitische Zusammensetzungen von Regierungen auf Bundes- und Landesebene in einem politischen Krisenmodus – zumal in Vorwahlkampfzeiten – aufeinander treffen.

Die österreichische Bundesregierung, gebildet aus einer Koalition aus ÖVP und Grünen, trifft hier auf eine rot-grüne Stadtregierung in Wien. Dazu kommt noch das Sonderproblem, dass eine COVID-19-Infektionskette unter maßgeblicher Beteiligung

von Asylberechtigten bzw. Asylwerbern in Gang gesetzt worden ist. Das herkömmliche Spannungsverhältnis zwischen den Gebietskörperschaften Bund und Ländern im Gesundheitsrecht und vor allem bei einer Epidemie bzw. Pandemie wird hier noch parteipolitisch überlagert. In einer komplexen rechtlichen und politischen Zuständigkeitsverteilung zwischen Innenministerium (Asylwesen/ÖVP), Gesundheitsministerium (Epidemiwesen/Grüne), Finanzministerium und Landwirtschaftsministerium (Bundesbeteiligung Post bzw. Postwesen/ÖVP), Arbeitsministerium (Arbeitsrecht/ÖVP) und der Stadt Wien (Asyl-, Gesundheits- und Sozialwesen/SPÖ) werden hier Probleme nicht gelöst, sondern durch Tun oder Unterlassen auch noch verschlimmert. Und damit kann durchaus ein Potenzial entstehen, ein zweites „Ischgl“ in Wien bzw. Wien-Umgebung durch eine neue COVID-19-Infektionskette entstehen zu lassen.

Der Tiroler Wintersportort Ischgl ist, geographisch mehr als 500 Kilometer westlich der Bundeshauptstadt Wien gelegen, die andere Seite der gesundheits- und kompetenzrechtlichen Medaille in COVID-19-Zeiten. Unabhängige Verwaltungs-, Zivil- und Strafgerichte, eine Untersuchungskommission auf Landesebene und ein Untersuchungsausschuss auf Bundesebene werden sich mit den Fakten und Vorgängen in und rund um Ischgl zu beschäftigen haben. Die „Suppe“ ist aber jetzt bereits „dick“ genug, so dass hier ein seit Wochen und Monaten fortgesetztes Behördenversagen medial und politisch diskutiert werden muss.

In dieser Diskussion ist offen zu Tage getreten, dass, mutmaßlich aus politischer und ökonomischer Gefolgschaftstreue, dem Agieren und Agitieren einflussreicher Kreise mit dem Potenzial einer Schattenregierung, dem Festhalten an einem Koalitionspakt ohne Wenn und Aber und dem Unvermögen, auf eine Akutsituation, die sich jenseits alpenländischer Naturkatastrophen abspielt, durch die Gesundheitspolitik zu reagieren, eine

Herausforderung von Beginn an falsch eingeschätzt worden ist. Auch hier hat das Gesundheitssystem in seiner Gesamtheit, wenn man ihm wesentliche politische Steuerungs- und Gestaltungskraft zumessen möchte, versagt.

Eine schwarz-grüne Tiroler Landesregierung, geführt von einem machtorientierten ÖVP-Landeshauptmann Günther Platter, der als Innen- und Verteidigungsminister einige Jahre lang sogar bundespolitische Luft schnupfern durfte, traf bei der gesundheitspolitischen Bewältigung der COVID-19-Seuche auf eine schwarz-grüne Bundesregierung. Diese nahm in den ersten Wochen des Jahres die aus dem fernen Asien bekannt gewordene Seuche mehr als mediales Schaulaufen wahr, als tatsächlich rational und vernunftbegabt Sachpolitik im Sinne des österreichischen Gesundheitswesens zu „liefern“, und praktizierte danach ihr so genanntes „Krisenmanagement“..

Der eigentlich für das Gesundheitswesen und damit für das Epidemie-/Pandemiewesen zuständige grüne Gesundheitsminister Rudolf Anschober traf auf den ÖVP-Innenminister Karl Nehammer und die komplette Regierungsmannschaft des Koalitionspartners vom Bundeskanzler abwärts, die Anschober nicht nur bis zum heutigen Tage in weiten Strecken machtpolitisch besachwalen, sondern die COVID-19-Krise dazu verwendet haben, ihre eigenen Kompetenzen möglichst umfassend und breit angelegt in die Angelegenheiten des Gesundheitswesens „hineinwachsen“ zu lassen.

Ein Übriges taten die so genannten „Expertenstäbe“ und „Krisenkoordinatoren“, die vor allem ab dem so genannten „Lockdown“, einem über das gesamte Land gestülpten gesundheitspolitischen Regime der Befehls- und Zwangsgewalt, für die schwarz-grüne Bundesregierung und ihre Entscheidungen als Feigenblätter herhalten mussten. Durch die überfallsartig über Nacht ausgehebelten Normen des traditionellen Epidemiegesetzes setzten ÖVP-Bundeskanzler Sebastian Kurz und sein grüner

Vizekanzler Werner Kogler dann unter dem Titel des Gesundheitswesens und mit den formal vorgeschobenen Mitteln des Gesundheitsrechts eine Endlosschleife an COVID-19-Gesetzen, -Verordnungen und -Erlässen in Kraft. Diese COVID-19-Gesetze, -Verordnungen und -Erlässe fuhren wie eine Dampfwalze über die so genannten „Normadressaten“, d. h. Bürger, drüber und machten diese im Resultat zu „Normunterworfenen“. Mit Gesundheitsrecht wurde in weiterer Folge Wirtschafts- und Sozialrecht produziert, da die COVID-Maßnahmengesetze des Herunterfahrens des Gesellschafts- und Wirtschaftslebens eine Kausalkette von noch lange nicht abzuschätzenden Problemen haben entstehen lassen.

Durch den Verlust der Arbeitsplätze, durch die Folgen von Isolierung und sozialer Absonderung, den wochenlangen Entfall oder Aufschub notwendiger medizinischer Versorgungsleistungen für alle Nicht-COVID-19-Patienten sind dem österreichischen Gesundheitssystem kurz-, mittel- und langfristige potenzielle Schadensfälle entstanden, die heute qualitativ und quantitativ noch gar nicht eingrenzbar sind. Dass die COVID-19-Maßnahmen eine neue Mehrklassenmedizin produziert haben, ist jedenfalls ein gesundheitspolitisches Faktum. Und diese Mehrklassenmedizin könnte in Folge der COVID-19-Maßnahmen noch verstärkt werden.

Auch wenn formal, durch das schrittweise Öffnen und Hochfahren des gesamten Gesundheitssystems für alle Patienten, die Gesundheitsversorgung wieder angeboten wird, ist man hier nicht über den Berg. COVID-19-bedingte Beitragsstundungen und Beitragsausfälle im Sozialversicherungssystem durch aktuell 1,3 Millionen Arbeitnehmer in Kurzarbeit und 530.000 in der Arbeitslosigkeit führen zu einem mittel- und langfristigen Finanzierungseingpass, der Leistungskürzungen, Selbstbehalte und/oder Beitragserhöhungen nach sich ziehen könnte. Diese treffen wiederum vor allem kleinere und mittlere Einkommens-

gruppen und bringen insgesamt das Gesundheits- und Sozialsystem in Schiefelage.

Aber auch die gesundheitspolitische Aufarbeitung der COVID-19-Krise, und das heißt national und international, wird für das österreichische Gesundheitssystem eine Mammutaufgabe bedeuten. Bis heute ist ungeklärt, woher das Coronavirus tatsächlich stammt. War der Ursprung tatsächlich in der chinesischen Metropole Wuhan? Welche Rolle spielte dabei das Institut für Virologie? Ist eine globale Verbreitung im Zuge einer Militärweltmeisterschaft im Oktober 2019 realistisch oder doch auszuschließen? Und wer sind vor allem die „Krisen- und Kriegsgewinnler“ in Folge von COVID-19 national und international?

Schon jetzt meldet sich die Lobby der internationalen pharmazeutischen Industrie, assistiert von medizinischen Forschungs- und Wissenschaftszirkeln, auf allen Kanälen lautstark zu Wort und beginnt einen Propagandafeldzug für eine COVID-19-Impfpflicht, um eine „zweite Welle“ zu verhindern bzw. diese rechtzeitig einzudämmen. Die Vorsitzende der Bioethik-Kommission im Bundeskanzleramt von Kanzler Sebastian Kurz macht sich zur Fürsprecherin dieser einzuführenden Impfpflicht in Österreich. Machtorientierte Gesundheits- und Sicherheitspolitiker aller Farbschattierungen werben wortgewaltig für technische Überwachungs- und Kontrollsysteme, die dann gemeinsam mit dem Gesundheits- und Impfstatus jeden Weltbürger in ein Mehrklassensystem der Ge- und Verbote zwingen könnten. Man hat den Eindruck, dass George Orwell 1948 mit seinem ernüchternden Meisterwerk „1984“ das COVID-Jahr 2020 vorausgesehen hat. Da sollte für jeden freiheitsliebenden Bürger Widerstand zur Pflicht werden, sonst steht am Ende statt einem Gesundheitssystem auch in Österreich eine Gesundheitsdiktatur.

## „Bevölkerung in Angst und Schrecken versetzt“

### DOKUMENTATION

---

---

Protokoll der Rede von  
FPÖ-Klubobmann **Herbert Kickl** am  
22. April 2020 im Nationalrat



Bild: Facebook/FPÖ

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Mitglieder der Bundesregierung! Geschätztes Hohes Haus! Liebe Österreicherinnen und Österreicher! Na ja, nach fünf Wochen Ihrer Anticoronamaßnahmen ist es wirklich angebracht, eine Bilanz zu ziehen, und Sie werden sich nicht wundern, dass sie aus meiner Sicht ein wenig anders aussieht als die Ihre. Zunächst aber einmal zu den positiven Aspekten: Ja, es ist unbestritten, dass im Gesundheitsbereich die Entwicklung in Österreich eine positive ist. Wir freuen uns über rückgängige Zahlen, was die Infektionen betrifft, wir freuen uns über rückläufige Raten, was die Todesfälle betrifft, wir freuen uns darüber, dass es mehr Menschen gibt, die gesund sind oder gesund werden, als Menschen, die sich neu infizieren. Das ist eine positive Entwicklung, das ist ausgezeichnet und das freut auch mich. Es ist aber nur der erste Blick auf die Dinge, Herr Bundeskanzler. Ich glaube, wenn man ehrlich sein will und wenn man den Dingen auf den Grund gehen will, dann braucht es auch einen zweiten Blick, einen tiefer gehenden Blick, und den möchte ich jetzt gemeinsam mit Ihnen versuchen.

Herr Bundeskanzler Kurz, Sie dürfen sich jetzt angesprochen fühlen, und auch alle anderen Regierungsmitglieder, die glauben, dass dieser Ort hier dafür da ist, dass man der Debatte folgt,

und nicht, dass das hier ein Platz ist, der sich besonders toll dafür eignet, dass man permanent mit dem eigenen Handy herumspielt – damit ich das auch einmal angebracht habe. Sie alle dürfen sich angesprochen fühlen! (Beifall bei Abgeordneten von FPÖ und SPÖ.) Ich habe nämlich ein paar ganz einfache Fragen an Sie: Warum, Herr Bundeskanzler, ist eigentlich die Entwicklung im Bereich der Neuinfizierten auch in Schweden eindeutig eine positive? Warum ist das so? Warum ist eigentlich die Tendenz betreffend die Todesrate im Allgemeinen auch in Schweden eine positive, verglichen mit vielen anderen Ländern, die, so wie Sie, ganz restriktive Maßnahmen gesetzt haben? Vor allem, Herr Bundeskanzler: Warum ist eigentlich in Schweden weder das Gesundheitssystem im Allgemeinen noch die Intensivmedizin vollkommen in sich zusammengebrochen? – Ich glaube, das sind sehr berechtigte Fragen, berechtigte Fragen deshalb, weil Schweden sehr, sehr vieles, um nicht zu sagen, fast alles anders macht, als Sie es machen. Sie wissen, dass in Schweden im gesamten Jahr 2020 das öffentliche Leben eigentlich ohne große Einschränkungen vonstatten geht, dass dort die Geschäfte und die Restaurants geöffnet sind, dass die Leute einkaufen gehen, dass sie sich treffen, dass die Kinder in den Kindergärten sind, dass in den Schulen, selbstverständlich auch in den Grundschulen, unterrichtet wird. (Ruf bei der ÖVP: Warst du schon einmal in Schweden?!)

An Sie gerichtet, Herr Vizekanzler: Sie wissen, dass die Kinder dort auch ihrer sportlichen Betätigung (Zwischenruf der Abg. Gabriela Schwarz), zum Beispiel in Fußballvereinen, nachgehen. Sie wissen, dass Veranstaltungen für bis zu 50 Personen zugelassen sind. Mir ist auch nicht bekannt, dass die Regierung dort daran arbeitet (Zwischenruf bei der ÖVP), die eigenen Bürger mittels Big Data zu bespitzeln, und erst dann einen Rückzieher macht, wenn sie wegen der miesen Absichten aufgeklatscht wird. (Beifall bei der FPÖ.) Mir ist auch nicht bekannt, dass dort Spaziergänger von Spitzenvertretern der Regierung als Lebensgefährden denun-

ziert werden. (Beifall bei der FPÖ.) Mir ist das alles nicht bekannt. Es ist ein ziemlich anderer Weg, als der, den Sie einschlagen, und ich frage mich: Warum ist dann die Entwicklung auch dort eine im Allgemeinen positive? (Ruf bei der ÖVP: Lesen Sie einmal die Zeitung! – Zwischenruf der Abg. Steinacker.) Sie, Herr Vizekanzler, haben vorhin gesagt: Na ja, das kann man ja alles nicht wissen. – Jetzt möchte ich Sie an Ihre eigenen Worte und insbesondere an die Worte des Bundeskanzlers erinnern, da haben Sie nämlich sehr, sehr vieles ganz genau gewusst; ganz genau haben Sie es gewusst, und das legen wir jetzt einmal an diese Entwicklungen an. Es müsste doch nach Ihrer Theorie, Herr Bundeskanzler, bereits mindestens 100.000 Tote in Schweden geben. Es müsste doch explosionsartige Entwicklungen, was die Infektionen betrifft, geben. Sie haben doch davon gesprochen, als Sie Anfang März von der Ruhe vor dem Sturm geredet haben. Sie haben doch angekündigt, dass das gesamte Gesundheitssystem und die Intensivmedizin mit Bomben und Granaten zusammenbrechen werden, wenn man nicht Ihrem Weg folgt. Sie haben doch gesagt, dass es ein Massensterben geben wird, das alles andere in den Schatten stellen wird, wenn es nicht so geht, wie Sie es als die einzige Möglichkeit dargestellt haben. Warum ist das in Schweden nicht so? Warum trudeln nicht jeden Tag über die Nachrichtensendungen die von Herrn Wöginger schon herbeigesehnten Bilder der Särge in den österreichischen Wohnzimmern ein? (Abg. Steinacker: Herbeigesehnt ganz sicher nicht!) Warum werden dort nicht die Eishallen in Leichenhallen umfunktioniert? Das alles waren Bilder, mit denen Sie gearbeitet haben, Herr Bundeskanzler, über viele Wochen haben Sie diese Arbeit gemacht. (Beifall bei der FPÖ. – Zwischenrufe bei der ÖVP.) Es gab keine Pressekonferenz, kein Interview von Ihnen, in welchem nicht diese Horrorszenarien an die Wand gemalt wurden! In düstersten Farben ist das alles gezeichnet worden: Wenn Österreich nicht den Maßnahmen des Bundeskanzlers Kurz folgt, dann wird all das eintreten.

Das haben Sie ganz genau gewusst, Herr Kogler, da sollten Sie sich mit Ihrem Bundeskanzler auseinandersetzen! Sie haben damit das getan, was Sie bestreiten: Sie haben die Bevölkerung in Angst und Schrecken versetzt. Wir wissen ja, dass es die Stoßtruppe der ÖVP im Medienbereich gewesen sind, die bei einzelnen Medien interveniert haben, damit ja möglichst viele Bilder von Särgen in der Berichterstattung gezeigt werden. Das heißt, Sie haben die Angst der Bevölkerung nicht nur in Kauf genommen, sondern Sie haben mit ihr kalkuliert – und das ist ein schwerwiegender Vorwurf, den ich Ihnen mache. (Beifall bei der FPÖ.) Ich weiß nicht (in Richtung Bundeskanzler Kurz), was so wichtig ist: Nehmen Sie an einem Preisausschreiben teil oder was bringt Sie dauernd dazu, auf Ihr Handy zu schauen, anstatt hier zuzuhören? Herr Bundeskanzler, das ist auch eine Form des Respekts! (Beifall bei der FPÖ.) Sie haben eine Urangst der Menschen benutzt. (Zwischenruf des Abg. Sobotka.) Die Urangst der Menschen besteht darin, dass keine Sorge größer ist als die um die eigene Gesundheit und um das eigene Leben. Das gilt natürlich auch für die nahen Verwandten, für Kinder, Eltern, Freunde, Bekannte. Diese Urangst haben Sie mitbenutzt. (Zwischenruf des Abg. Haubner.)

Wissen Sie, was Sie damit gemacht haben? – Ihre neue Normalität haben Sie damit hergestellt, die darin besteht, dass jetzt Denunzianten auf der Suche nach Lebensgefährdern ihr Unwesen in diesem Land treiben – in Stasi-Manier schon fast! Sie haben es so weit gebracht, dass Menschen so verängstigt sind – weil man eben Sorge um seine eigene Gesundheit hat –, dass sie sogar alleine im eigenen Auto die Maske tragen, die sie dort vor genau gar nichts schützt; dass man Menschen trifft, die alleine unterwegs sind und diese Maske tragen (Zwischenruf der Abg. Gabriela Schwarz), obwohl sie niemanden gefährden und auch von niemand anderem gefährdet werden. So weit haben Sie es gebracht, weil Sie den Boden systematisch aufbereitet haben! Sie haben es auch so weit gebracht, dass der eine oder andere Ausflügler argwöhnisch

betrachtet oder gar ausgesperrt wird, als wäre er ein Seuchenbringer, wenn er ein paar Kilometer außerhalb seines eigenen Wohngebietes unterwegs ist und dort Erholung in der Natur sucht.

Das ist die neue Normalität, die andere Normalität. Sie müssen auch einmal zur Kenntnis nehmen, dass Sie das in einer schwarzgrünen Koproduktion produziert haben. (Beifall bei der FPÖ.)

Noch etwas – und ich sage das nicht, weil es mir nutzt, sondern ich nehme in Kauf, dass es mir schadet –: Bei all dem sind Sie von einer Vielzahl von Medien unterstützt worden – nicht von allen; ich habe größten Respekt vor denen, die sich in diese Angstmaschinerie nicht eingehängt haben –, von vielen Medien, die Sie in Ihren Off-Records-Privatzirkeln bearbeitet und gleichgeschaltet oder mit einem Paket gekauft haben. (Zwischenrufe der Abgeordneten Steinacker und Gabriela Schwarz.) Das Schlimmste ist, dass genau diese Käuflichkeit von dem einen oder anderen Medium dann auch noch als ein angeblicher Ausdruck des Verantwortungsbewusstseins verklärt wird. So sieht es dann aus, man lässt sich kaufen und sagt: Wenn ich auf Kritik an der Bundesregierung verzichte (Zwischenruf der Abg. Steinacker), agiere ich besonders verantwortungsbewusst und stelle mich in den Dienst des nationalen Schulterschlusses. Herr Bundeskanzler, Sie haben das so gemacht, weil der Retter natürlich eine Bühne braucht. Diese Medien haben Ihnen diese Bühne aufbereitet. Ohne diese Bühne und ohne diese dramatische Inszenierung – die Hunderttausenden, die Säрге und so weiter – gibt es keinen Retter. Das ist die Geschichte, die Sie erzählen. Das müssen Sie sich gefallen lassen, denn das sind die Fakten. (Beifall bei der FPÖ.)

Dazu gehört, dass es nicht nur einen Retter gibt, sondern auch, dass denjenigen, die das kritisieren, die Rolle von ungläubigen Ketzern, von Leuten, die nicht alle Tassen im Schrank haben und die sowieso nur von den übelsten aller Motive angetrieben sein können, zugewiesen wird, wenn es nicht in Ihr Konzept passt. Auch das ist eine Bilanz der letzten Wochen und kann als eine

Beschreibung der neuen oder der anderen Normalität bewertet werden. Nein, Herr Bundeskanzler, nein! Die Geschichte, dass Ihr Krisenmanagement die große Gesundheitskatastrophe verhindert hat, geht so nicht mehr auf. Die Erzählung von der Alternativlosigkeit ist entzaubert, einfach deshalb, weil wir jetzt – und da lernen wir aus der Erfahrung – sehen, dass es auch andere Wege gibt – siehe Schweden. (Abg. Gabriela Schwarz: Weil Schweden...! – Zwischenruf des Abg. Haubner.) Noch etwas kommt dazu, das sich ganz einfach messen lässt, auch in Deutschland und in Österreich – und das sagen einige Experten schon, sofern sie überhaupt noch eine Möglichkeit haben, aufzutreten –: Es ist einfach berechenbar, dass es einen Rückgang der Zahl der Infizierten und der Todesfälle schon zu einem Zeitpunkt gegeben hat, als die Maßnahmen, die Sie gesetzt haben, noch nicht einmal gegriffen haben können. Das müssen Sie jetzt endlich auch einmal zur Kenntnis nehmen. (Beifall bei der FPÖ. Zwischenrufe der Abgeordneten Haubner und Gabriela Schwarz.)

Es gibt aber auch wirklich in Zahlen messbare Ergebnisse Ihrer Politik – ein paar habe ich schon genannt –, bei denen es einen wirklichen Kausalzusammenhang gibt: Es gibt 900.000 Menschen in Kurzarbeit, die nicht wissen, was nach der Kurzarbeit kommt. Was kommt nach der Kurzarbeit? Was kommt danach? Es gibt Hunderttausende Arbeitslose, die nicht wissen: Geht es danach zurück in den Job, und wenn ja, unter welchen Bedingungen? Oder kommt dann der Notstand? Es werden traurige Weihnachten für diese Leute werden, wie im Übrigen für viele, die jetzt durch Stundungen ihre Belastungen nur nach hinten geschoben haben. Das dicke Ende kommt am Ende des Jahres. Das werden traurige Weihnachten werden. Abertausenden tüchtigen Unternehmerinnen und Unternehmern – den kleinen wie den großen, quer durch alle Branchen – haben Sie über Nacht die Existenzgrundlage entzogen und sie zu Bittstellern ohne einen Rechtsanspruch auf die vollständige Entschädigung gemacht. – Da gibt es

einen Kausalzusammenhang. (Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der SPÖ.)

Weil Sie dieses Wort so gerne verwenden, könnte man fast von Leuchttürmen sprechen: Das, was ich jetzt genannt habe, sind die Leuchttürme der neuen Normalität. Diese neue Normalität hat als Hardware eine schwarze Machtbürokratie, die jetzt ein paar grüne Sprenkel bekommt, und als Software den Faktor Angst. Das ist das Betriebssystem der neuen Normalität in Österreich im Jahr 2020, und das wollen wir nicht haben. Ich glaube nicht, dass das der Großteil der Bevölkerung so haben will. Herr Bundeskanzler, wir werden alle aus Erfahrungen klüger. Mit den Erfahrungen steigt unser Wissensschatz, da geht es mir nicht anders als Ihnen. Das ist auch der Grund dafür, dass ich Ihnen kaum noch bei irgend etwas Glauben schenke. Sie müssten sich heute eigentlich hierherstellen und kleinlaut bekennen, dass Ihr Kurs nicht alternativlos ist. Sie müssten sich hierherstellen und sagen, dass Ihre Experten nicht im alleinigen Besitz der Wahrheit sind. Wissen Sie, was alternativlos ist? – Alternativlos ist zum Beispiel die Tatsache (Zwischenruf der Abg. Steinacker), dass sich die Erde um die Sonne dreht und nicht umgekehrt; aber auch da hat es eine Zeit lang gedauert, Herr Bundeskanzler, bis sich die Orthodoxie, die Obrigkeit und die Machthaber dazu durchringen mussten, dem ursprünglich als Ketzer an den Pranger Gestellten Recht zu geben. Das schreibe ich Ihnen nur ins Stammbuch, einfach zum Nachdenken.

Ihre Strategie, Herr Bundeskanzler, ist nichts anderes, als dem politischen Herdentrieb zu folgen, der in China begonnen hat und sich über andere Länder fortgesetzt hat. Da sind Sie aufgesprungen, wie beim Domino, wo ein Stein den nächsten in Bewegung setzt. Sie folgen dem politischen Herdentrieb. Jetzt lege ich Ihnen noch einmal Galileo Galilei ans Herz, weil es darum geht, Transparenz und Wissen zu erlangen. Er hat gesagt: Messen, was messbar ist, und messbar machen, was noch nicht messbar ist.



– Das haben wir heute im 1. Tagesordnungspunkt diskutiert: Es geht um Impfungen, es geht um Obduktionen, es geht um empirische Fakten, die wir brauchen, um eine entsprechende Strategie auch argumentieren zu können. Was Sie mit Ihren Kurven, Zahlen und Tabellen machen, ist hingegen das Vorgaukeln einer faktenbasierten Vorgangsweise, wo es sich in Wahrheit um einen Blindflug handelt. (Beifall bei der FPÖ sowie des Abg. Loacker.)

Noch etwas müssen Sie machen: Sie müssen aufhören, die Menschen direkt und indirekt zu verunsichern. Sie machen aber das genaue Gegenteil. Gestern haben Sie wieder von tausend Ischgl gesprochen. Was soll das heißen? Sie machen das genaue Gegenteil, wenn Sie sagen, eine Normalität wird es erst wieder geben, wenn es einen Impfstoff gibt. Das bedeutet offenbar, dass alle dann zur Zwangsimpfung antreten müssen, Herr Bundeskanzler, sagen Sie das dazu! Mit uns wird es das nicht spielen! Sie tun auch das genaue Gegenteil, wenn Sie trotz der vielen Pressekonferenzen dieser Bundesregierung – bis heute mittags waren es schon 60, ich habe mitgezählt mit zahlreichen Maßnahmen in Wahrheit die Arbeitslosen, die Unternehmer, die Familien mit Betreuungspflichten, den Tourismus, die Gastronomie, die Menschen, die an Krankheiten abseits von Corona leiden, in wesentlichen Bereichen im Unklaren lassen. (Zwischenruf der Abg. Steinacker.) Es gibt keine Klarheit, keine Transparenz, keine Planbarkeit. Was Sie liefern, sind Widersprüchlichkeiten, Ungereimtheiten, Unausgegorenheiten. Herr Bundeskanzler, lernen Sie von den Besten! Setzen Sie auf Vernunft anstatt auf Angst! Freuden Sie sich mit der normalen Normalität an und verabschieden Sie sich von Ihrer neuen Normalität! Hören Sie auf damit, zu kokettieren und den Ausnahmezustand zur Regel zu erheben!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe das heute so emotional und so offen gesagt, obwohl ich weiß, dass ich dafür viele Anfeindungen bekommen werde (Zwischenruf des Abg. Haubner); aber ich möchte eine Bresche dafür schlagen, dass es

ein Recht darauf gibt, auch andere Positionen als die Huldigungen Ihrer neuen Normalität in diesem Land zu vertreten. (Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der SPÖ.) Noch etwas: Ich sage das – und das ist mein letzter Satz – auch deshalb, weil ich nicht will, dass nach der Existenzgrundlage für viel zu viele Menschen, nach den Beschränkungen von Freiheit und von Selbstbestimmung am Ende dann auch noch die Wahrheit ein weiteres Opfer Ihrer neuen Normalität ist. (Beifall bei der FPÖ. – Ruf bei der FPÖ: Das war die beste Rede, die jemals ...!)

## „Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung ausreichend“

FPÖ-Gesundheitssprecher **Mag. Gerhard Kaniak** über die Bewältigung der Coronakrise in Österreich und zu ziehende gesundheitspolitische Lehren



Bild: Parlamentsdirektion / PHOTO SIMONIS

*Herr Abgeordneter, blicken wir zurück in den März 2020, als die Coronakrise weltweit ausgebrochen ist und relativ rasch verschiedenste Maßnahmen ergriffen wurden. Im Rückblick, waren die Maßnahmen richtig?*

**Gerhard Kaniak:** Rückblickend betrachtet kann man zwei Dinge sagen: Die Entscheidungsgrundlage war eine relativ dünne, die Anfang Mitte März vorhanden war. Man hat den asiatischen Daten natürlich sehr schwer glauben können, und als die ersten Daten in Europa verfügbar waren, am Anfang aus Italien, waren die natürlich furchteinflößend, wobei man sagen muss, man hat ja schon Ende Jänner, Anfang Februar die ersten Fälle in Europa und in Österreich gehabt und wenn man rechtzeitig auch intensiv recherchiert hätte und versucht hätte, eigene Erkenntnisse zu gewinnen, dann hätte man auch eine bessere Entscheidungsgrundlage gehabt, wie man dann Mitte März hätte reagieren können, als man gesehen hat, dass die Infektionszahlen auch in Österreich weiter nach oben gegangen sind. Rückblickend betrachtet hat man gesehen, dass eine Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung, das Einhalten von einfachen Hygienemaßnahmen, wie Hände waschen, Abstand halten, andere nicht anniesen, dass diese einfachen Maßnahmen schon einen signifikanten Rückgang in der In-

fektionsquote bewegt haben, bereits bevor die Bundesregierung den Lockdown über Österreich verhängt hat.

*Jetzt kann man natürlich sagen: „Im Nachhinein ist man immer schlauer“. Blicken wir da auf den Themenbereich der Angstpolitik, die ja mittlerweile erwiesen ist, die Kurz hier betrieben hat. Welche Experten haben denn da das eine oder das andere empfohlen, oder war das der Kanzler selber, der da gehandelt hat?*

**Kaniak:** Mittlerweile sind ja interne Protokolle aus dem Krisenstab veröffentlicht worden, die gezeigt haben, dass man sich in diesem Krisenstab bereits Ende März sehr bewusst darüber war, dass eine Politik der Angst nicht problemlos ist. In der Sitzung, wo der Bundeskanzler dann eben auch diese Angst eingefordert hat, dieses Verbreiten der Angst, hat es andere Experten gegeben, die auch dagegen aufgetreten sind und die gewarnt haben, dass, wenn man diese Angst verbreitet, die auch wieder ganz schwer aus den Köpfen der Menschen wegbekommt und ein Zurückkehren zu Normalität eben bei so einer Politik sehr, sehr schwierig ist und die Folgeschäden nicht absehbar sind. Dazu kommt, dass man eben zu diesem Zeitpunkt, wo diese Politik intensiviert wurde, diese Politik der Angst, und wo mit Verschärfungen der Ausgangsbestimmungen die Maskenpflicht und ähnlichen Dinge eingeführt wurden, diese Angst richtig gespürt wurde, ja gleichzeitig schon deutlich rückläufige Infektionszahlen gehabt hat. Das heißt, man hat da an sich längst gesehen, dass die Krise gut im Griff ist und dass die befürchtete Überlastung der Gesundheitssysteme in keinster Weise eintreten wird. Das war Ende März ganz klar ersichtlich. Wir haben zum Höhepunkt der Infektionswelle in Österreich nicht einmal 20 Prozent unserer intensivmedizinischen Behandlungskapazitäten ausgenutzt und da sind die Reservekazitäten, die wir noch hätten aktivieren können, noch gar nicht berücksichtigt gewesen. Das heißt, wir waren meilenweit entfernt von einer Überlastung unseres Gesundheitssystems, sondern man hat Ende März einen Paradigmenwechsel vollzogen in

der Bundesregierung, in der strategischen Ausrichtung im Vorgehen gegen den Virus, weg von der „flatten the curve“-Strategie (Abflachen der Kurve, Anm.). Man hat einfach gesagt, man versucht, eine Überlastung der Gesundheitssysteme zu vermeiden und die Infektionswelle kontrolliert abzarbeiten, hin zu einer Politik der Angst und zu einer Containment-Strategie, wo man versucht hat, das Virus auszulöschen, was natürlich bei einer weltweit grassierenden Pandemie praktisch vollkommen aussichtslos ist, denn das Virus wird uns noch viele, viele Monate begleiten und eine vollkommene Auslöschung wird man nicht schaffen. Sobald es wieder internationalen Personenverkehr gibt, wird sich das wieder international verbreiten.

*Historisch betrachtet: Sie haben schon erwähnt, dass man sich besser hätte vorbereiten können in Bezug auf die Dimension des Virus und eine eigene Recherche. Wie weit war denn Österreich grundsätzlich auf eine Pandemie gut oder schlecht vorbereitet – Stichwort Maskenmangel und dergleichen?*

**Kaniak:** Das ist gar nicht so einfach oder so schnell zu beantworten. Wenn man jetzt einmal das öffentliche Gesundheitswesen per se hernimmt, die hygienischen Zustände in Österreich generell hernimmt, dann sind wir grundsätzlich sehr gut vorbereitet gewesen aufgrund der relativ dichten Gesundheitsversorgung, der niedergelassenen Versorgung, der stark ausgebauten Spitalversorgung, die wir in Österreich haben. Das sind Dinge, die uns sicherlich sehr geholfen haben oder mit denen wir auch eine deutlich größere Infektionswelle noch gut bewältigen hätten können. Auf der anderen Seite haben sich auch die Schwächen gezeigt, was die behördlichen Ablaufpläne, die Notfallpläne angeht. Da sind die Konzepte, die in den Schubladen gelegen sind, soweit sie überhaupt vorhanden waren, waren sie heillos veraltet und nicht mehr anwendbar gewesen, und man hat auch gesehen, dass selbst die bestehenden Regelungen und gesetzlichen Grundlagen wie das Epidemiegesetz kurzfristig ausgehebelt worden sind, weil die

Bundesregierung keinen Plan gehabt hat, wie sie im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen diese Krise auch tatsächlich bewältigen kann. Und das sieht man ja bis heute, wie gesagt, wir haben ja etliche gesetzliche Änderungen beschlossen im Nationalrat bzw. die Regierungsparteien haben das beschlossen, die Änderungen von den bisherigen Krisenplänen vorgesehen haben.

*Kommen wir zu den gesundheitspolitischen Lehren, die man aus der Krise ziehen muss: Es hat gerade vor wenigen Wochen Medienberichte gegeben, dass es Forderungen gibt, dass man sehr wohl Spitalbetten abbauen muss, was ein bisschen skurril klingt. Wie stehen Sie denn dazu?*

**Kaniak:** Also da muss man zwei Dinge sehen. Punkt eins ist: Wir haben in Österreich generell eine zu starke Fokussierung auf den Spitalsbereich. Bei uns werden Patienten einfach viel zu leicht und zu schnell ins Spital überwiesen oder haben wirklich uneingeschränkten Selbstzugang zu höchsten medizinischen Versorgungsstrukturen, die einfach auch die teuersten sind. Wenn man das Abrechnungssystem erkennt, dann weiß man, dass natürlich jedes Spital verleitet ist, seine eigenen Kapazitäten auszulasten, um nicht den Verdacht zu erwecken, dass es etwa überflüssig wäre, um das mal so vorsichtig auszudrücken. Das heißt also, wir haben im permanenten Angebot sicherlich einen deutlichen Überhang im stationären Bereich und eine Vernachlässigung in den letzten mindestens zehn, ja zwanzig Jahren im öffentlichen niedergelassenen Bereich bei den Vertragsärzten. Diesen Trend haben wir schon bei unserer Regierungsbeteiligung 2017/2018 erkannt. Wir haben erkannt, dass da ein massives Problem ist und haben auch versucht, einen Gegendtrend einzuleiten. Das ist die eine Sache, die uns jetzt auch übrigens in der Krise geholfen hat, dass wir im niedergelassenen Bereich trotz alledem noch gute Strukturen haben, weil das „Nicht-in-die-Spitaler-schicken“ der Patienten war eigentlich, neben den normalen Hygienemaßnahmen und der Disziplin der Bevölkerung, sozusagen der Schlüssel zum Erfolg der österreichischen Coronakrisenstrategie. Es war

umgekehrt der größte Fehler, den die Italiener in der Lombardei gemacht haben, dass sie die Kranken in die Spitäler geschickt haben und damit diese Infrastruktur sozusagen infiziert haben. Aber was wir dafür bräuchten, ist eine größere Flexibilisierung, dass man eben bedarfsgemäß agiert, wenn man zum Beispiel weiß, dass im Winter Influenza-Zeit ist und da einfach viel mehr Kranke anfallen. Da brauche ich ein System, das kurzfristig aufwachsen kann, was aber umgekehrt auch, wenn der Bedarf nicht mehr da ist, wieder redimensioniert werden kann.

*Was wir gar nicht mehr haben und was uns zumindest jetzt noch nicht auf den Kopf gefallen ist, aber uns bei jeder zukünftigen Krise passieren kann: Es gibt in Österreich überhaupt keine strategische Handlungsreserve im Gesundheitsbereich mehr, weil das österreichische Bundesheer und der Sanitätsdienst des österreichischen Bundesheers, der eigentlich per verfassungsgemäßem Auftrag dafür prädestiniert ist und damit beauftragt ist, diese Reservekapazitäten zu bilden, diese Kapazitäten einfach nicht mehr ben Wir schaffen es nicht einmal mehr, eine Feldambulanz aktiv aufzustellen. Vor 30 Jahren waren das noch weit über 20 Feldambulanzen, die man tatsächlich aufstellen und betreiben hätte können, um zum Beispiel auch bei einer Krise im Inland entsprechende Unterstützung für die Gesundheitsversorgung zu stellen. Diese Kapazitäten sind in den letzten Jahrzehnten komplett zu Grunde gerichtet worden und im Endeffekt ist der Sanitätsdienst des österreichischen Bundesheers in solchen Krisenfällen nicht mehr einsatzbereit.*

*Abschließend noch zur Gefahr der „zweiten Welle“ – wie Sie ja schon erwähnt haben, wird uns dieser Virus noch lange begleiten. Wie ist denn Österreich da aufgestellt?*

**Kania:** Ja, die Hoffnungen, dass sich dieser Virus kurzfristig totlaufen wird, die sind auch aufgrund der getroffenen strategischen Entscheidungen der Krisenbekämpfung vollkommen obsolet. Es wird in Europa definitiv auf absehbare Zeit keine Herdenimmunität geben, durch die sich das Virus totlaufen könnte. Saisonal wird er sich wahrscheinlich auch nur abschwächen und

nicht verschwinden. Das heißt, das Virus wird uns begleiten. Aber die Erfahrungen und auch die Auswertungen der vergangenen Wochen und Monate haben gezeigt, dass man bei Beachtung einfacher Hygienemaßnahmen – und da rede ich explizit nicht von der Maskenpflicht, das ist aus meiner Sicht eher eine unhygienische Maßnahme für weite Teile der Bevölkerung, sondern eher von Hände waschen, weiterhin Abstand halten, den anderen nicht anniesen – die Ausbreitung dieses Virus ganz massiv einschränken kann. Dann ist mit einem explosionsartigen Anstieg der Virusinfektionen de facto nicht zu rechnen. Was man auch gesehen hat ist, dass die Hospitalisierungsraten und auch die Mortalitätsraten weit niedriger waren, als man es anfänglich befürchtet hat, vor allem auch anhand der italienischen Zahlen. Wie gesagt, die haben dort einfach ganz gewaltige strategische Fehler in der Lombardei gemacht, die wir in Österreich Gott sei Dank nie wiederholt haben.

Und man weiß, wo die kritischen Bereiche sind: Das ist der Gesundheitsbereich generell, vor allem in den Spitälern, wo viele Immunsupremierte und Schwerkranke sind, das ist in den Pflegeheimen, wo einfach ein sehr empfindliches Kollektiv ist, das besonders geschützt sein muss. Für 80 bis 85 Prozent der Bevölkerung ist dieser Virus verhältnismäßig harmlos, und deshalb muss man auch alle Maßnahmen, die man zum Schutz braucht, entsprechend verhältnismäßig setzen. Ich würde es im Übrigen nicht „zweite Welle“ nennen, zumal das Virus ja nicht weg sein wird. Es gilt aus meiner Sicht, über breit angesetzte Screeningtests im Auge zu behalten, wie die epidemiologische Situation ist und wenn irgendwo tatsächlich lokale verstärkte Ausbrüche sind, weil eben zum Beispiel die Hygienebestimmungen nicht so eingehalten wurden, wie man es ist nun am Beispiel bei den Leiharbeitern in den Logistikzentren auch gesehen hat, oder in Deutschland bei den fleischverarbeitenden Betrieben, wo es dann so Ausbrüchen kam, da muss man dort selektiv mit strengeren Maßnahmen rein

gehen. Das ist eine ganz normale Arbeit der Gesundheitsbehörde, da braucht es keinen österreichweiten Shutdown. Den wird es aus meiner Sicht nicht mehr geben, denn der war damals schon unverhältnismäßig, und ist es mit dem Wissensstand, den man jetzt hat, zukünftig erst recht.

## „Österreicher zuerst“ als Motto für den Arbeitsmarkt

---

Die freiheitliche Sozialsprecherin **Dr. Dagmar Belakowitsch** über die Fehler der Regierung in der Krisenbewältigung, die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und entsprechende Lösungsansätze



Bild: Parlamentsdirektion / PHOTO SIMONIS

*Frau Abgeordnete, die ÖVP-Grünen-Regierung hat Ende Mai das neue Budget im Blindflug beschlossen. Wie bewerten Sie das?*

**Dagmar Belakowitsch:** Ein Budget beschließen zu lassen, das der Finanzminister nach eigenen Worten längst ins Altpapier geschmissen hat, war absolut unseriös. ÖVP-Finanzminister Blümel gab auch keine Informationen preis, was finanziert werden soll. Das ist eine Missachtung der Steuerzahler. Denn es ist nicht das Privatgeld der schwarz-grünen Regierung, es ist das Geld der Österreicher, von dem wir hier reden. Und die haben ein Recht zu erfahren, was mit diesem Geld passieren soll. Genau das verweigert Blümel.

*Wie steht es denn um die Effizienz, wie die Krise wirtschaftlich bewältigt wird?*

**Belakowitsch:** Von den 38 Milliarden Euro an Hilfen, die ÖVP und Grüne versprochen haben, sind bis fast drei Monate nach dem Lockdown nur etwas mehr als ein Prozent an die Unternehmer geflossen, also etwa 464 Millionen. Vielleicht ist das auch ein Grund, warum der ÖVP-Finanzminister überhaupt nicht willens war, dieses Budget zu überarbeiten. Denn man hat den Eindruck, Kurz, Blümel und Co. knausern bewusst bei den Unternehmern. Hier sollte offensichtlich so wenig wie möglich ausbezahlt wer-

den. Hier werden Hürden eingebaut. Hier werden die Antragsteller zu Bittstellern gemacht. Die ÖVP will die Menschen abhängig machen – und dankbar für die Almosen, die ihnen die Regierung zukommen lässt. Wir wollen aber, dass sich die Österreicher frei bewegen dürfen, dass die Unternehmer frei entscheiden dürfen. Nicht das Virus, sondern der Coronawahnsinn der Regierung macht die Unternehmen kaputt und zerstört Arbeitsplätze. Viele Unternehmer sagen heute schon, sie sperren zu. Viele Gastronomiebetriebe hatten ein paar Tage offen und haben schon wieder zugesperrt. Ich weiß nicht, in welcher Welt Kurz, Blümel und Co. leben, dass sie glauben, es geht jetzt alles wunderbar gut.

*Von den versprochenen 38 Milliarden Euro sind also erst 464 Millionen bei den Unternehmen angekommen, wie kommt das?*

**Belakowitsch:** Eine gute Frage, die Sie Kurz und Blümel stellen müssen. Wenn es um die Pleitestaaten der EU geht, dann sitzt das Geld immer locker bei der ÖVP. Wenn es darum geht, die eigenen Unternehmen und die eigenen Arbeitsplätze zu sichern, dann knausern Kurz und Co. Dass unsere Arbeitsmarktdaten so schlecht sind, ist eben nicht dem Coronavirus geschuldet, sondern der Tatsache, dass ÖVP und Grüne über Nacht den Unternehmen verboten haben, ihre Geschäfte zu betreten – ohne dass die Unternehmer dafür einen Ausgleich erhalten haben. Was sagt die ÖVP jetzt Familien, in denen beide Elternteile arbeitslos geworden sind, die mit 55 Prozent Nettoersatzrate leben müssen, die möglicherweise Kreditraten bezahlen, die Fixkosten haben? Die Antwort der ÖVP lautet: Dann sollen sie eben Mindestsicherung beantragen. Das ist menschenverachtend und das ist abzulehnen. Es ist auch kein Wunder, dass wir in Österreich einen Konsumschock erleben, der von der Bundesregierung provoziert wird. ÖVP und Grüne schüren nämlich weiterhin die Angst der Bevölkerung, sprechen jetzt schon von einer zweiten Welle, statt den Menschen endlich wieder Optimismus und Mut zu vermitteln. So werden wir die Wirtschaft einfach nicht mehr zum Laufen bringen.

*Wie schätzen Sie die Lage am Arbeitsmarkt denn generell ein?*

**Belakowitsch:** Es ist weit nach zwölf Uhr am österreichischen Arbeitsmarkt – die Zeit des ÖVP-Schönredens muss nun endlich beendet werden. Wir haben noch immer mit knapp 520.000 Menschen ohne Beschäftigung eine exorbitant hohe Arbeitslosigkeit in unserem Land. Wenn man nun die 1,4 Millionen Menschen in Kurzarbeit dazurechnet, haben über 1,9 Millionen Österreicher durch die Corona-Maßnahmen der schwarz-grünen Regierung völlig unverschuldet ein deutlich geringeres Einkommen als vor dieser Krise. In Wahrheit hat sich die Situation im Mai am Arbeitsmarkt verschärft und nicht gebessert, wie das die ÖVP-Arbeitsministerin gebetsmühlenartig versucht darzustellen. Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 103,8 Prozent mehr als verdoppelt und ebenso hat sich die Arbeitslosigkeit von Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft um 90,2 Prozent erhöht. Das ist und bleibt die Schuld der Bundesregierung. Es ist also unbedingt erforderlich, das Arbeitslosengeld auf eine Nettoersatzrate von 70 Prozent zu erhöhen, damit sich die Menschen das Leben weiterhin leisten können. Zunächst haben ÖVP und Grüne im Sozialausschuss den Antrag auf Erhöhung des Arbeitslosengeldes vertagt, man müsse das noch durchdenken. Dann, nicht einmal 24 Stunden später, sagte die ÖVP nein, weil es besser sei, wenn die Menschen arbeiten. Ja, woher sollen diese Jobs denn kommen, wenn man nichts dazu tut?

*Welche Lösungsansätze sollte man denn verfolgen, um diese Arbeitsplätze, die durch die Krise verlorengegangen sind, wieder zu schaffen?*

**Belakowitsch:** Es braucht Maßnahmen, um die Wirtschaft wieder ins Laufen zu bringen, den Konsum wieder anzukurbeln und den Arbeitsmarkt durch ein Maßnahmenpaket wieder hochzufahren. Dazu gehört auch der Schutz des heimischen Arbeitsmarktes durch ein Maßnahmenpaket. Dieses Paket soll eine sektorale Zugangsbeschränkung auf dem Arbeitsmarkt für Nicht-EU-Bürger

und EU-Bürger nach Maßgabe von Alter, Ausbildungsniveau, besonderen Bedürfnissen und gesundheitlichen Einschränkungen, bisheriger Berufstätigkeit, angestrebter Berufstätigkeit und branchenspezifischer kurz-, mittel- und langfristiger Konjunktur- und Arbeitsmarktprognose beinhalten. „Österreicher zuerst“ - unter diesem Motto muss die Arbeitsmarktpolitik nun unbedingt stehen.

Wir haben außerdem mit dem Unterstützungspaket „1.000 Euro Österreich-Gutschein für jeden Österreicher“, den man in unserem Land bei steuerzahlenden Unternehmen bis Ende des Jahres einlösen kann, eine konkrete Lösung, wie man rasche und effiziente Hilfe schaffen kann. Dieser Gutschein käme eins zu eins in der Wirtschaft an, er würde jedem Einzelnen und auch den Unternehmen helfen. Das wären somit 8,8 Milliarden Euro, die als Hilfe tatsächlich in der Wirtschaft ankommen würden. Zwanzig Prozent bekommt der Finanzminister als Umsatzsteuer sofort zurück, der Rest finanziert sich über die Lohn- und Einkommenssteuer.

## Zitate der Regierungs-Politiker

---

Bundeskanzler Kurz am 7. April 2020 zur Kritik namhafter Rechtsexperten an den Anti-Corona-Maßnahmen der Bundesregierung: *„Juristische Spitzfindigkeiten“.*

Kurz am 14. April 2020 zur Rechtmäßigkeit: *„Ob das alles auf Punkt und Beistrich in Ordnung war oder nicht, das wird dann am Ende des Tages der Verfassungsgerichtshof entscheiden, aber wahrscheinlich zu einem Zeitpunkt, wo die Maßnahmen gar nicht mehr in Kraft sind.“* Oder anders ausgedrückt: Wie der Verfassungsgerichtshof entscheidet, ist egal.

Aus einem Protokoll vom 12. März 2020 der Task Force Corona des Kanzleramts: *„Kurz verdeutlicht, dass die Menschen vor einer Ansteckung Angst haben sollen bzw. Angst davor, dass Eltern/Großeltern sterben. Hingegen sei die Angst vor der Lebensmittelknappheit, Stromausfälle etc. der Bevölkerung zu nehmen.“*

Kanzler Kurz schürte Corona-Angst unter der Bevölkerung: *„Jeder wird bald jemanden kennen, der an Corona verstorben ist.“*

Aus dem Panikmache-Repertoire von Kurz: *„Das, was viele als ungefährlich einschätzen, nämlich Freunde und Familienmitglieder zu treffen, die nicht krank sind, gerade das kann am gefährlichsten sein.“*

Vizekanzler Werner Kogler in einem am 1. April in der bundesdeutschen Wochenzeitung „Die Zeit“ erschienenem Interview:

„Wir hätten ohne die Regierungsmaßnahmen bald Zigtausende Tote in Österreich. Die meisten wissen das offenbar nicht.“ Und auch Kogler übte sich in Panikmache: „Wer dafür über 50.000 Tote in Kauf nehmen will, kann um eine Mehrheit dafür werben. Ich werde mich dem nicht anschließen. Es geht tatsächlich um den Unterschied von Zigtausenden Toten.“

Am 30. März 2020 beklagt sich Kurz darüber, dass sich nicht alle Österreicher von der Regierung in Angst und Schrecken haben versetzen lassen: „Ich halte es für ein großes Problem, dass es noch viele Verharmloser in unserer Gesellschaft gibt, darunter auch Experten.“

Kurz am 8. März 2020 in der „Kronen Zeitung“ zum Thema Maskenpflicht: „Hamsterkäufe sind genauso irrational, wie wenn man jetzt beginnen würde, Masken zu tragen. Vor allem sind das meistens Masken, die einen nicht einmal gegen Viren schützen.“

Kurz am 30. März 2020 zur Einführung der Maskenpflicht in Geschäften: „Es wäre ein Irrtum zu glauben, dass solche Masken einen schützen. Aber die Übertragung durch die Luft wird etwas reduziert. Das ist kein Ersatz für das Abstandhalten. Es ist nur eine zusätzliche verschärfte Maßnahme.“

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP) spricht sich Anfang April in einem Interview mit dem Magazin „profil“ für eine verpflichtete Corona-Kontakt-App sowie für eine eingeschränkte Bewegungsfreiheit für Verweigerer aus:

„profil: Was ist Ihre Position?

Sobotka: Ich sage ehrlich: Wenn evident ist, dass wir die Menschen schützen können, indem die App verpflichtend ist und jeder Kontakt festgehalten wird, dann sage ich dazu: Ja.

profil: Und für Menschen, die die App nicht haben, bleibt die Bewegungsfreiheit eingeschränkt?

Sobotka: Wir müssen prüfen, ob das verfassungsrechtlich geht. Mir sagen Experten: Wenn man die Verpflichtung zur App zeitlich befristet und mit einer Sunset-Klausel (Auslaufklausel, Anm.) versieht, dann ist das mit der EU-Datenschutzverordnung und der Verfassung vereinbar.“

Kanzlerberaterin Antonella Mei-Pochtler geht am 4. Mai in einem Gastbeitrag für die „Financial Times“ (Onlineausgabe) davon aus, dass Contact-Tracing-Apps und andere Technologien künftig wesentlicher Bestandteil der von Sebastian Kurz propagierten „neuen Normalität“ sein wird: „Das wird Teil der neuen Normalität sein. Jeder wird eine App haben“. Und außerdem: „Ich glaube, die Leute werden diese Kontrolle von sich aus wollen.“

Innenminister Karl Nehammer (ÖVP) droht den Österreichern am 20. März 2020 mit der Polizei, wenn sie sich nicht brav an die Maßnahmen der Bundesregierung halten: „Für alle, die glauben, wir nehmen das vielleicht auf die leichte Schulter, wenn man dagegen verstößt: Der Strafraum ist enorm.“ (Bis zu 3.600 Euro, Anm.). Und Nehammer weiter: „Jetzt geht es genau um die fünf Prozent, bei denen die Botschaft noch nicht angekommen ist, nämlich, dass man Leben retten muss und kann“. Deswegen achte die Polizei „sehr genau darauf, dass die Bewegungseinschränkungen auch eingehalten werden.“

Am 30. März 2020 schlug Nehammer mit der Moralkeule um sich: „Wer sich jedoch vorsätzlich nicht an die Maßnahmen hält, wird zum Lebensgefährden.“

Nehammer in Rambo-Manier über die Aufgaben der Polizei: „Wir sind sozusagen die Flex, die Trennscheibe für die Gesundheitsbehörden, um die Infektionskette rasch zu durchbrechen.“

Bundespräsident Alexander Van der Bellen, nachdem er Ende Mai mehr als eine Stunde nach der behördlichen Sperrstunde um 23 Uhr von der Polizei in einem Wiener Gastgartens erwischt wurde: „Wir haben uns dann verplaudert und leider die Zeit übersehen.“

Noch am 23. März 2020 sprach sich Gesundheitsminister Rudolf Anschober gegen flächendeckende Covid-19-Tests aus: „Eine flächendeckende Testung wird von unserem Fachbeirat als nicht sinnvoll bewertet und ist auch aufgrund der Ressourcen nicht umsetzbar.“

Zur selben Zeit erklärte Kanzler Kurz: „Das wichtigste Ziel ist: testen, testen, testen.“



Im „Ö1 Mittagsjournal“ vom 14. März 2020 schwelgte Anschober in Phantasien, wie man die in der Corona-Krise gewonnenen Erkenntnisse in Bezug auf Freiheitseinschränkungen für eine grüne Ökodiktatur nützen könne:

*„Interviewer: Sie sind Bundesminister der Grünen. Am Coronavirus zeigt sich ganz gut, dass drastische Maßnahmen möglich sind, wenn es um viele Menschenleben geht. Bei der Erderhitzung, beim Feinstaub, geht es auch um viele Menschenleben. Warum, denken Sie, kommt es hier zu nicht so drastischen Maßnahmen, und vielleicht sogar zu überhaupt keinen Maßnahmen?“*

*Rudolf Anschober: Es ist wirklich beachtlich, dass es eine in kürzester Zeit geschaffene Gemeinschaft gegeben hat und gibt, die jetzt gemeinsam an der Umsetzung arbeitet. Und dass wir Dinge in die Wege geleitet haben, wo wahrscheinlich jeder vor einer Woche gesagt hätte, das ist unmöglich in Österreich. Dieses Denken werden wir beim Klimaschutz, bei der größten globalen Krise, die wir haben, genauso brauchen. Ich halte das für einen Lernprozess und ich freu' mich darauf, dass dann, wenn wir die Coronakrise gut überstanden haben, dass wir dann die Klimakrise mit einer ähnlichen politischen Konsequenz angehen.“*

In einer Presseinformation am 27. April 2020 dachte die Bundesregierung laut darüber nach, den Österreichern die Polizei in die Wohnung zu schicken: *„Auch im privaten Bereich empfehlen wir den Menschen, dass sie sich ebenfalls an diese Regelungen halten. Es wird im privaten Bereich allerdings vorerst (Hervorhebung der Redaktion) keine Kontrollen dazu geben.“*

Am 29. April 2020 erklärte Gesundheitsminister Anschober in der ZiB2: *„Es hat nie ein unmittelbares Besuchsverbot gegeben, aber die Aufforderung, dass es Sinn macht, diese Distanzierung auch im privaten Bereich aufrechtzuerhalten.“*

Aus einem Urteil des Landesverwaltungsgerichts Niederösterreich vom 14. Mai 2020 über die von Minister Anschober erlassene Verordnung über angebliche Ausgangsbeschränkungen: *„Die Verordnung (des Gesundheitsministers, Anm.) sieht keine Beschrän-*

*kung des Zweckes für ein Betreten des öffentlichen Ortes nach der Ausnahmebestimmung des § 2 Z 5 vor, auch wenn medial immer nur das ‚Luftschnappen‘ oder ‚Sport‘ als zulässig dargestellt wurden.“*

Anschober übt in einer Anfragebeantwortung (20. Mai 2020) keinerlei Kritik an der türkis-grünen Bundesregierung in der Causa Ischgl: *„Dieses Vorgehen entsprach der damaligen Test- und Kontaktpersonen-Management-Strategie.“*

Anschober ändert in Sachen Coronakrise innerhalb von fünf Wochen seine Meinung um 180 Grad. Am 22. Februar 2020 erklärt er in einer Aussendung: *„Nach Corona-Ausbruch in Italien erhöhte Aufmerksamkeit und Vorsicht in Österreich, aber kein Grund zur Panik.“*

Anschober am 29. März 2020 in einem Interview mit der „Kronen Zeitung“: *„Ich habe immer gesagt, dass diese schwerste Gesundheitskrise seit Jahrzehnten Monate dauern wird.“*

Am 21. März 2020 trat Ärztekammerpräsident Thomas Szekeeres über Facebook mit einem dramatischen Hilferuf an die Öffentlichkeit: *„Die Ärztekammer versucht seit 8 Tagen, Schutzausrüstung für Gesundheitsberufe zu bekommen. Es klappt schlicht nicht. Wir haben jetzt zu wenig Masken etc.“*

# Jetzt reicht's! Allianz gegen den Corona-Wahnsinn

---

## Die Online-Petition der FPÖ

Die Bürger haben ein Recht auf Freiheit, Sicherheit und Planbarkeit ihres Lebens!

Daher fordern die Unterzeichner dieser Petition von der Bundesregierung die Rückkehr zur echten Normalität durch die Umsetzung folgender Maßnahmen:

- Gesundheit – Gezielter Schutz für Risikogruppen und medizinisches Personal.
- Konsequenter Schutz der vom Coronavirus besonders gefährdeten Gruppen und volle Betreuung in allen Lebensbereichen – vom Arbeitsmarkt über medizinische Leistungen bis hin zur Lebensmittelversorgung
- Sicherung der medizinischen Vollversorgung für alle Menschen in Österreich unabhängig von Corona
- Effektiver Schutz des Personals in Gesundheitsberufen durch Schutzausrüstung – den Besuch von Angehörigen in Krankenhäusern und Pflegeheimen wieder möglich machen

Freiheit und Recht – Volle Achtung der Verfassung und der Grundrechte

- Sofortige Rücknahme aller verfassungsrechtlich bedenklichen Gesetze, Verordnungen und Erlässe und Verfall aller An-

zeigen und Strafen, die auf Basis unklarer Rechtsvorschriften verhängt wurden

- Aufhebung aller freiheitsbeschränkenden Maßnahmen, insbesondere von Ausgangsbeschränkungen, Einschränkungen der Erwerbsfreiheit und der Reisefreiheit sowie des privaten Lebens
- Auslaufen aller gesetzlichen Sonderermächtigungen für die Regierung bereits vor dem Sommer

Erwerbstätigkeit – Entschädigung für alle vom Arbeiter bis zum Unternehmer

- Voller Ersatz der durch die Coronavirus-Epidemie verursachten Einbußen, wie im Epidemiegesetz ursprünglich vorgesehen
- Sofortiger Stopp der Entschädigungsabwicklung durch die Wirtschaftskammer oder eine eigens gegründete schwarz-grüne GmbH ohne vernünftige Kontrolle
- Bei Ersatz der durch die Epidemie verursachten Einbußen gleichzeitig Arbeitsplatzgarantie für die Arbeitnehmer
- Sofortige Beendigung aller Betretungsverbote – Hochfahren der gesamten Wirtschaft inklusive aller Geschäfte, der Gastronomie und der Hotellerie
- Keine generellen Veranstaltungsverbote, damit auch die Organisationen, Künstler sowie die österreichischen Vereine in den Bereichen Sport, Kultur und Brauchtum leben können

Familie und Bildung –

Unterricht, Freizeit und private Absicherung

- Rascher Übergang zum Regelbetrieb in Schulen und Universitäten zum Nutzen der Kinder und Jugendlichen und zur Entlastung der Familien
- Echte Unterstützung anstatt bloßer Stundungen von Mieten, Kreditraten, Versicherungsprämien udgl. bei privaten Härtefällen
- Sofortige Aufhebung der Sperre von Sport- und Freizeitanlagen

- Information und Transparenz – Offene Diskussion von Experten auf Basis verlässlicher Zahlen

Volle Transparenz bei den Corona-Statistiken (Obduktion der Sterbefälle, Erhebung der Vorerkrankungen etc.) sowie Gewinnung valider Zahlen durch regelmäßige repräsentative Stichproben-Testungen der Bevölkerung samt Antikörpertests Bekanntgabe aller Experten, die die Bundesregierung beraten, samt öffentlicher Diskussion ihrer Einschätzungen mit gleichberechtigter Teilhabe anderer Experten, Statistiken und Studien Wiederherstellung der Pressefreiheit durch Stopp des digitalen Zensurtrupps im Kanzleramt sowie eine gerechte Presseförderung statt Mediengleichschaltung durch Geldgeschenke Parallel zu diesen wichtigen Sofortmaßnahmen zur Wiederherstellung einer lebenswerten Gesellschaft treten die Unterzeichner auch dafür ein, aus der aktuellen Krise die richtigen Lehren für die Zukunft zu ziehen. Diese bestehen unter anderem in einer Stärkung der Regionalität, der eigenständigen Versorgung mit Lebensmitteln und Energie sowie in einer Abkehr von der dogmatischen Gleichsetzung von Globalisierung und Fortschritt. Klar ist auch geworden, dass auf die Europäische Union in solchen Krisenzeiten kein Verlass ist. Sämtliche Versuche aus Brüssel, sich jetzt noch eine Trittbrettfahrer-Rolle zu sichern – ob mittels Eurobonds oder höheren EU-Beiträgen – sind daher strikt abzulehnen.

Jetzt reicht's! – Allianz gegen den Corona-Wahnsinn

Schrittweise Rückkehr in eine „neue Normalität“. Das ist das „zukunftsweisende“ Angebot, das Bundeskanzler Kurz und Vizekanzler Kogler der eigenen Bevölkerung in Sachen Corona machen, nachdem die schwarz-grüne Regierung im Gleichschritt mit der Mehrzahl der Medien die Bevölkerung seit Wochen mit Horrorszenerarien in einem Zustand der Angst hält. Diesen Zustand erklären Kurz und Kogler als alternativlos, obwohl er es nicht

ist. Aber die Regierung braucht diesen Zustand. Denn ohne diese Angst funktioniert ihre Rolle als Retter nicht. Darauf ist alles angelegt.

Doch was bedeutet Rückkehr in eine neue Normalität? In etwas Neues zurückzukehren ist ein Widerspruch in sich. Die Regierung möchte uns vielmehr an ein anderes Österreich als das altbekannte gewöhnen. Die zwei Worte „neue Normalität“ sind in Wahrheit nichts anderes als eine schönfärberische Formulierung für den Begriff des Ausnahmezustandes – mit Kontaktverboten, Ausgangsbeschränkungen auf unhaltbarer rechtlicher Basis, Überwachungsplänen, Massenarbeitslosigkeit und zahllosen zerstörten Existenzen. Diese Ausnahme soll also zur Regel werden. Wollen wir das wirklich?

Die FPÖ will das nicht! Wir Freiheitliche wollen eine echte Rückkehr. Eine Rückkehr in die bewährte, geschätzte, altbekannte – in die normale Normalität. Wir wollen ein Österreich zurück, in dem wir als freie Bürger leben, unseren Lebensunterhalt verdienen und unsere Freizeit eigenverantwortlich gestalten können.

Wir denken, dass es viele Österreicherinnen und Österreicher gibt, die diese Ansicht teilen. Ihnen allen – egal welche Weltanschauung, welcher Beruf, welches Geschlecht, welches Alter, welcher Wohnsitz etc. – ist eines gemeinsam: Sie wollen nicht tatenlos zusehen, wie unter dem Vorwand der Krisenbekämpfung unser Land regelrecht auf den Kopf gestellt wird.

Wir wollen niemanden vereinnahmen. Wir wollen nur eine Plattform bieten, um gemeinsam ein hör- und spürbares Gegengewicht zur Installation der „neuen Normalität“ zu bilden. Jeder, der meint, dass in Sachen Corona nicht das Kind mit dem Bade ausgeschüttet werden darf, ist eingeladen, ein Stück des Weges mit uns zu gehen.

Wir bieten daher die Petition „Jetzt reicht's – Allianz gegen den Corona-Wahnsinn“ als allgemeine Plattform für all jene Bürger an, denen unser demokratischer Rechtsstaat mit den Grund-

und Freiheitsrechten ein Anliegen ist, für das es sich zu kämpfen lohnt.

Soll es zur neuen Normalität werden, dass hunderttausende Menschen in Kurzarbeit um ihre Jobs zittern und weitere hunderttausende Arbeitslose nicht die geringste Chance haben, eine neue Beschäftigung zu finden?

Soll es zur neuen Normalität werden, dass parteipolitisch ausgewählte und besetzte Organisationen wie die Wirtschaftskammer oder eine ausgegliederte Covid-Finanzierungsagentur bestimmen, welche Unternehmer für die erlittenen Schäden entschädigt werden und welche nicht?

Soll es zur neuen Normalität werden, dass wir uns auf Schritt und Tritt von der Regierung überwachen lassen müssen, um im Gegenzug die „Freiheit“ wiederzubekommen, in andere Länder reisen zu dürfen?

Soll es zur neuen Normalität werden, dass Eltern, die mit ihren Kindern im Freien spielen, oder Sportler, die zu einer Bergtour aufbrechen, als „Lebensgefährder“ öffentlich an den Pranger gestellt und drakonisch bestraft werden?

Soll es zur neuen Normalität werden, dass wir das Gesundheitssystem nur noch dann nutzen dürfen, wenn wir an Corona leiden, aber nicht wenn wir eine dringende Versorgung wegen anderer Krankheiten oder Verletzungen brauchen?

Soll es zur neuen Normalität werden, dass unsere Kinder die vorgesehene Bildung nur noch via Internet aufs Handy gespielt bekommen, aber ihre Lehrer nicht mehr zu Gesicht bekommen und die Eltern deren Aufgabe übernehmen müssen?

Unsere Antwort auf alle diese Fragen ist ein klares NEIN. Diese „neue Normalität“ wollen wir nicht! Und um sie zu verhindern, kommt es auf jeden Einzelnen von uns an.

So wie bisher kann es nicht weitergehen. Der Kurs der Regierung hat Unsicherheit, Unklarheit, Abhängigkeit, Milliarden-schäden und Massenarbeitslosigkeit gebracht, aber keine echte

Perspektive für die Betroffenen im Kampf gegen das Virus. Wir vermissen in den Botschaften der Regierung Klarheit, Transparenz und Planbarkeit.

Kurz, Kogler und Co. verbreiten mit Hilfe unkritischer Medien Schreckensszenarien und Horrorbilder, die einer ernsthaften Prüfung nicht standhalten. Sie bauen aus der Angst der Bürger, die die Regierung selbst schürt, einen neuen Staat, der ihre „neue Normalität“ mit Zwang durchsetzen soll.

Die von der Regierung präsentierten Voraussetzungen für eine Normalisierung sind unverantwortlich. Es gibt keinerlei Garantie auf einen hundertprozentigen Schutz vor dem Virus durch eine Impfung, weil das Virus sich ändert – wie auch Grippeviren, gegen die es bis heute keinen vollständigen Impfschutz gibt.

Ein weiteres monatelanges – nach manchen Aussagen sogar jahrelanges – Dahinfahren auf Sparflamme in allen Bereichen wird weitere hunderttausende Arbeitsplätze kosten und Existenzen vernichten. Das wird zu sozialen Verwerfungen führen und den gesellschaftlichen Frieden gefährden. Der Schaden wird weit größer sein als jener, den das Virus je hätte anrichten können.

Die Bürger haben ein Recht auf Freiheit,  
Sicherheit und Planbarkeit ihres Leben

[www.coronawahnsinn.at](http://www.coronawahnsinn.at)

## DIE GLOBALE PANDEMIE

---

## Von Seuchen und Globalisierung

VON ANDREAS MÖLZER

Andreas Mölzer ist Herausgeber des Wochenmagazins *ZurZeit* und war von 2004 bis 2014 Mitglied des Europäischen Parlaments.



Bild: ZZ-Archiv

Eine weltweite Pandemie hielt uns in ihren Klauen. Ein hochinfektiöses Virus breitet sich – ausgehend aus dem kommunistischen China – rasend schnell um die Welt aus und versetzte insbesondere die liberalen Demokratien in einen seit Jahrzehnten nicht gekannten Ausnahmezustand. Die nicht kontrollierbare Ansteckungsgefahr und die hohe Mortalität der älteren Generation rechtfertigten massive Eingriffe in die Freiheitsrechte der Bürger, führten zur Absage demokratischer Wahlen und beendeten die überstaatliche Mobilität, wie sie insbesondere in der EU gang und gäbe war.

Die Seuche ist unbestreitbar eine Folge der Globalisierung. Sie selbst ist global, ihre Verbreitung die Folge einer globalisierten Wirtschaft. Ganz gleich, welchen Ursprungs das Virus ist, Tatsache bleibt, dass es über die wirtschaftlichen Kontakte zwischen China und den oberitalienischen Industrieregionen auf die Apennin-Halbinsel nach Europa kam.

Und die globalisierte Wirtschaft über multinationale Konzerne bedingt es, dass beispielsweise China, Korea und Taiwan zu verlängerten Werkbänken europäischer Produzenten wurden, dass aber auch zehntausende chinesische Arbeiter, legal, aber auch illegal, sowie viele Schicksalsgenossen aus anderen Ländern und

Staaten der Dritten Welt in Europa und in den westlichen Staaten arbeiten. Eine andere Verbreitungsmöglichkeit war der internationale Tourismus, bei dem durch Billigfluglinien und günstige All-inclusive-Angebote sowie durch die Kreuzfahrtindustrie ein weltumspannender Reiseverkehr stattfindet. Ein Tourismus, der einerseits eine zivilisatorische Nivellierung nach sich zieht, andererseits aber auch unverzichtbare Einkommensquellen für strukturschwache Teile des Globus bietet. Die gegenwärtig herrschende Pandemie ist also eine Folge der Globalisierung, der globalisierten Wirtschaft, aber auch des globalisierten Tourismus.

Die Abwehrmaßnahmen gegen diese Pandemie fanden nun keineswegs auf der globalisierten Ebene statt, sie warfen uns vielmehr auf die regionale, innerstaatliche Ebene zurück. Grenzen wurden geschlossen, der Reiseverkehr wurde eingestellt, und die meisten europäischen Staaten verfügten ohne Rücksicht auch ihre Nachbarländer, die ja überwiegend auch EU-Länder sind, jeweils eigene Maßnahmen. Eine der negativen Folgen der Globalisierung war dabei nun zu feststellbar, dass beispielsweise die Grundstoffe für vielerlei Medikamente gar nicht mehr in Europa erzeugt werden, sondern in China und anderen ostasiatischen Ländern. In Zeiten von Reisebeschränkungen und Einstellung des internationalen Warenverkehrs wurden hier die Lieferketten schlicht und einfach unterbrochen und die Abhängigkeit Europas wurde schmerzlich deutlich.

Noch war zwar in den betroffenen europäischen Ländern, insbesondere auch in Österreich, die Versorgung der Bevölkerung gewährleistet, bei längerer Dauer des Ausnahmezustandes hätte sich jedoch auch dies ändern können. Bei allgemeiner Isolierung der Bevölkerung wäre es ja nur eine Frage der Zeit gewesen, bis sich Supermarkt-Kassiererinnen, Bankangestellte und Tankwarte überlegen, ob sie sich für ihr geringes Gehalt der mutmaßlichen Todesgefahr des Virus aussetzen wollen. Und die grenzüberschreitende Versorgung mit Gütern aus dem internationalen Warenver-

kehr hätte bei zunehmender Sperre der Grenzen ohnedies nach und nach ausfallen müssen. Da erwies sich dann die Anfälligkeit unserer vernetzten und globalisierten Gesellschaft, da so etwas wie eine autarke und regionale Lebensmittelversorgung kaum mehr möglich ist. Was in den 50er-, 60er-, 70er-Jahren des letzten Jahrhunderts selbstverständlich war, nämlich die Deckung des Nahrungsmittelbedarfs mit landwirtschaftlichen Produkten aus dem eigenen Land, ist heute schlicht und einfach kaum mehr möglich, und ein Zurückgehen auf diese Selbstversorgermöglichkeit dürfte äußerst kompliziert sein und lange dauern. Und noch unmöglicher ist die Selbstversorgung einzelner Haushalte, wie sie etwa in der Kriegs- und Nachkriegszeit durch Gemüsegärten, Hühnerställe, Kartoffel-Einlagerungen möglich war.

Dennoch dürfte der Ausnahmezustand, wie er in Folge der Pandemie über Europa herrscht, ein Umdenken in diese Richtung nach sich ziehen: Eine größere Unabhängigkeit der europäischen Produktion von außereuropäischen Zulieferern, eine zunehmende Regionalisierung der Nahrungsmittelproduktion und ein stärkeres Bewusstsein in Sachen Zivilschutz der einzelnen Haushalte könnte die Folge sein. Was in der Klimakrise bereits propagiert wurde, nämlich eine Abkehr von den langen und häufig auch unnötigen Transportwegen im Nahrungsmittelbereich und die verstärkte Nutzung regionaler Ressourcen zwecks Schonung des Klimas, könnte solcherart verstärkt werden.

Ein weiterer überaus problematischer Aspekt der Globalisierung sind die globalen Migrationsbewegungen. Ausgelöst durch kriegerische Situationen oder Bürgerkriegsereignisse, durch Umweltkatastrophen, haben sich in den letzten Jahren Millionen Menschen auf Asien, Afrika, aber auch Lateinamerika in Bewegung gesetzt, allzu häufig aus Angst um Leib und Leben, hoffend auf den Schutz, den ihnen die Genfer Flüchtlingskonvention zu versprechen schien. Überdies ist es aber die weltweite Kommunikation über Internet und Fernsehen, die Millionen Menschen

in allen Teilen der Dritten Welt in Europa und in der westlichen Welt insgesamt ein Leben vorgaukelt, in dem Milch und Honig fließen. Wohlstandssicherheit, Libertinage, sexuelle Freizügigkeit, schöne Frauen, schnelle Autos, luxuriöse Wohnungen, Parties und Urlaubsfreuden. Dieses Bild vom Leben in der westlichen Welt, insbesondere in Europa, motiviert Millionen von potenziellen Wirtschaftsmigranten, sich auf den Weg zu machen. Tausende von Kilometern und dutzende Staatsgrenzen werden dabei überwunden, um in Richtung Europa zu gelangen. Durchmischt mit echten Kriegs-, Bürgerkriegs- oder Katastrophenflüchtlingen, stellen diese Wirtschaftsmigranten, die zu allererst die westlichen Sozialsysteme migrieren, ein überaus explosives gesellschaftliches Potenzial dar, dessen Bewältigung bislang weder kulturell noch ökonomisch gelungen ist.

Die Abkehr von den Mechanismen der Globalisierung, wie sie tendenziell als Folge der Corona-Pandemie auf uns zukommen könnte, dürfte auch eine veränderte Betrachtungsweise des globalen Migrationstrieb nach sich ziehen. Geschlossene Grenzen bedingen eben nicht nur die Abwehr infizierter Einreisender, sondern neben der Reduktion des internationalen Warenverkehrs auch ein Hemmnis für Migrantenströme. Das Bewusstsein der Bevölkerung, dass mit diesen Migranten keineswegs nur multikulturelle Bereicherung in Sachen Kulinarik und Lifestyle importiert wird, sondern sehr wohl auch in Europa längst ausgestorbene Krankheiten und Seuchen, dürfte ein Übriges tun. Die Flüchtlingsaufnahme aus türkischen Camps dürfte in Europa in der Zeit des Corona- Ausnahmestandes in etwa so populär sein wie ein Alkoholverbot am Münchner Oktoberfest.

Was die ökonomische Situation der Menschen in den europäischen Demokratien, insbesondere in Österreich betrifft, so dürfte dieser Corona-Ausnahmestand derartige Kosten und wirtschaftliche Schwierigkeiten verursachen, dass es unumgänglich sein wird, den Ruin der eigenen Klein- und Mittelbetriebe aufzu-

fangen, die Arbeitslosigkeit im eigenen Bereich zu bekämpfen und sozial Bedürftige zu unterstützen. Die damit auf den Staatshaushalt zukommenden Belastungen werden in der Öffentlichkeit, in den Medien, in den politischen Kreisen, aber insbesondere in der Bevölkerung zweifellos das Bewusstsein wecken, dass das eigene Steuergeld eben auch im Lande verwendet werden muss und weder in die EU-Heranzuführungshilfe für die Türkei noch in den Merkel- Erdogan-Deal fließen sollte.

Alles in allem könnte die Corona-Pandemie ein Auslöser für so etwas wie einen „Rollback“ der Globalisierung sein und eine Hinwendung, insbesondere der europäischen Nationen, zu mehr Regionalität, zu stärkerer nationaler Souveränität und zu tendenzieller Autarkie. Dass diese Tendenz durchaus auch der Bekämpfung der Klimakrise unterstützen könnte, erhöht nur ihre Sinnhaftigkeit.

Es ist schon kurios, wie sich die Bilder über den Lauf der Menschheitsgeschichte hinweg gleichen: Wenn tödliche Seuchen die Menschheit bedrohen, wenn Völker, Sippen, Familien und Einzelmenschen grassierenden Krankheiten, Epidemien, Pandemien ausgeliefert sind, scheinen sie immer ähnlich zu reagieren. Wenn es in unseren Tagen Corona-Partys waren, waren es zur Zeit der großen Pest im 14. Jahrhundert rauschende Feste in abgeriegelten Schlössern. Man denke an Boccaccios „Decamerone“! Und die bedrückend hässlichen Schnabelmasken der Pestärzte erinnern an unsere heutigen Corona-Masken, die der Wiener Volksmund längst „Basti-Maulkorb“ nennt, nachdem Kanzler Sebastian Kurz sie uns zur Verpflichtung macht.

Eines ist allerdings auch bei derlei Seuchen immer gleich gewesen: Sie verbreiten sich schier unaufhaltsam weltweit. Sogar die große Pest im Spätmittelalter, dem Vernehmen nach aus Zentralasien, wo sie über die Handelsrouten, konkret auch über die Seidenstraße, nach Europa vordrang und dann nach Venedig kam und sich über die Ratten und deren Flöhe in ganz Europa verbrei-

tete. Allein zwischen 1346 und 1353 forderte die Pest in Europa geschätzte 25 Millionen Todesopfer. Ein Drittel der Bevölkerung. Und Ursache war das winzige Bakterium *Yersinia Pestis*.

Heute ist es ein nicht minder winziges Virus, das uns zu schaffen macht, und es zeigt längst nicht so schreckliche Folgen wie die Pest. Die von ihm verursachte Krankheit ist wesentlich weniger dramatisch und tödlich nur zu einem höchst geringen Promille-satz. Weltweite Kommunikation und medial geschürte Hysterie allerdings verursachen offenbar ähnliche Wirkungen, wie sie der schwarze Tod im Mittelalter nach sich zog.

Aber auch das Coronavirus ist ein Kind der Globalisierung. Entstanden – wie auch immer – in der chinesischen Millionenstadt Wuhan, kam es zweifellos über chinesische Arbeitskräfte nach Oberitalien, wo es am stärksten wütete und ganz Europa zum „Hotspot“ der Pandemie machte. Weltweite Wanderungsbewegungen und intensiver ökonomischer Austausch, wie er im Zuge der Globalisierung gang und gäbe ist, sind natürlich die Voraussetzungen für die rasche und offenbar unaufhaltsame Verbreitung einer solchen Viruskrankheit. Und weltweit agierende Medien, insbesondere das Internet, sorgen dafür, dass sich die begleitende Hysterie ebenso globalisiert ausbreitet. Das Herunterfahren des Gesellschaftslebens und der gesamten Wirtschaft hat ja nicht nur in einzelnen europäischen Ländern stattgefunden, sondern ist indessen ein globales Phänomen. Dies lässt Verschwörungstheorien aufblühen. Wahrscheinlich ist es aber eben nur diese global medial geschürte Hysterie, die für diesen globalisierten Wirtschaftszusammenbruch sorgt.

Nun ist die Pest natürlich längst besiegt, und die Übertragung über Flöhe, die von Ratten auf Menschen wechseln, beziehungsweise möglicherweise auch durch Kleiderläuse, findet gottlob nicht mehr statt. Wenn aber in unseren Tagen das Coronavirus über Schmierinfektion oder zumeist wohl über Tröpfcheninfektion verbreitet wird, ist die Infektionsgeschwindigkeit eine noch

wesentlich höhere als die der Pest im Mittelalter. Die Geschwindigkeit der Mobilität in unserer Gesellschaft ist eben über Flugreisen und Massentourismus in der Welt höher als seinerzeit.

Schneller als das Virus verbreiten sich nur Gerüchte, und auch dies ist es ein Faktor, der sich durch die ganze Menschheitsgeschichte zieht. Die Panik, die Menschen in der mittelalterlichen Gesellschaft durch die Gerüchte vom Wüten des Schwarzen Todes erfasste, war sicher beispiellos. Die Medienberichterstattung unserer Tage, die gezielte Angstmache, auf die manche Regierungen als Verhütungs- und Vorbereitungsstrategie setzen, ähnelt sicher den Seuchen-Gerüchten früherer Zeiten. Und diese Gerüchte verbreiten sich noch weit schneller als die Krankheitserreger – vor allem seit es Internet und Social Media gibt. Und das Gerücht von der Seuche wird auch im Bericht über die Seuche weitergetragen. Beispielsweise die sogenannte „athenische Pest“, die während des Peloponnesischen Kriegs im Jahre 430 v. Chr. wütete. Manche meinten, die Spartaner hätten die Brunnen vergiftet, andere behaupteten, Seeleute hätten die Krankheit aus dem Orient eingeschleppt oder gar die Götter hätten Athen bestrafen wollen. Schließlich einigte man sich darauf, den führenden Staatsmann der Stadt, Perikles, zum Schuldigen abzustempeln, der allerdings selbst ein Opfer der Pest wurde.

Ähnlich sind heute die vielfältigen Verschwörungstheorien im Hinblick auf das zeitgenössische Coronavirus. Ist es aus einem chinesischen Militärlabor entsprungen oder waren es schlicht und einfach die bösen Fledermäuse, die die noch böseren Chinesen zu verzehren pflegten?

Neben Pest und Cholera waren es aber auch andere Erkrankungen wie die Pocken oder die Masern, die insbesondere nach der Entdeckung Amerikas die indigenen Völker dezimierten. Sie hatten schlicht und einfach nicht die entsprechende Immunität, um dagegen zu gewappnet zu sein. Im Gegenzug schleppten die Entdecker die Syphilis nach Europa ein, die am Ende des 15.



Jahrhunderts ein gesamtes französisches Ritterheer, das Italien erobern wollte, auslöschte, und wenige Jahre später erreichte dieselbe Syphilis auch China. Also auch damals war die Seuche bereits globalisiert. Die Cholera schließlich war die Geißel des 19. Jahrhunderts. Ihr wurde im Wesentlichen durch den Bau der Kanalisationsanlagen der Nährboden entzogen. Und die Grande Armee Napoleons wurde im Jahre 1812 in Russland nicht nur von den Kosaken, sondern auch vom Fleckfieber besiegt.

Die möglicherweise meisten Opfer forderte jedenfalls die Spanische Grippe, die am Ende des Ersten Weltkriegs einem US-amerikanischen Militärlager entsprang und mit den Soldaten nach Europa kam, wobei sie zwischen 1918 und 1920 weltweit geschätzt nahezu 50 Millionen Opfer forderte. Die heimkehrenden Soldaten aus aller Welt, die in den Kolonialarmeen der Entente-Mächte gedient hatten, sorgten für die weltweite Verbreitung des Virus, welches die Spanische Grippe auslöste. Kurioserweise allerdings verursachte diese Spanische Grippe in kaum annäherndem Maße diejenige Hysterie wie heute das Coronavirus. Das mag daran liegen, dass man unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg das Massensterben gewissermaßen gewöhnt war und dadurch abgestumpft war.

Heute ist jedenfalls klar: Seuchen finden globalisiert statt und werden die Menschheit immer wieder bedrohen. Wenn es eine Impfung und entsprechende Medikamente gegen das Coronavirus gibt, wird ein anderer Erreger oder ein mutiertes Coronavirus auftreten. Seuchenangst, das Gerücht von der Seuche, wird es ebenfalls immer geben und gewappnet kann man nur sein durch intakte Gesundheitssysteme, durch eine innovative Forschung und durch hygienische Disziplin der Menschen. Die Angst und die Hysterie, das Gerücht von der Seuche, sind jedenfalls schlechte Ratgeber, wenn es um das Leben in „Zeiten der Corona“ geht.

## Rivalen auf Konfrontationskurs

Die USA im Viruskrieg mit China?

VON BERNHARD TOMASCHITZ

Dr. Bernhard Tomaschitz ist geschäftsführender Redakteur und Leiter des Ressorts Außenpolitik des Wochenmagazins *ZurZeit*.



Bild: ZZ-Archiv

Die USA werfen China immer aggressiver vor, für die Coronakrise verantwortlich zu sein. Dass es im Jänner eine Teileinigung im Handelskonflikt gab, ist fast vergessen. Fast scheint es so, als ob China die Islamisten als Feindbild Nr. 1 abgelöst hat. Kein Wunder, stellt doch das Reich der Mitte die „Pax Americana“ zunehmend infrage, und das konfuzianische Gesellschaftsmodell bleibt für den Westen weiter rätselhaft.

Das Jahr 2020 hätte das Jahr der Entspannung zwischen den USA und China werden können. Am 15. Jänner unterzeichneten die beiden Staaten ein „Phase 1“-Handelsabkommen zur Beilegung des seit einigen Jahren schwelenden Handelsstreits. Washington senkte einige Strafzölle und versprach, keine neuen einzuführen, während sich Peking zur Achtung geistigen Eigentums verpflichtete. Im Herbst, rechtzeitig vor der US-Präsidentenwahl, sollte der amerikanisch-chinesische Handelskonflikt mit einem weiteren Abkommen umfassend gelöst werden.

Das war der Plan von US-Präsident Donald Trump, bis die Coronakrise die Vereinigten Staaten erfasste. Nunmehr droht Trump, der China im Wahlkampf 2016 vorgeworfen hatte, „unser Land zu vergewaltigen“, mit neuen Strafzöllen. Zudem stellte er Reparationsforderungen in den Raum, meinte, das Virus „hätte in Chi-

na gestoppt werden können“. Und weil Peking das verabsäumt habe, seien die USA, so Trump, mit dem schlimmsten Angriff in ihrer Geschichte konfrontiert: „Das ist wirklich der schlimmste Angriff, den wir je hatten. Das ist schlimmer als Pearl Harbor. Das ist schlimmer als das World Trade Center. So einen Angriff hat es noch nie gegeben und er hätte niemals passieren dürfen.“ Darüber hinaus gefällt sich Außenminister Mike Pompeo, der den Ursprung des Virus in einem Biowaffenlabor der chinesischen Armee in Wuhan vermutet in der Rolle des Einpeitschers. Dass im Juli 2019 ein Biowaffenlabor der US-Armee in Fort Detrick in Bundesstaat Maryland wegen Problemen bei der Behandlung von Laborabwässern vorübergehend geschlossen werden musste, wird freilich nicht erwähnt.

Hinter den Kulissen versucht indessen die Trump-Regierung, Druck auf die Nachrichtendienste auszuüben, damit diese „Beweise“, dass das Coronavirus seinen Ursprung in einem chinesischen Labor hat vorlegen – wenngleich es nicht vorsätzlich, sondern nur fahrlässig freigesetzt wurde. Dazu schrieb am 30. April die „New York Times“: „Hochrangige Beamte der Trump-Regierung haben amerikanische Spionageagenturen dazu gedrängt, nach Beweisen zur Untermauerung der unbegründeten Theorie zu suchen, dass der Ausbruch des Coronavirus seinen Ursprung in einem Regierungslabor in Wuhan, China, hat, wie derzeitige und frühere amerikanische Beamte sagen. Grund der Bemühungen ist die zunehmende Kampagne von Präsident Trump, China für die Pandemie verantwortlich zu machen.“ Das Ganze ist ein gefährliches Unterfangen, wie die Zeitung warnt: „Manche Analysten sind beunruhigt, dass der Druck hoher Beamter die Einschätzung des Coronavirus verfälschen und letzterer als Waffe für eine Eskalation gegenüber China verwendet werden könnte.“

Die US-Nachrichtendienste scheinen vorsichtiger geworden zu sein, seit sie mit der Lüge, dass der irakische Präsident Saddam Hussein im Besitz von Massenvernichtungswaffen sei, den Vor-

wand für den völkerrechtswidrigen US-Angriffskrieg gegen den Irak geliefert hatten. Überhaupt ist die Lage zwischen 2003 und heute kaum zu vergleichen, wie der US-Historiker Eric Zuesse erklärt. Anders als 2003, als der CIA-Chef dem US-Präsidenten vertraulich sagte, dass der Beweis für Saddam Husseins Massenvernichtungswaffen und seine Komplizenschaft an den Terroranschlägen vom 11. September 2001 eine „todsichere Sache“ wären, stehe heute der sogenannte tiefe Staat, der sowohl die Geheimdienste des Landes als auch den Kongress kontrolliert, in der Frage, die Nation in einen Krieg gegen China zu führen, nicht geeint hinter dem Präsidenten. Innerhalb des tiefen Staates, der aus den das Land kontrollierenden Milliardären bestehe, gäbe es unter Trump eine Spaltung zwischen Demokraten und Republikanern.

Nicht auszuschließen ist, dass diese Spaltung, je stärker und länger die USA von der Coronakrise betroffen sind, kleiner wird oder gar verschwindet und parteiübergreifend in China der Sündenbock gesehen wird. Peking bereitet sich daher auf alle Eventualitäten vor, wie die Nachrichtenagentur Reuters am 4. Mai 2020 unter Berufung auf einen Bericht des China-Institutes für zeitgenössische internationale Beziehungen berichtete. Unter Berufung auf namentlich nicht genannte Personen, die in den Bericht der mit dem Ministerium für Staatssicherheit verbundenen Denkfabrik Einblick hatten, heißt, es nicht nur, dass die Führung, einschließlich Präsident Xi Jinping, von der größten antichinesischen Stimmung seit der gewaltsamen Niederschlagung der Tiananmen-Proteste im Juni 1989 ausgeht. Vielmehr sei Peking auch infolge der Pandemie mit einer von den USA angeführten antichinesischen Stimmung konfrontiert und müsse „auf den schlimmsten Fall einer bewaffneten Konfrontation zwischen den beiden Weltmächten vorbereitet sein“.

Die US-Stimmungsmache gegen China setzte schon lange vor der Coronakrise ein. Dabei waren die medial wahrgenommenen Anschuldigungen lange nur wirtschaftlicher Natur. So beklag-

te Trump etwa im Zuge seiner „America first“-Politik die seiner Meinung nach unfairen Handelspraktiken, die amerikanische Arbeitsplätze gefährdeten. Und bereits unter Trumps Vorgänger Barack Obama rückte das Reich der Mitte, das sich immer mehr als ernsthafter geopolitischer Rivale der USA etabliert, in den Mittelpunkt der Außen- und Sicherheitspolitik.

Wie sehr die Zeichen zwischen Washington und Peking tatsächlich auf Sturm stehen, zeigte sich besonders deutlich in der im Dezember 2017 veröffentlichten Nationalen Sicherheitsstrategie der USA. In dem ersten wichtigen außen- und sicherheitspolitischen Dokument der Trump-Präsidentschaft wird beklagt, dass Russland und China, die als „revisionistische Mächte“ bezeichnet werden, „amerikanische Macht, Einfluss und Interessen herausfordern und versuchen, amerikanische Sicherheit und Wohlstand zu untergraben“. Die beiden geopolitischen Rivalen würden versuchen, ihre Volkswirtschaften weniger frei und fair zu gestalten, ihre militärischen Kapazitäten zu vergrößern, zur Unterdrückung ihrer Gesellschaften Informationen und Daten zu kontrollieren und ganz allgemein „ihren Einfluss auszubauen“. Oder anders ausgedrückt: Das US-Imperium allein soll darüber entscheiden, was andere Staaten zu tun oder zu unterlassen haben.

Einige Seiten später kommt die Nationale Sicherheitsstrategie dann zum Kern der Sache: „China und Russland wollen eine Welt im Gegensatz zu den US-Werten und -Interessen formen. China strebt danach, die Vereinigten Staaten aus der indo-pazifischen Region zu verdrängen, die Reichweite seines staatlich gesteuerten Wirtschaftsmodells zu vergrößern und die Region zu seinen Gunsten neu zu ordnen.“ Es geht also um die von China ausgehende Gefahr für die „Pax Americana“. Und „Werte“ sind nicht viel mehr als die Verpackung für den US-Imperialismus, der der Menschheit immer wieder seine hässliche Fratze gezeigt hat.

Was die USA an China am meisten irritiert, ist die Tatsache, dass die Weltmacht aus Ostasien – zumindest bis jetzt – das west-

liche Dogma erfolgreich widerlegt, wonach eine demokratische Staatsform unabdingbare Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg sei. Zudem können die USA, die seit ihrer Gründung in Form der Metapher von der leuchtenden „Stadt auf dem Hügel“ ein im christlichen Fundamentalismus begründetes Sendungsbewusstsein haben, mit dem auf das Diesseits fokussierten Konfuzianismus, der auf das reibungslose Funktionieren der Gesellschaft ausgerichtet und damit gewissermaßen atheistisch ist, nicht viel anfangen.

Das religiös-kulturell begründete Unverständnis des Westens gegenüber China hat eine lange Tradition, wie Pepe Escobar, ein auf geopolitische Fragen spezialisierter brasilianischer Journalist, erklärt. Demnach war in Europa bis ins 17. und 18. Jahrhundert hinein die Stellung des Christentums so überragend, dass es unmöglich war, zu denken und dabei Gott auszuschließen. Zu dieser Zeit aber begannen auch die Handelsbeziehungen mit Ostasien und die „Kirchenlehrer waren zutiefst verstört, dass in der chinesisches geprägten Welt eine sehr gut organisierte Gesellschaft ohne eine transzendente Religion existieren konnte“. Das sei noch verstörender gewesen als die auf dem amerikanischen Kontinent entdeckten „Wilden“. Als Europa begann, das zu erforschen, was man den „Fernen Osten“ nennt, war es in Religionskriege verstrickt. Aber gleichzeitig, so Escobar, „war es gezwungen, sich mit einer anderen Erklärung der Welt auseinanderzusetzen, und das nährte während der gesamten Zeit der Aufklärung einige subversive antireligiöse Tendenzen“.

Dazu ist zu sagen, dass in den heutigen USA Religion in der Politik eine vielfach größere Rolle spielt als im weitgehend säkularisierten Europa. Bei einer Präsidentenwahl wäre ein Kandidat, der sich als Atheist bezeichnet, chancenlos, und mit Vizepräsident Mike Pence und Außenminister Pompeo befinden sich zwei christliche Fundamentalisten, die an die biblische Schöpfungsgeschichte glauben und die wissenschaftlichen Erkenntnisse der

Evolutionstheorie ablehnen, in höchsten Staatsämtern – was in Europa wohl undenkbar wäre. Folglich reagieren die USA auch sehr gereizt und bauen rasch ein entsprechendes Feindbild auf, wenn ein geopolitischer Rivale auftaucht, dessen geistig-kulturelles Fundament nicht im Christentum aufbaut. So wurde, ungeachtet der Tatsache, dass die Sowjetunion vor noch nicht lange zurückliegender Zeit ein Verbündeter war, bald nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs das Feindbild Kommunismus aufgebaut und gepflegt.

Nachdem 1989/91 die KP-Diktaturen im östlichen Europa zusammengebrochen und die UdSSR zerfallen waren, setzte in den „siegreichen“ Vereinigten Staaten eine Hybris ein. Denn, wie der US-Politikwissenschaftler Samuel P. Huntington ausführte, der Zusammenbruch des Kommunismus habe den Westen in der Auffassung bestärkt, seine Ideologie des sogenannten demokratischen Liberalismus habe weltweit gesiegt und sei daher „weltweit gültig“. In der akademischen Diskussion sowie beim Washingtoner Polit-Establishment findet er seinen Ausdruck darin, dass jene Staaten, welche sich bislang der US-Hegemonie widersetzt haben, was insbesondere China, aber auch Russland und den Iran betrifft, auf den von den Vereinigten Staaten vorgegebenen Kurs umschwenken müssten, weil dies ihren Interessen entspreche. Solche Anmaßungen lassen sich nur mit der angeblichen „offenkundigen Bestimmung“ der USA, die Welt zu führen, begründen. So erklärt Huntington denn auch: „Der Westen und besonders die USA, die immer eine Nation mit Sendungsbewusstsein gewesen sind, sind überzeugt, dass die nichtwestlichen Völker sich für die westlichen Werte – Demokratie, freie Märkte, kontrollierte Regierung, Menschenrechte, Individualismus, Rechtsstaatlichkeit – entscheiden und diese Werte in ihren Institutionen zum Ausdruck bringen sollen“.

Mit dem Ende des Kalten Krieges musste für die USA ein neues Feindbild her und wurde rasch im (radikalen) Islam gefunden –

das ungeachtet der Tatsache, dass die USA in den 1980er-Jahren in Afghanistan mit Islamisten paktiert und auf diese Weise den Aufstieg des Islamismus mit ermöglicht hatten. Den letzten Fehler drohen die USA zu wiederholen. So hat der Kongress mit nur einer

Gegenstimme ein Gesetz zum Schutz der Uiguren, eines muslimischen Turkvolks, das in der westchinesischen Provinz Xinjiang lebt, beschlossen. Das Gesetz, das noch nicht in Kraft getreten ist, sieht die Verhängung von Sanktionen gegen China wegen angeblicher Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang vor. Dass radikale Uiguren immer wieder Anschläge gegen chinesische Einrichtungen in Xinjiang verüben und dass sich mehrere Tausend Angehörige dieses muslimischen Volkes dem „Islamischen Staats“ (IS) oder anderer islamistischer Terrorgruppen im Nahen Osten angeschlossen haben, spielt für Washington hingegen keine Rolle.

Denn nunmehr ist für die USA China zum großen Feindbild geworden. Und die Mechanismen, wie dies geschieht, sind sehr bekannt, wie das Internetmagazin „Middle East Eye“ schreibt: „China wird als neue existentielle Bedrohung dargestellt, wie der Islam vor 20 Jahren. Und das von denselben Leuten, denselben Zeitungskolumnisten, denselben Parteien und denselben Geheimdiensten.“ Als Beispiel wird die fragwürdige Wortwahl von US-Präsident George W. Bush, der den Irak zu einem Bestandteil der „Achse des Bösen“ erklärte, und des nunmehrigen Amtsinhabers Trump angeführt, der 2016 China bezichtigte, die US-Wirtschaft zu vergewaltigen. Und noch eine Parallele gibt: Damals wie heute ist Großbritannien der treueste Vasall Washingtons. Zog 2003 London an der Seite der USA in den Irakkrieg, erklärt heute Außenminister Dominic Raab, man werde in Bezug auf China „nicht zur Tagesordnung übergehen“.

Bereits in Kraft getreten ist das US-Gesetz über Menschenrechte und Demokratie in Hongkong. Dieses Gesetz verpflichtet das

Handelsministerium zu einem Bericht über „die Bemühungen Chinas, Hongkong zur Umgehung der US-Exportkontrollen zu nutzen“. Zudem soll der Präsident dem Kongress eine Liste von Personen vorlegen, die in Hongkong Menschenrechte verletzen. Und überhaupt sollen alle Feststellungen, die für die USA unbefriedigend sind, zu Sanktionen gegen China führen können. Wie tief insbesondere bei den US-Republikanern eine antichinesische Haltung ausgeprägt ist, zeigt ein vom Magazin „Politico“ veröffentlichter Leitfaden für die Wahlkämpfe in diesem Jahr. Im November wird ja nicht nur der Präsident neu gewählt, sondern es werden auch alle 435 Mitglieder des Repräsentantenhauses sowie 33 der insgesamt 100 Senatoren gewählt. In dem Dokument werden den republikanischen Kandidaten und Wahlkampf Helfern drei Punkte eingebläut: Erstens „verursachte China diese Pandemie durch Vertuschen, Lügen und Horten der weltweiten Versorgung mit medizinischer Ausrüstung“. Denn „China ist ein Gegner, der Millionen amerikanischen Arbeitsplätze gestohlen, Fentanyl in die Vereinigten Staaten geschickt und religiöse Minderheiten in Konzentrationslager geschickt hat.“ Anmerkung: Fentanyl ist ein starkes Schmerzmittel (Opioid), und der Wahlkampfleitfaden versucht, China die Schuld dafür in die Schuhe zu schieben, dass Millionen US-Amerikaner von Opioiden abhängig sind, was Kosten in Milliardenhöhe verursacht. Mit „religiösen Minderheiten“ sind die Uiguren gemeint, und in diesem Zusammenhang ist tatsächlich von „concentration camps“ die Rede. Zweitens soll dem Konkurrenten von den Demokraten eine zu weiche Haltung gegenüber China unterstellt werden, während drittens „wir China Paroli bieten, Fertigungsarbeitsplätze heimbringen und auf Sanktionen gegen China für seine Rolle bei der Ausbreitung dieser Pandemie drängen werden.

Außerdem findet sich in dem Dokument folgende Aussage: „Die Chinesen sind kein Verbündeter, sie sind nicht einmal ein Konkurrent – sie sind ein Gegner, und die chinesische Kommuni-

stische Partei ist unser Feind.“ Antichinesische Rhetorik wie diese scheint beim Durchschnittsbürger durchaus auf fruchtbaren Boden zu fallen. Laut einer unter 1.000 US-Amerikanern durchgeführten Umfrage des Pew Research Center vom April haben 66 Prozent eine ungünstige Sicht von China, was gegenüber 2018, als diese Frage zum letzten Mal gestellt wurde, einen Anstieg von 14 Prozent bedeutet. Zudem betrachten neun von zehn Befragten China als Bedrohung, und 62 Prozent sogar als Hauptbedrohung. Die antichinesische Propaganda ist also sehr erfolgreich. Bleibt nur zu hoffen, dass sie nicht in Kriegsbegeisterung umschlägt.

## „Zuerst haben die Chinesen alles verschwiegen“

Ostasien-Experte **Dr. Albrecht Rothacher\*** über die Rolle Chinas in der Coronakrise.



Bild: Privat

*Zuerst hat US-Präsident Trump die Chinesen für ihre Bemühungen zur Eindämmung des Coronavirus gelobt, und nun werden Forderungen nach Schadenersatz laut. Was steckt dahinter? Will Trump von den vielen Corona-Toten im eigenen Land ablenken?*

**Albrecht Rothacher:** Ich traue mir nicht zu, die ständig wechselnden Ansichten des amerikanischen Präsidenten zu deuten. Klar ist, dass das Virus in den unglaublichen hygienischen Zuständen der chinesischen Tierhaltung und der Lebendviehmärkte, die nicht zum ersten Mal Brutstätten für weltweite Seuchen sind, entstanden ist und die erste Verbreitung unter Menschen von der kommunistischen Führung bewusst verschwiegen wurde. Insofern ist ihre schuldhafte Verantwortung eindeutig. Schadenersatzforderungen erscheinen durchaus berechtigt. Die Frage ist nur, wie man sie geltend machen kann.

*Wären Schadenersatzforderungen wegen des Potenzials für eine weitere Eskalation der amerikanisch-chinesischen Beziehungen und des Handelsstreits nicht kontraproduktiv?*

**Rothacher:** Gute Frage. Die Amerikaner und wir Europäer sitzen aber am längeren Hebel. Denn die chinesische Wirtschaft ist angesichts ihrer massiven Handelsüberschüsse viel mehr von den amerikanischen und europäischen Märkten abhängig als wir

umgekehrt vom weitgehend abgeschotteten chinesischen Markt, von der deutschen Automobilindustrie, die sich in China überinvestiert hat, einmal abgesehen.“

*Wie soll sich die EU in dem Streit zwischen den USA und China verhalten? Neutral bleiben? Eine Seite unterstützen und wenn ja, welche?*

**Rothacher:** Neutralität ist immer schön, wenn man keinen Mut und keine Machtmittel hat oder sich uneinig ist. Die Chinesen sind ja schon dabei, sich einige unsichere Kantonisten in der EU einzukaufen, Griechenland und Ungarn zum Beispiel. Bei allen Unzulänglichkeiten und Schlampereien der ersten Reaktionen sind wir ja wie die Amerikaner Opfer des chinesischen Virus geworden, das jetzt eine massive Rezession, Einkommensverluste und Massenarbeitslosigkeit auslöst. Insofern haben wir die gleichen Interessen.

*Ist etwas dran an den US-Vorwürfen, China habe die Weltgesundheitsorganisation WHO unterwandert?*

**Rothacher:** Da ist sehr viel dran. Der aktuelle äthiopische Präsident der WHO, ein früherer Kommunist, der kein Arzt ist, von Medizin also keine Ahnung hat, wurde von den Chinesen ins Amt gehievt, die in vielen UNO-Agenturen über ihre Kreditvergaben an gut hundert Klein- und Entwicklungsstaaten politische Abhängigkeiten geschaffen haben, und im Gegensatz zu den Europäern keine Skrupel haben, ihren Tribut bei passender Gelegenheit einzufordern. So wie auch im vorliegenden Fall. So singen der gute Mann und seine nutzlose Agentur natürlich das Loblied auf die vorbildliche chinesische Seuchenpolitik. Die Brandstifter werden als Feuerlöscher gehuldigt.

*Vorwürfe gegen China lauten, dass Peking die Weltöffentlichkeit zu spät über den Ausbruch der neuen Lungenkrankheit informiert habe. Wie sehen Sie diese Sache, zumal man an der Offenheit der chinesischen Informationspolitik sicherlich Zweifel anmelden kann?*

**Rothacher:** Richtig. Sie haben zuerst alles verschwiegen, dann eine riesige Schau in Wuhan abgezogen. Gleichzeitig durften

ihre Leute unkontrolliert in alle Welt ausfliegen, und wir haben das blöderweise zugelassen. Dann haben sie versucht, ein ungenanntes US-Militärlabor zu beschuldigen, und durch ein paar Container von spendierten Gesichtsmasken, die sich oft als defekt herausstellten, in aller Welt einen PR-Erfolg zu erkaufen. Ein nützlicher Idiot wie der serbische Präsident küsste dann in Peking dankbar die chinesische Flagge. So bekam er seinen Auftritt im Staatsfernsehen und wahrscheinlich eine neue Linie für die Belgrader Metro spendiert, die die Chinesen bauen.

*China hat medienwirksam am Höhepunkt der Coronakrise europäische Länder wie Italien unterstützt. War das eine PR-Aktion zur Förderung des Projekts der Neuen Seidenstraße?*

**Rothacher:** Eindeutig. Die Chinesen kontrollieren bereits die Textilindustrie von Prado und haben sich in allen wichtigen italienischen Häfen eingekauft. Dort kriegen ihre Schiffe jetzt Vorzugsabfertigung. Das Seidenstraßen-Projekt zielt auf die chinesische Kontrolle der eurasischen Verkehrs- und Energieinfrastruktur ab. Wie in einem Puzzlespiel kommt da mit einem langen Atem ein Stückchen zum anderen, anscheinend unverbunden und ganz diskret, bis man aufwacht und es zu spät ist.

*Was sollte Europa unternehmen, damit seine Wirtschaft nicht von chinesischen Staatsunternehmen aufgekauft wird?*

**Rothacher:** Mit den aktuellen Aktienkursen im Keller und jeder Menge drohender Firmenpleiten ist alles zum Schäppchenpreis zu haben. Und chinesische Staatskonzerne haben tiefe Taschen, werden von Staatsbanken finanziert und brauchen keine kurzfristigen Gewinne abzuliefern. Was wir in der EU brauchen, ist eine zwingende Genehmigungspflicht bei Unternehmensübernahmen durch Drittstaaten, ab sagen wir 100 Millionen Euro, die verweigert werden müssen, wenn es sich um strategische Industrien handelt. Die Chinesen verstehen das sofort, denn bei ihnen läuft das ohnehin nicht anders. Dann ginge es natürlich auch nicht mehr, unsere Stahlindustrie an die Inder zu verscherbeln.

*Aufgrund der Coronakrise ist das chinesische BIP im ersten Quartal um 6,8 Prozent eingebrochen. Sind Auswirkungen auf die chinesische Innenpolitik bzw. die Herrschaft der KP zu erwarten, insbesondere, wenn die Erholung der Weltwirtschaft nur schleppend vorangehen sollte?*

**Rothacher:** Präsident Xi und seine Clique sitzen fest im Sattel. Im Gegensatz zu Putin duldet er keinerlei Opposition. Abgesehen von der Reisefreiheit und einem sehr lebendigen Unternehmertum ist das Regime in Peking wieder sehr totalitär geworden. China wird als wahrscheinlich einziges Land der Welt in diesem Jahr um etwa zwei Prozent wachsen. Die Exporte sind im Keller, aber es profitiert von billigen Rohstoff- und Energiepreisen.

*Sind durch die Coronakrise geopolitische Veränderungen im asiatisch-pazifischen Raum zu erwarten?*

**Rothacher:** Ja, die Wettbewerber Japan und Südkorea erwischt die Krise wesentlich härter. China fühlt sich noch stärker denn je. Die Amerikaner sind innenpolitisch abgelenkt. Die Europäer spielen keine politische Rolle in Fernost. Und schon tritt es im Inselstreit im Südchinesischen Meer wesentlich aggressiver auf.

Das Gespräch führte Bernhard Tomaschitz.

\* Dr. Albrecht Rothacher ist Publizist und Ostasienexperte. Er war Botschaftsgesandter in Tokio und Direktor der Asien-Europa-Stiftung in Singapur. Rothacher veröffentlichte zahlreiche Bücher, zuletzt „Okinawa. Die letzte Schlacht des Zweiten Weltkriegs. Vorgeschichte, Verlauf und Folgen“.

# Handlungsfähig waren die Nationalstaaten

Eine kritische Zwischenbilanz  
zur Coronakrise in Deutschland

VON BERND KALLINA

Bernd Kallina ist Publizist und  
war bis 2016 Deutschlandfunk-Redakteur in Köln.



Bild: Z-Archiv

Regierungen müssen entscheiden. Dabei kann es zu mehr oder weniger gravierenden Fehlentscheidungen kommen. Die parlamentarische Opposition hat die Aufgabe, Regierungshandeln zu kontrollieren, Fehlentscheidungen zur Sprache zu bringen, Alternativen aufzuzeigen. Auch kritische Medien wirken dabei mit. Es ist nicht ihre Aufgabe, als Propagandisten Regierungshandeln vor berechtigter Kritik zu schützen. Im Gegenteil. Das sei vorausgeschickt beim Thema: Die nationale Opposition und eine vorläufige Zwischenbilanz zur Coronakrise in Deutschland in fünf Punkten:

*1. Überzogene Globalisierung:* In der Coronakrise zeigten sich die fatalen Auswirkungen einer überzogenen Globalisierung. Nichts gegen eine kulturell verwurzelte Weltoffenheit, die von gesättigter Regionalbindung aus souverän agiert. Doch im ökonomischen Bereich wäre die Aufrechterhaltung von sicheren Lieferketten und Wertschöpfung vor Ort richtiger gewesen statt weltweitem Outsourcing für minimale Kostenvorteile, was sich bei der Krisenbewältigung jetzt deutlich zeigte: Fehlende Schutzkleidung ganz allgemein, Überforderung bei der Beschaffung einfachster Gesichtsschutzmasken, erschreckende Engpässe bei der Medikamentenversorgung und sonstigem Material. Die Wiederherstel-

lung einer größeren nationalstaatlichen Autarkie wäre hier für die Zukunft angesagt.

*2. Handlungsfähige Nationalstaaten:* Als handlungsfähig haben sich in der Krise eindeutig die Nationalstaaten erwiesen, ganz gewiss nicht der Überbau einer verknöcherten EU. Selbst zwischen erklärten EU-Superstaatsfreunden hat in den letzten Krisenwochen die Kommunikation nicht wirklich funktioniert: Bei der Aussetzung von Schengen, im Zusammenhang mit der Beschaffung medizinischen Bedarfsmaterials oder bei der Koordinierung des Wirtschafts-Shutdowns. Fazit: Es kann keinen demokratischen EU-Superstaat geben, auch wenn er jetzt durch die Einführung von Coronabonds durch die Hintertür mit einer Dreiviertel-billion Euro erzwungen werden soll.

*3. Erfolgreiche Grenzautonomie:* Auch der gesundheitliche Schutz durch die Schließung von Landesgrenzen hat sich als Erfolgsmittel erwiesen, wie ein Blick auf Landrechte zeigt, d.h. die Aussetzung bzw. Gesundheitschecks bei Flügen aus Risikostaaten wie China, Iran oder Italien. Auch haben sich die wegen Corona eingeführten Grenzkontrollen positiv ausgewirkt: Laut Angaben der deutschen Bundespolizei sind die grenzüberschreitende Kriminalität und die illegale Migration erkennbar rückläufig. In den letzten Wochen wurden dabei knapp 2.000 Personen aufgegriffen, nach denen gefahndet wurde. Auch hier zeigt sich deutlich: Ein Staat kann seine Grenzen schützen, wenn „Merkel nur will“.

Die seit 2015 von Merkel-Deutschland ausgegebene Dauerparole „im globalen Zeitalter helfen Zäune nicht“, es ließen sich Grenzen nicht sichern, hat sich jetzt als regierungsamtliche Desinformation erwiesen. Dazu AfD-MdB Gottfried Curio: „Ein Staat kann seine Grenzen vor illegaler Einwanderung schützen, so wie das übrigens auch alle anderen vernünftigen Länder machen, die ihren Sozialstaat nicht der ganzen Welt zur Verfügung stellen wollen.“



4. *Regierungsversagen durch Präventionsversäumnisse:* Unabhängig von berechtigter Kritik an Einzelmaßnahmen der bundesdeutschen Regierungen in Bund und Ländern vor und während der Coronakrise ist ein eklatantes Fehlverhalten der deutschen Altparteien in der Krisenvorsorge zum Bevölkerungsschutz zu konstatieren. Weder wurde die parlamentsöffentliche Erörterungen zur Krisenbewältigung bei erwartbaren Pandemien angemessen berücksichtigt (siehe Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz aus dem Jahre 2012 gemäß Drucksache 17/12051), noch wurden gesetzlich vorgeschriebene Ressourcen auf der Ebene der Kommunen und der Länder angelegt, was ohne erheblichen Kostenaufwand rechtzeitig möglich gewesen wäre.

5. *Ausgrenzungs-Framing gegen Oppositions-Kritik:* Statt sich mit berechtigter Kritik, z.B. der AfD-Opposition in den Parlamenten und bei Demonstrationsaktivitäten, produktiv auseinanderzusetzen, überwog in weiten Teilen des politisch-medialen Komplexes eine Ausgrenzungs-Agitation, die mit dem Schlagwort-Framing operierte: Verschwörungstheoretiker, Spinner und Rechtsextreme.

## „Schönwetter-Demokratie und Coronakrise“

---

Der AfD-Sicherheitspolitiker und Abgeordnete zum Deutschen Bundestag **Jens Kestner** zu Versäumnissen deutscher Regierungen



Bild: AfD

*Überall begegnet uns die „Corona-Krise“, und es werden uns regierungsamtlich Schutzmaßnahmen empfohlen. Welchen sind Sie nachgekommen?*

**Jens Kestner:** Der Maskenpflicht, die nötig war, um Geschäfte zu betreten oder sich in öffentlichen Verkehrsmitteln zu bewegen. Selbstverständlich wahre ich auch körperliche Distanz zu anderen Personen außerhalb meiner vier Wände, wobei ich keinen Meterstab brauche. Als alter Panzersoldat habe ich ein hervorragendes Augenmaß (lacht).

*Zusammen mit anderen AfD-Landesverbänden haben Sie in Niedersachsen in vielen Städten Protestaktionen gegen überzogene Beeinträchtigungen von grundgesetzlichen Freiheitsgarantien durchgeführt. Weshalb?*

**Kestner:** Es ging darum, für unsere Anliegen eine breite Öffentlichkeit herzustellen, und sofort spürten wir heftigen Gegenwind seitens der kommunalen Zulassungsinstanzen. Hannover ging sogar so weit, dass die Stadt unsere Demonstrationen durch unerfüllbare Auflagen zunächst verhinderte. Allerdings haben wir per Gerichtsentscheid dann Recht bekommen. Unsere Protestauftritte sollten aber auch unser Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekunden. Wir wiesen demonstra-

tiv darauf hin, dass durch das so genannte Infektionsschutzgesetz Grundrechte in Gefahr gebracht wurden, vor allem durch zu lange andauernde Einschränkungen dieser Rechte bei nicht mehr gegebenen Erlass-Voraussetzungen.

*Schützenhilfe für Ihre Position kam von einem Whistleblower aus dem Bundesinnenministerium, der dort als Oberregierungsrat des für den Schutz kritischer Infrastrukturen zuständigen Referates KM 4 eine Dokumentation an die Öffentlichkeit durchstach, in der die Corona-Strategie der Regierung als „grober Fehllalarm“ bezeichnet wurde.*

**Kestner:** Das war sehr hilfreich, weil diese Kritik nicht von uns kam, sondern von einem SPD-Mitglied, direkt aus dem Zentrum der innenministeriellen Regierungsmacht. Das war eine Vorlage, die in vielen Teilen mit unserer im Plenum des Bundestages angeführten Kritik an den Corona-Maßnahmen übereinstimmte. Typisch war dann wiederum die schwache Reaktion auf das Papier durch unsere regierungshörigen Massenmedien. Während sonst andere Whistleblower ob Ihres Mutes in den Himmel gelobt werden, blieb es hier seltsam stumm.

*Was waren die wesentlichsten Positionen Ihrer Kritik?*

**Kestner:** Berlin und die Bundesländer reagierten zu spät und zu zögerlich, denn: Seit dem 27. Januar 2020 ist das neuartige Virus in Deutschland nachgewiesen. Aber erst einen Monat später verkündete Gesundheitsminister Jens Spahn am 24. Februar, dass „Corona als Epidemie in Europa angekommen ist“. Nahezu zwei Monate vergingen ungenutzt, bevor dann extreme und teilweise zu weitgehende Maßnahmen getroffen wurden. Die AfD-Bundestagsfraktion stellte fest, dass die Bundesregierung durch ihr zögerliches Vorgehen und die völlige Unterschätzung des Virus die späteren harten Einschnitte in Grundrechte und Wirtschaftsleben zu verantworten hat.

*Die zur Bundeswehr-Führungsakademie gehörende Denkfabrik GIDS (German Institute for Defence and Strategic Studies) stellte in einer Studie fest, dass die derzeitige Coronelage „das Fehlen substantiel-*

*ler, eigentlich gesetzlich vorgeschriebener Ressourcen auf der Ebene der Kommunen und der Länder sowie den Mangel an strategischen Reserven bei Personal, Material und Infrastruktur beim Bund“ offenbare.*

**Kestner:** Sie belegt damit jene Defizite, die in unserer Schönewetter-Demokratie im Krisenfall plötzlich sichtbar wurden. Unsere Altparteien haben die notwendigen Vorbereitungen in der Sicherheitspolitik inkl. Bevölkerungsschutz sträflich vernachlässigt. Dass die Studie aus dem Umfeld der Bundeswehr-Führungsakademie kommt, zeigt etwas Erfreuliches: Dass auch dort nicht alle in opportunistischer Weise ihren Kopf beim Eintritt in die Hörsäle an der Garderobe abgeben.

*Noch gravierender: Aus dem Bericht der Bundesregierung an den Deutschen Bundestag zur Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz aus dem Jahre 2012 (Drucksache 17/12051) geht eindeutig hervor, dass genau auf die gegenwärtig erlebten Szenarien schon vor acht Jahren hingewiesen wurde. Schläft die Bundesregierung, wenn es um den Schutz ihrer Bürger geht?*

**Kestner:** Schlimmer noch, die Bevölkerung bekommt Schlafsand in die Augen gestreut, um nicht zu erwachen und zu erkennen, wie desaströs unser System im Bevölkerungsschutz aufgestellt ist. Insofern stellt sich die Coronakrise sogar als hilfreich dar, hat sie doch den salzigen Finger in die blutende Wunde jahrelanger Versäumnisse gelegt.

*Während es seit der Flüchtlingskrise 2015 bis vor kurzem hieß, im globalen Zeitalter ließen sich keine Grenzen mehr schließen, konnten die Landesgrenzen in Sachen Corona-Pandemie durchaus schnell und wirksam geschlossen werden. Jetzt also plötzlich doch?*

**Kestner:** Klar können Grenzen geschlossen werden, man muss es nur wollen. Schon seit Jahren verweise ich auf den ehemaligen Präsidenten des renommierten „Migration Policy Institute Washington“, Demetrios Papademetriou, der im „Zeit“-Interview (5. November 2015) auf die Frage „Wie lassen sich Grenzen sichern? Die Kanzlerin sagt, Zäune helfen nicht“, antwortete: „Das stimmt

nicht. Es gibt jede Menge Optionen, um Grenzen zu sichern, und sie alle sind mit internationalem Recht vereinbar.“

*Als Folge der Pandemie will EU-Brüssel jetzt mit Unterstützung der Berliner Groko ein Hunderte von Milliarden schweres Coronakrisenpaket schnüren, das z.B. vom österreichischen Bundeskanzler Sebastian Kurz abgelehnt wird. Wem stehen Sie näher?*

**Kestner:** Dem österreichischen Kanzler! Wenn die EU-Kommission eine Dreiviertelbillion Euro für die Bekämpfung der Coronakrise ausgeben will und damit indirekt die bisher selbst von der Berliner Groko abgelehnten Eurobonds durch die Hintertür einführen möchte, dann kann ich mich nur den Worten von Sebastian Kurz (im „Spiegel-Interview“ vom 30. Mai 2020) anschließen: „Solange ich politisch verantwortlich bin, werde ich keinen Eurobonds zustimmen!“

Das Gespräch führte Bernd Kallina.

## Menetekel „Los von Rom“ In Südtirol leuchten Feuerschriften auf, und die Stimmung schlägt um

VON REINHARD OLT

Prof. Dr. Dr. h.c. Reinhard Olt war 27 Jahre für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, davon 18 Jahre als politischer Korrespondent für Österreich, Ungarn, Slowenien und (zeitweise) die Slowakei, tätig und lehrte(e) an deutschen (Gießen, Siegen, Frankfurt/Main), österreichischen (Innsbruck, Graz, Krems) und ungarischen (Budapest) Hochschulen. Er ist Träger des österreichischen „Ehrenkreuzes für Wissenschaft und Kunst“.



Bild: ZZ-Archiv

Im Lande an Eisack und Etsch gärt es. Feuerschriften leuchten auf. „Jetzt reicht’s“, verkünden brennende Fackel-Schriftzüge zwischen Pustertal, Burggrafenamt und Vinschgau. „Freistaat“ heißt ein Verlangen auf Spruchbändern. „Kurz, hol uns heim“ fordern Aufschriften auf an Brücken befestigten Tüchern als Wunsch an den österreichischen Bundeskanzler. Und in Weinbergen, an Felswänden, Heustadeln und Gartenzäunen prangt auf Spruchtafeln, was des Nachts Flammenschriften an Bergrücken bekunden: „Los von Rom“.

Die Folgen der Coronakrise zeitigen im südlichen Teil Tirols, von Italien 1918 annektiert und ihm im Vertrag von St. Germain 1919 als Belohnung für seinen Seitenwechsel 1915 zugesprochen, einen markanten Stimmungsumschwung in der Bevölkerung. Der öffentlich vernehmliche Unmut gegen das Dasein im fremdnationalen Staat und der Rückgriff auf das „Los von Rom“, einer Losung, welche die 1950er Jahre maßgeblich beherrschte, in den 1960er und 1970er Jahren aber infolge der Autonomie- und „Pa-

ket“- Politik, in welcher das „Los von Trient“ dominierte, eher schwand, und allenfalls noch von austro-patriotischen, in ganz geringem Maße auch von deutschnationalen Kräften als Ziel hochgehalten wurde, hat in den „Corona-Wochen“ durch Maßnahmen, wie sie dem typischen römischen Zentralismus immer wieder eigen sind, einen enormen Auftrieb erhalten.

Unübersehbar war und ist, dass selbst die Südtiroler Volkspartei (SVP), seit 1945 dominante und mehr oder weniger unangefochtene politische Kraft in der Autonomen Provinz Bozen-Südtirol, von diesem demoskopisch greifbaren und allerorten zu vernehmenden Umschwung erfasst zu sein scheint. Eine SVP, deren (seit Abgang der „Alten Garde“) janusköpfige Führung – hie Parteiobmann Philipp Achammer, da Landeshauptmann Arno Kompatscher – seit Amtsantritt 2014 stets mehr Italophilie zeigte, denn von historisch gebotener Österreich-Empathie berührt ist. Die Auswirkungen der Corona-Krise, insbesondere das notorisch zu nennende zentralstaatliche Gebaren Roms, das der – von der SVP bisweilen verabsolutierten - Autonomie Hohn spricht und die Südtiroler „Selbstverwaltung“ ad absurdum führt(e) - setzen quasi über Nacht eine Kurswende in Gang. So beschloss die SVP-Parteiführung, als sie gewährte, dass sich der Stimmungsumschwung in Wirtschaft und Gesellschaft Südtirols letztlich auch zu ihren machtpolitischen Ungunsten auswirken würde, eine Kehrtwende. Sie bekundete, die von ihr geführte Landesregierung werde nicht einfach mehr die als abschnürend empfundenen Dekrete von Ministerpräsident Conte in vom Landeshauptmann quasi übersetzte Anordnungen kleiden, sondern durch ein eigenes – in autonomer Zuständigkeit aufgrund primärer Zuständigkeit vom Landtag zu verabschiedendes – Landesgesetz ersetzen, welches den Bedürfnissen der Bevölkerung zwischen Brenner und Salurner Klausen Rechnung trage.

„Für uns ist es nicht akzeptabel, dass unsere Autonomie weiter eingeschränkt wird“, hatte Kompatscher nach einer Videokon-

ferenz des Regionenministers Francesco Boccia mit den Regierungschefs der Regionen und autonomen Provinzen sowie mit Zivilschutz-Chef Angelo Borrelli und dem außerordentlichen Covid-19-Notstands-Kommissar Domenico Arcuri dargelegt. Boccia hatte bekräftigt, dass Sonderwege für Gebietskörperschaften erst vom 18. Mai an zulässig seien.

Daher, so Kompatscher, werde Südtirol nicht nur den „schwierigen gesetzgeberischen Weg gehen, um Schritt für Schritt das wirtschaftliche Leben wieder in Gang zu bringen“, sondern gemäß dem einmütigen Beschluss des SVP-Führungsgremiums auch die römischen Parlamentarier der Partei veranlassen, die (ohnehin labile) Regierung Contes – nach Hinauswurf Salvinis und der Lega von dem im linken Parteienspektrum angesiedelten Partito Democratico (PD) und der Movimento 5 Stelle (M5S; „Bewegung 5 Sterne“) sowie einer PD-Abspaltung unter dem früheren Ministerpräsidenten Renzi mehr schlecht als recht getragen – nicht länger zu unterstützen.

Der gesetzgeberische Akt Südtirols wird letztlich zwangsläufig zu einem Konflikt führen, der nicht allein bis zum römischen Verfassungsgerichtshof reichen würde, wenn Rom auf seiner trotz aller schönfärberischen Lobhudeleien, die zwischen Rom und Bozen, aber auch zwischen Wien und Rom ob der „weltbesten Autonomie“ und der „friedlichen gutnachbarschaftlichen Lösung des seit Ende der Teilung Tirols 1919/20 bestehenden Südtirolkonflikts“ durch die Streitbeilegungserklärung gegenüber den Vereinten Nationen 1992 fortbestehende „Ausrichtungs- und Koordinierungsbefugnis“ (AKB) seiner Zentralgewalt besteht und den Landtagsbeschluss für null und nichtig erklärt. Was nach aller historisch-politischen Erfahrung geschehen dürfte.

Doch unabhängig davon, ob Rom dann eine Art Zwangsverwaltung über Südtirol verhängt – denn selbst bis zu einer „Eilentscheidung“ des römischen Verfassungsgerichtshofs, die erfahrungsgemäß kaum zugunsten Südtirols ausfallen dürfte, würde wohl eine

erhebliche Zeitspanne verstreichen – oder nicht, könnten alle damit verbundenen Akte wohl kaum ohne erhebliche Spannungen realisiert werden. Eigentlich sieht ja das in vielen damaligen Verhandlungen vereinbarte und 1969 gutgeheißene „Südtirol-Paket“ und das darauf fußende Zweite Autonomiestatut von 1972 rechtsverbindlich vor, dass alle von Rom hinsichtlich Südtirols zu treffenden Maßnahmen stets nur im Einvernehmen mit den dortigen Gremien in Kraft gesetzt werden können. Notfalls steht es Bozen zu, Wien sozusagen als „Schutzmacht“ anzurufen; lediglich der Gang vor den Internationalen Gerichtshof (IGH) ist im Zuge der damaliger Verhandlungen nicht als Vertragsbestandteil fixiert worden, was sich, wenngleich in Wien und Bozen von manchen seinerzeit mahnend verlangt, als kaum mehr gutzumachendes Hemmnis für die Südtiroler Sache insgesamt erweist. Die SVP – in der Anfang 2019 gebildeten Landesregierung auf die Südtiroler Provinzorganisation der starken Lega angewiesen – hat dabei nicht allein ihren Koalitionspartner an der Seite; die Lega ist seit dem „Hinauswurf“ ihres demoskopisch erfolgsverwöhnten römischen Vormanns Salvini mit der römischen Regierung ohnedies auf striktem Konfliktkurs. Auch auf die deutschtiroler Oppositionskräfte im Landtag, Freiheitliche Partei (FPS) und Süd-Tiroler Freiheit (STF), kann sie in dieser Sache zählen, wenngleich beiden die im Landesgesetz fixierten Erleichterungen nicht in allen Punkten zusagen oder sie für zu wenig weitreichend erachten; Hauptsache, man setzt Zeichen für ein gemeinsames Aufbäumen gegen Rom und dessen scheinbar scheibchenweise Aushöhlung der autonomen Zuständigkeiten Südtirols. Diese sind längst weit von der seit 1992 von der SVP erstrebten „dynamischen Autonomie“ entfernt, ganz zu schweigen von der von ihr einst als hehres Ziel proklamierten „Vollautonomie“, von der in letzter Zeit kaum noch die Rede gewesen ist.

Dass die SVP sozusagen „in letzter Minute“ die (nicht allein in Feuerschriften aufflammenden und auf Transparenten ersicht-

lichen) „Zeichen der Zeit“ erkannte – und allem Anschein nach damit zudem einen bisweilen an die Öffentlichkeit drängenden Rivalitätskonflikt Achammer – Kompatscher einzuhegen trachtete – ist unverkennbar auf auch vernehmliches innerparteiliches Rumoren zurückzuführen. Die (laut)stärkste Stimme in dieser Situation war/ist die der Wirtschaft, die in der von Interessenbünden geprägten SVP – Wirtschaft, Bauern, Arbeitnehmern, als den gewichtigsten – die Melodie vorgab, verstärkt durch die Tageszeitung „Dolomiten“, die sich allzugerne als SVP-„Wegweiser“ geriert, wenn nicht bisweilen gar als deren Quasi-Parteiorgan fungiert. Markant auch der Mahnruf Christoph Mastens. Der langjährige SVP-Wirtschaftsfunktionär, seit 40 Jahren Parteimitglied, bedient sich seines Internet-Organs VOX-News Südtirol, um der jetzigen Parteiführung und insbesondere dem Landeshauptmann sowie den SVP-Landesräten (Ministern) in griffigen Anklagen nicht nur fehlendes Führungsmanagement, Misswirtschaft und Versagen vorzuhalten, sondern auch „gewissenlosen Verrat an der Südtirol-Autonomie und am Südtiroler Volk zu unterstellen – gipfelnd in zündenden VOX-Lösungen wie „Jetzt Vollautonomie oder Freistaat“.

Dass solche Stimmen nicht nur in austro-patriotischen Verbänden wie dem Südtiroler Heimatbund (SHB), der Vereinigung ehemaliger Freiheitskämpfer der 1960er bis 1980er Jahre, und des Südtiroler Schützenbundes (SSB) Resonanz finden und verstärken – SSB-Kompanien waren maßgeblich an der Organisation der weithin ersichtlichen und Rom, wo natürlich reflexartig von Separatismus-Bestrebungen die Rede war, erzürnenden Parolen und Leuchtfeuern beteiligt – sondern in „Los von Rom“-Stimmung münden, liegt auf der Hand. Ebenso lassen gleichlautende Flammenschriften bzw. der aus weithin im Lande lodernden Fackeln konfigurierte Tiroler Adler „Gänsehaut“ bei vielen Leuten entstehen – just eingedenk signifikanter Parallelität zum Tiroler Freiheitskampf des Andreas Hofer wider französische und bayeri-

sche Fremdherrschaft bis hin zu den 1960er und 1970er Jahren, da sich in Gestalt der Freiheitskämpfer des BAS (Befreiungsausschuss Südtirol) der „Tiroler Adler gegen den italienischen Staat“ erhob.

Es sind daher nicht mehr nur, wie seither eher die Oppositionsanhänger, wenige Südtiroler, die vom römischen Zentralismus, ja von der nicht selten unter dem Gebot des „friedlichen Miteinanders“ erzwungenen Unterwerfung unter die Lupa Romana genug haben. Mehr und mehr Bewohner des Landes zwischen Dolomiten und Reschen halten die bisher praktizierte Form der Südtirol-Autonomie für gescheitert, sehen im politikkommunikativen Gesäusele von der die Teilung Tirols überwindenden „Zukunft durch EU-ropäisierung“, praktiziert in einem mehr oder weniger papierernen Gebilde namens „Europaregion Tirol“, nurmehr Augenauswischerei. Der latente Krisenzustand der EU, wie er besonders während der „Coronitis“ dadurch augenfällig wurde, dass der Rückfall in nationalstaatliches Gebaren als Überlebensnotwendigkeit erachtet und vor aller Augen sichtbar wurde, verstärkte dies Empfinden. Der Gedanke, sich nicht nur „stärker von Rom zu lösen“, sondern sich nach nunmehr 100 Jahren der Zwangseinverleibung, nach zweimal verweigertem Selbstbestimmungsrecht und identitätszerstörendem Assimilationsdruck tatsächlich in aller Form und Konsequenz von Italien zu verabschieden, für das namhafte Gesellschaftswissenschaftler ohnedies prognostizieren, seine Auflösung sei kaum mehr aufzuhalten (und für die EU eine „Zeitbombe“; <https://zeitung.faz.net/faz/geisteswissenschaften/2020-05-06/die-zeitbombe-ist-der-zerfall-italiens/456075.html>) bricht sich Bahn. Bei Protestfeuern, lodernden Tiroler-Adler-Silhouetten und Spruchbändern mit dem schneidenden Verlangen „Kurz, hol uns heim“ wird es wohl nicht bleiben.

## Alles richtig gemacht? Kritische Anmerkungen zum Verhalten der EU während der Coronakrise

VON DIETMAR HOLZFEIND

Mag. Dietmar Holzfeind ist Mitarbeiter der Fraktion  
Europa der Nationen und der Freiheit (ENF)  
im EU-Parlament.



Bild: Privat

Der Europäischen Union (EU) wird im Hinblick auf das Management im Zuge der Coronakrise von zahlreichen Seiten ein teilweises oder völliges „Versagen“ vorgeworfen. Wir wollen hier der Frage nachgehen, ob die EU in der Coronakrise tatsächlich versagt hat und wenn ja, inwiefern und wo sich dieses Versagen manifestiert hat?

Um ganz generell ein Versagen einer Behörde oder Institution zu konstatieren, muss zunächst konsequenterweise die Verantwortlichkeit derselben für ein Thema oder Aufgabengebiet gegeben sein. Ist dies im Falle der Coronakrise in Bezug auf die EU der Fall?

Wenngleich die Coronakrise mittlerweile leider immer größere Auswirkungen auf die Weltwirtschaft hat, deren Dimensionen wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch gar nicht richtig abschätzen können, so ist das Virus, mit dem alles seinen Ausgang nahm, wohl unzweifelhaft kompetenzmäßig dem Gesundheitswesen zuzuordnen. Laut EU-Rechtsordnung und den einschlägigen Hinweisen seitens der EU-Kommission ist es den Mitgliedstaaten vorbehalten, auf „nationaler Ebene Gesetze zur Eindämmung des Coronavirus zu erlassen“. „Die Kommission ist nicht befugt, in nationales Recht oder in Entscheidungen zu Themen wie Gesund-

heit einzugreifen“. Gleichwohl könne die EU gemeinsam mit den Mitgliedstaaten europäische Strategien und schnelle, koordinierte, europaweite Initiativen zur Bewältigung der Krise entwickeln, so die Behörde auf ihrer offiziellen Internetseite. Konsequenterweise würden „Entscheidungen über Ausgangsbeschränkungen oder zur Schließung der Landesgrenzen auf nationaler Ebene getroffen. Die Bereitstellung von EU-Mitteln in Höhe von 140 Mio. Euro für die Suche nach einem Impfstoff, neuen Behandlungsmethoden und Diagnostetests erfolgt hingegen auf EU-Ebene“, so die Brüsseler Zentralbehörde.

Als Hüterin der EU-Verträge ist die Europäische Kommission aber zweifellos zuständig, die Anwendung und Einhaltung der Verträge durch die Mitgliedstaaten zu überwachen. Zu den „Grundpfeilern“ wie seitens der Kommission immer wieder betont wird, zählen die vier Grundfreiheiten des EU-Binnenmarktes (Freier Warenverkehr, Personenfreizügigkeit, Dienstleistungsfreiheit und Freier Kapital- und Zahlungsverkehr). Drei dieser Freiheiten wurden in der Coronakrise mittels der verhängten Maßnahmen und Kontaktverbote mehr oder weniger eingeschränkt. Zur EU-Kompetenz zählt auch der Schutz der EU-Außengrenzen. Der EU kommt zudem als supranationales Gebilde außerdem eine wichtige Koordinationsfunktion zwischen den Mitgliedstaaten zu. Blicken wir daher kurz auf eine Chronologie der Ereignisse und versuchen wir im Anschluss, einige der Vorwürfe in Relation zu den Möglichkeiten bzw. Verantwortlichkeiten der EU und ihrer Institutionen zu stellen. Wie schnell hat die EU reagiert?

Während man in China bereits Mitte Jänner 2020 erste Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Coronavirus setzte und am 23. Jänner den sogenannten „Lockdown“, d. h. Ausgangssperren über 60 Millionen Bürger in Wuhan verhängte, blieb die EU – deren zuständige Stellen sicherlich auch die internationalen Medien verfolgten – erstaunlich untätig. Erst am 19. März hat die Europä-

ische Kommission beschlossen, im Rahmen der Notfall-Reserve rescEU einen strategischen Vorrat an medizinischen Ausrüstungen wie Beatmungsgeräten und Schutzmasken anzulegen, um die EU-Länder vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie zu unterstützen. Was geschah also in den gut zwei Monaten dazwischen?

Recherchiert man im Internet zum Thema EU-Handeln in der Coronakrise, dann stößt man auf eine Pressekonferenz, die die EU-Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides und Janez Lenarčič, zuständig unter anderem für Katastrophenschutz, Ende Jänner gemeinsam abhielten. In ihren Botschaften, die nicht viele Journalisten anlockten, versuchten die beiden, die Öffentlichkeit und die Mitgliedstaaten für das Thema Corona zu sensibilisieren, und empfahlen letzteren, sich rechtzeitig auf eine mögliche Ausbreitung des Virus vorzubereiten.

Aus diesem Grund sollte ihrer Meinung nach auch zeitnah eine Sitzung der EU-Gesundheitsminister zu diesem Thema abgehalten werden. Kroatien, das den EU-Ratsvorsitz im ersten Halbjahr 2020 innehat, war aber zu dieser Zeit mit sich selbst und dem Austritt der Briten aus der EU beschäftigt und berief keine Sitzung ein.

Die Diskussion fand daher unterhalb der politischen Ebene, zwischen den zuständigen Mitarbeitern der Mitgliedstaaten und der Kommission, statt. Der Tenor: Die Staaten, die sich gegenseitige Solidarität versicherten, seien gut auf die potenzielle Krise einer Verbreitung des Virus auch in der EU vorbereitet und verfügen auch über ausreichend Beatmungsgeräte, Schutzausrüstung und alles, was so benötigt wird. Als die EU-Kommission angeblich anbot, gemeinsam am Weltmarkt zusätzliches Material anzukaufen, lehnte man das ab. Die EU verfügt neben der zentralen und größten Institution, der Kommission, auch über dutzende Agenturen, die dezentral über die EU verstreut sind und sich mit allen möglichen Themen, von der Eisenbahn über die Lebensmitteli-

cherheit, Gleichstellungsfragen bis hin zum Versicherungswesen beschäftigt. Es gibt auch eine EU-Agentur, die sich offiziell „Europäisches Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten“ (ECDC) nennt. Sie hat ihren Sitz in Stockholm, verfügt über knapp 300 Mitarbeiter und ein Budget von ca. 60 Millionen Euro. Eine ihrer Hauptaufgaben: Frühzeitiges Erkennen von Seuchen und Epidemien.

Erstaunlicherweise blieb es um die Agentur im Jänner und Februar jedoch recht still. Zunächst stuft sie „die Wahrscheinlichkeit des Imports von Corona-Fällen in die EU als gering“ ein, um ihre Einschätzung später nach oben hin anzupassen. Auch als Italien erste Lockdown-Maßnahmen erließ, hielt die ECDC das Risiko noch immer für „gering bis moderat“, wie Internetrecherchen zeigen. Die zuständige EU-Agentur hat die vom Coronavirus ausgehende Gefahr, zumindest aus Sicht der meisten Staaten, wohl deutlich unterschätzt. Jedenfalls ist sie ihrer ureigensten Aufgabe als Frühwarnstelle in keinster Weise gerecht geworden. Unterschätzt haben das Virus wohl auch die zuständigen Politiker in Österreich. So meinte Gesundheitsminister Rudolf Anschober noch Mitte Februar, das Coronavirus bereite ihm im Vergleich zur Grippe „kaum Sorgen“. Die EU sei zudem gut abgeschirmt. Aus diesem Grunde stimmte er im Rat auch gegen EU-weit einheitliche Landverbote für Flüge aus China. „Reisebeschränkungen halte ich derzeit in Europa für nicht angebracht. Wir müssen schon darauf achten, dass wir aus einer Situation, wo in Europa Ernsthaftigkeit, Vorsicht und Aufmerksamkeit angebracht sind, keine Panik erzeugen“, so Anschober damals. Derselbe lehnt zu einer Zeit, als in Italien der Karneval in Venedig abgesagt wurde, eine bilaterale Grenzschließung zu Italien ab, „weil diese Maßnahme nicht angebracht wäre“. Italien jedenfalls ergriff drastische Maßnahmen, um dem grassierenden Virus Einhalt zu gebieten. Das Land wandte sich auch an die EU, um den Zivilschutzmechanismus zu aktivieren, da Schutzausrüstung

und Masken, entgegen den ursprünglichen Beteuerungen, knapp wurden. Dieser Mechanismus gilt seit seiner Einführung im Jahr 2001 als erprobt und wurde bereits über 300-mal aktiviert. Ende Februar schien aber nichts mehr zu klappen. Angeblich reagierte damals kein anderes EU-Land, um Italien zu helfen, trotz vorheriger gegenseitiger Solidaritätsbekundungen. An mangelnder Solidarität lag dies jedoch nicht.

Vielmehr wohl daran, dass die meisten EU-Staaten selbst knapp an der dringend benötigten medizinischen Ausrüstung waren bzw. ihre Bestände als Reserve für ein Anschwellen der Infiziertenzahlen im eigenen Land vorhalten wollten. Einzelne Staaten verfügten sogar Exportverbote der begehrten Waren, auch in benachbarte EU-Mitgliedstaaten, wie das Österreich seitens Deutschland bitter erfahren musste, als man über eine schon bezahlte Lieferung ein Exportverbot verhängte. Im Zweifel ist einem das Hemd eben näher als der Rock, sagt schon ein altes Sprichwort. In Österreich bemühte sich derweil die Regierung Kurz, den Bürgern zu versichern, dass Masken nichts bringen und unnötig sind. Ein paar Wochen später verordnete dieselbe Regierung eine Maskenpflicht. Ein Schelm, wer denkt, dass man zuerst die eigenen Bestände aufstocken musste.

Als der Hut brannte, versuchten nun die meisten EU-Staaten und auch die EU-Kommission selbst, am Weltmarkt, der von chinesischen Produzenten beherrscht wird, zu hohen Preisen medizinische Ausrüstung nachzukaufen. Erst Anfang März betrat EU-Kommissionchefin Ursula von der Leyen das Podium und verkündete die Schaffung eines Corona-Krisenstabes. Dies geschah zu einem Zeitpunkt, als man in der EU bereits mehr als 2.000 offiziell positive Getestete und 38 Corona-Tote zählte. Die Dunkelziffer dürfte schon damals weit höher gelegen sein. Noch immer nahm das Thema Coronavirus für die EU keine wirkliche Priorität ein. Während das EU-Parlament aus Vorsichtsgründen bereits Besuchern den Zutritt zu seinen Gebäuden untersagte,



durfte Greta Thunberg problemlos die heiligen Hallen betreten, um ihre Thesen zum Kampf gegen das alles in den Schatten stellende Problem des angeblich vom Menschen verursachten Klimawandels zu verkünden. Gleichzeitig bewarb sie mit Kommissionspräsidentin Von der Leyen deren Vorzeigeprojekt, den „EU Green Deal“, der für Verbraucher und Produzenten in den kommenden Jahren Milliarden-Mehrkosten bedeuten wird. Als sich mit Stand 6. März in Österreich knapp 50 Menschen mit dem Coronavirus angesteckt hatten, sprach Minister Anschober davon, dass er die Situation so erwartet habe und der weitere Verlauf der Seuche von der Lage in Italien abhängig sei. Ernsthaft Sorgen mache er sich über die Lage in Südkorea und im Iran, so der zuständige Minister damals.

Als dann zwei Wochen später, am 16. März, Österreich den „Lockdown“ verfügte und zahlreiche Einschränkungen für die Bürger wirksam wurden, trat auch von der Leyen in Brüssel vor die Kameras, um das Schließen der EU-Außengrenzen zu verkünden.

Fazit: Aus der kurzen und auf das Wesentlichste reduzierten Chronologie der Ereignisse lässt sich recht klar ablesen, wie die EU und ihre zuständigen Stellen, wie zum Beispiel das ECDC, die kommende Gefahr zumindest teilweise unterschätzt bzw. verschlafen und nach Erkennen des Ausmaßes des Problems nicht angemessen und entschlossen genug gehandelt haben. Daran können auch positive Ausnahmen, wie die der beiden Kommissare, die rechtzeitig auf das sich auftürmende Problem hingewiesen haben, nichts ändern. Berechtigte Kritik kann man aber auch über viele Mitgliedstaaten äußern, die nach der Devise „Uns wird’s schon nicht treffen“ agiert haben. Dies natürlich nur unter dem Gesichtspunkt, dass man das Coronavirus als hoch ansteckend bzw. als Seuche einstuft. Für jene, die ihm eher den Status einer stärkeren Erkältung zumessen, ist logischerweise jedes staatliche oder EU-Handeln überflüssig und demnach als Versa-

gen einzustufen. Die Trägheit der EU bzw. ihre aus Epidemiologensicht falsche Einschätzung der Lage zu Beginn wird in den kritischen Reaktionen gegenüber den Grenzschließungen einiger Mitgliedstaaten deutlich. Als diese ihre Binnengrenzen aufgrund der sich immer weiter ausbreitenden Infektionen und der zunehmenden Zahl an Erkrankten geschlossen haben, um zumindest die Gefahr von außen zu reduzieren, wurde dies von Teilen der EU als Verstoß gegen die heiligen vier Grundfreiheiten kritisiert. EU-Apologeten orten hier übrigens ebenso ein Versagen der EU. Nur mit umgekehrten Vorzeichen als der herkömmliche EU-Kritiker.

Ihrer Auffassung nach hätte die EU viel stärkere Kritik an den nicht korrekt angemeldeten Grenzschließungen üben müssen bzw. diese unterbinden sollen.

Es erscheint an sich durchaus logisch und nachvollziehbar, dass man im Zuge des Verhängens eines „Lockdowns“ mit Ausgangssperren auch die Grenzen schließt. Mag sein, dass es Gebiete gibt, die wenig bis fast gar nicht betroffen waren und wo dies wenig Sinn gehabt hat. Völlig unverständlich ist jedoch, warum man nicht seitens der EU schon frühzeitig und stärker auf ein koordiniertes Einstellen des Flugverkehrs von China in die EU gedrängt hat und die EU-Außengrenzen erst am 16. März, viel zu spät und nachdem der Flugverkehr praktisch zum Erliegen gekommen war, geschlossen hat. Was, wenn nicht diese Art von Koordination ist der Mehrwert einer überstaatlichen Organisation wie der EU? Stattdessen kritisierte man US-Präsident Trump für dessen frühzeitige und richtige Entscheidung, Flügen aus China die US-Landeerlaubnis zu entziehen. Ein rasches Schließen der EU-Außengrenzen hätte auch Umgehungstransfers unterbunden. Als Italien die Flüge aus China strich, flogen die Reisenden andere Ziele – wie z.B. Belgrad – an, um Italien auf dem Landweg zu erreichen. Konsequentes EU-Handeln hätte das unterbunden.

Das Versagen der EU in dieser wichtigen Frage ist systemimmanent. Dies deshalb, weil man ja schon bisher die EU-Außen-

grenzen nur mäßig und unzureichend gegen illegale Migration geschützt hat. Das EU-Establishment steht der Zuwanderung grundsätzlich positiv gegenüber und versucht daher alles, was man in Richtung „Festung Europa“ auslegen könnte, zu unterbinden. Das wurde uns nun in der Coronakrise zum Verhängnis.

Eine weitere Ursache des mangelhaften EU-Agierens liegt wohl auch in der Person der Kommissionspräsidenten von der Leyen. Sie gibt bisher eine tragische Figur, die sich auch für Außenstehende als völlig überfordert darstellt. Ihre salbungsvollen und ausgefeilten Reden mögen zwar für jemanden im Wohlfühlmodus angenehm erscheinen, lassen aber viel an Klarheit und konkreten Ansagen vermissen. Doch gerade das braucht es in Zeiten einer Krise. Den Schwarzen Peter aber alleine auf die Brüssel und die EU zu schieben, ist zu einfach. Einige wichtige EU-Institutionen, wie der Rat oder der Europäische Rat, können ja erst durch ein aktives Mitwirken der Mitgliedstaaten wirksam werden und agieren. So werden wichtige Entscheidungen, sei es zu Budgetfragen oder neuen Gesetzen, die man in der EU Richtlinien oder Verordnungen nennt, erst durch das Tätigwerden der Vertreter der Mitgliedstaaten erlassen. Wenn Kanzler Kurz oder Europaministerin Edtstadler die EU für deren mangelhaftes Corona-Management kritisieren und ihr zu langsames Vorgehen und Agieren vorwerfen, so ist das daher nur bedingt zutreffend und soll wohl vom eigenen Versagen ablenken. Hätte es das Fiasko von Ischgl nicht gegeben, hätte wohl Kurz auch nicht so entschlossen, ja, fast panisch reagiert. Das Handeln der politisch Verantwortlichen in der Coronakrise kann man daher wohl als multiples Versagen der politischen Entscheidungsträger auf vielen Ebenen – von Ischgl oder Tirol über den Ballhausplatz bis zum Brüsseler EU-Viertel – definieren.

Zahlreiche Politiker, die der EU gegenüber völlig unkritisch eingestellt sind und alles, was aus Brüssel kommt, einem Gläubigen in der Kirche gleich, als Segen auffassen, propagieren nun

eine notwendige Stärkung der Brüsseler Kompetenzen in Gesundheitsfragen. Den Vorwurf eines EU-Versagens kontern sie geschickt mit dem Hinweis auf die fehlenden Kompetenzen der EU, die es nun eben schnellstens zu übertragen gelte. Eine differenzierte Sichtweise ist daher gerade für den mündigen Bürger und kritischen Politiker, der zwar zahlreiche Vorteile eines gemeinsamen europäischen Wirtschaftsraums bzw. einer europäischen Zusammenarbeit erkennt und dieser positiv, jedoch zentralistischen Vorgaben aus Brüssel kritisch gegenübersteht, unabdingbar.

Ausblick: Die Zukunft lässt nichts Gutes erwarten. Ob gerechtfertigt oder nicht, die staatlich verfügte Vollbremsung der Wirtschaft wird dramatische wirtschaftliche Folgen nach sich ziehen, die wohl nur mit jenen der Depression in den 1930er-Jahren vergleichbar sein werden. Insofern werden auch im Falle einer zweiten oder dritten Welle des Virus ähnlich harte Zwangsmaßnahmen, wie wir sie im März und April gesehen haben, nur schwer durchsetzbar sein. Die Wirtschaft und die arbeitenden Bürger werden diese aus Angst um ihre Existenz wohl nicht mehr mittragen und stattdessen eine drohende Infektion und Erkrankung in der Hoffnung auf einen milden Verlauf in Kauf nehmen. Der gezielte Schutz der Älteren und Kränklichen wäre ja zudem auch weiterhin möglich. Wie wird die EU reagieren?

Eine genaue Vorhersage ist natürlich, wie immer, schwer, doch der Ruf nach weiterer Vergemeinschaftung von Kompetenzen und stärkerer Zentralisierung ist unüberhörbar.

Wie in jeder Krise und bei jedem Problem – danach kann man die Uhr stellen – sehen die EU-Apologeten à la Karas und Co. in einer weiteren Vertiefung der EU die einzig wahre Lösung.

Ganz gemäß dem Paul Watzlawik zugeschriebenen Zitat: „Wenn Du einen großen Hammer hast, fangen alle Dinge um Dich herum an, wie Nägel auszusehen“. In der Welt der EU-Fanatiker ist eben jedes Problem ein Nagel und „mehr EU“ der

passende Hammer dazu. Der einflussreichste und wichtigste Proponent dieser „Mehr EU“-Linie ist der französische Staatspräsident Emmanuel Macron. Er hat nie einen Zweifel daran gelassen, dass er die EU zu einem Bundestaat unter der politischen und militärischen Führung Frankreichs umbauen will. Der Brexit kommt ihm dabei mehr als gelegen. Den Deutschen, die mit dem Austritt der Briten einen wichtigen marktwirtschaftlich orientierten Verbündeten verloren haben, kommt die Rolle des brav arbeitenden Zahlmeisters zu. Merkel gibt die ideale Erfüllungsgehilfin des selbstverliebten Franzosen. Schon vor der Coronakrise hat sich Macron in wichtigen Fragen, z. B. bei der Nominierung der neuen EZB-Präsidentin Christine Lagarde, durchgesetzt. Sie gilt ihm gegenüber als absolut loyal und soll die in den Südländern so beliebte Staatsfinanzierung durch die Notenbank (Druckerpresse) sicherstellen. Der Umstand, dass Merkel den Bundesbankpräsidenten Weidmann im Poker um die EZB-Spitze fallengelassen hat und dafür die politisch angeschlagene Freundin von der Leyen in die von französischen Beamten dominierte EU-Kommission gehievt hat, ist nicht nur ein Kniefall vor Macron, sondern ein Verstoß gegen das im Grundgesetz verankerte Gebot, beim politischen Handeln die Interessen des eigenen Staates entsprechend zu berücksichtigen. Was wir in den kommenden Monaten und Jahren sehen werden, ist daher der konsequente und beschleunigte Versuch des Umbaus der EU in einen Zentralstaat, inkl. Transfer- und Schuldenunion. EU versucht, durch Milliardenzahlungen das Heft des Handels an sich zu reißen.

Die EU will aus diesem Grunde nicht nur um jeden Preis die Fehler, die sie zu Beginn der Coronakrise begangen hat, wettmachen, sondern gleich das Heft des Handels an sich reißen. Zunächst hat man gemeinsam mit den Mitgliedstaaten ein Corona-Soforthilfepaket beschlossen, das Mitte April vom Gipfel der Staats- und Regierungschef abgesegnet wurde.

Es umfasst in Summe 540 Milliarden Euro, die für Kurzarbeiter, Unternehmen und verschuldete Staaten über Kredite von der Europäischen Investitionsbank und den ESM bereit gestellt werden sollen.

Zusätzlich will die EZB über ein weiteres – durch ihr Mandat nicht gedecktes – Anleihenkaufprogramm (Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP) 750 Milliarden Euro in den Markt pumpen. Dabei sollen vorwiegend Anleihen der Schuldenstaaten aufgekauft werden, was wieder ein grober Verstoß gegen das Verhältnismäßigkeitsprinzip darstellt, nachdem Anleihen aller in der Eurozone vertretenen Staaten nach einem Schlüssel gekauft werden müssten. Kurz vor Drucklegung dieses Buches wurde das Programm um weitere 600 Milliarden ausgeweitet.

Und zu guter Letzt wurde am 27. Mai der sogenannte „Wiederaufbaufonds“ der EU präsentiert. Mit ihm sollen nochmals 750 Milliarden Euro, vorwiegend für die Krisenländer, mobilisiert werden. Dabei plant man 500 Milliarden als nicht rückzahlbare Zuschüsse zu vergeben. Die restlichen 250 Milliarden werden als Kredite bereitgestellt, so der Vorschlag der Kommission. Mit diesem Wiederaufbauplan würden sich die Herausforderungen der Coronakrise in eine Chance verwandeln, verkündet von der Leyen und sieht schon die kühnsten Träume aller EU-Phoriker verwirklicht, wenn sie meint: „Dies ist der Europa-Moment“.

Untermauert wird dies alles natürlich noch vom „regulären EU-Finanzrahmen 2021–2027“, der – so hört man – 1.100 Milliarden Euro betragen wird. Koordiniert über die EU sollen insgesamt in den nächsten Jahren 3.740 Milliarden oder 3,74 Billionen Euro aufgebracht bzw. mobilisiert werden. Eine detaillierte Analyse dieser Programme bleibt den Ökonomen vorbehalten, es fehlt hier auch der Platz dazu. Die Grundlinien sollen hier jedoch kurz skizziert werden.

• Kommt der „Wiederaufbaufonds“ wie geplant – er muss zunächst von den Mitgliedstaaten einstimmig abgesegnet werden

–, dann wertet er die EU massiv auf, da das Geld über Brüssel vergeben wird. Die Kriterien werden dort festgelegt und kontrolliert.

- Durch diesen Fonds würde der EU erstmals „erlaubt“ werden, Schulden zu machen. Dies ist laut EU-Vertrag eigentlich verboten. Sie kann, neben geringen Eigenmitteln aus Zollabgaben, nur das Geld auszahlen, das die Staaten zur Verfügung stellen. Diese Verschuldungsmöglichkeit für die EU kann als Dammbuch gewertet werden. Besteht sie einmal, wäre es wohl kaum möglich, dies zeitlich oder rein auf „Corona“ zu beschränken.

- Sollte die EU Teile der Ausgaben mit eigenen Steuern (Digital-, Plastik-, oder CO<sub>2</sub>-Steuer) finanzieren, wäre auch das Steuermonopol der Staaten gebrochen. Auch hier wäre die Büchse der Pandora geöffnet. Zudem würden die Bürger mit weiteren Abgaben belastet werden. Dies würde wiederum deren Kaufkraft, insbesondere in der Krise, deutlich einschränken.

- Jener Teil des Fonds, der mit den Beiträgen der Mitgliedstaaten bedient werden soll, sieht große Belastungen für die Nettozahler vor. Fällt ein Zahler aus, belastet das die anderen umso mehr.

- Auch die Volkswirtschaften der Nettozahler sind in einer Rezession. Die zusätzlichen Ausgaben für die EU mildern die Möglichkeit, den eigenen Firmen und Arbeitnehmern zu helfen.

- Wer in der Vergangenheit ordentlich gewirtschaftet hat, oder es zumindest versucht hat, ist jetzt der Blöde. Für die Zuteilung maßgeblich sollen nämlich rein ökonomische Kriterien sein, wie die Arbeitslosigkeit, der Verschuldungsgrad oder die Wirtschaftsleistung, nicht die Anzahl der Corona-Toten.

- Der Begriff „Wiederaufbaufonds“ klingt angenehmer als „Corona-Bonds“. Er ist somit gleich zweifach irreführend. Denn, wengleich die Wirtschaft arg in Mitleidenschaft gezogen wurde, muss nichts wiederaufgebaut werden wie nach dem Zweiten Weltkrieg, als alles in Schutt und Asche lag. Damals haben die Amerikaner an die Deutschen und Österreicher über den so ge-

nannten „Marshall-Plan“ Kredite vergeben, für die wir dann wiederum bei den Amis Lebensmittel kaufen durften.

- Mit dem vielen Geld soll wohl auch das Lieblingsprojekt von der Leyens weiter gehebelt werden, der „Green Deal“. Dessen Sinnhaftigkeit ist unter Fachleuten ziemlich umstritten. Wenn man jedoch schon die Wirtschaft „modernisieren“ will, dann stellt sich auch die Frage, ob man da nicht bei jenen Betrieben anfangen sollte, die jetzt unverschuldet in die Bredouille gekommen, jedoch strukturell gut aufgestellt sind, anstatt in Bereiche und Regionen zu investieren, die weit abgeschlagen sind. Wir werden in ein paar Jahren sehen, wohin das alles führt. Ein Hauptargument für den Wiederaufbaufonds ist ja, dass man damit die Solidarität unter den EU-Staaten stärkt. Wenn der Schuss mal nur nicht nach hinten losgeht. Solidarität ist sicherlich wichtig und richtig.

Diese könnte aber jedes Land auch individuell zeigen. Österreich hat sie ja schon gezeigt, indem Corona-Infizierte aus besonders betroffenen Staaten hier behandelt wurden. Man könnte den Italienern auch einen bestimmten Betrag als Soforthilfe konkret für Corona-Zwecke zur Verfügung stellen, d. h. schenken. Sie wären uns sicher auf ewig dankbar.

Mit dem Weg in die Schuldenunion wird man aber Zank und Hader ernten. Jene, die in den EU-Topf einzahlen müssen, sehen dies auch als große Geste ihrerseits an und werden bald merken, dass sie das Geld selbst auch bräuchten. Jene, die es bekommen, sehen es als ihren rechtmäßigen Anspruch an und werden möglicherweise immer mehr aus dem gemeinsamen Topf fordern und die Geber somit mittel- bis langfristig wohl überfordern.

Es ist jedenfalls zu bezweifeln, dass mehr EU und mehr Zentralisierung der richtige Weg sind, um gestärkt aus der Krise hervorzugehen. Viel besser wäre es wohl gerade umgekehrt. Was wir bräuchten, ist eine EU, die sich auf wenige Kernkompetenzen wie das Funktionieren des Binnenmarktes, den Außenhandel, den Schutz der Außengrenzen bzw. eine Zusammenarbeit oder Ko-

ordination in Verteidigungs- und Rüstungsfragen kümmert. Alle andere sollte den Mitgliedstaaten vorbehalten bleiben. Das spart nicht nur Kosten, sondern ist bürgernäher und effizienter.

## „Gute“ Schweden, „böser“ Trump Schweden und in die USA während der Coronakrise: Zwei Länder, die ohne (vollständigen) Lockdown auskommen

VON BERNHARD TOMASCHITZ

Dr. Bernhard Tomaschitz ist geschäftsführender  
Redakteur und Leiter des Ressorts Außenpolitik  
des Wochenmagazins *ZurZeit*.



Bild: ZZ-Archiv

Vergleichsweise wenig beachtet von der Weltöffentlichkeit hat Schweden bei der Coronakrise einen anderen Weg eingeschlagen. Kein „Lockdown“, also kein „Herunterfahren“ des Landes, wie es etwa in Österreich oder in der Bundesrepublik Deutschland geschehen ist, keine Ausgangsbeschränkungen für die Bürger, und Kindergärten, Schulen und Gaststätten blieben weitgehend geöffnet. Stattdessen gab die rot-grüne Regierung in Stockholm – nicht zuletzt zum Schutz alter Menschen – Empfehlungen in Sachen verstärkte Hygiene und Abstandhalten heraus und appellierte an die Eigenverantwortung der Bürger. Der Epidemiologe Johan Giesecke, der auch die schwedische Regierung berät, begründete die „lockere Haltung“ des skandinavischen Landes in der Fachzeitschrift „The Lancet“ damit: „Es ist klar geworden, dass ein harter Lockdown alte und gebrechliche Menschen, die in Heimen leben, eine Bevölkerung, die durch die Ausgangsverbote geschützt werden sollen, nicht schützt.“ Weiters schrieb der Wissenschaftler, diese Fakten hätten ihn zu folgenden Schlussfolgerungen gebracht: „Jeder wird dem schweren akuten Atemwegssyndrom Coronavirus 2 ausgesetzt sein, und die meisten Menschen werden infiziert.“

Zudem geht Giesecke davon aus, dass in einem Jahr die Corona-Todesraten in jedem Land, unabhängig der getroffenen Maßnah-

men, ähnlich sein werden. Für die Richtigkeit dieser Annahme spricht die offizielle schwedische Statistik. Demnach waren mit Stichtag 3. Juni 2020 4.468 Corona-Tote zu verzeichnen. Die am stärksten betroffene Gruppe waren mit 1.841 Fällen die 80- bis 89-Jährigen, gefolgt von den Altersgruppen 90+ (1.136 Todesfälle) und 70 bis 79 Jahre (979 Todesfälle).

Darüber hinaus wies Giesecke darauf hin, dass ein Lockdown die Sterblichkeitsrate nicht senke, wie ein Vergleich Großbritanniens mit anderen europäischen Ländern aufzeige. Laut Internetseite worldometer.info hatte das Vereinigte Königreich am 3. Juni 580 Corona-Tote pro Million Einwohner zu verzeichnen. Die konservative Regierung von Boris Johnson wurde international heftig kritisiert, weil sie erst nach langem Zögern weitreichende, angeblich der Bekämpfung des Coronavirus dienende Freiheits Einschränkungen anordnete. Exakt dieselbe Sterblichkeitsrate wie Großbritannien wies Spanien auf, das von Anbeginn an seinen Bürgern drastische Freiheitseinschränkungen zumutete.

In dieser Statistik kommt Schweden auf 443 Corona-Tote pro Million Einwohner. Das ist zwar fast zehnmal so viel wie im benachbarten Norwegen (44), aber trotzdem äußerte die norwegische Ministerpräsidentin Erna Solberg Zweifel, ob das Herunterfahren ihres Landes tatsächlich richtig gewesen sei. „Norwegens Ministerpräsidentin hat eingestanden, dass sie die Entscheidung zur Schließung der Schulen wegen der Coronavirus-Pandemie ‚aus Angst‘ getroffen hat“, berichteten verschiedene Medien am 31. Mai. Ähnlich äußerte sich bereits Anfang Mai Camilla Stoltenberg, die Direktorin des dem Gesundheitsministerium unterstellten Instituts für Volksgesundheit. In einem Fernsehinterview sagte Stoltenberg, „unsere Einschätzung ist jetzt, dass wir möglicherweise die gleichen Auswirkungen hätten erzielen und einige der unglücklichen Auswirkungen hätten vermeiden können, wenn wir nicht zugesperrt und stattdessen mit Maßnahmen zur Kontrolle der Infektionen offengehalten hätten“.

Anders als Schweden werden von den internationalen Medien die USA und Brasilien und hier insbesondere deren Präsidenten Donald Trump und Jair Bolsonaro scharf kritisiert, weil sie sich einem kompletten „Lockdown“ ihrer Länder verweigern. So wird wiederholt darauf hingewiesen, dass die USA Anfang Juni bereits rund 108.000 „Corona-Tote“ zu verzeichnen hatten. Verschwiegen wird in der Regel die Einwohnerzahl der Vereinigten Staaten von rund 330 Millionen Menschen. Und ebenso wird verschwiegen, dass die USA eine Corona-Todesrate von 327 pro Million Einwohner vorweisen, und damit hinter Spanien (580), Italien (555) und Frankreich (443) liegen, also jenen drei europäischen Ländern, die eine besonders hohe Coronavirus-Sterblichkeit vorzuweisen und die ihre Bürger wochenlang zur Seuchenbekämpfung unter Hausarrest gestellt haben. Und Brasilien hatte Anfang Juni überhaupt nur 147 Todesfälle pro Million Einwohner in Verbindung mit dem Coronavirus zu beklagen.

Es zeigt sich, dass die linksversifften Mainstreammedien gegen Länder, die wie die USA oder Brasilien von den „bösen Rechten“ regiert werden, eine regelrechte Diffamierungskampagne führen. Umgekehrt können dem linken Zeitgeist genehme Regierungen wie jene Italiens (Mitte-Links) und Spaniens (sozialistisch) oder Frankreichs (links-)liberaler Präsident Emmanuel Macron mit Nachsicht rechnen.

Und so gut wie gar nicht thematisiert wird die Tatsache, dass den offiziellen Zahlen zufolge Belgien mit 820 Toten pro Million Einwohner das nach dieser Kategorie am stärksten vom Coronavirus betroffene Land der Erde ist. Aber in Brüssel amtiert nicht eine rechte Regierung, sondern eine Koalition aus Liberalen und Christdemokraten. Im Übrigen stimmt es nicht, dass Trump während der Coronakrise vollkommen untätig geblieben ist.

Richtig ist vielmehr, dass der US-Präsident bereits besonders früh reagiert hat. „Trump-Regierung erklärt den Coronavirus-Notstand, ordnet erste Quarantäne seit 50 Jahren an“, lautete

am 1. Februar 2020 eine Schlagzeile der Zeitung „USA Today“. Über tags darauf in Kraft tretende Bestimmungen schrieb das Blatt, „US-Bürger, die sich während der letzten 14 Tage in der chinesischen Provinz Hubei (wo das Coronavirus erstmals nachgewiesen wurde, Anm.) aufgehalten haben und in die USA zurückkehren, werden einer Gesundheitsuntersuchung unterzogen und während der obligatorischen Quarantäne bis zu 14 Tage überwacht“. Was von der WHO zu halten ist, zeigt eine Reaktion der Weltgesundheitsorganisation, nachdem Trump am 31. Jänner die ersten Reiseeinschränkungen verkündet hatte. „Angesichts des Ausbruchs des Coronavirus sollten die Grenzen offengehalten werden und Menschen und Handel fließen, obwohl die Länder ein souveränes Recht haben, Maßnahmen zum Schutz ihrer Bürger zu ergreifen, sagte die WHO“, meldete die Nachrichtenagentur Reuters.

Nachdem die Trump-Regierung am 12. März Einreisesperren für die meisten europäischen Länder verhängt hatte, gab er heftige Kritik seitens der EU. „Die Europäische Union missbilligt die Tatsache, dass die Entscheidung der USA, ein Reiseverbot zu verhängen, einseitig und ohne Konsultation getroffen wurde“, erklärten EU-Ratspräsident Charles Michel und Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.

Am 16. März kündigte Trump „15 Tage zur Verlangsamung der Ausbreitung“ an. Dabei handelte sich um ein Maßnahmenbündel, welches auf Empfehlungen der Seuchenbekämpfungsbehörde CDC beruhte und unter anderem körperlichen Abstand, Selbstisolation, den Schutz gefährdeter Gruppen, Schulschließungen und die Vermeidung von Ansammlungen von mehr als zehn Personen umfasste.

„Wenn jeder diese Änderungen, oder diese entscheidenden Änderungen und Opfer macht, werden wir uns als eine Nation zusammenschließen und wir werden das Virus besiegen“, sagte der Präsident.

Aber egal, was Trump macht, er macht für die Systemmedien das Falsche. „Nicht mehr als zehn Personen an einem Ort, sagte Trump. Aber warum?“, war etwa in der „New York Times“ zu lesen. In den Folgetagen begannen einzelne Bundesstaaten, darunter New York und Kalifornien, aber auch Städte und Bezirke (Counties) Geschäftsschließungen und Ausgangsbeschränkungen anzuordnen.

Allerdings machte sich Trump bald Sorgen um die Wirtschaft, zumal von März auf April die US-Arbeitslosenzahlen von 4,4 Millionen auf fast 15 Millionen geradezu explodiert waren.

Daher kündigte Trump am 24. März für Ostersonntag, dem 12. April, das Ende aller von den Bundesbehörden verhängten Beschränkungen an (was dann aber tatsächlich erst Ende April der Fall war). Und der „New York Times“, die den Präsidenten zwölf Tage zuvor wegen der Verhängung der Anti-Coronavirus-Maßnahmen kritisiert hatte, waren nun die angekündigten Lockerungen nicht recht.

So bestehe unter Ökonomen und Experten des öffentlichen Gesundheitswesens ein Konsens darüber, dass die Aufhebung der Beschränkungen enorme Kosten aufgrund zusätzlicher durch das Virus verlorengegangener Leben verursachen und der Wirtschaft keinen dauerhaften Nutzen bringen würde. Darüber hinaus waren die behördlich verhängten Anti-Coronavirus-Maßnahmen in den USA, wo die Bürger dem Staat oftmals mit großem Misstrauen begegnen, auch innerhalb der Bevölkerung alles andere als unumstritten, wie zahlreiche Kundgebungen belegen.

Den Fokus auf die Wirtschaft richtete auch Bolsonaro. „Unsere Leben müssen weitergehen. Die Arbeitsplätze müssen erhalten bleiben“, sagte der brasilianische Präsident Ende März und forderte eine „Rückkehr zur Normalität“, ein Ende der „Massenhaft“ und warf den Medien vor, Angst zu verbreiten. Und allgemein ist Bolsonaro der Überzeugung, dass die Gefährlichkeit des Coronavirus übertrieben wird.

Bald waren in internationalen Medien Berichte über die stark ansteigenden Infektions- und Todeszahlen in den USA an der Tagesordnung. Indirekt wurde dafür Trump verantwortlich gemacht.

Verschwiegen wurde hingegen, dass die Gesundheitsversorgung für den Durchschnittsamerikaner nicht die beste ist, dies vor allem, weil die Spitäler durchwegs von privaten Trägern unterhalten werden und damit Einsparungszwängen unterworfen sind. Was die Befürwortung von Spitalsschließungen betrifft, hat sich etwa der demokratische Gouverneur des Bundesstaates von New York, Andrew Cuomo, besondere „Verdienste“ erworben. New York war bekanntlich besonders von der Coronakrise betroffen. Außerdem wurde in Medien wiederholt erklärt, dass Afroamerikaner überdurchschnittlich betroffen sind, weil sie unter schlechteren materiellen Bedingungen leben als andere Bevölkerungsgruppen. Nicht erwähnt wurde hingegen, dass Afroamerikaner überdurchschnittlich häufig unter anderem von Fettleibigkeit (Adipositas) und anderen Vorerkrankungen betroffen sind. Insgesamt zeigt sich, dass Länder, die wie Schweden keinen Lockdown verhängten und auf die Eigenverantwortung der Bürger setzten oder die wie die USA nur in eingeschränktem Maße Freiheitsbeschränkungen verhängten, im internationalen Vergleich nicht am schlechtesten dastehen.

## Verschwiegen und denunziert

Kritische Stimmen werden vom  
Mainstream unterdrückt



Bild: Screenshot „Youtube“

„Ist kein Ebola, ist keine Pest,  
ist keine Pocken und ist kein Krieg“

Professor Stefan Hockertz

An der fachlichen Qualifikation von Professor Stefan Hockertz besteht kein Zweifel. Unter anderem ist er Professor für Molekulare Immuntoxikologie am Universitätsklinikum Hamburg Eppendorf, zudem war er Direktor des Institutes für Experimentelle und Klinische Toxikologie am Universitätsklinikum Hamburg Eppendorf. Diesen Fachmann interviewte der Radiosender „rs2“ zur Coronakrise. Dabei kritisierte Hockertz, dessen Aussagen auch für Österreich Gültigkeit haben, die Maßnahmen der bundesdeutschen Regierung.

Wörtlich sagte Hockertz: „Ich halte diese Maßnahmen als Toxikologe oder als jemand, der sich mit Risikobewertung beschäftigt, als völlig unverhältnismäßig. Hier werden Existenzen vernichtet, es werden Folgen entstehen, die nach meinem Dafürhalten die Politik zur Zeit gar nicht beachtet.“ Und weiter: „Es ist kein Ebola, es ist keine Pest und es ist keine Pocken. Es ist kein Krieg. Und es ist auch keine todbringende Seuche, sondern es ist eine Virusinfektion, mit der wir verantwortungsvoll umgehen sollten. Das passiert derzeit nicht“,



betont der Experte, der auf die Wichtigkeit von verstärkten Hygienemaßnahmen, der Reduzierung sozialer Kontakte und einer besonderen Aufmerksamkeit den Risikogruppen gegenüber hinweist.

Hockertz erklärt außerdem, dass das Coronavirus eine gleiche „Gefährlichkeit“ wie Influenza (Grippe) habe, was sich an den Todesraten zeige, die bei 0,3 bis 0,7 Prozent liegen. Auch sei der Krankheitsverlauf ähnlich, und Masern seien „deutlich gefährlicher“. Der Immunologe und Toxikologe betont auch, dass Corona eine Infektion sei, die bei 90 Prozent aller Infizierten mit leichten Symptomen verlaufe, weshalb davon auszugehen sei, dass die Zahl derer, welche diese Krankheit schon durchgemacht haben, weitaus höher sei als die offiziellen Angaben.

Der Professor erklärt, man müsse für eine realistische Dunkelziffer den Faktor fünf oder Faktor zehn ansetzen, womit sich die Todesrate, die aufgrund der offiziell bekannten Corona-Infektionen berechne, relativiert werde. Und im Übrigen lebe die Menschheit schon seit vielen Tausend Jahren mit der Bedrohung durch Viren, und nun werde „dieses Problem absolut hochgekocht“.

Berücksichtigt müsse auch werden, dass sich viele Kranke erst im Krankenhaus mit lebensbedrohlichen Keimen, den sogenannten Krankenhauskeimen, ansteigen. Und was Italien betrifft, müsse der schlechte Zustand des dortigen Gesundheitssystems beachtet werden, was Hockertz zu folgender Feststellung veranlasst: „Menschen sterben nicht an Corona, sie sterben mit Corona.“



Bild: safety-plus.ch

„Sinnlose und selbstzerstörerische Maßnahmen“

Professor Sucharit Bhakdi

Am 26. März schrieb der langjährige Leiter des Instituts für Medizinische Mikrobiologie und Hygiene der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz, Dr. Sucharit Bhakdi, an die deutsche Bundeskanzlerin Merkel einen offenen Brief. Er

schrrieb, dass es ausdrücklich nicht sein Anliegen ist, die Gefahren der Viruserkrankung herunterzuspielen oder die politische Botschaft zu kolportieren. Jedoch empfinde er es als seine Pflicht, einen Beitrag dazu zu leisten, die derzeitige Datenlage richtig einzuordnen.

In Statistiken der Infektiologie – begründet von Robert Koch selbst – wird traditionell zwischen Infektion und Erkrankung unterschieden. Eine Erkrankung bedarf einer klinischen Manifestation. Deshalb sollten nur Patienten mit Symptomen wie etwa Fieber oder Husten als Neuerkrankungen in die Statistik eingehen. Mit anderen Worten bedeutet eine Neuinfektion – wie beim COVID-19-Test gemessen – nicht zwangsläufig, dass wir es mit einem neuerkrankten Patienten zu tun haben, der ein Krankenhausbett benötigt. Derzeit wird aber angenommen, dass fünf Prozent aller infizierten Menschen schwer erkranken und beatmungspflichtig werden. Darauf basierende Hochrechnungen besagen, dass das Gesundheitssystem im Übermaß belastet werden könnte.

Dr. Bhakdis Frage lautet daher: „Wurde bei den Hochrechnungen zwischen symptomfreien Infizierten und tatsächlichen, erkrankten Patienten unterschieden – also Menschen, die Symptome entwickeln?“

Außerdem schreibt Dr. Bhakdi, dass eine Reihe von Coronaviren – medial weitgehend unbemerkt – schon seit Langem im Umlauf sind. Sollte sich herausstellen, dass dem COVID-19-Virus kein bedeutend höheres Gefahrenpotential zugeschrieben werden darf als den bereits kursierenden Coronaviren, würden sich offensichtlich sämtliche Gegenmaßnahmen erübrigen.

Dr. Bhakdi fragt daher weiter: „Wie sieht die gegenwärtige Auslastung von Intensivstationen mit Patienten mit diagnostizierter COVID-19 im Vergleich zu anderen Coronavirus-Infektionen aus?“ Wobei er ausdrücklich feststellt: „Diagnostiziert heißt, dass das Virus auch maßgeblichen Anteil an dem Krankheitszustand des Patienten hat, und nicht etwa Vorerkrankungen eine größere Rolle spielen.“

Am 29. April strahlte Servus TV ein fast einstündiges Interview mit Bhakdi aus. „Wissen Sie, ich sag es Ihnen ganz offen, ich war ein großer Bewunderer von Kurz“, bekannte der mittlerweile pensionierte Mikrobiologe Sucharit Bhakdi. „Ich habe immer gedacht: Gott sei Dank ist da ein junger intelligenter Mann, mindestens so intelligent wie Frau Merkel, habe ich immer gedacht, ich war ein großer Bewunderer von Kurz“, gestand der renommierte Wissenschaftler, der u.a. als Virologe an der Johannes Gutenberg Uni Mainz auch hunderte Mediziner mit ausgebildet hatte. Dies nicht, um schließlich bekennen zu müssen: „Oh Gott, habe ich mich dabei vertan. Als er (Kurz) dann auftrat, so dumm, oh Gott, hab' ich mir gesagt, wie habe ich mich dabei vertan.“

Mit den getroffenen Regelungen hätten sich der österreichische Bundeskanzler und seine türkis-grüne Regierung, entgegen der Meinung renommierter Wissenschaftler, in eine völlig falsche Richtung begeben, die nun den ungeheuerlichen Schaden in der Wirtschaft anrichtet. Ein Weg, den Schweden beispielsweise von vornherein vermieden hatte.

Als völlig „sinnlos“ und „selbsterstörerisch“ bezeichnet der renommierte Wissenschaftler Sucharit Bhakdi die Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Coronavirus. Seine Bedenken vertritt er in einem offenen Brief an die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel. Für diese „andere“ Einschätzung der Corona-Krise wird er angefeindet und in ein Eck mit so genannten Verschwörungstheoretikern gestellt.



Bild: Screenshot „Youtube“

„Enteignung des Bürgertums“  
Professor Ulrich van Suntum

Ulrich van Suntum ist emeritierter Universitätsprofessor für Volkswirtschaftslehre. Während seiner beruflichen Laufbahn war er auch Generalsekretär des bundesdeutschen Sachverständigenrates zur Begutachtung der

gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, besser bekannt als „Rat der Wirtschaftsweisen“. Und van Suntum gehört zu jenen Wissenschaftlern, die vom Mainstream ignoriert werden.

Warum, könnte eine Twittermeldung van Suntums in Bezug auf die drohenden Folgen der Coronakrise zeigen: „Meine Prognose: Man wird die Kosten von Corona zur Enteignung des Bürgertums nutzen: Zwangshypotheken, Sondersteuern, das ganze Arsenal. Wer nicht zahlen will oder kann, wird aus dem eigenen Haus vertrieben werden, nebst Einquartierung einer Großfamilie. Wie damals in der ‚DDR‘.“ Außerdem rät der Wissenschaftler jenen, die über größere Geldbestände verfügen, zu Investitionen in Realwerte wie Edelmetall oder Aktien.

Van Suntum ist ein kritischer Geist, der mit dem so genannten Qualitätsjournalismus hart ins Gericht geht und sich kein Blatt vor den Mund nimmt. Er lehnt den Gender-Schwachsinn ab und ist kein Anhänger des sogenannten „Kampfs gegen Rechts“, wie folgender Twitter-Eintrag belegt: „Wer das (offensichtliche) Staatsversagen in der Coronakrise kritisiert, gilt bereits als rechts-extrem. Selbst Nachbarschaftshilfe wird als rechte Heimtücke dif-famiert, wenn sie von der falschen Seite kommt.“



Bild: Screenshot „Youtube“

„Wir haben jeden Winter eine Virusepidemie“

Wolfgang Wodarg

Wolfgang Wodarg war ein geachteter Arzt und Politiker, der von 1994 bis 2010 die SPD im Deutschen Bundestag vertrat. Darüber hinaus gehörte Wodarg von 1999 bis 2010 der Parlamentarischen Versammlung des Europarats an und war auch Vorsitzender des Unterausschusses für Gesundheit. Der ausgebildete Lungenfacharzt, der 2009 gegen Schweinegrippe-Impfungen auftrat, sorgte am 10. März 2020 in der ZDF-Sendung „Frontal 21“ für enormes Aufsehen, weil er die

sich abzeichnenden freiheitseinschränkenden Maßnahmen der schwarz-roten Koalition in Berlin scharf kritisierte.

Am 29. März wiederholte Wodarg seine Kritik in einem im „Flensburger Tageblatt“ erschienenem Gastkommentar: „Dem Corona-Hype liegt keine außergewöhnliche medizinische Gefahr zugrunde. Er verursacht aber eine erhebliche Schädigung unserer Freiheits- und Persönlichkeitsrechte durch leichtfertige und unberechtigte Quarantänemaßnahmen und Verbotsregelungen.“ Wodarg bemängelte, dass den auch in Deutschland regelmäßig bei Hunden, Katzen, Schweinen oder gar Menschen wiederkehrenden Coronaviren kaum Aufmerksamkeit geschenkt werde. Aber Kinderkliniken wissen meistens aber sehr wohl, dass ein nicht unerheblicher Teil der oft schwer verlaufenden Virus-Pneumonien auch bei uns regelmäßig durch Coronaviren verursacht wird. Und angesichts der bekannten Tatsache, dass bei jeder „Grippe-Welle“ auch immer sieben bis 15 Prozent der akuten Atemwegserkrankungen (ARE) auf das Konto von Coronaviren gehen, lägen die jetzt laufend addierten Fallzahlen immer noch völlig im Normbereich.

Außerdem wies Wodarg darauf hin, dass „bei den allwinterlichen Infektionswellen auch immer etwa einer von je tausend Erkrankten sterben. Durch selektive Anwendung von Nachweisverfahren – zum Beispiel nur in Kliniken und medizinischen Ambulanzen - lässt sich diese Rate natürlich leicht in beängstigende Höhe treiben, denn jenen, die dort Hilfe brauchen, geht es meistens schlechter als jenen, die sich zu Hause auskurieren“. Und letzten Endes „haben wir jeden Winter eine Virus-Epidemie mit Tausenden von Todesfällen und mit Millionen Infizierten auch in Deutschland.“

Weil Wodarg der offiziellen Linie widersprach, wurde der Lungenfacharzt selbst zur Zielscheibe heftiger Kritik. Der „Spiegel“ schrieb über die „gefährlichen Falschinformationen des Wolfgang Wodarg“ und das sogenannte Recherchezentrum „Correc-

tiv“ versuchte darzulegen, warum Wodargs Aussagen „wenig mit Wissenschaft zu tun haben“. Über welche fachliche Qualifikation die „Faktenchecker“ von „Spiegel“ und „Correctiv“ verfügen, ist nicht bekannt.

Später schrieb Wodarg in einem in der Onlineausgabe der „Neue Rheinische Zeitung“ veröffentlichten Gastbeitrag, „wer zweifelt, wird diffamiert und mit geballter Macht ausgeschaltet“. Doch der frühere langjährige sozialdemokratische Gesundheitspolitiker lässt sich nicht unterkriegen und stellte in aller Deutlichkeit klar: „Es gibt keine validen Daten und keine Evidenz für außergewöhnliche gesundheitliche Bedrohung.“ Zudem meldete Wodarg auch erhebliche Zweifel an der Aussagekraft der PCR-Tests (Corona-Tests) an: „Die Tests werden häufig (Wuhan und Italien) selektiv z.B. bei ohnehin Schwerkranken angewendet und sind dann für die Abschätzung einer Seuchengefahr unbrauchbar.“ Und ein weiteres Risiko einer Fehleinschätzung stelle die von der Gates-Stiftung finanziell abhängige Weltgesundheitsorganisation WHO dar.



Bild: Screenshot „Sensus TV“

„100.000 Tote waren immer vollkommen absurd“  
Martin Sprenger

Die Mitglieder der türkis-grünen Bundesregierung sind bis heute felsenfest davon überzeugt, während der Coronakrise alles richtig gemacht zu haben. Anders sieht das Martin Sprenger, der Mitglied der Corona-Taskforce des Gesundheitsministeriums war. Der Professor für „Public Health“ (Öffentliche Gesundheit) an der Medizinischen Universität Graz erklärt zwar, dass bei der Sitzung der Coronavirus-Taskforce im Bundeskanzleramt am 12. März das Thema Angst bzw. Angsterzeugen ein Thema war und dass es bezüglich der Verhängung des Lockdowns angesichts der Lage „das Timing nahezu perfekt war“.

Am 30. März sei dann klar gewesen, dass das heimische Gesundheitssystem bei weitem nicht an seine Kapazitätsgrenzen stoßen werde und das Ziel des Lockdowns erreicht sei. „Das Timing der kommunikativen Deeskalation schien perfekt. Was für ein Irrtum“, erklärte Sprenger gegenüber der Rechercheplattform „Addendum“. Denn an jenem Tag traten Bundeskanzler, Vizekanzler, Gesundheitsminister und Innenminister vor die Presse und verkündeten „deutlich strengere Maßnahmen“. Der Grund waren die Empfehlungen eines der Coronavirus-Taskforce niemals vorgelegten „Expertenpapiers“. Kurz äußerte, wie Sprenger berichtet, die Befürchtung, dass es in rund zwei Wochen zu Engpässen in den Krankenhäusern und zu einer Überforderung der Intensivmedizin kommen könnte. Es herrsche die „Ruhe vor dem Sturm“, und wie „grausam dieser Sturm sein kann, sieht man, wenn man in unser Nachbarland Italien schaut“.

Sprenger geht dann mit der Bundesregierung und der von ihr verhängten Verschärfung der Anti-Corona-Maßnahmen hart ins Gericht: „Rückblickend war diese Eskalation der Angst nicht faktenbasiert, vollkommen unnötig und hat viel vermeidbaren gesundheitlichen, psychischen, sozialen und ökonomischen Schaden verursacht. Das Expertenpapier war schon zum Zeitpunkt der Erstellung wissenschaftlicher Unsinn, so wie die darin prognostizierten zusätzlichen (!) 100.000 Toten immer vollkommen absurd waren. Trotzdem hat dieses Papier die österreichische Politik entscheidend beeinflusst. Rückblickend ein schwerer Fehler. Viel besser wäre es gewesen, Anfang April mit einer klugen Strategie der Deeskalation zu beginnen und wissenschaftlich den Lockdown schrittweise und vorsichtig aufzuheben.“

In einem Interview mit der „Tiroler Tageszeitung“ vom 12. Mai warf Sprenger der Bundesregierung „fehlenden Weitblick“ vor: „Spätestens Anfang April hätte man versuchen sollen, smart den Weg aus der Pandemie zu beschreiten. So hätten wir im sozialen, psychischen, pädagogischen und ökonomischen Bereich Kolla-

teralschäden verringern können. Doch dafür braucht man einen weiten Blick. Diesen hat aber die Bundesregierung nicht zugelassen und auch nicht haben wollen. Das kann man ihr vorwerfen.“

Zudem beklagte der Gesundheitsexperte, dass kritische Stimmen und abweichende Meinungen seitens der Regierung nicht erwünscht sind: „Die Erzählung der Regierung ist folgende: Alles wurde perfekt durchgeführt. Das stimmte anfangs ja. Und jetzt wird erzählt, dass die perfekte Geschichte weiter ihren Lauf nehmen muss. Doch jetzt ist vieles nicht mehr perfekt. Aber wer diese erzählte Geschichte nicht akzeptiert, sie gar hinterfragt, wird diskreditiert. Das ist in einer freien Gesellschaft unangebracht.“



„Lockdown verschiebt nur die Zahl der Toten“

Johan Giesecke

In der Corona-Krise hat Schweden bekanntlich einen Sonderweg beschritten. Es gab nicht, wie in den meisten anderen Ländern Europas, einen „Lockdown“, sondern die Regierung in Stockholm gab lediglich Empfehlungen heraus und appellierte an die Eigenverantwortung der Bürger. Zwar hatte Schweden mit seinen gut zehn Millionen Einwohnern Anfang Juni mit rund 4.000 „Corona-Toten“ deutlich mehr Todesfälle zu verzeichnen als Österreich (640 bei knapp neun Millionen Einwohnern), aber das sind immerhin ganze 96.000 Tote weniger, als Österreich dem o. a. Expertenpapier, einer von prominenten österreichischen Mathematikern ausgearbeiteten Risikostudie, folgend bei einer ähnlichen Vorgangsweise prophezeit worden waren.

Der Epidemiologe Johan Giesecke, der die schwedische Regierung und die Weltgesundheitsorganisation WHO berät, hält Maßnahmen wie regelmäßiges Händewaschen und Abstand halten für ausreichend und kritisierte in einem Interview mit der Re-

chercheplattform „Addendum“, dass „viele Maßnahmen, die von den Regierungen in Europa ergriffen wurden, keine wissenschaftliche Grundlage haben“.

Und was die höhere Zahl der Toten betrifft, sei folgendes zu beachten: „Mit dem Lockdown haben Sie die Toten nur in die Zukunft verschoben. Wir sollten in einem Jahr über die Zahl der Toten sprechen und Österreich und Schweden vergleichen. Dann wird die Zahl in etwa gleich hoch sein. Mit dem Unterschied, dass Schwedens Wirtschaft verhältnismäßig besser dastehen wird.“

Außerdem wies Giesecke darauf hin, dass zwischen 75 und 90 Prozent der Ausbreitung gar nicht sichtbar seien, weil die Betroffenen keine Symptome zeigten: „Was wir sehen, ist die Spitze der Pyramide. Wir sehen einige Fälle, die krank sind, und noch weniger Fälle, die schwer krank sind. Aber die wahre Epidemie bleibt uns verborgen.“

Zudem erwartet der renommierte Wissenschaftler eine Corona-Sterberate von etwa 0,1 oder 0,2 Prozent, was der Sterblichkeit von Influenza (Grippe) entspricht. Überhaupt sei COVID-19 mit der Influenza vergleichbar, es könnte aber etwas gefährlicher sein. Dabei wies Giesecke aber auf einen wichtigen Umstand hin, der zu beachten sei: „Wenn Influenza eine neue Krankheit wäre, sie noch niemand gehabt hätte und sie plötzlich in die Welt gekommen wäre, würde die Reaktion der meisten Länder genauso aussehen wie jene zum Coronavirus. Die Menschen realisieren nicht, wie viele jedes Jahr an der Influenza sterben. In Österreich sind es etwa 1.500 pro Jahr, und viele werden gar nicht gezählt. An die Influenza-Saison hat man sich gewöhnt. Das akzeptieren wir, und das finde ich interessant, denn das Problem der Influenza ist dem Coronavirus sehr ähnlich.“

Deutliche geringere Sterblichkeitsrate in den USA

Studie der renommierten Stanford Universität

Erhebliche Zweifel an der Sinnhaftigkeit der weltweit getroffenen freiheitseinschränkenden und die Wirtschaft gefährdenden

Maßnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus ließ Mitte April eine Studie der kalifornischen Stanford University aufkommen. Wissenschaftler dieser Universität, die in internationalen Ranglisten stets ganz vorne zu finden ist, machten im kalifornischen Santa Clara County bei 3.330 Personen Antikörpertests auf das Coronavirus, wie einige Medien berichten.

Das Ergebnis der Untersuchung der renommierten Universität ist bemerkenswert: „Das Virus war 50 bis 85 Mal häufiger als es die offiziellen Zahlen vermuten lassen“, schreibt die britische Zeitung „The Guardian“. Zu der Zeit, als die Studie durchgeführt wurde, gab es im Santa Clara County 1.094 bestätigte Fälle von COVID-19-Infektionen und 50 Todesfälle. Nimmt man allerdings die Rate der Untersuchten, denen Antikörper nachgewiesen werden konnten, her, dann deutet die Studie darauf hin, dass in diesem kalifornischen Bezirk Anfang April zwischen 48.000 und 81.000 Personen mit dem Coronavirus infiziert waren bzw. eine Information bereits hinter sich hatten.

Das wiederum lässt die vom Mainstream vorgegebene Linie in die Nähe der Panikmache rücken. Denn „The Guardian“ führt aus: „Das bedeutet, dass das Coronavirus für die Gesamtbevölkerung potenziell weniger tödlich ist als ursprünglich gedacht. Am Dienstag (14. April. Anm.) lag in den USA die Coronavirus-Todesrate bei 4,1 Prozent und die Stanford-Forscher sagen, ihre Ergebnisse zeigen eine Todesrate von nur 0,12 Prozent bis 0,2 Prozent.“

Die Ergebnisse dieser Studie bestätigten im Übrigen des Krisenmanagement von US-Präsident Donald Trump, der sich nicht von der Coronahysterie hat anstecken

# Epidemien und Erinnerung

VON LOTHAR HÖBELT

Univ.-Prof. Dr. Lothar Höbelt lehrt  
Neuere Geschichte an der Universität Wien.



Bild: ZZ-Archiv

Von den großen Epidemien sind im vielzitierten kollektiven Gedächtnis vor allem die letzten geblieben, in Österreich z.B. die „letzte“ (eigentlich vorletzte) Pestepidemie von 1679, wenige Jahre vor der zweiten Türkenbelagerung, mit der Pestsäule am Graben und der Sage vom lieben Augustin; in England wird die letzte Pest 1665 meist in einem Atemzug mit dem großen Brand von London im Jahr darauf genannt; Marseille als Hafenstadt wurde noch 1720 von einer Pestwelle heimgesucht (die auch gleich als Mitauslöser eines französischen Börsenkrachs herhalten musste). Oft gelobt wurde in den letzten Wochen dafür der „cordon sanitaire“ der Habsburgermonarchie in Form der Militärgrenze, die im 18. Jahrhundert von der Adria bis nach Siebenbürgen reichte (der Beitrag der beiden amerikanischen Spezialisten Wess Mitchell und Charles Ingrao: „Emperor Joseph’s Solution to the Corona-Virus“ lässt sich im Internet finden).

Großen Eindruck machte die Syphilis, die um 1500 aus der Neuen Welt importiert, aber schon bald als die „französische Krankheit“ bekannt wurde – wie denn überhaupt die erste Welle der Globalisierung im Zeitalter der Entdeckungen enorme Verluste durch bisher nicht bekannte Krankheitserreger nach sich zog: Die Dezimierung der amerikanischen Ureinwohner, ihr fast

völliges Verschwinden in der Karibik, der starke Rückgang der Bevölkerung auch am Festland, war weniger auf robuste Kolonisationsmethoden zurückzuführen als auf das „rassistische“ Verhalten der europäischen Keime. Die Tropen revanchierten sich ihrerseits mit einer Reihe spezifischer Krankheiten, die auch von den Eroberern ihren Tribut forderten. Aller Romantik der Freibeuter und Piraten zum Trotz, die Jagd nach der Silberflotte und sonstigen Schätzen der Karibik war eine lebensgefährliche Sache, mehr wegen des Gelben Fiebers als wegen der Gegenwehr der Spanier (die freilich nicht ganz so dekadent waren, wie sie Hollywood später gern darstellte).

Die sogenannte „Spanische Grippe“ kam 1918 zu spät, um im Sinne einer „Dolchstoßlegende“ noch irgendwelche entscheidenden Auswirkungen auf den Verlauf des Ersten Weltkriegs auszuüben: Als sich die ersten Ansteckungen bemerkbar machten, hatten sich die letzten Offensiven der Mittelmächte im Juni an der Marne und an der Piave bereits festgefahren. Übrigens zählte Gustav Klimt, der schon im Feber starb, vermutlich noch nicht zu den Opfern der „Spanischen Grippe“ – Egon Schiele im Herbst sehr wohl. Die Grippe verschlimmerte allenfalls die allgemeine Malaise. Auch wenn man ihr inzwischen weltweit mehr Opfer zuschreibt als dem Krieg selber, hat sie keinen besonders nachhaltigen Eindruck hinterlassen, vielleicht auch, weil sie nicht wie – viele andere Infektionskrankheiten – mit irgendwelchen bahnbrechenden medizinischen Fortschritten verknüpft war; sicher auch deshalb, weil das Publikum nach Jahren von endlosen Verlustlisten und überfüllten Lazaretten in dieser Beziehung abgestumpft war. Krisen kennen Gewinner und Verlierer Über die Auswirkungen des Coronavirus ein Urteil zu fällen, wäre mehr als voreilig. Die Politik hat angesichts eines unzureichenden Informationsstandes so reagiert, wie es ihr Anreizsystem vorgegeben hat: Der verunsicherte Wähler wollte entschiedenes Handeln vorgeführt bekommen und hat die massive Reaktion offenbar

auch honoriert. Als Zusatzreiz mochte dienen, dass in einer Situation, wo ohnehin jeder demnächst mit einem dramatischen Konjunkturerinbruch rechnete, jetzt plötzlich ein nur allzu plausibler Sündenbock aufgetaucht war. Die längst schon mit Vorschusslorbeeren bedachte Rezession von 2020 hat sich durch die

Corona-Krise freilich nicht bloß massiv verschärft, sondern auch ihren Charakter verändert – und ihre Opfer, und das nicht bloß im medizinischen Sinne. Krisen führen nicht bloß zu schmerzhaften Einkommensverlusten, sondern treffen verschiedene Sektoren der Wirtschaft meist auch höchst ungleichmäßig. In der Weltwirtschaftskrise ab 1929/31 waren die Industriearbeiter von der Arbeitslosigkeit betroffen, die Bauern vom Preisverfall ihrer Produkte – was jedoch gleichzeitig ein Grund war, warum pragmatisierte Beamten anfangs nahezu von der Krise profitierten (bis die Regierungen ihnen diese paar Prozente dann wiederum abknöpften). Die Hunger- und Trümmerjahre der Nachkriegszeit wiederum verschafften den Landwirten die Möglichkeit zu Gewinnen auf dem „Schwarzmarkt“, der Wiederaufbau verstärkte die Nachfrage nach Bauarbeitern und Dachdeckern. Die Inflation bestrafte dafür die „festbesoldeten“ Beamten und diverse „geistig Schaffende“, auf deren Dienste man in Notzeiten leichter verzichten konnte (weshalb ein findiger Abgeordneter einen eigenen Verein für sie aufzog). Auch die „Corona-Krise“ hat es in dieser Beziehung zweifellos in sich: Manche Branchen wurden – ob jetzt vom Schicksal oder vom Staat – zum kompletten Verdienstentgang verdonnert, andere bestenfalls zum Zwangssparen. Das Schicksal kann niemand klagen: In Zeiten, da Kirche noch mit Glauben zu tun hatte, ließ sich da allenfalls durch Anrufung der entsprechenden Heiligen gottgefälliges Lobbying betreiben (für die Pest z.B. war Sankt Rochus zuständig). Der Staat hingegen wird früher oder später die Umverteilungseffekte seiner Maßnahmen sehr wohl verantworten müssen – und da ist abseits jeder Frömmigkeit intensives Lobbying angesagt. Die Frage verspricht

durchaus spannend zu werden, wer welche Entschädigungszahlungen in welche Kanäle leitet – und bei derlei heiklen Aufgaben griff der Staat immer schon gerne auf die „Sozialpartner“ zurück.

Der „Schwarze Tod“, die Viehzüchter und die Renaissance Umverteilung als Resultat von Epidemien spielte übrigens schon einmal in der europäischen Geschichte eine nicht zu unterschätzende Rolle. Das erste Auftreten der Beulenpest ab 1348 führte im Laufe der nächsten hundert Jahre zu einem Rückgang der europäischen Bevölkerung um fast ein Drittel. Daran war die Epidemie nicht allein schuld. Die Bevölkerung war schon davor gefährlich nahe an die Nahrungsdecke angekommen, sprich: in eine Situation gekommen, wo jede Missernte größere Hungersnöte nach sich ziehen musste. Doch der „schwarze Tod“ führte binnen weniger Jahrzehnte zum anderen Extrem: Ungünstig gelegene Höfe, z.B. in alpinen Höhenlagen, wurden bald nicht mehr weiterbewirtschaftet. Es entstanden „Wüstungen“.

Das Ergebnis lautete dennoch: Die Zahl der Esser ging weit mehr zurück als die Anbaufläche. Es herrschte weniger Nachfrage nach Grundnahrungsmitteln, insbesondere Getreide. Nahrungsmittel sind gekennzeichnet durch eine geringe Nachfrageelastizität. Man isst nicht viel mehr, wenn die Preise fallen. Man isst vielleicht besser: Der Fleischkonsum stieg, nicht der Brotverbrauch. Darunter litten die Besitzer von Ackerland – und das war damals in erster Linie der Adel. Der Bauer konnte von den Auswirkungen der Pest vielleicht sogar profitieren: Er war in erster Linie Selbstversorger. Wenn es auf einmal viel weniger Leute gab, die sich darum rissen, das Land zu bebauen, verbesserte sich seine Verhandlungsposition gegenüber dem adeligen Grundherren.

Arbeitskräfte waren knapp geworden: Wenn Jahr für Jahr immer wieder gleichlautende neue Patente erlassen wurden, um diesen Resultaten der Marktgesetze Einhalt zu gebieten, dann weiß man, was davon zu halten war: All diese schönen Paragraphen zugunsten der alten Ordnung blieben Briefe an das Christkind.

Das Ergebnis war: Die „feudalen“ Lasten, Dienste und Abgaben wurden geringer. Erst als zu Beginn des 16. Jahrhundert das Bevölkerungswachstum wiederum kräftig einsetzte, wurde diese Entwicklung rückläufig. Der Grundherr saß jetzt wieder am längeren Hebel. Das Resultat waren die Bauernkriege – die ausbrachen, nicht weil es den Bauern so schlecht ging, sondern weil es ihnen lange Zeit relativ gut gegangen war, dieses „window of opportunity“ sich jetzt aber wiederum zu schließen begann.

Wenn es an der Spitze der gesellschaftlichen Pyramide plötzlich viel weniger zu verteilen gab, hieß das auch: die Verteilungskonflikte nahmen zu. Das 15. Jahrhundert war geprägt von Auseinandersetzungen wie z.B. den englischen Rosenkriegen, die zwar nur aus wenigen blitzkriegsartigen Episoden bestanden, aber einen enorm hohen Blutzoll unter dem Hochadel forderten. In unserem Nachbarland Böhmen hielt sich der Adel im Zuge der Hussitenkriege an den Kirchengütern schadlos. Man sprach im Rückblick gern vom Phänomen der „Raubritter“, die angesichts ihrer sinkenden Einkommen auf den Söldnermarkt drängten – oder sich schlimmstenfalls eben selbständig machten.

Im städtischen Mittelstand führte der schrumpfende Markt zu den protektionistischen Maßnahmen einer Rationierung von Produktion und Absatz – Stichwort: Zünfte – die irreführenderweise später gern mit dem Mittelalter als solchem assoziiert wurden, obwohl es sich dabei um eine Verfallserscheinung handelt. Die Städte erlebten turbulente Phasen, wenn sich Zünfte und Patriziat um die Herrschaft rauften, aber die Krise des Adels kam ihnen zugute. Nicht umsonst waren die Krisenjahre des Spätmittelalters die Blütezeit von Städten und Städtebünden, von Venedig über die „Meistersinger von Nürnberg“ bis zur Hanse. Wenn die Grundnahrungsmittel billiger wurden und reichlicher zur Verfügung standen, ergab sich ein gewisser Überschuss, der für gehobene Bedürfnisse aufgewendet werden konnte, von ausgiebigeren Fleischportionen bis zu raffinierteren gewerblichen Produkten.

Der „Strukturwandel“ prämierte am Lande die Viehzüchter (von der berühmt-berüchtigten spanischen „mesta“, die ihre Schafe quer durchs ganze Land treiben durften, bis zu den Schweizern, die im 15. Jahrhundert auch militärisch auftrumpften), nicht zu vergessen die Winzer: Es war ein Anzeichen der Schubumkehr, wenn nach 1500 die ersten Mandate erschienen, die eine weitere Umwandlung von Ackerland in Weingärten untersagten. Eine schrumpfende Bevölkerung führt zu höherem Pro-Kopf-Einkommen: Von dem größeren Spielraum für verfeinerten „Luxus“ aber war es nicht weit zur Hochkultur der Renaissance, die sich gerade in den Zeiten der demographischen Krise durchzusetzen begann.



VON ANDREAS MÖLZER

---

Andreas Mölzer ist Herausgeber des Wochenmagazins *ZurZeit* und war von 2004 bis 2014 Mitglied des Europäischen Parlaments.



Bild: ZZ-Archiv

In den Tagen der sich global ausbreitenden Corona-Epidemie standen wir vor der kuriosen Tatsache, dass die angeblich so kritischen und liberalen Mainstream-Medien im Lande auf eine ziemlich gleichgeschaltete Bejubelungsmaschinerie im Sinne der Regierung und ihres Krisenmanagements zusammenschrumpfen.

Einige mahnende Stimmen, gewissermaßen als Rufer in der Wüste, gab es da aber doch zu hören. So etwa war in der Tageszeitung „Die Presse“ zu lesen, dass unsere „Freiheit auf der Intensivstation“ läge! Und der Chefredakteur der größten Bundesländerzeitung des Landes verfasste immerhin einen Leitartikel mit dem Titel „Demokratie unter Quarantäne“. Hubert Patterer formuliert darin, dass wir uns gegenwärtig in einer „befristeten Notstandsdemokratie“ befänden, in der das „fein austarierte Geflecht der Gewaltenteilung, vom bewährten Gegenüber aus Regierung und Opposition, von der Idee der parlamentarischen Rede und Widerrede“, ausgehebelt sei. Und er gibt auch zu, dass die Medien jetzt „nicht Korrektiv, sondern Mittler“ der freiheitsbedrohenden Maßnahmen seien.

Ein anderer dieser Rufer in der Wüste war der vormalige Liste Pilz-Abgeordnete Alfred Noll. Der prominente Wiener Anwalt sprach im lachsfarbenen „Standard“ von der Tatsache, dass wir

uns gegenwärtig in einem „Verordnungsstaat“ befänden. Die allenthalben in den westlichen Demokratien feststellbare Tendenz, dass die Regierungen gegenüber den Volksvertretungen längst eine „faktische Übermacht“ erobert hätten, werde laut Noll in Krisenzeiten noch beschleunigt. „Die ex cathedra ausgerufene Krise“ – Noll meint damit wohl die Bundesregierung – sei „definitionsgemäß fast immer schon das Ende jener für unser politisches System in Normalzeiten so hoch gepriesenen Diskurs- und Debattierbereitschaft“. Damit spielt er einerseits auf die faktische Aushebelung des Parlaments an, das unlängst an einem einzigen Tag ganze Gesetzespakete – Ermächtigungsgesetze – zur Krisenbewältigung durchpeitschte, ohne Begutachtung, ohne Fristen und noch dazu einstimmig. Und er spielt darauf an, dass der Bundeskanzler eine Art Wahrheitspolizei zur Bekämpfung von Fake News installiert hat, was offenbar jeden kritischen Dialog über die elektronischen Medien einschränken soll.

Völlig zutreffend wies Alfred Noll darauf hin, das mit dem § 1 der „Verordnung des Gesundheitsministers gemäß § 2 Z 1 des Covid-19-Maßnahmengesetzes“ die gravierendste Grundrechtseinschränkung, die die Republik seit 1945 erlebt hat, durchgeführt wird. Hier heißt es nämlich: „Zur Verhinderung der Verbreitung von Covid-19 ist das Betreten öffentlicher Orte verboten“. Damit sei – so Noll – „nicht nur das allgemeine Freiheitsrecht, sondern auch das Veranstaltungs-, Versammlungs-, und Demonstrationsrecht beseitigt und zum großen Teil auch die Erwerbsfreiheit“.

Ein weiterer dieser wenigen Rufer in der Wüste war der ehemalige Chefredakteur von „Presse“ und „Wiener Zeitung“, Andreas Unterberger, der in seinem Blog die Einschränkung der Meinungsfreiheit beklagt, die der Einschränkung der physischen Bewegungsfreiheit gefolgt sei. Für ihn war es absolut inakzeptabel „dass jetzt im Bundeskanzleramt eine große Polizeieinheit zu hantieren begonnen hat, die, wie schon von George Orwell geschildert, als Wahrheitspolizei Unwahrheiten (Fake News) in

den Medien zu verfolgen“ habe. Dabei ortet Unterberger die für ihn „unerträgliche Anmutung“, wonach „die Regierung, umgeben von einem Lügenmeer, im exklusiven Besitz der Wahrheit“ sei. Dabei – so Unterberger – „ist das Gegenteil wahr, in absolut sämtlichen Geschichtsepochen, wo irgendwo eine Regierung die Wahrheitskontrolle in die Hände bekommen hat, hat sie diese binnen kürzester Zeit massiv missbraucht, um kritische und oppositionelle Stimmen zu knebeln und zu verbieten. Sobald sie die Meinungskontrollmacht haben, ist das eine massive Verlockung für die Machthaber, diese Macht im eigenen Interesse einer Regierung zu verwenden, siehe die Türkei, siehe Russland – um nur in der europäischen Gegenwart zu bleiben“.

Tatsächlich warf man dem benachbarten Ungarn und seinem Regierungschef Viktor Orbán vor, mit ähnlichen Maßnahmen, wie sie in Österreich getroffen werden, den Weg in die Diktatur zu beschreiten. Im Hinblick auf die österreichische Bundesregierung gab es derlei Stimmen nicht. Dabei war augenfällig, dass die parlamentarische Opposition, die Sozialdemokraten, die Freiheitlichen und die Neos, in der Kommunikationspolitik und wohl auch in den im Hintergrund agierenden Krisenstäben zur Corona-Bekämpfung in keiner Weise eingebunden zu sein schienen. Grotesk war dies insbesondere im Falle der SPÖ, deren Vorsitzende immerhin als Medizinerin so etwas wie eine Expertin in Fragen der Seuchenbekämpfung wäre. Und auch der freiheitliche Parteichef Norbert Hofer wäre als erfahrener ehemaliger Infrastrukturminister durchaus in der Lage gewesen, einen konstruktiven Beitrag zur organisatorischen Bekämpfung der Seuche zu erbringen. Überhaupt wäre es in Zeiten der Krise ein Gebot der demokratiepolitischen Fairness, die Opposition, die ja auch im Parlament einhellig für die Maßnahmen der Regierung gestimmt hat, mit in die Umsetzung derselben einzubinden.

Andreas Unterberger wies in seinem Blog weiters darauf hin, dass das widersprüchlich und bisweilen planlos anmutende

Vorgehen der Bundesregierung, insbesondere auch ihr Versuch, Zensur auf die sozialen Medien auszuüben, die Verwirrung in der Bevölkerung und die Tendenz zu Verschwörungstheorien zwangsläufig verstärken musste. Generell gab es schlicht und einfach die einigermaßen verunsichernde Frage, ob ein Land wegen tendenziell 16.000 infizierten Bürgern und etwa 600 Verstorbenen wirklich den Staatsnotstand ausrufen müsse, die parlamentarische Demokratie durch ein Notverordnungssystem ersetzen dürfe und die Wirtschaft in den Graben fahren solle. Warum – so der Tenor in den sozialen Medien – würde dies nicht auch bei jeder Grippewelle und bei jeder größeren Naturkatastrophe so gemacht, sehr wohl aber während der Corona-Epidemie, die in 95 Prozent der Infektionsfälle völlig harmlos verläuft?

Gewiss, allein die schrecklichen Zustände im benachbarten Oberitalien, aber auch die rigiden und letztlich zum Erfolg führenden Maßnahmen der chinesisch-kommunistischen Diktatur und die weltweit durchgeführten Maßnahmen aller anderen Staaten mussten uns zeigen, dass das, was die österreichische Bundesregierung an Einschränkungen der Grundrechte und Bewegungsfreiheit der Bürger, an Bekämpfung der sozialen Kontakte durchführt, nicht falsch sein konnte, zumindest war es kein Einzelfall! Kritik aber daran, die parlamentarische Kontrolle, eine mediale Debatte im Zuge der verbrieften Meinungsfreiheit und vor allem die Sorge um Rechtsstaat, Demokratie und eben diese Meinungsfreiheit sind auch in Zeiten der Seuche unverzichtbar! Neben dem bedingungslosen Kampf um die Erhaltung der Gesundheit der Bevölkerung sollte es die Sorge und das Eintreten für unseren freiheitlichen Rechtsstaat, unsere parlamentarische Demokratie und insbesondere die Meinungsfreiheit sein, die hier von den Bürgern, insbesondere aber von den Medien vorangetragen werden sollte.

Angst war es, die die Menschen zur Willfährigkeit gegenüber den restriktiven Maßnahmen der Regierung in Corona-Zeiten be-

wegte. Angst war es wohl auch, die die Regierung selbst antrieb. Angst davor, für Coronatote verantwortlich zu sein. Eine Verantwortung, die in unserer westlichen Gesellschaft kaum ein Politiker noch auf sich nehmen will. Und jene, die es taten, wie der US-Amerikaner Donald Trump oder der Brite Boris Johnson, revidierten ihre Haltung relativ rasch.

Die Aussagen des österreichischen Bundeskanzlers Sebastian Kurz, wonach ohne die Maßnahmen mit Hunderttausenden Toten im Lande zu rechnen wäre, steigerten diese Angst. Ebenso wie die Rede davon, dass bald jeder Österreicher einen Coronatoten kennen würde. Und diese Angst trieb die Menschen zum Gehorsam. Zum Gehorsam, sich von ihren Alten zu verabschieden, sich von ihren Freunden und Geschäftspartnern fern zu halten, Eheschließungen aufzuschieben und die Beerdigung der engsten Verwandten zu meiden. Und die Angst war es auch, die die Menschen motivierte, sich als gefügige Lämmer hinter den Leitwölfen der etablierten Politik zu scharen. Die Umfragewerte, die Sebastian Kurz und seine türkise Truppe momentan aufzuweisen haben, machen dies deutlich.

Im viel größeren Maße als das Virus selbst verbreitete sich also die Angst epidemisch und weltweit pandemisch. Unsere Seuche hieß also Angst. Sie bewegte uns, das soziale Wesen Mensch, dazu, den Mitmenschen zu meiden, körperliche Nähe zu fürchten und jegliche Empathie und das Bedürfnis nach Sozialität zu unterdrücken. Das Tragen von Gesichtsmasken und das krampfhaft Einhalten von physischem Abstand waren die Symptome dieser Seuche, die da Angst heißt.

In den ersten Märztagen dieses Jahres war es zweifellos „Gefahr im Verzug“, was die Regierung nötigte, rasche und entschiedene Maßnahmen zu treffen. Und die einstimmige Verabschiedung des ersten Covid-19 Gesetzespakets, im Nationalrat einstimmig beschlossen durch alle Parlamentsparteien, auch durch die der Opposition, bezeugt die Einsicht in die Notwendigkeit, rasch und

auch unter Missachtung parlamentarischer Usancen zu handeln. Und vielleicht war es neben der Disziplin der Bevölkerung auch diese schnelle Vorgangsweise der Regierung, die es in Österreich ermöglichte, die Seuche relativ erfolgreich zu bekämpfen.

Dann aber schlich sich gewissermaßen über die Inszenierung der Regierungsmaßnahmen durch die täglichen Pressekonferenzen mit dem Einmarsch im Gleichschritt der agierenden Minister so etwas wie ein paternalistisches Gehabe ein. So nach dem Motto: Es gilt das gesprochene Wort des Kanzlers, des Gesundheitsministers, des Innenministers etc. Und dabei wurde mittels höchst unscharfer, bisweilen auch widersprüchlicher Erlässe ein Reglementierungs-Tsunami auf die Gesellschaft losgelassen, der in der Geschichte des Landes seinesgleichen sucht. Erlässe, Rechtsakte also, die rein inneradministrativ wirken, bestimmen unser Leben. Den Terminus „Notverordnungen“ hat man vermieden, da waren die Geschichtskundigen unter den Regierenden sensibel genug, um sich an die 1930er Jahre erinnern.

Die Menschen, die Bürger des Landes waren verängstigt genug, um in echter Untertanenmentalität ständig zu fragen: Dürfe man dies, dürfe man jenes? Das urdemokratische Bewusstsein, dass man in einem freien Land und in einer freien Gesellschaft alles darf, was nicht durch ordentlich und regelrecht zu Stande gekommene Gesetze verboten ist, haben wir allzu rasch verloren.

Und wenn die Exekutivorgane des Landes, angefangen vom Regierungschef bis zum kleinsten Dorfpolizisten, einmal vom allzu süßen Apfel der autoritären Versuchung gekostet haben, ist der Willkür offenbar Tür und Tor geöffnet. Das Bewusstsein etwa, dass das Betreten des öffentlichen Raumes unter Einhaltung der gesetzlich gegebenen Einschränkungen – Abstand halten, etc. – selbstverständlich überall dort erlaubt ist, wo es nicht ausdrücklich mittels korrekt zustande gekommener rechtsstaatlicher Grundlagen untersagt ist, sollte klar sein. Und willkürliche behördliche Einschränkungen dieses Rechts müssen entschieden

bekämpft werden. Denn was ich in meinen eigenen Vierwänden tue oder unterlasse, unterliegt meinem privaten Hausrecht und geht den Staat und die Behörde rein gar nichts an. Empfehlungen von auch noch so hohen Herren Ministern etc., das eine zu tun, das andere zu unterlassen, bleiben Empfehlungen und sind alles andere als Gesetze. Die Gefahr, dass solch paternalistisches Gehabe der Regierenden auch über das Ende der Pandemie hinaus erhalten bleibt, muss erkannt und schnellstens unterbunden werden. Wenn das Gerede von der „neuen Normalität“, das wir aus dem Regierungsumfeld immer wieder hören, bedeutet, dass wir uns an den Abbau der parlamentarischen Demokratie gewöhnen sollten, dann müssen wir uns als Bürger wehren.

Auch wenn anfangs die Zustimmung – so sagen es zumindest die Meinungsumfragen – zu den Regierungsmaßnahmen groß war und beispielsweise die regierende türkische ÖVP auf die absolute Mehrheit hinzustreben schien, gab es einen Bereich, in dem sich Bürgerprotest, Unmut und Kritik gegenüber den Maßnahmen der Seuchenbekämpfung artikulierten: das Internet und die Sozialen Medien. Da kursieren einerseits die abstrusesten Verschwörungstheorien und andererseits konnten sich dort nonkonformistische Experten, Mediziner, Virologen, Soziologen und Psychologen zu Wort melden, die offenbar alternative Ansichten zu jenen Experten vertraten, die in den Krisenstäben der Regierung vertreten waren. Die Fülle der Informationen, die widersprüchliche Unübersichtlichkeit der Aussagen, die dem Zeitgenossen im Internet tagtäglich stündlich variierend dargeboten wurden, schafft allerdings keine Klarheit.

Es ist das Netz, es sind die sozialen Medien vielmehr ein Ort der Freiheit, der Anarchie, ein Ventil für die Menschen, vielleicht ihre Ängste, ihr Unbehagen, ihren Unmut zu artikulieren beziehungsweise sich diesbezüglich dort in den Mitteilungen anderer wiederzufinden. Dieses Ventil allerdings ist regulierbar. Regulierbar durch Zensurmaßnahmen, regulierbar im extremsten Fall durch

schlichte Abschaltung. Vorläufig aber sind diese Sozialen Medien, ist das Internet der einzige Ort, an dem Bürgerprotest stattfinden kann. Die etablierten Medien sind insbesondere durch die Millionen-Finanzspritzen der Regierung auf Regierungskurs. Sie bieten kritischen Stimmen kaum Raum, behaupten, Solidarität in der Krise sei oberste Bürgerpflicht, wo sie doch im Wesentlichen Servilität gegenüber den Regierenden praktizieren.

Bürgerprotest, wie er in freien Ländern und entwickelten Demokratien üblich ist, nämlich durch Protest auf der Straße, durch Demonstrationen, durch politische Tätigkeiten, war ja unmöglich. Demokratiepolitische beziehungsweise parlamentarische Korrektur durch die Parteien der Opposition war auch nur in zaghaften Ansätzen vorhanden. Wie es die Meinungsforscher so treffend ausdrückten: Damals schlug noch nicht die Stunde der Opposition, es war die Stunde der Regierung! Das aber ändert sich, und spätestens nach dem Rückgang der Pandemie, wenn der Vorwand der Seuchenbekämpfung wegfällt, ist es die Aufgabe der parlamentarischen Opposition, die Freiheitsrechte der Bürger von den Regierenden einzufordern und die Fiktion einer „neuen Normalität“ als gefährliche Drohung eines neuen paternalistischen Systems in die Schranken zu weisen.

## Die Corona-Not mit den Notverordnungen

Wie die Gewaltenteilung vorläufig aufgehoben werden kann

VON WOLFGANG JEDLIKA

Hofrat Dr. Wolfgang Jedlicka war neun Jahre lang Vizepräsident der Österreichischen Richtervereinigung und hatte zwei Perioden lang den Vorsitz in der Kommission zur Wahrung des Rundfunkgesetzes inne.



Bild: ZZ-Archiv

Diese oft an mich gestellte Frage ist auch für den gelernten Juristen alles andere als flott zu beantworten. Ich werde es dennoch versuchen, hoffentlich eher aufklärend als verwirrend, wie es eben die aktuelle Situation auch ist. Fest steht nur, dass es für den Verfassungsgerichtshof kein Honiglecken wird. Es sollen bereits jede Menge von Einzelbeschwerden anhängig sein, Tendenz steigend.

Die Rede ist von Grundrechten. Was sind Grundrechte? Einige werden in unserer Verfassungsurkunde namentlich genannt und genauer beschrieben, weitere schafft erst die Rechtsprechung unseres Höchstgerichtes durch Interpretation des respektablem Gesamtkunstwerkes. Allein die Basis, das Bundesverfassungsgesetz, umfasst 151 Artikel mit jeweils mehreren, oft sehr langen Absätzen. Ein derartiges Konvolut schafft in sich selbst zwangsläufig eben auch viele Widersprüche, die alle selbst mit viel Gehirnschmalz und dem Zauberstab der Interessenabwägung nicht so einfach unter einen Hut zu bringen sein werden. Ganz im Gegenteil. Im mir vorliegenden, aus der Gerichtsbibliothek entlehnten „Kodex über Verfassungsrecht“ zähle ich stolze 918 Seiten vollgeschriebenes Papier, darunter 15 direkt eingebaute Novellen, also nachträgliche Ergänzungen und Verbesserungen (!??),

eine Auswahl von ebenso vielen Beispielen des weiteren, getrennt proklamierten Bundesverfassungsrechtes und als Draufgabe zum Schlucken sage und schreibe 35 weitere Verfassungsbestimmungen in einfachen Bundesgesetzen.

Allein das zeigt uns den feinen Unterschied zur Arbeit meiner ehemaligen Kollegen bei den „ordentlichen“ Gerichten auf. Zwar verlangen Einzelfälle mitunter auch bei uns nach Auslegungen des wörtlich niedergeschriebenen Gesetzestextes, wofür die Entscheidungssammlung des Obersten Gerichtshofes, – allerdings ohne Bindungswirkung für die Rechtsprechung der unabhängigen Gerichte der unteren Instanzen – Abhilfe schaffen kann. Beim Verfassungsgerichtshof hingegen steht die Gesamtsicht auf gesellschaftspolitische Entwicklungen und Zusammenhänge zur Entscheidung. Aus Respekt vor den Höchstrichtern und ihrer Kompetenz will ich nicht vom „Kaffeesudrühren“ schreiben, das wäre auch eine zu billige Kritik an ihrer bedeutsamen Aufgabe, uns den Sinn und Zweck der staatlichen Gemeinschaft aus der Vergangenheit in die Zukunft zu erklären. So weit, so gut, aber weil sich diese „Zusammenhänge“ in der liberalen Demokratie mit einem oft falsch verstandenen Freiheitsdenken der Konsumenten immer mehr in Widersprüche verwandeln, ist auch dort guter Rat teuer. Meiner ist kostenlos, der meiner Kollegen am Verfassungsgerichtshof nicht. Die wissen dafür aber, worum es wirklich geht.

Ich nicht, weil die tatsächlichen Praktiken der Regierung im Zusammenhalt mit ihren Koalitionsparteien im Parlament seit dem Auftauchen des Coronavirus mitunter geheim gehalten wurden, wenn der nicht unbedeutende Unterschied zwischen einem beschlossenen Gesetz und einer bloßen Empfehlung, wenn überhaupt, oft nur verschwommen referiert wurde. Auf die Berichterstattung der ebenfalls parteipolitisch eingefärbten Massenmedien ist überdies so gut wie kein Verlass. Das gibt mir wenigstens Gelegenheit, vorweg den schon länger in Diskussion stehenden

Artikel 20 des B-VG über die „Amtsverschwiegenheit“ im Wortlaut vorzustellen:

„Alle mit den Aufgaben der Bundes- Landes- und Gemeindeverwaltung betrauten Organe sowie die Organe anderer Körperschaften des öffentlichen Rechtes sind zur Verschwiegenheit über alle ihnen ausschließlich aus ihrer amtlichen Tätigkeit bekanntgewordenen Tatsachen verpflichtet, deren Geheimhaltung im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit, der auswärtigen Beziehungen, im wirtschaftlichen Interesse einer Körperschaft des öffentlichen Rechtes oder im überwiegenden Interesse der Parteien geboten ist. Dem ist nichts hinzuzufügen. Offenbar auch nicht von der Regierung, die zwar oft und gerne mit inhaltenden Worten maskiert vor die Fernsehkamera tanzt, uns aber das Wesentliche am tatsächlichen Zustandekommen ihrer Entscheidungen nicht offenbart.

Mein Vorschlag als Antwort auf die mir gestellte Frage lautet demnach: Nehmen wir der Einfachheit halber einen Artikel als Beispiel zum Thema passend heraus. Unsere Verfassung sieht im Artikel 18 B-VG „Notverordnungen“ vor. Aber selbst alle fünf Absätze dieses monströsen Denkgebäudes in allen Einzelheiten zu besprechen, würde tatsächlich nur Verwirrung stiften, auch bei mir. Also greife ich nur den wesentlichsten, auch nicht zu knappen Satz im Artikel 3 zum besseren Verständnis heraus:

„Wenn die sofortige Erlassung von Maßnahmen, die verfassungsgemäß einer Beschlussfassung des Nationalrates bedürfen, zur Abwehr eines offenkundigen, nicht wieder gut zu machenden Schadens für die Allgemeinheit zu einer Zeit notwendig wird, in der der Nationalrat nicht rechtzeitig zusammentreten kann oder für seine Tätigkeit durch höhere Gewalt behindert ist, kann der Bundespräsident auf Vorschlag der Bundesregierung unter seiner und deren Verantwortlichkeit diese Maßnahmen durch vorläufige, gesetzändernde Verordnungen treffen.“

„Kurz“ gesagt, aus Gesetzen werden ganz einfach Verordnungen, mit denen die Verwaltung im Rahmen der neuen Gesetze (s. Absatz 2!!) schalten und walten kann. Die Gewaltenteilung hat ausgedient, wohl gemerkt aber nur „vorläufig“. Sobald der Schaden angerichtet ist, sind sie zu widerrufen, dann leben wir wieder „neu-normal“ weiter. Was das werden soll, ist ebenso fragwürdig wie die sogenannte Normalität vor der Corona-Epidemie.

Die hat es bekanntlich zur Zeit der Geburt unseres Verfassungsrechtes noch gar nicht gegeben. Der Vollständigkeit halber muss daher ergänzt werden, dass es auch fragwürdig ist, ob und wie die zitierte Notverordnungsregelung an die derzeitige Situation im weitgespannten „Verfassungsbogen“ angepasst werden kann. Beispiele enthält das Bundesverfassungsgesetz dazu einige. Not herrscht demnach, wenn im Parlament Sommerpause angesagt ist, der Bundespräsident den Nationalrat auflöst, was er jedoch nur einmal aus dem gleichen Grund machen darf (Art. 29 Abs. 1) oder gleich selbst durch Volksabstimmung abgesetzt wird (Art. 60 Abs. 6). Wie passt da Corona hinein?

Bleibt nur noch zu fragen, was die angesprochene Verantwortlichkeit für das alles tatsächlich beinhaltet. Auch darauf hat der Verfassungsgesetzgeber, freilich auch schon vor langer Zeit, nicht vergessen. Also lesen wir ausnahmsweise auch noch den letzten Absatz des Artikels 18 vor, der ein böses Ende verhindern soll:

„Die im Absatz 3 bezeichneten Verordnungen dürfen nicht eine Abänderung bundesverfassungsgesetzlicher Bestimmungen bedeuten und weder eine dauernde finanzielle Belastung des Bundes, noch eine finanzielle Belastung der Länder oder Gemeinden, noch finanzielle Verpflichtungen der Staatsbürger, ...zum Gegenstand haben.“ Jetzt erst ist die Verwirrung endgültig, wahrscheinlich auch in den heiligen Hallen des Verfassungsgerichtshofes.

Nicht so groß scheint sie offenbar beim Herrn Bundespräsidenten zu sein. Von Verantwortlichkeit war zumindest bisher in den gepflegten Sätzen eines Beschwichtigungsonkels vor der Fern-

sehkamera herzlich wenig herauszuhören. Wie die beiden staatlichen Institutionen die Gefahr einschätzen, ausgerechnet von Richtern belangt zu werden, die über Vorschlag der Parlamentsparteien und mit der Unterschrift des ranghöchsten Mannes im Staat zum Verfassungsgerichtshof ernannt wurden, bleibt vorerst offen. Es wird spannend – oder hat wieder einmal der Volksmund recht: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass.

# Die Sprachrohre der Regierung

## Die Mainstreammedien in der Coronakrise

### VON BERNHARD TOMASCHITZ

Dr. Bernhard Tomaschitz ist geschäftsführender Redakteur und Leiter des Ressorts Außenpolitik des Wochenmagazins *ZurZeit*.



Bild: ZF-Archiv

Regierungspropaganda und Verbreitung von Seuchenangst statt Information und objektiver Berichterstattung. Abweichende Meinungen renommierter Wissenschaftler gelten als „Corona-Leugnung“ oder Verschwörungstheorien. Aber die Anti-Corona-Demos in Deutschland stellen die Systemmedien vor das Problem, dass Rechte und Linke Seite an Seite marschieren.

Auch wenn laufend die Anti-Corona-Maßnahmen zurückgenommen werden, ist Österreich von einer Normalität immer noch sehr weit entfernt. Dieser Befund trifft auch auf die heimischen Mainstreammedien zu, die immer noch die Funktion von Sprachrohren der türkis-grünen Bundesregierung erfüllen. Dabei gilt es, die Bürger kleinen Kindern gleich vor Übermut zu bewahren. Am 10. Mai, dem Muttertag, lautete eine Schlagzeile der „Kronenzeitung“: „Vorsicht an diesem schönen Sonntag!“. Denn man dürfe sich „nicht in Sicherheit wiegen“, zumal nicht mit einem raschen Ende der Pandemie zu rechnen sei. Also müssten Abstandsregeln und die Maskenpflicht – dort, wo sie besteht – zur Viruseindämmung eingehalten werden.

Das Massenblatt, das von der Sonder-Pressförderung von 3,25 Euro pro Exemplar – anhand der ermittelten durchschnittlichen Druckauflage Jahres 2019 vorgesehen – besonders profitiert, ist

stramm auf Regierungslinie. Über die Grünen, die jahrelang als Reibebaum dienten, findet sich kein kritisches Wort – obwohl es angesichts der chaotischen Umstände im Gesundheitsministerium genügend zu berichten gäbe –, und ÖVP-Chef und Bundeskanzler Sebastian Kurz genießt eine beinahe schon heiligenhafte Verehrung. Ebenfalls in der Ausgabe vom 10. Mai wird ein Interview mit dem Mediziner Markus Müller veröffentlicht. Blickfangartig wird folgende Aussage des Mitglieds der Corona-Taskforce der Bundesregierung hervorgehoben: „Der Herr Bundeskanzler hatte ein erstaunlich scharfes Bild über das Szenario, auf das wir zusteuern. Letztlich war das spielentscheidend.“ Und auch Müller ermahnt die Österreicher, sich brav an die Vorgaben der Bundesregierung zu halten, da wir „nach wie vor am Anfang der Pandemie stehen“.

Im Fernsehen tat sich bei der allgemeinen Angstmache der ORF besonders hervor. Experten durften dem Zwangsgebührenzahlern erklären, warum Covid-19 so gefährlich und mit einer „normalen Grippe“ nicht vergleichbar sei. So sagte im März ZiB-2-Moderator Armin Wolf in der Anmoderation eines Interviews mit der Epidemiologin Eva Schernhammer von der MedUni Wien, „uns erreichen immer mehr Mails von Zuschauern, die die Dramatik der Situation nicht verstehen“. Schernhammer erklärte dann, „warum wir uns um Covid-19 so viel mehr Gedanken und Sorgen machen müssen“. Anderslautende wissenschaftliche Medien, denen zufolge die Covid-19-Forschung erst am Anfang steht, werden von Mainstreammedien wie dem ORF hingegen bewusst unterdrückt.

Stattdessen wurden – entgegen den üblichen Usancen – gut inszenierte Pressekonferenzen der Bundesregierung im Fernsehen übertragen. Die Art und Weise, wie Kurz, Vizekanzler Kogler, Gesundheitsminister Anschober und andere Regierungsmitglieder an die Öffentlichkeit traten, hatte fast schon religiösen Charakter, wie Martin Sprenger, der aus dem Krisenstab der Regierung



ausgetreten war, weil ihm die Maßnahmen zu weit gingen, gegenüber der Rechercheplattform „Addendum“ kritisiert: „Die täglichen Pressekonferenzen wirken wie kirchliche Messen, bei denen die Priester mit Masken einmarschieren. Am Altar, vor den Mikrofonen angekommen, werden die Masken abgelegt und der anwesenden Gemeinde wird die Botschaft verkündet. Ohne jegliche Begründung und Offenlegung der zugrundeliegenden Wissensbasis. Wer nicht an die Botschaft glaubt, wird ausgestoßen.“

Umgekehrt war es kein großes Thema, als Sitzungsprotokolle der „Corona Taskforce“ bekannt wurden, aus denen hervorgeht, dass Kanzler Kurz davon gesprochen hat, die Bevölkerung solle „Angst vor Ansteckung“ haben. Hier haben die meisten heimischen Medien in ihrer wichtigen Funktion als Kontrollinstrument der Regierung kläglich versagt. Genauso wie bei anderen demokratiepolitisch höchst bedenklichen Äußerungen von Kurz im Zuge der Corona-Krise, etwa, als er die Kritik namhafter Verfassungsrechtler an den Anti-Corona-Maßnahmen als „juristische Spitzfindigkeiten“ abtat. Man stelle sich vor, was geschehen wäre, wenn ein freiheitliches Regierungsmitglied der früheren türkisblauen Bundesregierung diese Wortwahl in Bezug auf berechtigte Kritik verwendet hätte. „Runde Tische“ im Fernsehen und seitenlange Berichte in den Zeitungen wären wohl die sichere Folge gewesen.

Der ORF – und im geringeren Umfang die Privatsender – beglückte die Österreicher mit Corona-Sondersendungen en masse, und täglich um halb acht Uhr abends, zur besten Sendezeit, werden den Österreichern mittels Graphik die neuesten Corona-Zahlen ins Wohnzimmer geliefert. Dass die Zahlen nur sehr bedingt aussagekräftig sind, spielt für den per Gesetz zur Objektivität verpflichteten ORF anscheinend keine nennenswerte Rolle. So findet sich auf der Internetseite des Gesundheitsministeriums zu den veröffentlichten Zahlen der Hinweis, dass jede verstorbene Person, die zuvor Covid-19-positiv getestet wurde, in der Statistik als

„Covid-19-Tote/r“ geführt wird, unabhängig davon, ob sie direkt an den Folgen der Viruserkrankung selbst oder „mit dem Virus“ (an einer potenziell anderen Todesursache) verstorben ist. Oder anders ausgedrückt: Wird jemand positiv auf Covid-19 getestet und stirbt an einem Herzinfarkt, dann gilt dennoch das Coronavirus als Todesursache.

Mit den fragwürdigen Coronastatistiken wird aber nicht nur in Österreich, sondern weltweit Schindluder getrieben. Der US-Nachrichtensender CNN blendet etwa einen Kasten ein, in welchem die Zahl der Corona-Infizierten und Corona-Toten weltweit sowie in den USA zu sehen ist. Damit will der Trump feindlich gegenüberstehende Sender den Präsidenten auch für die angeblich so hohe Zahl an Corona-Toten in den USA verantwortlich machen. Dass aber die von amtlichen Stellen veröffentlichten Zahlen alles andere als aussagekräftig sind, zeigt eine Fußnote des Nationalen Zentrums für Gesundheitsstatistiken (NCHS), das der Behörde zur Seuchenbekämpfung untergeordnet ist. Denn bei den angeblichen Corona-Toten handelt es sich um „Todesfälle mit bestätigtem oder vermutetem Covid-19“. CNN – sowie den Mainstreammedien weltweit – scheint entgangen zu sein, dass zwischen „bestätigt“ und „vermutet“ ein erheblicher Unterschied besteht. An anderer Stelle heißt es seitens des NCHS, die Einordnung als Covid-19-Toter „kann auch Fälle ohne Laborbestätigung beinhalten“. Es ist aufschlussreich, dass die offiziellen Coronazahlen von den Mainstreammedien keinem „Faktencheck“ unterzogen werden. Anders verhält es sich mit Aussagen, auch von renommierten Wissenschaftlern, welche sich gegen die herrschende Corona-Hysterie richten. Hier wird nichts unversucht gelassen, um die betreffende Person, mag sie fachlich auch noch so qualifiziert sein, zu diskreditieren oder als Verschwörungstheoretiker hinzustellen. Am 11. April unterzogen die „Tagesthemen“ der ARD Sucharit Bhakdi einem „Faktencheck“. Der emeritierte Mikrobiologe hatte in einem offenen Brief an Bundeskanzlerin

Merkel die Corona-Einschränkungen als überschießend und die Grundrechte gefährdend bezeichnet und dies auch wissenschaftlich begründet.

Bhakdi verlas seinen Brief vor laufender Kamera und stellte das Video ins Internet, wo es zum Renner wurde – und das war dem System ganz und gar nicht recht. Denn die „Tagesthemen“ berichteten: „Drei Tage nach Erscheinen des Videos überprüft das Factchecking-Format #Faktenfuchs vom Bayerischen Rundfunk (BR) die Aussagen von Bhakdi: ‚Die Annahmen, die seinen Fragen zugrunde liegen, suggerieren, dass die Gefährlichkeit des Sars-CoV-2-Erregers überschätzt werde, sie sind aber oft nicht wissenschaftlich belegt und verweisen vor allem auf Datenlücken.‘ Forscher betonen: ‚Die Lückenhaftigkeit der Datenlage sei kein Grund, Entwarnung zu geben‘, schreiben die BR-Reporter.“ Dieses „Factchecking“ ist unseriös. So werden die Forscher, die andere wissenschaftliche Ansichten vertreten als Bhakdi, namentlich nicht genannt. Unklar ist auch, welche Qualifikation die Redakteure des BR befähigt, Bhakdis Aussagen einem „Faktencheck“ zu unterziehen. Haben sie Medizin oder Biologie studiert oder Soziologie oder Theaterwissenschaften? Und bezeichnend ist auch, dass in Österreich der ORF, der Meinungen von rechter Seite gerne einem „Faktencheck“ unterzieht, die Behauptung von Kanzler Kurz, Österreich drohten ohne „Lockdown“ 100.000 Corona-Tote, keinem „Faktencheck“ unterzogen hat.

Es geht den sogenannten seriösen Medien in Sachen Corona weniger um Berichterstattung, sondern vielmehr um Propaganda für die jeweils Regierenden. Angesichts einbrechender Anzeigeneinnahmen sind viele auf staatliche Unterstützung angewiesen, und der Volksmund sagt zu Recht: „Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.“ Und die US-Denkfabrik Carnegie Endowment for International Peace weiß zu berichten: „Keine Zeit eignet sich so für Propaganda wie eine Krise, und es ist keine Überraschung, dass Staaten und andere Einfluss nehmende Akteure den Ausbruch des

neuen Coronavirus nutzen, um sich im In- und Ausland besser zu positionieren. Krisen führen gleichzeitig zu Informationslücken und einem enormen öffentlichen Hunger nach Informationen. Diese Kombination öffnet die Tür für schlaue Propagandisten, um Erzählungen leichter zu spinnen. In Ermangelung allgemein anerkannter Erzählungen können Propagandisten frei erfinden, was sie wollen – zumindest, bis Beweise vorliegen, die das Gegenteil beweisen.“ Ob der Autor dieses Carnegie-Artikels an Bundeskanzler Kurz dachte, der mit einer Angstkampagne die Österreicher auf Regierungslinie brachte, ist nicht bekannt. Wer betreutes Denken durch die Regierung ablehnt und lieber selber seine grauen Zellen in Anspruch nimmt, wird von den Systemmedien rasch als „Corona-Verharmloser“ oder „Corona-Leugner“ bezeichnet. Die Parallelen zu den Begriffen „Klima-Verharmloser“ bzw. „Klima-Leugner“ sind offenkundig. Hier wie dort soll ein konstruktiver Diskurs von vornherein unterbunden werden und all jene, die ein neues Dogma anzweifeln – dass der Klimawandel ausschließlich vom Menschen verursacht wird bzw. dass Covid-19 die gefährlichste Infektionskrankheit seit der Spanischen Grippe vor 100 Jahren ist – werden diskreditiert. Im Übrigen ist der Begriff „Corona-Leugner“ besonders problematisch, wie der deutsche Journalist Alexander Wallasch im Magazin „Tichys Einblick“ kritisiert: „Der Begriff ‚Corona-Leugner‘ wird im Übrigen von immer mehr Medien aufgenommen, als wäre es die beste Umschreibung für Kritiker von Regierungsmaßnahmen und nicht etwa eine vollkommen geschichtsvergessene wie gedankenlose Assoziation zum Holocaust-Leugner. Daher kommt nämlich die Wucht, die auch den Begriff Klima-Leugner so entsetzlich falsch und überfrachtet klingen lässt.“

Vor allem in der Bundesrepublik Deutschland demonstrieren immer mehr Menschen für die volle Wiederherstellung der Grundrechte. Für die Systemmedien taucht dabei ein ungeahntes Problem auf: Die Demonstranten lassen sich nicht ins klassische

Links-Rechts-Schema einordnen, der „typische Corona-Leugner“ muss nicht unbedingt Mitglied oder Funktionär der AfD sein. „Die Demonstranten kommen aus den unterschiedlichsten politischen Ecken. Da sind Rechte, Linke, Verschwörungstheoretiker, Reichsbürger, Esoteriker, Bürgerrechtler, Impfgegner und scheinbar ganz normale Bürger, die gemeinsam demonstrieren. Sie alle eint die Ablehnung der Coronaregeln. (...) Teilnehmer beteuern zum Teil, sie wollten mit ‚rechten Spinnern‘ nichts zu tun haben“, schrieb am 11. Mai die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“. Und fast schon erstaunt stellte die „Kleine Zeitung“ fest, dass die (Corona-)Verschwörungstheoretiker „aus dem rechten sowie aus dem linken Lager kommen“.

Auch an einer (nicht genehmigten und später aufgelösten) Anti-Corona-Demo in der Wiener Innenstadt nahmen Ende April Menschen unterschiedlichster politischer Gesinnung, Rechte wie Linke, teil. Diese und andere Anti-Corona-Kundgebungen besorgter Bürger waren den heimischen Systemmedien bestenfalls eine kleine Randnotiz wert. Offenbar hat das Kurz-Regime die „Message Control“ ausgegeben, nicht über diese Kundgebungen zu berichten und sie weitgehend totzuschweigen, damit die Kritik an den Maßnahmen der Bundesregierung auch weiterhin sehr begrenzt bleibt.

## Kurzschluss der „vierten Macht im Staat“

VON CHRISTIAN HAFENECKER

Christian Hafenecker, MA, ist Abgeordneter zum Nationalrat und Mediensprecher der FPÖ.



Bild: Parlamentsdirektion / PHOTO SIMONIS

Der linke Politikwissenschaftler (ein lebendes rechtskonservatives Gegenstück, das vielleicht auch noch an einer Universität lehren dürfte, ist mir nicht bekannt) wird nicht müde, die Medien bzw. den Journalismus in Anlehnung an die Gewaltenteilung von Legislative, Exekutive und Judikative als „vierte Gewalt im Staat“ zu bezeichnen. Als diese sehen sich auch die Journalisten selbst ganz gerne. Damit werden ja auch immer wieder Aktionen gerechtfertigt, deren Ethik man durchaus hinterfragen kann. Dass diese Ethik in der Auseinandersetzung mit Rechtskonservativen natürlich schon gar nicht zur Geltung kommen kann, sei hier, ebenfalls nur der Ordnung halber, miterwähnt.

Umso interessanter ist es daher auch, dass genau diese vierte Gewalt im Staat, die Moralisten und Bessermenschen in ihren Redaktionsstuben hocken und mit zulassen, dass Bürger- und Freiheitsrechte mit einem Schlag derart zurückgebaut werden. Erschütternd daran ist vor allem der Umstand, dass sich die österreichische Investigativblase nicht nur in Schockstarre befindet, sondern viel schlimmer, genau diese Entwicklung auch noch befeuert und den Machtrausch der ÖVP durch unreflektierte Berichterstattung von Woche zu Woche größer werden lässt.

Nur einigen wenigen war es von Beginn an klar, manchen dämmert es jetzt langsam. Nicht das Coronavirus hat uns und „unsere Art zu leben“ im Griff. Es ist vielmehr die ÖVP mit ihrer Propagandawalze namens „Message Control“, einem Kommunikationssystem, das sich in den letzten Jahren wie eine Hydra weiterentwickelt hat. Diente diese Koordination anfangs noch mit mehr oder weniger großem Erfolg der medialen Gleichschaltung zweier Koalitionspartner, sind Medienberater nunmehr die wichtigsten und bestbezahltesten Mitarbeiter in allen ÖVP-Kabinetten. Diese stehende Armee von Presseleuten ist es auch, die die österreichische Medienlandschaft dazu anleitet, nicht nur nicht vom Glauben an den Messias abzukommen, sondern im Gegenteil, die frohe Botschaft auch noch regelmäßig zu verkünden. Die Beruhigungsspielle namens COVID19-Hilfspaket für die Medien hat natürlich das Ihre zur Gefügigkeit für die neue Normalität der ÖVP beigetragen. Die vierte Gewalt im Staat hat es mit unglaublicher Geschwindigkeit geschafft, das vielleicht dort und da noch vorhandene Maß an kritischem Journalismus ad acta zu legen und die Kurz-Doktrin zur Verängstigung von Bürgern voll umzusetzen. Wenn der Vergleich mit dem Zustand der Presse im Dritten Reich gezogen wird, mag das zwar vielleicht etwas übertrieben sein, der Mörtel dieser Zeit war aber trotzdem auch die kollektive Angst. Damals wurden kritische Geister deportiert und im besten Fall jahrelang hinter Gitter gebracht. Heute läuft das, der Zeit angepasst, anders. Menschen, Wissenschaftler oder Ärzte, die sich gegen die Mainstreammeinung in Sachen Corona stellen, werden als „Corona-Leugner“ stigmatisiert und sogleich auch gesellschaftlich an den Rand gestellt. Im Bereich der Wissenschaft wird sofort die Kompetenz in Frage gestellt, mit Entzug der Berufsberechtigung und damit der Existenzgrundlage gedroht. Die gleiche Vorgehensweise gibt es auch im öffentlichen Bereich. Für pflichtbewusste Beamte, die es wagen, Corona-Dogmen zu hinterfragen, ist die Suspendierung noch das gelindeste Mittel, das zu

Gebote steht, wie man etwa an einem Beispiel im deutschen Innenministerium sehen kann.

Der vor allem in Bezug auf rechtskonservative Politiker einst kritische und investigative Journalismus hat sich zum Höhepunkt der COVID19-Krise als handzahn und zahnlos erwiesen. Ich möchte es drastischer formulieren: Er hat versagt und war Beitragstäter dafür, Grund- und Freiheitsrechte in einem Ausmaß zu beschneiden, wie das noch am Beginn des Jahres niemand für möglich gehalten hätte. Erst jetzt, nachdem Kanzler Kurz und seine Angstdoktrin durch ein an die Öffentlichkeit gelangtes Ministerratsprotokoll aufgefliegen sind, gehen auch Mainstreammedien vereinzelt den Weg der alternativen Medien und beginnen, Dinge kritisch zu hinterfragen.

Das Ausmaß der von der ÖVP mutwillig verursachten Wirtschaftskrise wird uns Ende des Sommers bzw. im Herbst voll treffen. Bis dahin wird wohl auch dem letzten Redakteur dämmern, dass es kein zweites ÖVP-Medienhilfspaket mehr geben wird und sich das echte Leben nicht in der Twitterblase, sondern in der harten Realität abspielt. Was ich nicht mehr hören kann, ist die Legende von der vierten Macht im Staat. Dieses Prädikat haben sich in den letzten Monaten nur ganz wenige verdient.

# Corona und das Schocklernen!

## VON OTTO WIDETSCHKE

Univ.-Lektor OSenR LFR Dr. Otto Widetschek ist  
Präsident des Brandschutzforums Austria



Bild: Privat

Im Jahre 1979 wurde der Buch-Bestseller „Das menschliche Dilemma – Zukunft und Lernen“ veröffentlicht. Darin befasste sich der bekannte Club of Rome mit den neuen globalen Gefahren und der Zukunft der Menschheit. Die damalige Erkenntnis: Wir dürfen nicht nur aus der Vergangenheit durch Schock lernen, sondern müssen auch die Gegenwart und die prognostizierte zukünftige Entwicklung in unsere Überlebensstrategien einbeziehen.

Die Zukunftsforscher haben sich schon lange die Frage gestellt, wodurch die Existenz der Menschen auf unserem blauen Planeten ihr Ende finden könnte. Sie haben dabei im Wesentlichen drei Weltuntergangsszenarien gefunden:

**Kosmische Katastrophen:** Hierher gehört beispielsweise der Einschlag eines großen Meteoriten aus dem Weltall oder das Herinbrechen einer neuen Eiszeit.

**Nuklearer Weltkrieg:** Die Selbstvernichtung der Menschheit durch einen Atombombenkrieg mit einer Verwüstung des menschlichen Lebensraums durch Radioaktivität.

**„Superpest“:** Eine weltumspannende Seuche (Pandemie), wobei die Menschheit durch gefährliche Mikroorganismen, wie Bakterien und Viren, ausgerottet wird.

Der Mensch ist jedoch geneigt, derartige Probleme einfach wegzuschieben. Hauptsache, es geht uns gut, wir haben eine gemütliche Wohnung oder ein Haus, ein schnittiges Auto und wir können schon den nächsten Urlaub nach Mallorca oder die Malediven planen. Sicherheit und Gesundheit waren in der Vergangenheit vielfach selbstverständlich, und wir kennen auch Machosprüche wie „Hauptsache, i bin gsund, und mei Frau hat a Arbeit!“.

Nun ist Corona, die derzeit kleinste „Bombe“ mit den größten Auswirkungen, ins Rampenlicht der Öffentlichkeit getreten. Dieses Virus breitet sich rasend aus, weil die Welt durch unsere Reisetätigkeit ein globales Dorf geworden ist. Und weil vor allem unsere westliche Zivilisation immer noch die Zuwachsrate als echten Fortschritt und als das Maß aller Dinge ansieht. Wir leben heute in einer gefährlichen Welt der Superlative und vollführen einen tödlichen Tanz ums legendäre „Goldene Kalb“, wobei die Sicherheit vielfach ein Stiefkind ist.

Er erhielt bereits 1958 den Nobelpreis und war einer der führenden Molekularbiologen und Genetiker in den USA. Die Rede ist von Universitätsprofessor Joshua Lederberg (1925–2008), der immer wieder in seinen Vorträgen vor einer Pandemie gewarnt hat. Er behauptete (Zitat): „Die einzige Bedrohung für die weitere Vorherrschaft des Menschen auf diesem Planeten sind die Viren!“.

Es mag von manchem vielleicht als despektierlich aufgefasst werden, aber in diesem Zusammenhang fällt mir ein so genannter Planetenwitz ein: Treffen sich zwei Planeten im Weltall und reden über ihre Krankheiten. Sagt der eine: „Ich habe seit einiger Zeit Menschen!“. Antwortet der andere: „Das geht vorbei!“.

Im Angesicht der aktuellen Coronakrise, in welcher nun viele Menschen geneigt sind, in eine fatalistische Haltung zu verfallen, müssen wir uns jedoch wieder einmal die Frage nach unserer Lernfähigkeit stellen. Können wir uns es leisten, nur durch Schock zu lernen? Denn bei uns muss immer erst etwas gesche-

hen, damit gehandelt wird. Im Bereich des Katastrophenschutzes agieren wir in der Regel nicht, sondern wir reagieren!

Unsere Sicherheitsphilosophie geht nämlich nach wie vor im Wesentlichen von der Methode des Versuches und des anschließenden Irrtums (trial and error) aus. Mit anderen Worten: Eine Verbesserung der geltenden sicherheitstechnischen Regeln und Vorschriften erfolgt erst nach einer negativen Erfahrung aufgrund eines Schadensfalles. Notwendig wäre dagegen die Erfüllung bestimmter Sicherheitsanforderungen, bereits bevor ein denkbares Ereignis eintritt!

Prävention ist also in allen Bereichen, im Brand-, Katastrophen- und Umweltschutz, das Gebot der Stunde. Diese Erkenntnis sollten wir als Katastrophenschützer unseren auf diesem Planeten verantwortlichen Managern und Politikern jedenfalls ins Stammbuch schreiben. Ja, solange der Schock nicht zu groß ist, können wir noch durch Schaden klug werden. Wenn er jedoch lückenlos die gesamte Menschheit betreffen sollte, wird der zitierte Planetenwitz zur traurigen Realität!

## Das Reichstagsbrand-Syndrom

Eine zeitlose Glosse

### VON WILHELM BRAUNEDER

Em. Univ.-Prof. Dr. Wilhelm Brauneder lehrte Rechtsgeschichte an der Universität Wien und war von 1996 bis 1999 Dritter Präsident des Nationalrates (FPÖ).



Bild: Parlamentsdirektion / Carina Ott

Am vorletzten Februartag 1933 brannte in Berlin das Reichstagsgebäude in einer ohnehin bewegten politischen Zeit: 1932 hatte es zwei Wahlgänge bei der Reichspräsidentenwahl gegeben, Landtagswahlen unter anderem in den größten Ländern Preußen, Bayern und Württemberg, ein Reichskommissar leitete Preußens Geschicke mangels einer vom Landtag unterstützten Regierung, es gab mehrere Notverordnungen des Reichspräsidenten, dreimal Wahlen zum Reichstag, dreimaligen Kanzlerwechsel, schließlich ab Ende Januar 1933 Hitler als Reichskanzler. Und ein Monat danach ging der Reichstag in Flammen auf. Von den Fenstern der Züge der U-Bahn bot sich von deren Hochlage um den Bahnhof Gleisdreieck ein schauriges Bild auf den lodernen Brandherd: beängstigend, bedrohlich. Und sogleich hieß es vor allem seitens der NSDAP: Die Kommunisten waren es. Bereits tags darauf erging die Notverordnung des Reichspräsidenten „zum Schutz von Volk und Staat“, sie schränkte Grundrechte massiv ein, bedrohte auch den Föderalismus, ermöglichte die Verhängung von „Schutzhaft“. Diese Maßnahmen betrafen in allererster Linie Funktionäre und Presse der Kommunisten. Nur eine Woche darauf fanden die freilich seit langem anberaumten Reichstagswahlen statt. Klarer Gewinner die NSDAP. Sie, die zuletzt bei 33,5 Prozent gehalten

hatte, erreichte mit 44 Prozent ihr bisher bestes Ergebnis, gemeinsam mit der national-konservativen „Kampffront Schwarz–Weiß–Rot“ 52 Prozent. Daran kam ein erheblicher Anteil gewiss der Reichstagsbrandpsychose zu. Schon einmal hatte ein spektakulärer Brand für die entsprechenden Propagandisten das staatsbedrohende „linke Gespenst“ an die Wand geworfen: der Brand des Justizpalasts in Wien im Jahre 1927, der allerdings tatsächlich den Höhepunkt eines linken Aufruhrs in Wien gebildet hatte, der aber sowohl durch die besonnene Haltung der Sozialdemokraten und freilich auch das Durchgreifen der Regierung erfolglos blieb.

Zwanzig Tage nach seiner Wahl beschloss der neue Reichstag das Ermächtigungsgesetz „zur Behebung der Not von Volk und Reich“ mit den Stimmen aller Parteien außer den Sozialdemokraten und unter Ausschluss der Kommunisten: die Gesetzgebung ging auf die Reichsregierung über. Ende März und Anfang April 1933 beseitigten mehrere Gesetze den Föderalismus durch Aufhebung der Landtage und des Reichsrats. Mit „Schutz von Volk und Staat“ lässt sich vor ersterem allerlei rechtfertigen: Es muss sich nur genug bedroht fühlen, ihm die Gefahr einprägsam vorgeführt werden. Historisch war dies die stete Gefahr von Links, durch die Sowjetunion von außen, durch ihre Handlanger, die Kommunisten im Inneren und auch durch die anderen Marxisten, die Sozialdemokraten. So ließ sich denn behaupten: Ohne jene und eigentlich auch diese hätte der Reichstag nicht gebrannt. Also schien jede Maßnahme recht: dem Reichspräsidenten der noch nicht von NSDAP-Ministern dominierten Regierung, so gut wie dem gesamten Reichstag einschließlich dem liberalen Theodor Heuss. Grundrechte, Föderalismus, Rechtsstaat galten da bestenfalls als zweitrangig, zumal es im Deutschen Reich keine Grundrechtsgerichtsbarkeit gab. Eine solche existierte damals, 1933/34, in Österreich sehr wohl, als auch hier die Demokratie in ähnlicher Weise nach angeblicher Selbstauflösung des Parlaments mit Ermächtigungsgesetzen begraben wurde. Aber Österreichs Bundes-

regierung hatte Wege gefunden, um den Verfassungsgerichtshof, den vielgepriesenen „Hüter der Verfassung“, erst ignorieren und dann auszuschalten zu können.

Außergewöhnlichen Situationen wohnen offenbar zeit- und gebietslos diese Elemente inne. Die Medien stilisieren sie zur Krise hoch. Als die „1968er-Welle“ verspätet auch an Österreich heranplätscherte, querte ich die Aula der Wiener Universität. Da standen einige Wenige und demonstrierten unter anderem für die Abschaffung des Bundesheeres, darunter einer meiner Freunde, ehemals begeistert, zumindest beeindruckt von Großdeutschlands Wehrmacht. Auf mein erstauntes „Auch du?“ meinte er, in Österreich müsse man Radikales fordern, um nur ein bisschen was zu bewegen“. Und am Abend im Fernsehen sah man diesen „Aufstand an der Universität“: Kopf an Kopf füllten die Demonstranten den Bildschirm – es waren höchstens fünf, die Leere um sie herum sah man nicht. „Gefahr droht“, suggerierte der Bildschirm – die Realität in der Universität hatte ganz anders ausgesehen. Was man aber sieht und entsprechend kommentiert bekommt, glaubt man bereitwilligst. Etwa 1933, dass die Kommunisten in Berlin den Reichstag angezündet, dass sich in Wien das Parlament selbst aufgelöst hätte – hier wie dort nach Interpretation der Regierung und entsprechender Propaganda. Die Medien, soweit von den Regierungen abhängig, etwa finanziell, stießen ins Krisenhorn. Maßnahmen der Regierung schienen notwendig. Hier wie dort wollte man sie dem Parlament nicht zutrauen, offenbar traute es sich deren Erlass auch selbst nicht zu. Ob sie sich vielleicht widersprachen, ob sie gar grundrechtswidrig waren mit ihrer fallweisen Negierung des Gleichheitssatzes, der Freizügigkeit von Person und Vermögen, der Unverhältnismäßigkeit etc. etc. fiel nicht ins Gewicht: Krise ist Krise. Das Verfassungsgericht kann ohnedies nicht prompt agieren. Rasch aber vermag die Regierung zu handeln und sich als Retter in der Not darstellen. Beispielsweise nicht durch ein Gesetz aufgrund einer Regierungs-

vorlage wie in den meisten Fällen, sondern durch eines aufgrund eines Initiativantrages des Parlaments selbst, da in diesem Falle, anders als bei jener, das übliche Begutachtungsverfahren mit Einschaltung unter anderem des Verfassungsdienstes unterbleibt.

Wer sich zum Retter in der Not immer wieder stilisieren lässt, heimst entsprechende Früchte ein. Wie gesagt, nach dem Reichstagsbrand erreichte die NSDAP ihr bisheriges Spitzenergebnis von 44 Prozent! Und Dollfuß nahm in Anspruch, Österreich vor der linken Gefahr befreit zu haben. Einen derartigen Erfolg konnte er zwar mangels Wahlen nicht verbuchen, doch lohnten es ihm seine Anhänger nach seinem tragischen Tod mit Dollfuß-Kapellen und Dollfuß-Marterln. Und ebenso stieg Umfragen gemäß der potenzielle Stimmenanteil der beiden österreichischen Regierungsparteien an, in einem Fall weit über die 40-Prozent-Marke! Wie auch immer Regierungen in Krisen handeln, gilt für sie eben das Gleiche wie für die Militärfarrer im Krieg. Befragt, warum denn trotz ihres Betens auf beiden Seiten der Front so viele Soldaten fallen, wissen sie auch die Antwort: Es gäbe noch wesentlich mehr Tote, wenn sie nicht beten würden! Und „das Volk“? Wie der Stau auf der Fahrt in den und aus dem Urlaub zu einem Wesensteil desselben gehört, so in einer Krise das Aufsichnehmen von allerlei Beschwerden: Das Ertragen derartiger Leiden stärkt das Selbstwertgefühl.

Überdies wird es leichter ertragen, da es einen ja in Gemeinschaft trifft: Alle leiden und dulden. Allerdings darf sich davon auch keiner drücken. Wie im ehemaligen Berlin/Ost ein kurz in einem Parkverbot anhaltender „Wessi“ von einem Bürger der „DDR“ ermahnt wurde: „Hier bei uns nicht!“ Oder man im Kurpark zu Reichenau an der Rax von einer einsamen Passantin, die gehorsam stolz ihren Mundschutz trägt, böse Blicke aus einigen Metern Entfernung erntet, weil man keinen solchen trägt. Sicher ist sicher, auch wenn dieser Bazillus nicht durch die Luft übertragen wird. Schon dem Humanisten Erasmus von Rotterdam war

um 1500 klar, dass nicht nur ein Herrscher, der ohne Gesetze regiert, ein Tyrann sei, sondern ebenso jener, der mittels so vieler oder so unklarer oder so nebulos verlautbarter Gesetze herrscht, so dass sie niemand kennen kann und daher in steter Angst lebt, sich falsch zu verhalten. Der sozusagen auch dann, um bei dem „DDR“-Beispiel zu bleiben, in einer der Straßen im ehemaligen Berlin/Ost nicht parkt, obwohl es gar kein Parkverbot gibt. Nicht nur Geld regiert die Welt, sondern mit wohl viel größerer Breitenwirkung das Angstsyndrom.



## WELTWIRTSCHAFTSKRISE DURCH VIRENBEFALL

---

## Corona: Folgt eine Wirtschaftspandemie?

VON GERHARD PICHLER

Mag. Gerhard Pichler ist Steuerberater und  
Wirtschaftsprüfer sowie ECA-Präsident.



Bild: ZF-Archiv

Am 10. März 2020 verkündete Sebastian Kurz, dass „Österreich auf Minimalbetrieb heruntergefahren wird“. Ungefähr zwei Wochen nach diesem Shutdown befasste ich mich in einem Gastkommentar in der *Zur Zeit* mit den zu befürchtenden wirtschaftlichen Folgen. Die damals nur verbalen und vollmündigen Versprechen der Regierung, dass in dieser Krise niemand zurückgelassen werden würde, entpuppten sich sehr bald als leere Versprechungen. Die angekündigten Hilfspakete über 38 Mrd. Euro wurden und werden so bürokratisch verwaltet, dass die um ihre wirtschaftliche Existenz kämpfenden Unternehmer (vor allem Ein-Personen-Unternehmen und Klein- und Mittelbetriebe) bisher aus dem als Soforthilfe für März konzipierten „Härtefallfond 1. Phase“ frühestens Mitte April 2020 einen Notgroschen zwischen EUR 500,- und EUR 1.000,- erhalten haben. Insgesamt können aus dem Härtefallfonds 1. und 2. Phase EUR 6.000,- für drei Monate beantragt werden, wobei nach den bisherigen Erfahrungen durchschnittlich EUR 3.000,- zu erwarten sind. Die Anträge nach dem Corona-Hilfsfonds (Fixkostenzuschüsse u.a.) können überhaupt erst ab dem 20. Mai 2020 beantragt werden.

Die diesen Hilfsfonds zugrundeliegenden Richtlinien sind so bürokratisch und voll von versteckten Fallen, dass etliche Un-

ternehmer entweder die Anträge gar nicht mehr stellen oder mit nennenswerten Zahlungen erst in den Sommer- und Herbstmonaten rechnen können. Ähnlich verhält es sich mit den Kurzarbeitshilfen, von denen bei budgetierten EUR 10 Mrd. bis 20. Mai 2020 erst rund EUR 500 Mio. bzw. 2 % der versprochenen Summen ausbezahlt wurden.

Auch hier sind die bürokratischen Hürden dermaßen hoch, dass selbst versierte Personalverrechner Stunden brauchen, um die Anträge einzubringen und in der Folge die Kurzarbeit abzurechnen. Dies unter dem Aspekt, dass die Lohnzahlungen und die Lohnnebenkosten von den Unternehmen mindestens 3 Monate vorzufinanzieren sind. In der Folge wurden und werden weitere Hilfsfonds (Gastwirtepaket, Kulturpaket, Hilfe für Vermieter u.a.) angekündigt und die entsprechenden Richtlinien versprochen. Vom gesamten, als größte Hilfsaktion der 2. Republik angekündigten Hilfspaket in Höhe von EUR 38. Mrd. entfallen rund EUR 15 Mrd. auf Härte- und

Notfallfonds, EUR 10 Mrd. auf Kurzarbeit und EUR 0,5 Mrd. auf die Gastwirte. Der Rest von rund EUR 13,5 Mrd. betrifft Steuer- und Abgabenstundungen sowie Garantien für Überbrückungskredite. Abgesehen davon, dass die gestundeten Steuern und Abgaben bis Ende des Jahres von den Unternehmen zu begleichen sind, hakt es bei den Überbrückungskrediten trotz Garantien.

Auf Grund von Basel III bestehen die kreditgewährenden Banken trotz bis zu einer 100%igen Staatshaftung auf einer Bonitätsprüfung samt exakter Liquiditäts- und Rentabilitätsprognose für die Jahre 2020 bis 2024. Wie sollte ein Unternehmer bzw. dessen beauftragter Steuerberater eine belastbare Prognose erstellen, wenn selbst die Wirtschaftsforscher die Auswirkungen der Krise für 2020 und 2021 nicht abschätzen können?

Die Regierung bräuchte nur in die Schweiz schauen, wie man wirklich schnell und unbürokratisch hilft. Dort wurden lediglich die Umsätze der vergleichbaren Monate des Vorjahres herangezo-

gen und innerhalb von 24 Stunden 80 % des Umsatzverlustes vergütet. Warum für diese Hilfsfonds in Österreich die Wirtschaftskammer mit der Abwicklung beauftragt wurde, ist vollkommen unverständlich. Das Finanzamt kennt genau die Umsätze der einzelnen Monate, sodass nach dem Schweizer Modell die Hilfszahlungen unbürokratisch und schnell ausbezahlt werden könnten.

Selbst hohe Kammerfunktionäre bedanken sich auf Grund der unzähligen Beschwerden ihrer Mitglieder für dieses „Danaergeschenk“. Die auch in der Schweiz mit Staatsgarantien behafteten Überbrückungskredite werden binnen einer Woche zugeteilt. Die Kosten der Kurzarbeit werden ebenfalls innerhalb kürzester Zeit zumindest akontiert. Es wäre für eine unerfahrene Regierung keine Schande, sich beim Nachbarn deren Hilfsmaßnahmen abzuschauen, statt hunderte Seiten komplizierter Richtlinien für die Inanspruchnahme der Hilfsmaßnahmen zu produzieren.

Eine einfache, jedoch treffsichere Methode zur Unterstützung der arge gebeutelten Unternehmer wäre die Einführung eines Verlustrücktrages. Dadurch könnten die Ergebnisse des guten Wirtschaftsjahres 2019 mit den katastrophalen Ergebnissen des Krisenjahres 2020 geglättet werden. Deutschland und andere Länder haben diese Möglichkeit bereits gesetzlich eingeführt.

Ende März 2020 gingen WIFO und IHS von einem Rückgang der Wirtschaftsleistung von 2–2,5 % aus, wohingegen ich zu diesem Zeitpunkt bereits von 6,5 % ausging. Mittlerweile rechnet die EU-Kommission mit einem Schrumpfen der Wirtschaft zwischen 6,5 und 10 % und schnürt gewaltige Euro-Hilfen in Billionenhöhe. Dass dies zu einer Vergemeinschaftung der Schulden im EURO-Raum führt, wird nicht einmal von den glühendsten EU-Befürwortern bestritten. Die EURO-Länder werden auf einem Schuldenberg von rund EUR 12–15 Billionen sitzen, wovon rund 70 % auf die Länder Italien, Frankreich, Spanien, Portugal und Griechenland entfallen werden. Für Österreich bedeutet dies nicht nur eine Erhöhung seiner Haftungen für diverse Euro-Ret-

tungsschirme, sondern auch höhere EU-Beiträge. Allein für die europäische Kurzarbeitshilfe „Sure“ in Höhe von EUR 100 Mrd. wird Österreich mit hunderten Millionen haften, obwohl Österreich diese Hilfe nicht in Anspruch nehmen wird. Die Idee der Kommission ist, dieses „Sure-Programm“ durch Kreditaufnahme auf dem freien Kapitalmarkt zu finanzieren und mit den künftigen EU Budgets zu besichern.

Das erklärte Ziel der Bundesregierung, den österreichischen Beitrag zum EU-Budget auf 1 % der Wirtschaftsleistung zu begrenzen, ist daher bereits heute obsolet. Das am 15. Mai 2020 im Budgetausschuss des Nationalrats beschlossene „Krisen-Budget“ geht von Einnahmen in Höhe von EUR 81,8 Mrd. und Ausgaben von EUR 82,4 Mrd., also einem Defizit von nur EUR 0,6 Mrd. aus. Darüber hinaus soll jedoch der Finanzminister mit einem „Ermächtigungsgesetz“ befugt werden, das Budget um bis zu EUR 28 Mrd. zu überschreiten. Bei einem erwarteten Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Höhe von zuletzt rund EUR 380 Mrd. auf rund EUR 350 Mrd., bei erhöhten Kosten für die Krise und verminderten Steuer- und Abgabeneinnahmen erscheint selbst dieses „Horrorbudget“ noch optimistisch. Es ist zu befürchten, dass das Defizit auf 9–10 % des BIP und die Staatsverschuldung auf rund 85–90 % steigt. So schlechte Zahlen hat es in der gesamten 2. Republik noch nie gegeben; selbst der als Schuldenkanzler verschriene Bruno Kreisky mit seiner „deficit spending-Politik“ hat dies nicht geschafft.

Viele Bürger fragen sich zu Recht, wer diese enorme Schuldenlast tragen wird. Im Vergleich zu anderen EU-Staaten kann sich Österreich trotz hoher Verschuldung immer noch günstig und langfristig finanzieren. Durch die seit Jahren praktizierte „Nullzinspolitik“ hat sich Österreich in den letzten sechs Jahren rund EUR 63 Mrd. an Zinsen erspart. Aus Sicht der Ökonomen ist daher auf Grund des niedrigen Zinses der zusätzliche Schuldenberg zu stemmen, falls sich die Wirtschaft bereits im 2. Halbjahr erholt

und 2021 überproportional steigt. Dies ist allerdings mehr als fraglich. Vielmehr ist davon auszugehen, dass die Bewältigung der Krise sich bis zum Jahr 2022 oder 2023 ziehen wird.

Die EZB setzt weiterhin auf eine Inflationsrate von mindestens 2 % p.a. und hofft, dass sich bei nahezu null Zinsen die Schulden bei genügend langer Finanzierungsdauer „quasi von selbst“ finanzieren. Dass dies zu einer stillen Enteignung der Sparer und somit zu einer schleichenden Verarmung der österreichischen Durchschnittsbürger führt, wird sorgsam verschwiegen.

Im Anschluss an diese Krise wird außerdem ein gigantisches Konjunkturpaket erforderlich sein, um die Wirtschaft anzukurbeln und damit die Einnahmen aus Steuern- und Abgaben zu erhöhen. Die von linken Wirtschaftsutopisten propagierte Wirtschafts- und Steuerpolitik (Reichensteuern, Solidaritätsabgaben, Re-Regionalisierung, Klimarettung u.v.a.m.) wäre Gift für die Wirtschaft.

Die Vertreter von Attac und anderen Linken glauben, dass die Vermögenden und Multimillionäre wie weiland Dagobert Duck ihr „Gold“ im Geldspeicher hätten, aus dem beliebig viel entnommen werden könnte. Wahr ist vielmehr, dass diese Vermögen veranlagt sind – im Wesentlichen in Wirtschaftsunternehmen – und hohe Ausschüttungen deren Eigenkapital verringern und somit die Unternehmenswerte stark reduzieren würden.

Niedrige Unternehmenswerte würden somit zwangsläufig zu niedrigeren Gewinnen, geringeren Investitionen und zuletzt zu Verlusten von Arbeitsplätzen führen. Auch die Re-Regionalisierung klingt auf den ersten Blick durchaus vernünftig und erstrebenswert. In der Corona-Krise machte sich die Abhängigkeit von den asiatischen Märkten bei Schutzausrüstungen wie Mund-Nasen-Schutz, medizinischen Masken, Schutzkleidung etc. sowie bei Medikamenten negativ bemerkbar. Zu Recht ist man empört, dass so einfache Dinge wie Masken oder auch einfache und erprobte Medikamente nicht mehr in Österreich oder in Europa

produziert werden. Was würde jedoch bei einer Rückholung dieser Produktionen nach Österreich passieren?

Es würden sich die Preise empfindlich erhöhen! Sogar mit den Grundrechnungsarten kann man nachvollziehen, dass die Produktionskosten bei einer Stückzahl von 50 Mrd. Pillen in Asien um ein Vielfaches geringer sind als bei 5. Mio. Pillen in Österreich. Wir haben in Europa noch sehr günstige Medikamentenpreise. Bei einer Produktion in Österreich müsste die Stückzahl an den österreichischen Bedarf angepasst werden. Die dadurch verursachten Mehrkosten müssten daher die österreichischen Patienten durch höhere Selbstbehalte bezahlen oder die Gesundheitskassen, was deren Verluste weiter erhöhen würde.

Diese Beispiele ließen sich beliebig lange fortsetzen. Bei unserer hohen Exportabhängigkeit ist eine globale Wirtschaft ein „Muss“ – wenn auch mit

Einschränkungen! Hätte man diese katastrophalen wirtschaftlichen Auswirkungen durch die Corona- Krise vermeiden können?

Bereits Ende März sank die Zahl der Infizierten in Österreich auf das Niveau von Mitte Mai. In diesem Zusammenhang sind auch die in dem neuen Buch „Bereit für das nächste Mal“ von drei Kärntner Spitzenmedizinerinnen vertretenen Thesen interessant. Die Primare und Klinikvorstände Rudolf Likar, Georg Pinter und Herbert Janig bezeichnen ihre Arbeiten selbst als „Therapie gegen die Auswüchse der Coronakrise“. Als Ärzte wussten sie, dass Corona kein Killervirus ist und der Weltuntergang bis auf weiteres verschoben wird. Zu Beginn hatte man noch wenig Wissen über dieses Virus und sah nur die schrecklichen Bilder aus Italien. Allerdings seien diese „Informationen“ nie in Relation gesetzt worden, sodass im Hintergrund eine große Rat- und Planlosigkeit geherrscht habe.

Von der Regierung sei eine Kampf- und Kriegsrhetorik verwendet worden, um damit Angst zu verbreiten. Angst sei jedoch be-

sonders in Krisenzeiten kein guter Ratgeber. Von den unzähligen Kriegsschauplätzen seien noch nie so viele Särge gezeigt worden wie im „Corona-Fernsehen“. Leider hat unsere Bundesregierung zumindest in der ersten Phase der Coronakrise nahezu ausschließlich auf Virologen, Epidemiologen und Mathematiker gehört, sodass die Gefahr von 120.000 Toten in Österreich verkündet werden konnte. Mittlerweile hat sich die Erkenntnis – auch bei den politischen Beobachtern – durchgesetzt, dass diese Vorhersagen nicht evidenzbasiert erfolgten. Seit den ersten Lockerungen am Dienstag nach Ostern blieb der sogenannte R-Faktor beständig bei unter 1, d.h., dass die Zahl der Genesenen höher war als die der Neuinfizierten. Es wäre daher durchaus möglich gewesen, die Wirtschaft bereits zwei Wochen früher wieder hochzufahren und die Dauer des „Shutdowns“ entsprechend zu verkürzen.

Bei einer Schrumpfung der Wirtschaftsleistung in Höhe von rund EUR 2 Mrd. pro Woche hätte man sich bei einer Dauer von vier statt zehn Wochen viele Milliarden ersparen können. Auch wenn ich als Kollege von Ex-Finanzminister Androsch nicht immer mit dessen politischen und vor allem moralischen Entscheidungen einverstanden war, muss ich mich seiner Beurteilung unserer Regierung anschließen:

„Es ist leicht, eine Wirtschaft an die Wand zu fahren. Um diese jedoch wieder hochzufahren, braucht es Expertise, über die diese jungen Minister leider nicht verfügen“. Auf die Frage, was er von Kurz und Blümel halte, antwortete er lapidar: „Die können es nicht!“

Dem ist nichts hinzuzufügen!

# Katastrophe für Österreich

VON WALTER TRIBUTSCH

Mag. Walter Tribusch ist seit 30 Jahren im Medienbereich tätig, aktuell verantwortlicher Wirtschaftsredakteur des Wochenmagazins *ZurZeit*.



Bild: ZF-Archiv

Wenn der möglichst rasche, wirtschaftliche Wiederaufbau für eine Branche besonders wichtig ist, dann ist es der Fremdenverkehr mit allen angeschlossenen Rand- und Teilbereichen. Gemeint sind damit neben der Hotellerie die Gastronomie, Veranstaltungen, das Geschäft rund um Sehenswürdigkeiten u. v. a. mehr, nicht zuletzt die spezifische Freizeitindustrie. Aus dieser Branche kamen die ersten Corona-Infizierten, jene mittlerweile berüchtigten Tiroler und auch Vorarlberger Skihochburgen um Ischgl, Sölden Schrunz, Zürs, Lech oder St. Anton, wo die letzten Wochen der ausklingenden Wintersaison noch einmal ausgenutzt werden sollten, um ein letztes Mal so richtig „abzufeiern“ auf der einen Seite und um „abzucashen“ auf der anderen.

Dass man in diesem Stadium anders hätte vorgehen müssen, wussten die politisch Verantwortlichen der jeweiligen schwarz-grünen Landesregierungen um Markus Wallner und vor allem Günther Platter ganz genau. Allein sie nahmen die Bedrohung der Verseuchung nicht ernst genug, um dem Drängen ihrer Freunde aus den lokalen Tourismusregionen nicht nachzugeben. In diesen Branchen wird aber auch der wirtschaftliche Schaden langfristig wohl am größten sein. Die Wintersaison ist zwar noch halbwegs über die Runden gebracht worden, aber davon allein können die

wenigsten Betriebe überleben. Das Wirtschaftsjahr hat auch eine Sommersaison und die in der Zwischenzeit immer bedeutender geworden als die Nebensaisonen im Herbst und im Frühjahr. Und der nächste Winter kommt bestimmt. Und da sollte es schon sehr verwundern, müsste man nicht mit kräftigen Buchungsrückgängen rechnen. Der Imageschaden, den die Politiker in den betroffenen Ländern zugelassen haben, ist gigantisch und für die nächsten Jahre prägend. Aber nicht nur Tirol und Vorarlberg werden darunter zu leiden haben, sondern überhaupt der Tourismus in Österreich als solcher. Noch schlimmer wird es nur noch Italien treffen, ein Land, das noch mehr mit dem Fremdenverkehr als schwerwiegendem Wirtschaftsfaktor rechnet als Österreich. Neben dem katastrophalen Verlauf der Infektion bei unserem südlichen Nachbarn, aber auch in Spanien sind es die generellen Reisebeschränkungen, die genauso ihre Spuren hinterlassen. Die Reisefreudigkeit hat durch Corona einen gewaltigen Dämpfer abbekommen, schließlich will sich niemand allzu weit aus dem heimatlichen Hafen wagen, wenn der Seegang ungewiss ist und man unter Umständen auf die Sicherheit haben möchte, jederzeit auf die gewohnte und bekannte medizinische Versorgung zurückgreifen zu können. Das gilt natürlich nicht nur für Österreicher, sondern vor allem auch für unsere wichtigste Gästegruppe, die Bundesdeutschen. Auch wenn in den letzten Jahren rund drei Viertel der Übernachtungen im Tourismusgewerbe von ausländischen Gästen gebucht waren, wird die österreichische Fremdenverkehrswirtschaft gut beraten sein, erst einmal auf den Inlandsgast zu setzen. Schließlich ist man hinsichtlich der Lockungsmaßnahmen im Tourismus selbst innerhalb der Regierung uneins. Während die ÖVP auf eine Öffnung für bundesdeutsche Touristen im Sommer drängt, stehen die Grünen diesbezüglich auf der Bremse. Wir hatten einmal die Fremdenverkehrswerbung darauf ausgerichtet: „Österreich ist schön, komm bleib“ war damals, vor gut 40 Jahren, das Motto. Soweit wird die Fremdenver-

kehrswirtschaft auch trotz der Corona-Krise und ihrer Auslandsorientierung wohl nicht zurückgeworfen werden, einige Jahre aber sehr wohl. Es wird sehr darauf ankommen, wie schnell es gelingt, wieder, wenn auch „schaumgebremst“, Normalität einkehren zu lassen.

Ab Mitte Mai soll die Branche wieder stufenweise „hochgefahren werden“, wie das die zuständige Ministerin Elisabeth Köstinger angekündigt hat. Sie betonte, dass sich Österreich, Europa und die Welt auf „massive Einschränkungen der Reisefreiheit einstellen“ werden müssen. „Niemand kann sagen, wie sich die Situation in Europa und der Welt weiter entwickeln wird.“ Wichtig wird auch noch sein, inwieweit nach dem „stufenweisen Hochfahren“ die Nutzung der touristischen Einrichtungen durch entsprechende Einschränkungen beeinträchtigt wird. Solche wurden von Köstinger ebenfalls angekündigt, zumindest solange, „bis wir einen Impfstoff zur Verfügung haben, mit dem wir das Virus bekämpfen können“, so die Ministerin. Die Gesundheit der Menschen gehe bei allen Entscheidungen vor. Dabei geht es etwa um das Einhalten von Sitzabständen, Maskenpflicht auch in Innenräumen oder die Verfügungstellung von Desinfektionsmitteln an Ein- und Ausgängen – eben eine konsequente Einhaltung bereits bekannter Regeln.

Dafür werden wohl die meisten Verständnis haben, ebenso für den Fall,

dass Teile der Einrichtung in der Freizeitindustrie überhaupt nicht genutzt werden können. Wie zum Beispiel jene, die auf „Gruppenerlebnis“ ausgerichtet sind, oder jene aus dem Unterhaltungsbereich, die mit klassischen Bühne-Zuschauer-Bereichen arbeiten. Dazu gehören natürlich auch Freiluftkonzerte oder Sportveranstaltungen in Stadien. Abhilfe könnte hier von den modernen Medien, dem Internet oder den klassischen Fernsehstationen geschaffen werden. Voraussetzung dafür wäre allerdings ein flexibler und schnell funktionierender Umgang mit den

jeweiligen rechtlichen Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel den mittlerweile langfristig vergebenen Übertragungsrechten. Und das wiederum bringt uns in die globalen Verstrickungen der Weltwirtschaft. Die weltweite Rezession ist praktisch unvermeidbar. Wir sind es gewohnt, unsere Güter des täglichen Bedarfs, viel mehr aber noch gehobene Gebrauchs- und Luxusartikel aus aller Herren Länder zu beziehen, ohne lange darüber nachzudenken, wie die Verfügbarkeit geregelt wurde. Der materielle Warenaustausch hat sich mittlerweile an internationalen Verbindungen orientiert, die über ein vielfältiges Netzwerk an bilateralen und multinationalen Verträgen verbunden sind. Gleiches gilt natürlich auch für immaterielle Geschäfte wie Fernseh- und Verwertungsrechte. Und wir können in diesen Fällen wohl nicht davon ausgehen, dass profitorientierte Konzerne wegen der Viruskrise auch nur einen Zentimeter von ihren Geldscheffelmöglichkeiten zurücktreten. Natürlich könnte ein Großteil der Verluste von Veranstaltern und Vereinen aufgefangen werden, würde das Fernsehen vermehrt „Geisterspiele“ diverser Sportveranstaltungen im Fußball, Tennis oder anderen Sportarten übertragen. Dazu müssten aber kostenpflichtige Fernsehveranstalter, die die Rechte auf diese Übertragungen haben, zumindest Sublizenzen vergeben. In manchen Fällen wird es diesbezüglich wohl zu Einigungen kommen, in der Vielzahl vor allem der weniger zugkräftigen Veranstaltungen wird aber das Geld fehlen, um zu den Übertragungsrechten zu kommen.

Die Welthandelsorganisation (WTO) befürchtet wegen der Coronavirus-Pandemie die „schlimmste Rezession zu Lebzeiten“ weltweit. Die Zahlen seien „hässlich“, wie WTO-Chef Roberto Azevêdo bekanntgab. Der weltweite Handel könnte nach WTO-Prognosen um bis zu einem Drittel einbrechen.

Es wird erwartet, dass „der Welthandel im Jahr 2020 zwischen 13 Prozent und 32 Prozent zurückgehen wird, da die COVID-19-Pandemie die normale Wirtschaftstätigkeit und das Leben auf

der ganzen Welt stört“, hieß es in der Erklärung. Dabei hat der weltweite Handel bereits 2019 zu schwächeln begonnen. Schuld daran war vor allem die Politik. Dafür ist der Handelskrieg zwischen China und den USA ebenso verantwortlich wie es auch die wechselseitigen Strafzölle von EU und den USA, aber auch die sinnwidrigen Sanktionen gegen Russland und die vertragswidrige Wiedereinführung des Embargos gegen den Iran sind.

Für die Eurozone gibt es bereits konkrete Zahlen. Im ersten Quartal 2020 ist die Wirtschaft laut dem Münchner Ifo Institut um 2,3 Prozent geschrumpft. Und das, obwohl in den meisten Ländern die einschränkenden Maßnahmen erst Mitte bis Ende März, also erst in den letzten zwei Wochen des Quartals, eingesetzt haben. Bis zum Juni soll diese Zahl noch auf 10,5 Prozent anwachsen. Für das Gesamtjahr 2020 gibt es eine Reihe teils stark abweichender Vorschauen, allerdings glaubt praktisch niemand an bessere Werte als an eine Rezession von -7 bis -8 Prozent in der Eurozone.

Besonders hart wird es Italien und Spanien treffen, die beiden Länder mit den schlimmsten medizinischen Daten der Corona-Pandemie. Sie müssen laut Berechnung des Internationalen Währungsfonds (IWF) mit Rückgängen der Wirtschaftsleistung im Ausmaß von 9,1 Prozent bzw. 8,0 Prozent rechnen. Diese Länder sind nicht nur wegen der zu erwartenden hohen Einbußen im Tourismus betroffen, sondern haben darüber hinaus auch noch die höchste Staatsverschuldung. Das heißt, ihre Möglichkeiten, die substanzielle konjunkturelle Wiederbelebung zu finanzieren, sind äußerst eingeschränkt. Für Österreich sieht es etwas besser aus. Der IWF erwartet hier einen Rückgang des BIP um 7 Prozent. Das ist deutlich pessimistischer, als die österreichischen Wirtschaftsforscher noch Ende März angenommen hatten. IHS (-2 Prozent), WIFO (-2,5 Prozent) und OeNB (-3,2 Prozent) lagen mit ihren Einschätzungen da nicht einmal bei der Hälfte. 2021 geht es wieder bergauf.

Nichtsdestoweniger soll es im nächsten Jahr wieder bergauf gehen. Die Eurozone soll sich laut IWF mit einem Plus von 4,7 Prozent wieder kräftig erholen. Wenn, ja, wenn uns das Virus nicht noch ein zweites Mal heimsucht und die jetzige Pandemie den erwarteten ausklingenden Verlauf nimmt. Weitere Wellen werden allerdings von den meisten Virologen erwartet. Angeblich solange, bis es einen wirksamen Impfstoff gibt, der flächendeckend eingesetzt werden kann. Naja. Weltweit soll die Wirtschaft sogar um 5,8 Prozent wachsen – unter den angesprochenen Voraussetzungen selbstverständlich. Ausschlaggebend für den erhofften Aufschwung sind in erster Linie wohl Ersatzkäufe, die bereits in diesem Jahr einsetzen werden und auch im nächsten anhalten sollen. Unterstützt wird die wirtschaftliche Erholung durch die jeweiligen nationalen und auch internationalen Hilfsprogramme.

Österreich will beispielsweise 38 Milliarden Euro einsetzen, um möglichst vielen zu helfen, Bürgern, vor allem aber Wirtschaftsbetrieben, die mit kräftigen Einkommensausfällen zu rechnen haben. Von Kurzarbeitsregelungen, Steuerstundungen, Haftungsübernahmen für Kredite bis zu Nothilfefonds, die Geld direkt an Bedürftige auszahlen, geht da die Bandbreite. Die veranschlagten 38 Milliarden werden da sicher nicht ausreichen. Schon jetzt mussten bei einzelnen „Töpfen“ nachgebessert, ja sogar verdoppelt werden. Und auch das wird, glaubt man einzelnen Politikern, die ihre gewohnte, von Wahlkämpfen her gewohnte Lizitationspolitik nicht sein lassen können, nicht genug sein. Die EU, die bisher hilflos zugesehen hat, wie das Coronavirus in ihr Einzug gehalten hat, ist dabei, sich nach langem Ringen auf ein 750 Milliarden schweres „Rettungspaket“ zu einigen. Es soll vor allem Italien und Spanien zugutekommen.

Dieser Entscheidung ging zuvor ein Tauziehen zwischen den Finanzministern der Geberländer Deutschland und den Niederlanden auf der einen Seite und den „Südstaaten“ auf der anderen

Seite voran. Vor allem Italien, aber auch andere Staaten wollten sogenannte „Euro- oder Coronabonds“ auflegen. Gemeint sind damit Anleihen, für die alle Staaten des Euroraums solidarisch haften würden. Das hätte bedeutet, dass Holland, Deutschland, aber auch Österreich für Schulden der die Anleihen emittierenden Länder mitgehaftet hätten, unabhängig, ob sie Geld damit selbst aufgenommen hätten oder nicht. Der österreichische Finanzminister Blümel hat sich bei dieser Diskussion „vornehm“ zurückgehalten, obwohl Österreich zu den Gegnern der Schuldeneuropäisierung gerechnet wurde. In Italien sind schließlich schon Stimmen zum Austritt aus der EU laut geworden, und Premierminister Conte hatte vor einem Zerbrechen der EU gewarnt. Die Abwendung der Eurobonds, die letzten Endes durch beherztere Politiker, wie sie die österreichische Regierung stellt, erreicht wurde, konnte vorerst einmal die offensichtliche Schuldenumverteilung verhindern. Durch die Hintertüre ist sie allerdings bereits ein Faktum. Die 500 Milliarden, die über den Eurorettungsschirm (EMS) aufgebracht werden, werden natürlich, wie auch schon im Falle Griechenlands, in erster Linie von den Deutschen gestemmt werden müssen.

Und Gleiches gilt natürlich auch für die weiteren 500 Milliarden, die die EU zusätzlich für den „Wiederaufbau“ verteilen möchte. Dieser „recoveryfund“ soll wirtschaftlich besonders betroffenen Regionen und Ländern zufließen. Und es ist wohl un schwer zu erraten, wo diese liegen werden.

## Intransparenz und Bürokratie

### Der größte Feind für die Unternehmer bei den COVID-19-Maßnahmenpaketen

**VON HUBERT FUCHS**

DDr. Hubert Fuchs ist Steuerberater,  
Abg. z. NR, Finanz- und Budgetsprecher der FPÖ,  
Staatssekretär a. D.



Bild: Parlamentsdirektion / PHOTO SIMONIS

Fast 900.000 Menschen in Kurzarbeit, mehr als 600.000 Arbeitslose (historischer Höchststand seit 1946!) und aus heutiger Sicht ein Budgetdefizit von rund 26 Milliarden Euro (rund das Zehnfache des Landesverteidigungsbudgets!). Die Bundesregierung hat mit den COVID-19-Maßnahmenpaketen in Summe 38 Milliarden Euro Steuergeld für die Unterstützung geschädigter Unternehmen zur Verfügung gestellt. Wird das überhaupt reichen?

Wie viel Geld am Ende nötig sein wird, kann heute seriös niemand sagen, weil es vor allem davon abhängt, wie lange die Einschränkungen des Wirtschaftslebens andauern. Entscheidend ist der Faktor Zeit. Und hier hat die Bundesregierung wertvolle Tage und sogar Wochen liegengelassen. Die wertvolle Zeit, die wir durch eine Straffung der parlamentarischen Prozesse gewonnen haben, hat die Bundesregierung nicht genützt. Wenn die Mitarbeiter gekündigt und die Unternehmen in Konkurs sind, dann braucht es keine Hilfe mehr, dann ist es zu spät. Dass dieser Fall teilweise schon eingetreten ist, zeigen die explodierenden Arbeitslosenzahlen. Auch ist derzeit noch nicht absehbar, wie viele der in Kurzarbeit befindlichen Menschen letzten Endes doch ihre Arbeit verlieren werden. Hauptkritikpunkt an der Vorgangsweise der Regierungsparteien ist, dass mit dem 1. COVID-19-Sammel-



gesetz die Entschädigungsbestimmungen des Epidemiegesetzes außer Kraft gesetzt wurden. Dies hat insbesondere für die vielen Ein-Personen-Unternehmen und die vielen Klein- bzw. Kleinstunternehmen massive Nachteile. Diese Unternehmer haben durch die Nichtanwendbarkeit des Epidemiegesetzes nunmehr keinen Rechtsanspruch auf Schadenersatz, sondern werden zu Bittstellern und Almosenempfängern degradiert. Darüber hinaus gibt es nunmehr auch keine finanzielle Gleichbehandlung zwischen großen und kleinen Unternehmen.

Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass die Regierungsparteien mit den COVID-19-Maßnahmenpaketen eine unfassbare Antragsbürokratie geschaffen haben. Es ist z. B. nicht nachvollziehbar, warum der Härtefallfonds von der Wirtschaftskammer Österreich bzw. der Agrarmarkt Austria abgewickelt wird – wo die entsprechenden Strukturen erst geschaffen werden müssen – und nicht durch die Finanzämter. Die Finanzämter haben alle Daten, die es zur Abwicklung des Härtefallfonds braucht, und die Finanzämter haben auch die entsprechende personelle Kapazität. Im Übrigen ist es bedenklich, wenn sensible Steuer- und Sozialversicherungsdaten an die Wirtschaftskammer bzw. AMA weitergegeben werden.

Die Bundesregierung ist noch immer stolz darauf, dass die Finanzämter bisher rund 120.000 Anträge auf Steuerherabsetzung händisch erledigt haben, obwohl man dies auch ex-lege lösen hätte können. Durch eine gesetzliche Lösung, wodurch es zu einer automatischen Anpassung bzw. Streichung der Steuervorauszahlungen gekommen wäre, hätte man den Bediensteten der Finanzämter viel Arbeit und Zeit erspart sowie den Unternehmern die entsprechenden Steuerberatungskosten.

Die mangelnde Transparenz – insbesondere beim Corona-Krisen-Fonds – ist ein weiterer Kritikpunkt. 15 Milliarden Euro Steuergeld wurden dem Finanzministerium entzogen und in eine Finanzierungsagentur-GmbH – die COFAG – verschoben. Dort

werken jetzt ein schwarzer und ein grüner Geschäftsführer, deren Handlungen einer echten parlamentarischen Kontrolle entzogen sind. Hier fordert die FPÖ – gemeinsam mit den anderen Oppositionsparteien – einen parlamentarischen Unterausschuss des Budgetausschusses (COVID-19-Unterausschuss), der mit den entsprechenden Kontrollrechten des Parlaments ausgestattet ist und grundsätzlich auch medienöffentlich tagen soll. Alle budgetrelevanten staatlichen Unterstützungsmaßnahmen würden dadurch einer echten parlamentarischen Kontrolle unterliegen.

Durch alle Unterstützungsmaßnahmen zieht sich die Absicht der Regierungsparteien – insbesondere der ÖVP –, staatlichen Leistungen einen parteipolitischen Stempel aufzudrücken. Die Empfänger sollen wissen, wer ihnen „geholfen“ hat. Das ist ein schamloser Missbrauch der Krise zum Aufbau struktureller Macht und lässt an der Ehrlichkeit der Bemühungen, alle Betroffenen gleichermaßen zu unterstützen, massiv zweifeln.

# Bargeld bedeutet gedruckte Freiheit

Die schleichende Abschaffung des Bargelds  
unter dem Deckmantel der Hygiene?

VON ARNO DELEGESTA

---

Arno Delegesta ist langjähriger Autor  
des Wochenmagazins ZurZeit

Gegen Ende 2019 standen vor den Portalen deutscher Edelmetallhändler die Käufer Schlange. Das ist kein Wunder, da mit Beginn des Jahres 2020 der anonyme Erwerb von Gold auf 2.000 Euro pro Person beschränkt ist. Der Fiskus möchte ab sofort über jede in Privathand befindliche Unze Bescheid wissen. Offizielle Begründung: Kampf gegen das Schwarzgeld. Wahrer Grund: Erlangung der totalen Kontrolle über die letzten anonymen Wertereserven der Bürger. Wer das Wesen von Edelmetall als dem einzig echten Geld begriffen hat, wird sich über diese neuerliche Freiheitseinschränkung durch die Regierung nicht wundern. In den ersten Monaten des Jahres 2020 hält die hohe, durch die Coronakrise bedingte Nachfrage an und treibt den Goldpreis im Euroraum auf ein Allzeithoch.

Nach Fjodor Dostojewski ist Geld geprägte Freiheit. Tatsächlich: Geld ist in einem modernen, arbeitsteiligen System – im Gegensatz zu einer auf Autarkie zielenden Subsistenzwirtschaft – unverzichtbar. Es ist nicht nur erforderlich, um die Kosten des täglichen Lebens zu bestreiten, sondern sein Besitz schafft zudem Möglichkeiten, persönliche Wünsche und Träume zu verwirklichen. Es dient dem „Streben nach Glück“. Geld und sein Gebrauch wurden nicht erfunden. Es ist nicht das Ergebnis des Denkens

und Planens, sondern es wurde „entdeckt“, indem man bestimmte Güter als allseits begehrt erkannte und sie als Tauschmittel für alle möglichen anderen Dinge einzusetzen begann. Eine wesentliche Voraussetzung der Geldfunktion ist daher die allgemeine Akzeptanz eines Gutes und das Vertrauen in seine Werthaltigkeit über den Tag hinaus. Nicht umsonst konnten sich die Edelmetalle Gold und Silber in den verschiedensten Kulturen als Tauschmittel durchsetzen. Die Kaufkraft von Gold hat sich über Jahrtausende erhalten – anders als die des papierenen Fiat-Geldes, wie auch immer sein Name lautet.

Den Herrschenden war stets klar, dass die Kontrolle über das Geldwesen eine wesentliche Säule ihrer Herrschaft darstellt. Die Verfügungsgewalt der Regierungen über das Geld und damit ihre Möglichkeit, seine Umlaufmenge zu manipulieren, bildeten immer wieder Ursachen für Geldverschlechterungen, die schon lange vor der Erfindung des Papiergeldes stattfanden. Leidtragende der Inflationierung einer zum gesetzlichen Zahlungsmittel erklärten Monopolwährung waren stets die Geldhalter, denn jeder neu gedruckte Schein mindert die Kaufkraft der bereits bestehenden. Hyperinflationen und Währungsreformen mit Enteignungscharakter waren und sind daher typisch für das staatliche Geldwesen.

Der prominente und einflussreiche US-Ökonom Kenneth Rogoff, Chefvolkswirt des IWF und umtriebiger Bargeldgegner, ignoriert diese Fakten. Er argumentiert mit der Forderung von Staat und Zentralbanken, negative Zinsen durchsetzen zu wollen. Auf sein zweites Argument, also das Märchen von der „dunklen Seite des Geldes“ (gemeint ist der Gebrauch von Bargeld durch Kriminelle) einzugehen, lohnt sich nicht. „Abusus non tollit usum“ (Der Missbrauch hebt den rechtmäßigen Gebrauch nicht auf), wußte man schon im Rom der Antike. Niemand würde Textilien abschaffen wollen, nur weil Verbrecher ihre Untaten bekleidet auszuführen pflegen. Da man aber nicht daran denkt,

ehrliche Menschen ein paar Krimineller wegen dazu zu zwingen, nackt herumzulaufen, weshalb sollten sie dann auf die Vorteile der Bargeldverwendung verzichten müssen?

„Negative Zinsen“ sind ein den Folterkammern von Planwirtschaftlern entstammendes Phänomen. Sie nutzen – zumindest kurzfristig – dem Staat, der sich damit zum Nulltarif verschulden kann, und schaden privaten Eigentümern von Geldvermögen. Negativzinsen bedeuten einen Zugriff des Währungsmonopolisten auf diese Geldvermögen. Für den Lebensabend angesparte Vorsorgen, wie etwa Erlebensversicherungen, werden damit auf unspektakuläre Weise enteignet.

Die Vorstellung, dass Sparer Schädlinge sind und Konsumorgien den Weg zum kollektiven Wohlstand ebnen, ist, seitdem Maynard Keynes Mitte der 1930er-Jahre seine „General Theory“ veröffentlichte, nicht umzubringen. Dass erhöhter Konsum die Grundlage von mehr Wohlstand schaffen könnte, ist indes ein mit der Logik unvereinbarer Gedanke, da erhöhter Konsum ja eine mögliche Folge zuvor erreichten Wohlstandes, nicht aber seine Ursache ist. Dennoch findet der Gedanke in Kreisen der von ihrer Allmacht überzeugten Ökonomen und Staatenlenkern viele begeisterte Anhänger. Bei dieser Frage geht es nicht etwa um ein „Henne-Ei-Problem“. Denn dass ein Kuchen zunächst gebacken werden muss, ehe man ihn essen kann, dürfte einleuchten. Dass es der Mühsal des Erwerbs der zum Backen nötigen Ressourcen bedarf – die wiederum ein Erwirtschaften der dafür nötigen Mittel voraussetzt – ebenfalls. Reich konsumieren kann man sich nur in Absurdistan.

Da es Rogoff um die Durchsetzung negativer Zinsen zu tun ist, steht ihm das Bargeld im Wege. Die Konteninhaber könnten ja ihre Bankguthaben abziehen, Bargeld zu Hause oder in Bankschließfächern horten und sich so zumindest dieser Spielart fiskalischer Enteignung entziehen. Deshalb muss das Bargeld weg.

Möglich wird dieses unerhörte Ansinnen des Fiskus, weil das staatliche Papiergeldmonopol dazu geführt hat, dass kaum noch

jemand um Entstehung und Wesen des Geldes Bescheid weiß. Geld kommt eben aus der Notenbank, basta. Schlimmer noch: Dass es Geld in Form von Münzen und Scheinen gibt, ist für viele, die gewohnheitsmäßig auch Bagatellbeträge elektronisch bezahlen, bedeutungslos geworden. Das ist deshalb problematisch, weil die Politik dadurch die Möglichkeit erhält, hemmungslos auf rechtmäßig erworbene Vermögensbestände der Bürger zuzugreifen, ohne dabei einen allgemeinen Aufschrei auszulösen. Gäbe es kein virtuelles Geld, wäre ein körperlicher Zugriff erforderlich, dessen sich jeder Betroffene unmittelbar bewusst würde. Die Bürger würden Widerstand leisten und Gegenstrategien entwickeln.

Intrinsisch werthaltiges, also echtes Geld basiert nicht, wie im rezenten Schuldgeldsystem unumgänglich, auf einer schuldrechtlichen Forderung, sondern auf einem sachrechtlichen Realwert. Das ist ein gewaltiger Unterschied. In einem Warengeldsystem bleibt der Übergriff des Steuervogts keinem verborgen, wenn er – nachdem der Steuerpflicht bereits nachgekommen wurde – einen Teil des Eigentums der Bürger an sich reißt. Jeder erkennt diese Anmaßung. Besitzt man aber nur ungedecktes Papier- oder Giralgeld, fällt der Raubzug mittels negativer Zinsen nicht augenblicklich auf.

Negativzinsen sind der Ausdruck eines seinem Wesen nach perversen Planwirtschaftssystems und widersprechen der Natur des Menschen. Diese bewertet die gegenwärtige Verfügungsgewalt über ein Gut nämlich grundsätzlich höher als die künftige, was sich in einem positiven „natürlichen Zins“ ausdrückt.

Geld ist in einer Subsistenzwirtschaft überflüssig. In einem arbeitsteiligen System stellt es „geronnene Arbeit“ dar. Und: Man gelangt nur dann auf nicht kriminelle Weise in seinen Besitz, wenn man ein nachgefragtes Gut dafür hingibt. Das aber fällt nicht vom Himmel. Es bedarf des Einsatzes von Arbeit und Kapital, um auf dem Markt verkäufliche Güter herzustellen. Da es sich bei der Zeit um das einzige auf Erden nicht vermehrbare Gut

handelt, ist die Konfiskation von durch Einsatz von Lebenszeit erstellten Werten eine absolut unentschuld bare, ruchlose Tat.

Dass ein prominenter Ökonom wie Kenneth Rogoff eine Politik propagiert, die offensichtlich private Eigentumsrechte der fiskalischen Willkür opfert, wirft ein grelles Licht auf die Seriosität seiner Zunft. Die Ökonomie wird dieser Tage nicht mehr durch die Suche nach wissenschaftlicher Erkenntnis bestimmt. Sie macht sich vielmehr schamlos zum Werkzeug der Durchsetzung einer politischen Ideologie, nämlich des Geldsozialismus (© Roland Baader).

Es ist, wie die russisch-amerikanische Philosophin und Erfolgsautorin Ayn Rand es in ihrem Gleichnis von der Symbiose Attilas mit dem Geisterbeschwörer beschrieben hat: Die Rolle des unproduktiven und gewalttätigen Kriegsherren spielt heute die Regierung. Den Part des zur Umsetzung ihrer Untaten unentbehrlichen Ideenlieferanten geben, neben intellektuellen, steuerfinanzierten Staatsschranzen, Ökonomen, die auf den Lohnlisten von Regierungen und Zentralbanken stehen.

Wurde die Ökonomie von Thomas Carlyle einst zur „trotstlosen Wissenschaft“ erklärt, bietet sich heute ein noch übleres Bild: Die ökonomische Wissenschaft ist zum willfähigen Handlanger der Regierenden und deren Symbionten in der Finanzindustrie verkommen. Die beiderseits des Atlantiks betriebene Politik der „finanziellen Repression“ zeigt Folgen: Auf der Suche nach Möglichkeiten zum Erhalt der Vermögenssubstanz werden Sparer in Anlagen gezwungen, die weit jenseits ihrer normalen Risikobereitschaft liegen. Blasenbildungen wie im Immobilienbereich oder bei zum Teil dubiosen Wertpapieren sind die Folge – und damit das Risiko schmerzhafter Vermögensverluste.

Die Erwartung, das Geld würde an Kaufkraft verlieren, steigert die Zeitpräferenz, was zu einer Verringerung der Sparneigung und erhöhten Konsumausgaben führt. Im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie geschürte Endzeitbefürchtungen haben

denselben Effekt: konsumiere heute, denn morgen könnte es schon zu spät sein. Nach uns die Sintflut. Da dauerhafter Wohlstand die Existenz eines soliden Kapitalstocks voraussetzt, der aber unter den herrschenden Bedingungen nicht nur nicht aufgestockt, sondern sogar aufgezehrt wird (siehe die pandemiebedingten „Rettungspakete“, die durch wahre Schuldenorgien finanziert werden), sollte man sich hinsichtlich der auf uns zukommenden Entwicklung keiner Illusion hingeben: Der „Peak Wohlstand“ liegt hinter uns. Den Jungen wird es materiell schlechter gehen als der abtretenden Generation der konsumwütigen Babyboomer. Der Begriff „Erbschuld“ erhält dank exzessiven „deficit spendings“ eine völlig neue Bedeutung.

Dass Nomenklatura und Bankenwelt entschlossen auf eine Abschaffung des Bargeldes hinarbeiten, leuchtet ein. Während es der Nomenklatura um eine weitere Ausdehnung ihrer Macht geht – wenn es ihr geraten scheint, kann der Bürger sich dann nicht einmal mehr ein Stück Brot kaufen –, ist es für die Banken und Kreditkartenunternehmen der zusätzlich winkende Umsatz. Schließlich bringt jede einzelne Transaktion den Finanzhäusern Geld. Ein Leben ohne Konto wäre unmöglich. Auch Handelsketten lieben das Plastikgeld, da es ihnen die Möglichkeit bietet, ihre Kunden stärker an sich zu binden. Entsprechend aggressiv wird die Verwendung von Bankomat- und Kreditkarten oder „elektronischen Geldbörsen“ beworben. „Corona“ kommt gerade recht und spielt der Verbreitung von Plastikgeld in die Karten. Mit der unbewiesenen Behauptung, die Verwendung von Papiergeld und Münzen würde einer Übertragung des Virus Vorschub leisten, wird die unbare Zahlung verstärkt propagiert. Darüber, dass damit eine vollständige Kontrolle über sämtliche Transaktionen verbunden ist, macht sich indes kaum jemand Gedanken.

Restlos entzückt über den Vormarsch des elektronischen Geldes ist der Staat. Der greift mit seiner inflationistischen Geldpo-

litik jetzt schon unentwegt auf die Spargroschen der Bürger zu. Allerdings sind ihm dabei Grenzen gesetzt. Immerhin muß ein Vertrauensverlust in die Währung und eine damit verbundene Hyperinflation vermieden werden. Bargeldbestände aber entziehen sich – anders als auf Bankkonten geparktes Giralgeld – weitgehend seinem direkten Zugriff.

Die Kontrolle des Staates über seine Bürger wäre nach der Abschaffung des Bargeldes nahezu total, denn schließlich hinterlässt jede Benutzung von Kredit- oder Bankomatkarten Spuren. Konten einzufrieren oder abzuräumen, ist für den Staat bequemer, als Hausdurchsuchungen vorzunehmen, um unter Matratzen verstecktes Geld zu konfiszieren. Seine treuesten Handlanger – die Geschäftsbanken – stehen bereit, ihm zu helfen. Big Government und big (financial) Business sind nämlich – in schrillum Gegensatz zum Tenor klassenkämpferischer Sonntagsreden stimmenmaximierender Politfunktionäre – stets ein Herz und eine Seele. Konzernbetrieben werden – nicht nur in steuerlicher Hinsicht – Konzessionen gemacht, von denen kleine und mittlere Unternehmen nur träumen können. Denen wird dafür, wie jedem anderen Leistungsträger, unausgesetzt mit unerbittlicher fiskalischer Strenge nachgestellt. Der Lockdown im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie trifft, da vor allem Groß- und Konzernbetriebe die Nutznießer staatlicher Rettungspakete (etwa Anleihekaufprogramme) sind, vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen und wird zu einem unerhörten Konzentrationsprozess und einer Verstaatlichungswelle andererseits führen.

Wer einwendet, er habe nichts zu verbergen und es sei ihm daher egal, ob die Regierung jeden seiner Schritte überwacht, sollte sich einen Moment lang in die Lage eines regierungskritischen Nonkonformisten versetzen. Hätten die Terrorregime des 20. Jahrhunderts über die heute vorhandenen Mittel verfügt, jede Geldbewegung zu kontrollieren oder zu unterbinden, wären die von ihnen produzierten Leichenberge noch um einiges höher

ausgefallen. Viele weitere Menschen wären dann schlicht verhungert.

„Folge stets der Spur des Geldes“, lautet ein Grundsatz der Kriminologie. Er ist auf so gut wie alle Lebensbereiche anzuwenden. Bargeld versetzt – unabhängig vom Gutdünken der Obertanen und Bankster – jedermann jederzeit in die Lage, unkontrollierbare, anonyme Transaktionen vorzunehmen. Das ist gut so. So wie der Käufer eines Ferraris nicht von vornherein der notorischen Schnellfahrrerei verdächtig ist, berechtigt das Eintreten für die Möglichkeit von Barzahlungen nicht zum Generalverdacht gegen jedermann, er könnte krumme Geschäfte abwickeln.

Längst ist es zu spät, den Anfängen zu wehren. Jetzt geht es – bis zum bevorstehenden Kollaps des herrschenden Ponzi-Systems – nur noch um Schadensbegrenzung. „Leben ohne Bargeld“ bedeutet, den in den Regierungsvierteln sitzenden „stationären Banditen“ (© Mancur Olson) auf Gedeih und Verderb ausgeliefert zu sein. Der Besitz von Bargeld dagegen ist ein Ausdruck von Freiheit. Entschlossener Widerstand gegen seine Abschaffung ist daher Bürgerpflicht.

Fazit: Die Existenz von Bargeld bedeutet Freiheit für den Bürger und Kontrollverlust für den Leviathan. Kein Staatsscherge kann – anders als bei elektronischen Zahlungen – dessen Weg nachvollziehen. Es geht um Privatsphäre in einer total überwachten Welt! Das Argument „Wer nichts zu verbergen hat, braucht sich vor keiner Kontrolle zu fürchten“ ist obsolet, sobald man sich ausmalt, was es in Deutschland zwischen 1933 und 1945 bedeutet hätte, wenn der Staat über heute vorhandene Überwachungsmittel verfügt hätte! Meint tatsächlich jemand, daß die Freiheit dieser Tage nicht erneut in Gefahr geraten kann?

Geschichte, so befindet Mark Twain, wiederholt sich zwar nicht, aber sie reimt sich. Eine Abschaffung des Bargeldes würde die Mobilität von Dissidenten und Nonkonformisten radikal einschränken und ihnen nur noch die Wahl zwischen Gefangen-

schaft und Hungertod lassen. Der Weg in den totalitären Staat würde sich damit dramatisch beschleunigen.

Krieg war stets das beste Mittel, um die Macht der Regierung zu vergrößern, die Bürger hinter sich zu scharen und Dissidenten zu Verrätern und damit vogelfrei zu erklären. Der „Krieg gegen das Virus“ bildet da keine Ausnahme. Die Bürger müssen wachsam sein und dürfen nicht zulassen, dass die Pandemie zum Vorwand für eine dauerhafte Einschränkung oder gar Abschaffung der Bürgerrechte führt. Die freie Verfügung über privates Geldvermögen, die wesentlich an die Existenz von Bargeld gebunden ist, gehört dazu. Der Verzicht auf die Verwendung von Plastikgeld ist ein wesentlicher, von jedem einzelnen an seiner Freiheit interessierten Bürger zu leistender Beitrag zum Erhalt des Bargeldes.

## „Keine neue Eurokrise durch Covid-19“

---

Industriellenvereinigung-Chefökonom  
**Dr. Christian Helmenstein** zu den  
Folgen der Coronakrise, dem Wieder-  
aufbau der Wirtschaft und der gesamt-  
europäischen Verschuldung



Bild: iv.at/Kurt Prinz

*Herr Dr. Helmenstein. Das gesellschaftliche Leben kommt nun schön langsam wieder in die Gänge, wie sieht es Ihrer Meinung nach mit der Wirtschaft aus?*

**Helmenstein:** Da ist eine gewisse Phasenverschiebung festzustellen. Am Anfang haben wir rund 600 Millionen Euro benötigt, um den „shut down“ von China zu überleben. Die Antwort musste für drei Kanäle gefunden werden: die Exporte nach China, die Importe aus China und schließlich durch das Ausbleiben von Touristen und Touristinnen aus China. Dann erst kam die Verlagerung des Epizentrums der Covid-19-Epidemie von China nach Europa. Jetzt befinden wir uns in der Akutphase und da haben wir natürlich noch keine Daten, die nachgelagert sind. Die Amerikaner sind bedeutend besser in die Krise eingetreten. Im Moment sind aber die USA das Epizentrum der Krise, und es ist davon auszugehen, dass wir das Schlimmste noch vor uns haben. Denken wir nur an den afrikanischen Kontinent, wo sich die Krise erst zu entwickeln beginnt, oder was wahrscheinlich auch noch in Lateinamerika auf uns zukommen wird. Das heißt, wir bewegen uns auf das Ende der Akutphase in der Europäischen Union hin zu, hin zu einer Phase des Wiederhochfahrens.

Wenn Sie davon sprechen, dass die Reaktion der Wirtschaft bei uns zeitverschoben stattfindet, wie lange müssen wir da noch zu sehen, bis „das Werk“ bei uns wieder zu laufen beginnt?

Helmenstein: Ja, was das Wiederhochfahren anbelangt, müssen wir mit der Periode Mai bis Juni rechnen. Wir führen ein regelmäßiges konjunkturelles „Update“ für Österreich durch. Jetzt haben wir gerade die achte Version errechnet. Da zeigt es sich, dass zumindest 50 Prozent des Schadens von Covid-19 erst in der zweiten Jahreshälfte anfallen wird. 60 Prozent entstehen in der Akut- und Wiederhochfahrphase, und 40 Prozent kommen in der Zeit von Juli bis Dezember dazu. Italien und Deutschland werden nicht so schnell wieder hochfahren können, wie das in Österreich der Fall ist. So erfreulich es auch sein mag, dass wir in Österreich solche Fortschritte machen, so wenig haben wir davon abseits der Binnennachfrage, wenn unsere Haupthandelspartner wie Deutschland, Italien und die USA nicht so schnell wieder hochfahren können. Es sind uns dadurch die Märkte für unsere Zulieferungen und Exporte weitgehend abhandengekommen. Dazu werden wir in der zweiten Jahreshälfte Ausfälle wegen der verstärkt auftretenden Insolvenzen haben. Im Bereich des Einzelhandels oder des Tourismus werden wir die Schadensfälle erst sehen, wenn die derzeit geltenden Erleichterungen und Stundungsmaßnahmen des Staates ausfallen.

*Wenn Sie von regelmäßigen „Updates“ sprechen, lässt sich jetzt schon einigermaßen der Gesamtschaden für Österreich abschätzen?*

Helmenstein: Wir errechnen zurzeit einen gesamtwirtschaftlichen Schaden von 8,7 Prozent unserer Wirtschaftsleistung, die ansonsten für dieses Jahr zu erwarten gewesen wäre. Zieht man die 1,1 Prozent Wachstum ab, die wir vor Covid-19 noch prognostiziert hatten, liegen wir bei einer Rezession von – 7,6 Prozent für dieses Jahr. 40 Prozent davon werden uns länger beschäftigen, zum Beispiel wegen der abgesagten Veranstaltungen im Kultur- und Sportbereich, das wird sich nicht so schnell normalisieren.

Beim Reiseverkehr gehen wir davon aus, dass wir sogar bis 2022–2023 benötigen werden, bis der Rückgang wieder ausgegemerzt sein wird. Die Industrie wird sich wesentlich rascher erholen, sie ist diesmal, anders als bei anderen Krisen, unterproportional betroffen. Es wird viel länger dauern im Bereich des Handels und der Tourismuswirtschaft.

*Wenn sie Insolvenzen ansprechen, welche Branchen trifft es hier ganz besonders?*

Helmenstein: In erster Linie wohl den Einzelhandel und die Bekleidungs- und Modebranche, aber auch die Veranstalter.

*...und wohl auch die Reiseveranstalter dürften nicht besonders gut wegkommen?*

Helmenstein: Ja, ja der ganze Bereich Gastronomie, Hotellerie, Reiseveranstalter, alles, was damit zusammenhängt. Es gehören dazu aber auch Taxiunternehmen, die jetzt ganz massiv betroffen sind und unter den Einschränkungen zu leiden haben.

*Die Regierung hat jetzt ein Hilfspaket von 38 Milliarden vorgesehen, werden wir damit durchkommen oder sind diese Zahlen längst überholt?*

Helmenstein: Das lässt sich heute nicht genau einschätzen, weil sich ein Großteil auf Stundungen und Garantien bezieht, da werden wir noch zwei, drei Wochen warten müssen, wie hoch dann letzten Endes die Antragsvolumina sein werden. Im Bereich der Kurzarbeit, die übrigens ein ausgezeichnetes Instrument ist, um Beschäftigung zu sichern, sind jedenfalls die ursprünglich geplanten Beträge längst weit überschritten. Neuere Untersuchungen zeigen, dass die Auswirkungen auf die Produktion in der Industrie wesentlich schwerwiegender sind als die Zahlen der Beschäftigung. Das ist zweifellos auf die Kurzarbeit zurückzuführen. 2009 hatten wir einen massiven Einbruch in der industriellen Produktion, heuer ist es noch viel schlimmer. Aber heuer ist der Rückgang in der Beschäftigung nicht stärker, als er bereits 2009 war. Daran sieht man, dass Kurzarbeit gut geeignet ist, um die Beschäftigung zu stabilisieren. Natürlich haben wir trotzdem

400.000 Arbeitslose mehr, die Kurzarbeit wird aber dazu führen, die Potenziale dieses Mal wesentlich besser zu nutzen, wenn es dann wieder anläuft, und die Menschen werden auch wieder viel schneller in die Beschäftigung zurückfinden können.

*Wenn wir über Österreich hinaussehen, so gibt es von der EU 500 Millionen, die den einzelnen Staaten, in erster Linie den am stärksten betroffenen Staaten Italien und Spanien zufließen sollen. Weitere 500 Millionen sollen dann für den „Wiederaufbau“ zur Verfügung gestellt werden. Das kann doch nicht viel mehr sein als ein Tropfen auf den heißen Stein? Oder sehen Sie das anders?*

**Helmenstein:** Nein eigentlich nicht, vor allem wenn das nicht an entsprechende Konditionierungen geknüpft ist. Was wir in Europa brauchen, ist eine Investitionsoffensive. Genau deswegen ist ja auch Italien in diesen strukturellen Kalamitäten. Covid-19 macht es nur noch einmal evident. Die strukturelle Schwäche Italiens ist ja nicht erst gestern oder vorgestern entstanden. Das ist das Ergebnis einer defacto ökonomisch verlorengegangenen Generation, weil man 25 Jahre nicht in das eigene Wachstumspotenzial investiert hat. Deswegen bin ich auch gegen die „Corona- oder Eurobonds“ ohne jede Konditionalität. Ich halte es für den richtigen Weg, dass wir über die Europäische Investitionsbank gehen, dass es Experten gibt in der Auswahl von Projekten mit hoher volkswirtschaftlicher Rendite und dass diese mit einem Monitoring begleiten sollen...

*... und diese Investitionen sollen von außen kommen, Die einzelnen Länder werden die selbst nicht aufbringen können?*

**Helmenstein:** Genau, deswegen haben wir auch das Monitoring der Europäischen Investitionsbank.

*Das zweite Problem in Bezug auf Italien ist der hohe Verschuldungsgrad. Kann uns da etwas in der Richtung passieren, wie wir es mit Griechenland erlebt haben, wo sich das Land nicht mehr selbst am Finanzmarkt refinanzieren konnte?*

**Helmenstein:** Wenn es um Finanzierung geht, geht es nicht nur um die Eurozone, sondern auch um Resteuropa und die USA. Und

es geht nicht nur um die absolute Verschuldung, sondern auch um die relative. Also auch um die Verschuldung im Vergleich zu anderen Ländern. Wenn sich nun alle relevanten Länder in der Coronakrise verschulden, dann verschlechtert sich die Lage einzelner Staaten nicht. Besonderen Anlass zur Beunruhigung liefert Italien aufgrund des Klumpenrisikos. Auf der einen Seite haben wir die extreme Belastung durch die Folgen von Covid-19 und auf der anderen Seite ist Italien ohnehin bei den Banken bereits durch alte Staatsanleihen extrem hoch verschuldet. Aus beiden Teilen heraus entsteht Druck auf die systemische Stabilität. Hier arbeitet aber die Europäische Zentralbank durch den Aufkauf italienischer Anleihen wesentlich entgegen, sodass die Kosten italienischer Staatsfinanzierung nicht wesentlich außer Kontrolle geraten. Natürlich zahlt Italien jetzt höhere Zinsen, das bewegt sich in einem Ausmaß, das im Wesentlichen noch kontrollierbar ist. Ich sehe also keine neue Eurokrise durch Covid-19.

Das Gespräch führte Walter Tributsch.



**Texte von:**

Wilhelm **Brauneder**  
Arno **Delegesta**  
Marcus **Franz**  
Hubert **Fuchs**  
Christian **Hafenecker**  
Lothar **Höbelt**  
Dietmar **Holzfeind**  
Wolfgang **Jedlicka**  
Bernd **Kallina**  
Herbert **Kickl**  
Andreas **Mölzer**  
Reinhard **Olt**  
Gerhard **Pichler**  
Karl-Peter **Schwarz**  
Fritz **Simhandl**  
Bernhard **Tomaschitz**  
Walter **Tributsch**  
Andreas **Unterberger**  
Otto **Widetschek**

**Interviews mit:**

Dagmar **Belakowitsch**  
Christian **Helmenstein**  
Gerhard **Kaniak**  
Jens **Kestner**  
Albrecht **Rothacher**

ISBN 978-3-950-4350-4-7